PHILIPPUS HERRMANN

PHILIPPUS HERRMANN

PHILIPPUS HERRMANN

PHILIPPUS HERRMANN

PHILIPPUS HERRMANN

PHILIPPUS HERRMANN

PHILIPPUS HERRMANN

PHILIPPUS HERRMANN

HISTORISCHE STUDIEN.

HERAUSGEGEBEN

VON

W. ARNDT, C. VON NOORDEN UND G. VOIGT IN LEIPZIG, B. ERDMANNS-
DÖRFFER UND E. WINKELMANN IN HEIDELBERG, W. MAURENBRECHER
UND M. RITTER IN BONN, C. VARRENTRAPP IN MARBURG,
J. WEIZSÄCKER IN BERLIN.

DREIZEHNTES HEFT.

LANDGRAF PHILIPP VON HESSEN UND DIE
PACK'SCHEN HÄNDEL.

VON

HILAR SCHWARZ.

LEIPZIG,

VERLAG VON VEIT & COMP.

1884.

*3197

LANDGRAF PHILIPP VON HESSEN

UND

DIE PACK'SCHEN HÄNDEL.

MIT ARCHIVALISCHEN BEILAGEN.

VON

HILAR SCHWARZ.

EINGELEITET VON W. MAURENBRECHER.

LEIPZIG,
VERLAG VON VEIT & COMP.

1884.

Druck von Metzger & Wittig in Leipzig.

V o r w o r t.

Auch nach den neueren Arbeiten über die Geschichte der Pack'schen Händel schien für eine neue Behandlung der Frage noch immer Raum zu sein: es galt noch einmal möglichst objektiv das Verhalten des Landgrafen Philipp von Hessen zu untersuchen. Daß diesem Fürsten neuerdings in sehr tendenziöser Weise die ganze Schuld an der 1528 vorhandenen Verwicklung beigelegt worden ist, gab einen weiteren Anstoß zu erneuerter Prüfung des Sachverhaltes. Der Verfasser der hier eingeführten Arbeit hat, wie ich glaube, zu handgreiflicher Evidenz den Ungrund jener Anschuldigung erwiesen und die Leichtfertigkeit der sogenannten historischen Forschung, wie sie heutzutage auf ultramontaner Seite betrieben wird, in sehr helle Beleuchtung gesetzt. Gerade aus diesem Gesichtspunkt darf ich die fleißige, sorgsame und vorsichtige Beweisführung dieser Arbeit der Beachtung aller Fachgenossen empfehlen.

Bonn, im Juni 1884.

W. Maurenbrecher.

I n h a l t.

	Seite
Einleitung	1
Erstes Kapitel: Die Lage der evangelischen Partei in Deutschland nach dem Reichsabschied von Speier (1526—1528)	4
Zweites Kapitel: Packs Mitteilungen an Landgraf Philipp zu Kassel und Dresden (Februar 1528)	19
Drittes Kapitel: Der Vertrag zu Weimar (9. März 1528)	29
Viertes Kapitel: Diplomatische Erörterungen bis zur Veröffentlichung des sog. Breslauer Bündnisses (22. Mai 1528)	51
Fünftes Kapitel: Verhandlungen mit den Bischöfen bis zum 11. Juni 1528	72
Sechstes Kapitel: Polemischer Briefwechsel über das Bündnis bis Mitte Juli 1528	84
Siebentes Kapitel: Die Verhandlungen zu Kassel (20.—24. Juli 1528) .	111

Exkurse.

I. Die intellektuelle Urheberschaft Philipps von Hessen an Packs Erdichtung	126
II. Luther und Melanchthon in den Pack'schen Händeln	139

Beilagen.

I. Landgraf Philipp an die Kurfürsten von Trier und Pfalz, d. 16. Mai 1528	161
II. Friedensvertrag zu Schmalkalden (5. Juni 1528)	162
A. Hauptvertrag	162
B. Verzicht des Kurfürsten Johann von Sachsen auf Ersatz seiner Kriegskosten	165.
C. Verschreibung der Bischöfe von Bamberg und Würzburg über Erstattung der Kriegskosten an Landgraf Philipp	166.

Einleitung.

Drei Untersuchungen bereits sind im Verlauf von kaum zwei Jahren über jene seltsamen Händel erschienen, welche, hervorgerufen durch den herzoglich sächsischen Kanzleiverweser Otto von Pack, im Jahre 1528 ganz Deutschland in Erregung setzten und einen allgemeinen Krieg zu entflammen drohten. Wenn ich denselben Gegenstand im folgenden aufs neue zu behandeln wage, so möchte ich diesen Versuch ebenso durch einen Hinweis auf meine Art der Darstellung als auf die Vermehrung des Quellenmaterials rechtfertigen. Während Schomburgk („Die Pack'schen Händel“),¹ entsprechend dem Plan seines Aufsatzes, der einen „Beitrag zur Geschichte Herzog Georgs von Sachsen“ bilden sollte,² wesentlich die Stellung des letztern zu den Pack'schen Händeln erörterte, und Burkhardt („Luther in den Pack'schen Händeln“³) sich die chronologische Fixierung der einschlägigen Gutachten Luthers zum Ziel setzte, will die vorliegende Arbeit in den Mittelpunkt der Erörterung den Landgrafen Philipp von Hessen stellen, sein Verhalten und Handeln während des gesamten Verlaufs dieser Streitigkeiten verfolgen und die Gründe seines Handelns darlegen. Denselben Zweck hat zwar auch die umfangreiche Monographie von Ehses: „Geschichte der Pack'schen Händel. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Reformation,“⁴ — und E. selbst versichert, „ein erschöpfendes Urteil abzugeben“ (p. 136). Maß man jedoch bisher die Schuld der Verwicklungen Pack zu, der um persönlicher Vorteile willen den Landgraf Philipp betrogen, so ist nach Ehses im Gegenteil Pack in dieser Sache nur ein „unfreiwilliges Werkzeug“⁵ unter dem Zwang des Landgrafen, dieser selbst

¹ Raumer, Historisches Taschenbuch. Herausgeg. von Wilhelm Maurenbrecher. VI, 1. p. 175 ff. Leipzig 1882.

² Vgl. die Vorbemerkung Maurenbrechers l. c. 177 f.

³ Neue Forschungen zu Luthers Leben 2., in Luthardts Zeitschr. f. kirchl. Wissensch. und kirchl. Leben, 1882, 585 ff.

⁴ Freiburg i. B. 1881. ⁵ E. 206.

Historische Studien. XIII.

aber „ein Betrüger in ganz viel größerem und strafwürdigerem Maßstabe als Pack, da er eine erzwungene Fälschung, wohl wissend, daß sie eine solche sei, zu ganz viel gefährlicheren und unheilvolleren Zwecken auszubeuten suchte, als Pack (bei früheren Fälschungen) im Auge hatte, nämlich zu blutigem Krieg und ewigem Hader.“¹ Philipps Handeln kennzeichnet sich als „infame Hinterlist,“² sein „Benehmen war und bleibt ein brutales.“³ Ja, E. gelangt zu dem „Endurteil, daß Philipp in den Pack'schen Händeln alle Gesetze des Völker- und Menschenrechtes, der Menschenwürde, des fürstlichen und gesellschaftlichen Anstandes, alle Gesetze der Wahrheit und Redlichkeit in einer Weise verletzt hat, die es unbegreiflich erscheinen läßt, wie ihm blinde Voreingenommenheit den ehrenden Beinamen des Großmütigen geben konnte.“⁴ Und dieser „vollständigen Lösung der rätselhaften Verwicklungen,“ die Ehses zu geben versucht,⁵ scheint eine überzeugende Beweiskraft innezuwohnen. Denn J. Janssen, der es früher in seiner „Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters“ wenigstens formell⁶ „noch unentschieden“ gelassen, „ob Landgraf Philipp den Pack zur Anfertigung der falschen Urkunde angereizt hat, oder ob Pack der erste Urheber der Erfindung ist,“⁷ verweist statt dessen in den neueren Auflagen seines Buches auf „die Untersuchungen von Ehses,“⁸ durch die er also jene „Unentschiedenheit“ beseitigt erachtet. Gleichwohl wird eine nähere Prüfung dieser Untersuchungen von Ehses im folgenden zu Ergebnissen führen, welche, wie ich hoffe, auch seinem „erschöpfenden Urteil“ gegenüber die vorliegende Arbeit nicht unberechtigt erscheinen lassen.

Zu gute kam mir eine Fülle seither unbenützten Quellenstoffes. Vor allem war mir wertvoll das urkundliche Material, welches der früh verstorbene Dr. Wilhelm Schomburgk in Leipzig aus den Archiven zu Dresden, Marburg und Wien gesammelt hatte⁹ und für seine Darstellung nur in beschränktem Maße zu verwerten im Stande war. Daß mir dieser archivalische Nachlaß zugänglich geworden, verpflichtet mich zu höchstem Danke. Die ca. 150 Abschriften und Excerpte von Briefen

¹ E. 221.² id. 128.³ id. 99.⁴ id. 221.⁵ id. Vorr. IV.

⁶ obwohl in seiner Darstellung die Anschauung einer Schuld Philipps vorwaltet. (Vgl. bes. unten Kap. III.) Janssens Auffassung beruht übrigens auf einem Artikel „Landgraf Philipp von Hessen“ in einem älteren Band der Hist.-polit. Blätter (1844, Bd. 14). Interessant ist es, daß Janssen über den vorliegenden Gegenstand seine Urteile mehrfach wörtlich aus jenem Artikel abschreibt, ohne dies irgendwie anzudeuten, ja ohne ihn auch nur zu nennen! (Vgl. J. III, 116. 118. 120 gegen Hist.-pol. Bl. XIV, 738. 742).

⁷ Freiburg i. B. 1881. III, 108. A. 2.⁸ Freiburg 1883. III, 110 A. 2.⁹ Vgl. Maurenbrechers Vorbemerkung zu Schomburgk's Aufsatz.

und Urkunden aus dieser Sammlung erwiesen sich um so wertvoller, als sie — neben manchem anderen neuen Einblick, z. B. in die Lage auf katholischer Seite — gerade über die Frage nach dem Urheber der Erdichtung, wie ich glaube, entscheidende Auskunft geben. Weiteres urkundliche Material verdanke ich durch gütige Mitteilung des Herrn Archivrat Dr. Burkhardt dem Großh. sächsischen Geheimen Haupt- und Staatsarchiv zu Weimar; das umfangreiche Schlußstück der Korrespondenz Herzog Georgs und Philipps vor dem Kasseler Tage bezog ich aus dem Königl. sächsischen Hauptstaatsarchiv zu Dresden; aus dem Clarmann'schen Manuscript im Königl. baierischen Kreisarchiv zu Würzburg endlich sind durch die Güte des Königl. Kreisarchivars Herrn Dr. Schaeffler die für die Beurteilung von Philipps Verhalten wichtigen Stücke neu verglichen worden. Es ist mir eine angenehme Pflicht, für das freundliche Entgegenkommen der Archivverwaltungen zu Dresden, Weimar und Würzburg auch hier lebhaften Dank auszusprechen.

Weiterhin gewährten von jüngst veröffentlichten gedruckten Erscheinungen neue Ausbeute die Beilagen zu Wille's „Philipp der Großmütige von Hessen und die Restitution Ulrichs von Württemberg“ (1882) und in den letzten Tagen die interessante Zusammenstellung von Paul Zimmermann: „Der Streit Wolf Hornungs mit Kurfürst Joachim I. von Brandenburg und Luthers Beteiligung an demselben“ (Zschr. f. preuß. Gesch. 1883. p. 310 ff.); manche schätzenswerte Notiz ergab außerdem eine Durchsicht der weitläufigen Polemik mit Heinrich von Braunschweig im IV. Buch von Hortleder.¹

Unter Hinzuziehung dieses neuen Materials zu dem bekannten soll im nachfolgenden die Lösung der oben bezeichneten Aufgabe versucht werden. Wir beginnen dabei mit einer Darstellung der damaligen Lage der deutschen evangelischen Partei — aus folgendem Grunde. Es darf heute als entschieden betrachtet werden, daß die von Pack mitgeteilte Urkunde eines Aggressivbündnisses katholischer Fürsten wider die Evangelischen nur Fälschung und Erdichtung ist. Ranke noch fand die Frage darüber unerledigt vor. Gegen Seckendorfs Ansicht² hatte man im vorigen Jahrhundert die Unzulänglichkeit der gegen die Echtheit des Bündnisses vorgebrachten Gründe nachzuweisen versucht;³

¹ Handlungen vnd Außschreiben . . . von den Vrsachen deß Teutschen Kriegs. ed. 1645.

² 1692. Commentarius . . de Lutheranismo. Ed. secunda. Lipsiae 1694. Lib. II, p. 94 ff.

³ 1736. D. Joh. Wilh. Hoffmanns Sammlung Ungedr. . . . Nachrichten, Dokumenten und Urkunden I, 72 ff.

1751. Wideburgs Saml. vermischter Anm. a. d. Staatsrecht und den Geschichten 209 ff. „Ehren Rettung Dr. Ottens von Pack“.

Planck hatte dann zwar „einen Betrug“ angenommen, aber einen Betrug, ruhend auf einer Basis von Wirklichkeit, einen durchlaufenden Faden von Wahrheit in dem Gewebe der Erdichtungen.¹ Auf Grund der von Stumpf² beigebrachten Mitteilungen über das Verhältnis von Baiern und Österreich erklärte darauf K. F. Eichhorn³ das angebliche Bündnis für völlig unecht, nach ihm aber und gegen ihn trat Rommel mit voller Entschiedenheit für die ganze Wahrheit der Pack'schen Angabe ein.⁴ Seitdem Ranke⁵ sich für völlige Verwerfung des Aktenstückes entschieden, ist diese Ansicht die herrschende geblieben;⁶ auch die neuesten Darstellungen von Ehses sowohl wie von Schomburgk schließen sich derselben an, indem sie zugleich eine Anzahl neuer Gründe beibringen, welche für Ranke's Ansicht eine weitere Stütze bilden. Ebenso werden sich im Verlauf der nachfolgenden Untersuchung Momente ergeben, welche klar bestätigen, daß an die Wahrheit des sogen. Breslauer Bündnisses nicht zu denken ist.

Es erhebt sich nun die Frage, wie es trotzdem möglich war, daß Pack für seine Erdichtung gerade bei dem politisch bedeutendsten der damaligen evangelischen Fürsten Glauben finden konnte?

Ein Einblick in die politische Situation der Zeit wird diese Frage beantworten.

Erstes Kapitel.

Die Lage der evangelischen Partei in Deutschland nach dem Reichsabschied von Speier (1526—1528).

Seitdem sich Philipp von Hessen offen zu der lutherischen Lehre bekannt hatte, ging sein Streben dahin, die Anhänger des „Evangeliums“ in Deutschland zu sammeln zu einer festen Partei, einem geschlossenen Ganzen. Mit klarem Blick erkannte er die Notwendigkeit einer solchen Einheit, mit jugendlichem Feuer suchte er sie durchzuführen. Seiner

¹ 1783. Geschichte unsers prot. Lehrbegriffs. 2. Aufl. 1793. II, 429 f.

² 1816. Bayerns politische Geschichte. I, 31 ff.

³ 1822. Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte. 5. Aufl. 1844. IV, 62, h.

⁴ 1830. Philipp der Großmütige. 3 B. Bes. II, 201 ff.

⁵ 1840. Deutsche Gesch. im Zeitalter der Reformat. 6. Aufl. 1881. III, 26 ff.

⁶ Hassencamp, Hessische Kirchengeschichte I, 168 (Marburg 1852) und Schmidt, Philipp Melanchthon p. 158 (Elberfeld 1861) stimmen zwar dieser Ansicht nicht bei, ohne jedoch Gründe dagegen zu erbringen.

Anregung entsprang der erste Plan einer evangelischen Koalition,¹ die allerdings zunächst nur zwischen ihm und Kurfürst Johann von Sachsen zustande kam, dann aber auf die Nachricht von den zu Mainz und Leipzig gefaßten Plänen der katholischen Partei das lutherische Norddeutschland in ihren Bereich zog.² Das war der Grundstock einer evangelischen Partei, an den sich auf dem folgenden Reichstag zu Speier auch die anderen evangelischen Stände anschließen konnten, die Bedenken getragen hatten, Philipps Bundesplänen beizutreten. Die Anschauungen dieser Partei erwiesen sich auf dem Reichstag siegreich; sie bildeten schließlich einen der wesentlichsten Faktoren, aus denen am 27. August 1526 der denkwürdige Abschied hervorging, daß bis zu einem Konzil jeder Stand in Sachen des Wormser Edikts „so leben, regieren und es halten solle, wie er es gegen Gott und Kaiserliche Majestät zu verantworten sich getraue“.

Die weittragende Bedeutung dieses Abschiedes konnte den Führern der evangelischen Partei nicht entgehen. Die Berechtigung der religiösen Neuerung war damit anerkannt, ihrer Fortentwicklung und Organisation einstweilen ein Rechtsboden gegeben. Aber indem sich auch Hessen und Sachsen anschickten, der neuen Lehre in ihren Staaten durch Ausbildung von Landeskirchen die äußere Form zu geben, konnte es ihnen nicht verborgen bleiben, daß der Kaiser und die katholischen Stände den durch den Reichsabschied begründeten Zustand keineswegs als einen dauernden ansahen. Unter dem Druck äußerer Verhältnisse, unter dem Einfluß seiner europäischen Politik hatte Karl einstweilen diesen Abschied zugelassen; wie sehr aber eine derartige Duldung seiner eigentlichen Meinung fremd war, hatte er erst wenige Monate vorher bewiesen durch seine Stellung zu den katholischen Bündnissen.

Nach Niederwerfung des Bauernaufstandes durch Herzog Georg, Kurfürst Johann und Landgraf Philipp hatten die drei verbündeten Fürsten vor Mühlhausen³ (30. Mai 1525) zur gemeinsamen Abwehr neuer Aufstände oder Gefahren ein Bündnis geschlossen, für welches jeder der Beteiligten weitere Bundesgenossen werben sollte. In einer

¹ 12. Oktober 1525. Brief bei Rommel III, 10 ff. Vgl. unten Kap. III.

² Siehe p. 30 f. dieser Untersuchung. Die bezüglichen Aktenstücke bei Ranke VI, 128—134. Hortleder, Handlungen und Außschr. VIII, 2—6, p. 1490 bis 1497. (Ich zitiere außer der Seite bei Hortleder Buch und Kapitel, da die Paginierung nicht durchweg genau ist).

³ Der Abschied von Mühlhausen ist gedruckt bei Seidemann, das Dessauer Bündnis vom 26. Juni 1525 (Zschr. f. d. hist. Theol. XVII, 1847 p. 641 f.). Rankes Darstellung (II, 160) ist dem unten (p. 100) näher bezeichneten Brief Georgs entnommen.

Zusammenkunft zu Dessau (19.—20. Juli 1525)¹ gewann Georg hierzu die Kurfürsten von Mainz und Brandenburg, die Herzoge Erich und Heinrich von Braunschweig. Aber man blieb in Dessau nicht bei der Mühlhausener Vereinbarung stehen. Neben der Verpflichtung gemeinsamer Hilfe gegen erneute Aufstände traf man Bestimmungen aggressiver Art zur Unterdrückung des Luthertums. Ganz irrig in dieser Beziehung hat man dem Dessauer Bündnis einen defensiven Charakter beigelegt;² nach dem Wortlaut des Abschiedes³ erklärten vielmehr die vier neuen Mitglieder ihren Beitritt nur unter der Bedingung, daß man darüber verhandle „wie man die Wurzel dieser Aufruhre, als die verdammt luterisch Secten ausrodern möge, da der Aufruhr von dem luterischen Evangelium erweckt sei und nicht gedempft werden könne ohne Ausrodung der Lutherischen. Weil es aber ein jeder Fürst mit Hilfe der andern leichtlich vermöchte, so erkennen sie sich auch des schuldig“.⁴ — Eine weitere Versammlung katholischer Fürsten (Herzog Georgs, Herzog Heinrichs von Braunschweig, Erzbischof Albrechts und des Bischofs von Straßburg) hatte darauf in Leipzig stattgefunden; nach Beendigung derselben war Heinrich unverzüglich nach Spanien abgereist, um den Beistand des Kaisers für die gefaßten Beschlüsse zu erwirken. Diese stellten wiederum „die verdammt lutherische Lehre“ als die Quelle des Aufruhrs hin. Von ihr seien zweifellos neue Empörungen sowie Kriege der Fürsten und Herren unter einander zu erwarten, durch welche der Gehorsam gegen den Kaiser zu Grunde gehen müsse, falls nicht dieser einschreite. Die Katholischen aber mußten sich eines ge-

¹ Vgl. i. allg. Seidemann, Dessauer Bündnis l. c. Der eigentliche Abschied war Seidemann unbekannt; daher das unrichtige Datum und manche irrigen Angaben.

² Entgegenstehende Äußerungen Georgs in dem vorerwähnten Briefe (die betr. Stelle ist gedr. bei Seidemann l. c. 652), in seiner Gesandtschafts-Instr. vom 3. Juni 1528 (vgl. p. 89. 98) sind nach dem klaren Wortlaut des Abschieds hinfällig.

³ Abschied zu Dessau, Donnerstag nach Alexi. Anno 1525. (20. Juli). Ungedr.

⁴ Natürlich erklärten sich die beiden andern Teilnehmer der Mühlhausener Übereinkunft mit diesen neuen Bestimmungen durchaus nicht einverstanden. Dieselben seien, schrieben Kurfürst Johann und Landgraf Philipp an Georg, Treffurt 15. Sept. 1525, „dem Mühlhausener Abschied ganz ungemäß. Die lutherische Lehre werde als Grund der Aufruhr angegeben; nun hätten sie Luther nur soweit angehangen, als er sich an dem Evangelio halte; dies zu vertilgen wolle ihnen als christlichen Fürsten nicht gebühren“. (Ungedr.) Weitere Verhandlungen und Vorschläge hatten keinen Erfolg; am 7. Jan. 1526 bemerkten Johann und Philipp nochmals gegen Georg: es sei im Mühlh. Abschied von der luth. Sekte nicht die Rede gewesen, sie hofften, daß es zwischen ihnen bei der Abrede bleibe. (Ungedr.) Georg versprach dies, bestand jedoch darauf, „es müsse die luth. Sekte ausgerottet werden. Sonst würden sie den Anstand nicht los“. (Weim. Arch.)

waltsamen Abdrängens von ihrem Glauben durch List und Aufwiegelung der Unterthanen seitens der lutherischen Fürsten und Städte besorgen. Gegen diese Gefahren möge ihnen der Kaiser kräftig helfen.¹ Die Botschaft Heinrichs von Braunschweig traf mit Karls Absichten damals gerade zusammen; so kam des Kaisers Antwort den Wünschen der katholischen Partei bereitwillig entgegen. Am 23. März 1526 erließ er zwei gleichlautende Edikte, das eine an den Bischof von Straßburg für die katholischen Fürsten des deutschen Südens,² das andere an Heinrich von Braunschweig für diejenigen des Nordens.³ Mit dem Dank für ihr Ausharren beim alten Glauben verband der Kaiser darin die Versicherung, daß er aufs fürderlichste nach Deutschland kommen werde, um „solche unchristliche böse uppige Lehre und Irrsal auszurotten und zu vertilgen“. Bis dahin sollten sie treu und fest wider die Lutherischen zusammenstehen: „zu einander getreulich setzen und sich mit Ernst gegen sie aufhalten,“ wenn man sie vom Glauben abdrängen wolle. In diesen Sachen wolle er ihnen helfen und beistehen.

Wenn daraufhin⁴ die Evangelischen ein Defensivbündnis zu Magdeburg (12. Juni 1526) geschlossen hatten,⁵ so änderte der Speierer Rezeß nichts an den Absichten und Tendenzen der kaiserlichen Politik und der katholischen Partei: sichtbar genug deuteten viele Zeichen darauf hin, daß man nach wie vor die Ausrottung des Luthertums als Hauptaufgabe betrachtete. Gleich für den Tag zu Eßlingen am 1. Dezember desselben Jahres 1526 gab Herzog Georg seinem Gesandten eine Instruktion, welche ganz den Standpunkt des Dessauer Abschieds behauptete.⁶ Die Türkengefahr stellte er dar als eine Strafe Gottes für den Abfall vom Glauben. Nichts sei dem Widerstand gegen die Türken mehr entgegen als die neue Ketzerei. Durch sie sei erstlich die Liebe zum Kreuz Christi aufgehoben, die der gemeine Mann äußerlich gehabt, und zweitens seien die Unterthanen durch die neue Lehre in Verbitterung gegen ihre Oberen, so daß sie nichts thun wollten. Die Ketzer wollten nicht Abstellung der Mißbräuche, sondern ihre neuen Gebräuche einsetzen, Güter einziehen u. s. w. Deshalb sei vor allem die Ketzerei zu vertilgen. — Gerade damals auch führte Georg eine erregte Korrespondenz mit Kurfürst Johann, um eine Bestrafung Luthers zu er-

¹ Excerpt des Leipziger Gutachtens bei Schmidt, *Gesch. d. Deutschen*, V, 187 f.

² Rommel III, 13 f. ³ Neudecker, *Urk. a. d. Reformationszeit*. 10 ff.

⁴ Vgl. die Verhandlungen bei Ranke VI, 132 ff.

⁵ Bündnis bei Hortleder, VIII, 3.

⁶ Instruktion für Hans von Schönberg bei Höfler, *der hochber. Charitas Pirkheimer Denkwürdigkeiten a. d. Reformationsz.* Vorr. p. 107—112.

reichen:¹ er hoffe, Johann werde „eyn solchen Lesterer under sich auch nicht dulden“, der so viel Leute bösllich mit seiner Falschheit verführe. Geschehe das nicht, so müsse er „uff Wege trachten, gebuhrlichen Abtrag von ihme zu erlangen, desgleichen andere Beleidigten auch ihrer Notdurft nach wol thuen werden“. —

Und im Kurfürstentum Mainz schien man das in der Eßlinger Instruktion aufgestellte Programm schon praktisch durchführen zu wollen. Mit doppelter Sorge blickten die Lutherischen dorthin. Erzbischof Albrecht, der sich einst mit dem Gedanken einer Säkularisation seines Stiftes getragen, war inzwischen ein entschiedener Gegner der lutherischen Bewegung geworden. Nicht nur hatte er selbst an den Bündnissen zu Dessau und Leipzig teilgenommen: von Mainz war noch ein besonderer Anschlag gegen die neue Lehre ausgegangen,² und man war geneigt, in Albrechts Verfahren nach dem Speierer Tage eine Frucht dieses Anschlags zu erblicken. Das Domkapitel hatte um Weihnachten 1525 den Abgeordneten der Kapitel seiner zwölf Suffraganbistümer eine Reihe von Repressivmaßregeln wider das einreißende Luthertum vorgelegt. Danach sollten die Domkapitel aus ihrer Mitte alle verstoßen, die sich vom Verdacht der Neuerung nicht reinigen könnten; dasselbe sollten sie von ihren Bischöfen bezüglich der Untergebenen verlangen. „Die aufrührischen lutherischen Prediger“ sollten überall „ausgereutet und vertrieben“ werden. Eine Gesandtschaft sollte dem Kaiser die ganze Verwerflichkeit der neuen Lehre und ihre unheilvollen Folgen für das Mainzer Stift darstellen und ihn bitten, den weltlichen Obrigkeiten durch scharfe Mandate, „in Sonderheit unter hohen Penen, nemlich bei Verlierung ihrer Regalien, Privilegien, Wirdigkeiten, Lehen und Rechten, auch bei Acht und Aberacht“ Restitution der entrissenen geistlichen Einkünfte und Gefälle zu befehlen, wofür die Kurfürsten von Köln, Trier und Pfalz, der Markgraf Joachim von Brandenburg, Erzherzog Ferdinand und die Herzoge von Sachsen, Baiern und Kleve als Exekutoren bestellt werden sollten. Ferdinand und der Papst sollten diese Bitte beim Kaiser befürworten. Auf lutherischer Seite war der Anschlag nicht unbekannt geblieben; er war einer der Hauptgründe für den Abschluß des Magdeburger Bündnisses geworden,³ und Luther hatte die Befürchtungen seiner Anhänger dahin zusammengefaßt: man wolle „erstlich das Evangelium lästern als ein aufrührische Lehre, zum andern die Fursten deutsches Landes in einander hetzen und ganz

¹ Briefe vom 15. Sept., 16. 19. 27. Nov. 1526 bei Seidemann, der Mainzer Ratschlag v. J. 1525 (Zeitschr. f. d. hist. Theologie XVII, 1847), p. 686—695.

² Seidemann, Mainzer Ratschlag l. c. 656 ff.

³ Verhandlungen bei Ranke VI. 133.

Deutschland im Blut ersäufen“.¹ Zwar war die beabsichtigte Veröffentlichung von Luthers kräftiger Gegenschrift unterdrückt worden,² aber neu erwacht waren gerade nach dem Speierer Reichsabschied in dieser Beziehung die Besorgnisse der Lutherischen. Kaum heimgekehrt vom Reichstag erlies Albrecht reformierende Artikel für seine Geistlichkeit,³ dann aber wandte er sich (5. November 1526) an den Rat von Frankfurt mit der Aufforderung, er solle die beiden Prediger Melander und Bernhard vertreiben, welch letztern Albrecht einst auf die Anklage der Neuerung freizugeben befohlen hatte.⁴ Im Gebiet Philipps von Hessen verlangte Albrecht die Jurisdiktion zurück, von der er drei Jahre geschwiegen hatte.⁵ Am 17. November 1526 gab er der Stadt Aschaffenburg,⁶ am 4. Januar 1527 dem Rheingau eine neue Landesordnung.⁷ Scharfe Bestimmungen ergingen darin gegen die Prediger der neuen Lehre, die das Volk durch „ihre verführliche Lehr und Predigt“ in Abfall, Mißbräuche und Verderben an Leib und Seele verleitet: sie sollten nirgendwo zugelassen werden, sondern nur solche, „die das Wort Gottes und das heilige Evangelium lauter und klar, vermöge päpstlicher Heiligkeit ausgegangenem Dekret und kaiserlicher Majestät Mandat predigen, lehren und der Kirch Ceremonien und Gebräuch halten, wie von Alters Herkommen“. Luxus und Ausgelassenheit werden beschränkt, daneben aber „bei Strafe Leibs und Guts“ untersagt „alle Lästerungen Gottes, seiner lieben Mutter und Heiligen, desgleichen große unerhörte Schwüre und Flüche, auch spöttliche Wort zur Verachtung aller Obrigkeit geistlich oder weltlichen Stands“. Im Dom, wo vor einigen Jahren fast unverhüllt die neue Lehre verkündet worden, predigte nunmehr der eifrige Gegner der Reformation, Heinrich Reuß von Plauen; mit großer Pracht ward sein Jubiläum am 9. Mai gefeiert.⁸ Den Prediger Georg Winkler in Halle ließ Albrecht nach Aschaffenburg zur Verantwortung laden, weil er das Abendmahl unter beiden Gestalten ausgeteilt hatte. Das geistliche Gericht gab ihn frei, aber

¹ Seidemann, Mainzer Ratschlag l. c. 664.

² Vgl. auch die lebhaftete Korrespondenz zwischen Georg und Johann in dieser Sache. Seidemann l. c. 682—695.

³ Hennes, Albrecht von Brandenburg 239. (Magdeb. Archiv). May, Der Kurfürst, Kardinal und Erzbischof Albrecht, II, 41 ff.

⁴ Hennes 241.

⁵ Philipp an Georg, den 23. Juni 1528 bei Ranke VI. 136.

⁶ Abdruck bei May I, Beil. 51, p. 152 ff.

⁷ Hennes 242. May II. 48 ff.

⁸ Hennes 251 f. Alle diese Umstände deuten doch wohl zur Genüge an, daß Albrecht keineswegs „auch jetzt noch .. einem völligen Bruch zwischen sich und den Männern Wittenbergs ausweichen“ wollte, wie Köstlin, Martin Luther, 2. Aufl. II, 114 meint. Melanchthons Brief ändert an den Thatsachen nichts.

auf der Heimreise ward er am 23. April 1527 meuchlings umgebracht. Indem nun der Erzbischof scharf und konsequent gegen das Luthertum vorging, konnte es nicht fehlen, daß die allgemeine Stimme ihn der Urheberschaft jenes Mordes anklagte.¹ Man sah darin nur eine Ausführung des frühern Ratschlags: wenn nicht der Bischof, so seien sicher die Kapitelsherren daran beteiligt, weil sie ja „unlangst wohl großer Mord furgenommen haben, da sie mit ihrem mordischen Ratschlag durch das frumme Blut, Kaiser Carel, die deutschen Fursten wollten auf einander hetzen und Deutschland in Mord und Blut ersäufen“.² So auf seine früheren Worte zurückgreifend, bekundete Luther, daß er für seine Anhänger auch jetzt noch von Mainz dasselbe befürchte, wie vorher.

In Würzburg fuhr der Bischof fort, „soviel in seinen Kräften stand und die Zeiten gestatteten, dieses dem Kirchenwesen höchst schädliche Unheil von seiner christlichen Herde abzuwenden.“³ Seinen Weihbischof hatte er schon im Jahre vor dem Speierer Abschied wegen Anhänglichkeit an die neue Lehre vertrieben; in Nürnberg fand derselbe eine Zuflucht.⁴ Sogleich nach dem Abschied (24. September 1526) begann er mit Heilbronn einen Streit wegen der Jurisdiktion.⁵ Der Bamberger Bischof hatte nach Beendigung des Bauernkriegs mit doppeltem Eifer seine Bemühungen, die alte Lehre zu erhalten, fortgesetzt.⁶ Gleich anfangs 1527 richtete er Mandate an alle Pfarrer von Nürnberg: „sie sollten das Volk anweisen, der lutherischen Secte nicht anzuhängen, die Ohrenbeichte wieder einführen und das Sakrament wieder unter einer Gestalt empfangen.“ Als der Rat sich dagegen auf den Speierer Abschied berief, ließ der Bischof den Jeronimus Cammermeister zu Bamberg gefangen setzen, weil er sich um die Ratschreiberstelle zu Nürnberg beworben hatte.⁷ Aus Ferdinands Landen kam die Nachricht von der Vertreibung des Predigers Michael Stiefel herüber,⁸ und daß die beabsichtigte Botschaft an den Kaiser, um ihm „der Speierischen Handlung und Abschieds zu berichten“ verhindert worden war,

¹ De Wette, Dr. Martin Luthers Briefe, Sendschreiben und Bedenken III, 182 (Luther an Spalatin) III, 196 (An Rühel).

² Luthers sämtl. Werke. Erl. Ausg. XXII, 298; Ausg. von Walch X, 2264. Vgl. noch Luthers Schreiben vom 17. Sept. 1527, mitgeteilt von Brecher (Zschr. f. d. hist. Theologie 1872) 349.

³ Gropp, Wirtzb. Chronik I, 70.

⁴ Soden, Beiträge zur Gesch. der Reformation, p. 269 (Ratsprotokoll).

⁵ Jäger, Mitteilungen zur schwäb. und fränk. Reformationsgesch. I, 64.

⁶ Jäck, Materialien zur Gesch. und Statistik Bamberg's II, 44. 116.

⁷ Soden 277—278.

⁸ De Wette III, 148. 149. 150. Dazu Köstlin II, 113, Anm. 2.

schrieb Philipp gleichfalls den Bemühungen der katholischen Partei zu: „ohne Zweifel aus dem, daß etliche Bischof, Münch eine lange Zeit her jetzt durch Ratschläg, dann durch diese und andere vielfaltige Betagung und Versammlung sich beflissen.“¹

Im Zusammenhang aufgefaßt waren diese Vorgänge wohl geeignet, die Evangelischen mit großer Besorgnis zu erfüllen. Erhöht wurde dieselbe noch durch Äußerungen von katholischer Seite, welche den allgemeinen Angriff wider die Lutherischen bereits für die nächste Zukunft als sicher in Aussicht stellten. Offen predigte man in Leipzig, in Erfurt und an anderen Orten: die Axt sei schon an den Baum gelegt, bald werde er fallen. Die Katholiken möchten sich nur gedulden: mit den Lutherischen werde es nicht lange währen; vom Winter auf den Sommer werde es besser werden.“² In dieser Beleuchtung gewannen die erzählten Vorgänge den Charakter eines zusammenhängenden Ganzen. Man kann es hiernach verstehen, daß Philipp von Hessen, als ihm 1528 die anscheinend sichere Nachricht von einem katholischen Aggressivbündnis kam, die Vorzeichen dafür in den Plänen zu Dessau, zu Mainz und Leipzig erblickte.³ Treffend weist er auch auf die Eßlinger Instruktion hin,⁴ welche ja bewies, daß nach dem Speierer Abschied die Pläne der katholischen Partei die gleichen geblieben waren, wie in Dessau. Alle Angriffe katholischer Fürsten wider das Luthertum innerhalb der Schranken des Speierer Abschiedes und über denselben hinaus mußten so als Glieder eines einheitlichen Planes erscheinen. „Wiewohl gesagt mag werden,“ schrieb Philipp an Herzog Georg,⁵ „sie thun zu diesem Bündnis nichts, aber dennoch geben sie soviel Anzeigung, daß E. L. und die anderen gegen den lutherischen Glauben . . gerne thun wollen und dieselbige Sache gerne ausreutten.“

In diese Zeit voll Aufregung, Unruhe und Mißtrauen fiel die Zusammenkunft der drei Häupter der katholischen Partei: König Ferdinands, Herzog Georgs und Markgraf Joachims zu Breslau im Mai 1527. Der Anlaß mochte auch den Führern der Gegenpartei bekannt sein, und gewiß bot die Lehnshuldigung Georgs und Joachims an und für

¹ Hortleder II, 1. p. 775.

² Philipp an Georg den 10. Juli 1528 bei Rommel III, 22.

³ Noch viele Jahre nachher betonte dies Philipp: „Wann H. Heinrich und seine Gesellen mit ihren Tügen zu Dessau und andern Orten gethan hätten, wir glauben, es wäre nie kein Bündnis in Teutscher Nation des Evangelii halben aufgerichtet und das Mißtrauen in die Teutschen Fürsten und Stände nicht kommen. Und also auch unser Rüstung wider die Bischöfe wol unterwegs blieben“. Ausschreiben wider Heinrich d. J. von Braunschweig, den 4. März 1541. Bei Hortleder IV, 19, p. 1416.

⁴ Philipp an Georg, den 23. Juni 1528 bei Ranke VI, 136.

⁵ *ibid.*

sich nicht den geringsten Anstoß. Was aber weiter zwischen den drei entschiedensten Gegnern der Reformation bei dieser Gelegenheit verhandelt worden, war nicht bekannt geworden, und auf diese Verhandlungen fiel doch ein eigentümliches Licht, wenn Georgs Kanzler Simon Pistoris, unmittelbar von dieser Versammlung zu Breslau kommend, am 3. Juni auf der Hochzeit zu Torgau „mit einem fast grimmigem Mut“ öffentlich rief: „Ihr Lutherischen, sehet zu, was ihr macht; eure Sache wird nicht lange Bestand haben! Sehet zu, womit ihr umgeht!“¹ Und wenn auf derselben Hochzeit Heinrich von Braunschweig dem Landgrafen im Vertrauen mitteilte: „König Ferdinand würde Herzog Ulrichs wegen nichts wieder ihn thun, aber anderer Sachen halber wüßte er ihn nicht frei zu sagen: er möge sich in Acht nehmen!“² Nun gewann es auch eine ganz andere Bedeutung, wenn Georg von Brandenburg (dem sein Bruder Kasimir gleichfalls von Anschlägen wider die Evangelischen Mitteilung gemacht, s. u.)³, dem Kurfürsten von Sachsen erzählte, daß Markgraf Joachim eine Pergament-Urkunde mit mehreren Siegeln in Ferdinands und Georgs Gegenwart aus Ferdinands Zimmer getragen hatte.⁴

Schwer ins Gewicht mußten für das Urteil der evangelischen Fürsten die nächsten Vorgänge fallen. Denn alle Befürchtungen, die man etwa seit der Breslauer Zusammenkunft hegte, wurden aufs nachdrücklichste bestätigt durch das darauf beginnende Verfahren jener drei Fürsten wider die neue Lehre.

Schon am 20. August 1527 erließ Ferdinand von Ofen aus ein Mandat, welches mit Feuer und Schwert allen Formen der Neuerung entgegentrat.⁵) Auf's neue schärfte er darin das Wormser Edikt ein und erinnerte zugleich an die „vor vielen hundert Jahren“ schon erlassenen Reichsstrafen wider dieselben Irrlehren, die nun Luther, Zwingli,

¹ Philipp an Georg, den 10. Juli 1528 bei Rommel III, 22.

² Rommel I, 210 nach einem Memoriale Philipps cf. II, 201.

³ Ehses schreibt p. 219: „Allerdings hat Philipp seinem Schwiegervater Georg wiederholt versichert, daß er von fürstlichen und edlen Freunden vor unheilvollen Umtrieben im katholischen Lager gewarnt worden sei“; aber „thatsächlich ist nie ein Fürst oder Herr von Adel mit Aussagen hervorgetreten, die für Philipps Behauptung Zeugnis gaben“. Es genügt dem gegenüber der Hinweis auf das oben und p. 17 mitgeteilte.

⁴ Gesandtschaftsrel. an Georg vom 11. Juni 1528 (Ungedr.). Philipp an Georg, d. 23. Juni 1528 bei Ranke VI, 136. Dazu Neudecker, Urk. 71. Seckendorf II, 97.

⁵ Abdruck bei Raupach, Erl. Evang. Österreich I, Beil. VI, p. 60 ff. Walch XVI, 433 ff. Referate bei Raupach I, 45 f. Planck, Prot. Lehrbegr. II, 412 f. Buchholtz, Gesch. der Regierung Ferdinands I. (1832) III. Wiedemann, Gesch. der Ref. und Gegenref. im Lande unter der Enns I, 44 ff. (1879).

Carlstadt, Oecolampadius und die Wiedertäufer predigten. Da aber die dort bestimmten Strafen „allein über die Hauptketzer gesetzt“ und inzwischen „viel neue unchristliche Artikel“ wider Glauben und christliche Ordnung aufgekommen, so fügte Ferdinand ein eingehendes Verzeichnis derselben bei, welches tarifmäßig die Strafen für Abweichungen von der alten Lehre feststellte. 1) Für Geistliche und Laien stand Feuer-tod auf Reden und Predigen wider die katholische Lehre von Christus; Strafe an Leib, Leben oder Gut auf solches wider die Jungfräulichkeit Marias, sowie auf Empfang oder Austeilung des Sakraments unter beiden Gestalten. Gefängnis und Landesverweisung war angedroht gegen Schmähungen der Heiligen, ihrer Verdienste, Fürbitte und Wunderzeichen, sowie gegen Änderung der Formen von Taufe, Messe und Ölung; Landesverweisung endlich traf den, welcher wider den Nutzen der Fürbitte für die armen Seelen sprach. 2) Solche, welche ohne rechtmäßige Ordination priesterliche Funktionen verrichten, sollten nach richterlichem Urteil durch Feuer, Schwert oder Wasser gestraft werden. Verachtung der Priesterbeichte, ja sogar Unterlassung derselben während eines Jahres zog Gefängnis, Landesverweisung und andere Strafen am Gut nach sich. Ausgetretene Priester oder Mönche sollten einen Monat lang bei Wasser und Brot gefangen gesetzt und dann ihren Ordensobern zu weiterer Bestrafung zugesandt, ihre Frauen des Landes verwiesen werden, falls nicht wegen „anderer Ketzereyen“ schwerere Strafe bedingt sei. 3) Für Laien wurden die bestehenden Strafbestimmungen betreffs der Polygamie in Erinnerung gebracht; Landesverweisung stand auf Heirat in verbotenen Graden der Sippe. Lästerey und Zerstörer von Kreuzen und Heiligenbildern wurden an Leib und Gut gestraft, Übertreter des Fastengebots mit so viel Tagen Gefängnis, als sie nicht gefastet hatten. — Politisch gefährliche Predigten schließlich wurden mit dem Tod des Predigers geahndet. Acht und Aberacht, Ehrlosigkeit und Rechtlosigkeit traf auch die, welche Ketzer „enthalten, höfen, hausen, defendieren, schützen und beschirmen;“ — wer dagegen Ketzer der Obrigkeit denunzierte, erhielt den dritten Teil des Strafgeldes zur Belohnung. Diese Bestimmungen sollten zehn Jahre hindurch um Ostern und Weihnachten von allen Kanzeln verlesen werden und alle Beamte daraufhin in ihren Gerichtszwängen eifrig nach den Anhängern der neuen Lehre ausforschen.

In Folge dieses Edikts suchte bald der bedrohte Prediger Conrad Cordatus in Sachsen eine Zufluchtsstätte;¹ man nahm Magister Georg Oeder, den Prediger zu Perchtoldsdorf in Untersuchung wegen Ketzerei

¹ De Wette III, 288. („rediisse te ex Austria jamdudum cognovi“ etc.).

und beriet über seine Bestrafung;¹ man schritt gegen den Provisor der Rosa Burse, Leopold Bernhardt wegen 40 lutherischer Irrtümer inquisitorisch ein.² Luther selbst gab ein neues Aufblühen seiner Lehre in Österreich gegen die durch das Mandat kühn gewordenen Geistlichen verloren.³

Auch Joachim von Brandenburg, von Anfang einer der eifrigsten Gegner der Reformation,⁴ schien bei der Breslauer Zusammenkunft mit besonderm Nachdruck die Ausrottung des Luthertums zu betreiben. Im Mai 1527 hatte jene Zusammenkunft stattgefunden; schon am 4. Juli vereinigte er sich mit seinen Landständen über scharfe Maßregeln wider die religiöse Neuerung. „Was die lutherische Ketzerei belanget, wollen die Stände nebst Seiner Kurfürstlichen Gnaden alle ihr Vermögen darstrecken, damit die ehrliche, löbliche und alt christliche Ordnung und Ceremonien der heiligen christlichen Kirchen gehalten und gehandhabt werden.“ Kein Pfarrer sollte ohne Institution der Ordinarien geduldet, kein ausgelaufener Pfaff gelitten werden; gegen Übertreter werde man „nach Ausschreiben päpstlicher Heiligkeit und kaiserlicher Majestät Mandat und Dekret verfahren.“ Strenge wurde schließlich die Entrichtung der Gefälle an den Klerus eingeschärft.⁵ Nach diesem Rezeß wurden bald neuernde Geistliche mit ihrer Familie aus der Mark „um des Evangeliums willen“ in „Elend und Armut“ gejagt.⁶ Vollends aber zeigte Joachims Verfahren gegen die eigene Gemahlin seine rücksichtslose Feindschaft gegen alles Lutherische.⁷ Die Kurfürstin war der neuen Lehre zugethan und hatte Ostern 1527 das Sakrament unter beiden Gestalten empfangen. Sobald dies Joachim — gleich nach seiner Rückkehr von Breslau — erfuhr, dehnte er die Bestimmungen des Wormser Edikts, das er 1524 aufs neue eingeschärft hatte,⁸ auch auf seine Gattin aus: wenn sie nicht bis Michaelis sich bekehre, „müsse und werde er andere Wege suchen; ihr unchristliches Benehmen werde er in keiner Weise dulden, er könne es vor Gott, kaiserlicher Majestät und seiner lieben Landschaft nicht verantworten.“⁹ Trotz einer Verlängerung der zugestandenen Frist bis Ostern 1528

¹ Raupach I, 47.

² Wiedemann I, 44.

³ De Wette I. c.

⁴ Droysen, Preuß. Politik II, 2. p. 139 ff.

⁵ Der Rezeß bei Riedel, Cod. dipl. Brandenb. III, 3. p. 356 f.

⁶ De Wette III, 222. 223.

⁷ Vgl. i. allg. Riedel, die Kurfürstin Elisabeth von Brandenburg in Beziehung auf die Reformation. (Zschr. f. preuß. Gesch. II, p. 65 ff.)

⁸ Er werde „on alle gnade strafen und niemands daran verschonen“ hatte er versichert. Riedel, Cod. dipl. Brand. III, 3. p. 310.

⁹ Droysen, Preuß. Politik II, 2. p. 201.

unterließ der Beichtvater nicht, die Kurfürstin zu bedrängen, und Joachim selbst berief einen Rat, aus seinen drei Landesbischöfen, drei Äbten und drei Rechtsgelehrten bestehend, denen er die Frage vorlegte, ob er seine Gemahlin töten oder sich von ihr scheiden solle. Das waren die andern Wege, die Joachim suchen wollte! Der Rat entschied, man solle die Kurfürstin lieber „auf ein Schloß setzen und versperren lassen“ auf Lebenszeit. Nur widerwillig sagte Joachim den Ständen zu, ohne ihr Wissen nichts Thätliches oder Unfreundliches gegen die Kurfürstin vorzunehmen. Den Führern der lutherischen Partei war der Hergang nicht unbekannt geblieben: Elisabeth selbst hatte sich an Kurfürst Johann um Hilfe gewandt und dieser seinen Rat Hans von Minckwitz deshalb zu Michaelis hingeschickt. Am 15. Oktober 1527 teilte sie Johann auch ihre neuen Bedrängnisse mit.¹ Es kam für Elisabeth hinzu „das schändliche Ärgernis“, der schon seit 1525 währende doppelte Ehebruch ihres Gatten mit Wolf Hornungs Frau, der zum landröchigen Geschrei geworden war und in den Kreisen Luthers tiefe Entrüstung hervorgerufen hatte.²

Zugleich betrieb Joachim damals eifrig die Befestigung von Potsdam;³ er und Herzog Georg gemeinsam⁴ waren zu Exekutoren der im Herbst 1527 über Magdeburg verhängten kaiserlichen Acht⁵ ernannt; mit dem Erzbischof von Mainz erließen sie darauf drohende Ausschreiben an die Stadt, wenn sie vom Evangelium nicht abstünde.⁶ Gemeinsam ferner arbeiteten Joachim und Georg an der Verjagung des Grafen Albrecht von Mansfeld. Georg hatte ihm die Belehnung verweigert, hauptsächlich aus dem Grunde, weil er der lutherischen Sekte anhing und „Martinum Luther gehauset, geherbergt, geätzt und getränkt.“⁷ Im Januar 1528 erließ Georg wider die Herren von Einsiedel, deren Güter teils von ihm, teils von Kursachsen zu Lehen gingen, den Befehl,

¹ Riedel, Cod. dipl. Brandenb. III, 3. p. 359 ff. Die obige Darstellung der letzten Vorgänge gründet sich auf diesen Brief.

² S. die Äußerungen der Kurfürstin in Riedels Aufsatz I. c. 77. Anm. 1. Alles nähere über diese Angelegenheit s. u. p. 107—110.

³ Droysen, Preuß. Politik II, 2. p. 200.

⁴ Neudecker, Merkw. Aktenst. I, 38.

⁵ Droysen I. c. 199.

⁶ Gesandtschaftsrel. an Georg, Fulda 11. Juni 1528. (Ungedr.) Vgl. Neudecker I. c., Rommel III, 23 A. 2. Neudecker, Urk. 71.

⁷ Georg selbst muß dies einräumen, da er 3. Juli 1528 (Neudecker, Urkunden 71) sagt, er habe „Alles wollen fallen lassen, er solts allein von der luterisehen secten (fallen lassen) und sich in gehorsam christlicher kirchen ergeben.“ „Wann er allein des Evangelions abstunde . . so were er gefatter Jacob“, bemerkt dazu Philipp treffend (10. Juli 1528) bei Rommel III, 23.

die ketzerischen Priester zu verjagen und andere einzusetzen; ferner sollten sie selbst zur Kirche zurückkehren und vom Bischof Absolution erbitten, oder anderenfalls ihre Güter bis zum August verkaufen „und sich an die Ende wenden, da man ihren Ungehorsam leiden kann.“¹ Eine ganze Anzahl erregter Bedenken der Wittenberger Theologen war darüber sogleich ergangen: die Herren sollten unter keinen Umständen „dem Tyrannen helfen wider das Evangelium thun,“ sondern in seinem Gebiet „dem Tyrannen seines Mutwillens Raum lassen.“ Hessen und Sachsen weigerte Georg die dorthin gehörigen thüringischen Klostergefälle;² einen von Philipps Predigern ließ er im Trefffurter Bezirk, der ihm mit Hessen und Mainz gemeinsam gehörte, gefangen nehmen und wegschleppen; trotz aller Bitten Philipps gab er ihn nicht los.³ Ja, Georg ging so weit, Philipps eigener Schwester Elisabeth nicht nur zu verbieten bei der Taufe von Philipps Tochter⁴ Pathenstelle zu übernehmen, sondern überhaupt dabei zugegen zu sein, wenn nicht diese Taufe nach katholischem Ritus stattfände.⁵

Außerdem wurde gleich nach der Breslauer Zusammenkunft das ganze evangelische Deutschland aufs tiefste erregt durch die Verfolgungen in Baiern. Carpentarius war dort am 8. Februar 1527 auf dem Scheiterhaufen gestorben; am 16. August folgte ihm Leonhard Kaiser.⁶ Auf die Nachricht, daß sein Vater in Todesnöten liege, war er von Wittenberg in die Heimat geeilt, wo er ohne weiteren Anlaß gefangen genommen und nach erbarmungslosen Verhören, die man trotz seiner Krankheit mit ihm anstellte, verbrannt wurde. Kurfürst Johann hatte ein Gnadengesuch eingereicht,⁷ viele Grafen und Edle sich beim Herzog von Baiern verwandt — sie wurden nicht einmal einer Antwort gewürdigt.⁸ „Er solle Herrn Leonhard Kaiser ohn alle Urteil und Recht mit dem Brand richten lassen,“ schrieb Herzog Wilhelm dem Richter.⁹ Luther gab damals das ergreifende Büchlein heraus: „Von Er Leonhard Kaiser in Baiern umb des Evangelii willen verbrant.“¹⁰ Der Hergang ist darin ruhig und einfach

¹ Edikt bei de Wette III, 264.

² Ranke VI. 136. Neudecker, Urkunden 70. Seckendorf II, 97.

³ Seckendorf II, 97. Rommel III, 22.

⁴ Agnes, geb. 31. Mai 1527.

⁵ Philipps Brief bei Rommel III, 22 f. Zu bemerken ist, daß auch Georg darin ein Zeichen der Feindschaft erkennt, das wohl zu Befürchtungen Anlaß geben könne. S. seine Instr. v. 3. Juni 1528 (p. 98 unten).

⁶ Vgl. Walch XXI, 173 ff.

⁷ Brief bei Walch XXI, 209.

⁸ Walch XXI, 191. 200.

⁹ Nach Walch l. c. 200.

¹⁰ Die Schrift bei Walch l. c. fehlt Erl. Ausg. Urspr. Titel bei Köstlin II, 113 Anm. 1.

erzählt; aber schon hier bricht die Sorge hervor, es sei auf das Evangelium überhaupt abgesehen.¹ Daneben trugen jedoch andere Schriften die Begebenheit durch das Volk, die ihren Zweck darin suchten, mit Übertreibung der Wahrheit „den Widerwärtigen Verdruß“ zu bereiten;² — wie viel mehr mußten sie jene Befürchtungen in lutherischen Kreisen schüren!³

So blieben die drohenden Zeichen eines wider die Evangelischen geplanten Angriffs nicht auf die Gebiete der drei Fürsten beschränkt, welche im Mai zu Breslau gewesen waren. Äußerungen katholischer Fürsten ließen sogar auf eine Teilnahme des Kaisers schließen. Georg hatte dem Kurfürsten von Sachsen gedroht: „wenn er der Handlung Luthers nicht müßig stehe, so werde er von Land und Leuten verjagt werden, wozu er auf Befehl des Kaisers mitzuwirken sich nicht weigern könne“.⁴ Auch Georgs Worte gegenüber den kursächsischen Räten: „wenn er wolle, wäre er Kurfürst von Sachsen“,⁵ ließen auf eine Teilnahme des Kaisers an Aggressivplänen der katholischen Fürsten schließen. Und es waren ja nicht nur aus den Ländern jener drei Fürsten, sondern auch aus anderen katholischen Territorien Nachrichten gekommen, welche klar die Absicht ausdrückten, das Luthertum mit Gewalt zu vertilgen. Rücksichtslos ging man in Durchführung dieser Absicht vor; die eigene Gemahlin eines der katholischen Fürsten, Grafen und Edle, Geistliche und Laien wurden davon betroffen. Danach mußte man befürchten, daß die katholischen Fürsten auch ihre weiteren Drohungen wahr machen würden: die politischen Führer der evangelischen Partei zu verjagen und allenthalben die neue Lehre auszurotten. Dem Tode nahe hatte Markgraf Kasimir von Brandenburg seinen Bruder Georg vor einem Kriege gewarnt, der den Förderern der Reformation drohe;⁶ ähnliche Warnungen waren, wie wir sahen, noch bestimmter dem Landgrafen am 2. Juni 1527 von Heinrich von Braunschweig zugekommen; auch war ihm gesagt worden, daß Georg in heimlicher Rüstung stände.⁷ So war die Erwartung drohender Anschläge seitens

¹ Walch 174. 213—215.

² l. c. 173. Luthers Worte.

³ „Von da und dort hörte man, daß ein unruhiger Neuerer seinen übertriebenen Missionseifer mit dem Tode habe büßen müssen.“ Mit diesem Satz schlüpft Ehses p. 23 über die im vorhergehenden aufgezählten Verfolgungen hinweg. Dazu vgl. man nur die Geschichte von Kaiser.

⁴ Rommel III, 22, dazu I, 209.

⁵ Rommel III, 22. Die spitzfindige Ausdeutung, welche Georg nachher dieser Drohung zu geben versuchte, hat schon Ranke II, 246 Anm. 3 widerlegt.

⁶ Seckendorf II, 97.

⁷ Ungedr. Gesandtschaftsbericht an Georg vom 11. Juni 1528.

der katholischen Partei bei den Anhängern Luthers eine weit verbreitete geworden.

Wir haben bereits gesehen, daß auch Luther selbst diese Befürchtungen teilte. Bezeichnend ist es, daß er gerade zu Ende des Jahres 1527¹ sein gewaltiges Lied schuf:

Ein feste Burg ist unser Gott,
Ein gute Wehr und Waffen.

Ergreifenden Ausdruck findet hier diese Besorgnis, daß ein allgemeiner Angriff, gefährlicher als je, das „Evangelium“ bedrohe. Rettung vor diesem Angriff, den Luther nach seiner Art der Einwirkung des bösen Feindes zuschrieb, sei nur von Gott allein zu erwarten:

Er hilft uns frei aus aller Not,
Die uns itzt hat betroffen.
Der alt böse Feind
Mit Ernst ers itzt meint;
Groß Macht und viel List
Sein grausam Rüstung ist,
Auf Erd ist nicht seins gleichen.

Wenn man sich die Strafedikte und Verfolgungen in Mainz und Österreich, im Herzogtum Sachsen, in Brandenburg und in Baiern vergegenwärtigt, so sieht man, daß Luther sein Lied nicht aus freidichtender Phantasie zu gestalten brauchte, sondern nur zusammenfaßt, was von seiten der Gegner in der letzten Zeit zur Vertilgung des „Evangeliums“ geplant und geschehen war. Die erschütternden Worte: „Nemen sie

¹ Ich halte diese Ansetzung Schneiders (D. M. Luthers geistl. Lieder. 2. Aufl. 1856 p. XXXVIII ff.), dessen schönen Gründen Knaake (Luthardts Zschr. f. kirchl. Wiss. u. kirchl. Leben 1881 p. 39 ff.) ein gewichtiges äußeres Zeugnis hinzufügt, mit Köstlin (M. Luther, 2. Aufl. II, 182 u. A. 3) für beweiskräftig. Was C. Biltz (Sonntagsbeil. z. Neuen Preuß. (Kreuz-)Ztg. 2. Apr. 1882) bemerkt, „der eigentliche das Lied durchdringende Gedanke“ sei „ein drohender Krieg“, der das Gemüt des Sängers beschäftige, ist gewiß zutreffend; gerade dies aber schließt Biltz' Ansetzung auf „die Jahreswende von 1528 auf 1529“ aus: damals fürchtete niemand mehr, daß aus den Packschen Händeln ein Krieg drohe, wie Biltz meint. Wohl aber war — wie aus unserer obigen Darstellung hervorgeht — bei den Evangelischen die Befürchtung vor „einem drohenden Krieg“ Ende 1527 vorhanden. Biltz' Bemerkung befestigt also gerade die Ansetzung von Schneider-Knaake. — Die Annahme Erichsons („Ein' feste Burg“. Straßburg 1883), welcher das Lied 1529 setzt, weil vorher keine „gemeinschaftliche den Evangelischen drohende Religionsgefahr gewesen“, zerfällt nach dem gesagten von selbst. Schleusner („Luther als Dichter“. Wittenberg 1883) läßt die Frage unentschieden. — Verstärkend für die Schneider-Knaakesche Ansicht dürfte die flgde Anm. hinzukommen.

den Leib, Gut, Ehr, Kind und Weib“ — sie waren dem Reformator geradezu in den Mund gelegt; sie waren buchstäblich in jenen Edikten enthalten.¹ Und die schon praktisch gewordenen Versuche, jene Drohworte zur Wahrheit zu machen, zeigten Luther handgreiflich die Gefahren, denen sich die Bekenner seiner Lehre damals ausgesetzt sahen.

Zweites Kapitel.

Packs Mitteilungen an Landgraf Philipp zu Kassel und Dresden (Februar 1528).

Das war die Situation, in welcher der herzoglich sächsische Kanzlei-verweser Otto von Pack bei Landgraf Philipp die Mitteilung machte: es bestehe in der That ein solches Bündnis der katholischen Fürsten, wie man es evangelischerseits befürchtete.

Gegen Philipps Schwester Elisabeth, welche mit Herzog Georgs von Sachsen ältestem Sohne Johann vermählt war, hatte sich Pack zu Dresden erboten, er wolle ihrem Bruder im „Nassauischen Handel“ mit seinem Rat beistehen. Seine Beihilfe, versicherte er, werde Philipp in dieser Sache von endgültigem Nutzen sein. Die Herzögin Elisabeth

¹ Vgl. vor allem Ferdinands Religionsedikt (p. 12 f.), welches zunächst einschärft, daß alle Hauptketzereien „bey schwären und höchsten Poenen der Ehre, Leib, Lebens und Guts verhütet und verboten“ seien, jeder Irrlehrer wider die zwölf Glaubensartikel und die Siebenzahl der Sakramente „an Leib und Leben möge gestrafft werden.“ „Item, daß er ehrloß und demnach zu keinem ehrlichen Ambt tauglich sey“, daß der Vater den Sohn, der Sohn den Vater, „der ein Ketzer ist, rechtlich alles Vätterlichen Guts enterben mag“. Im einzelnen wurden Ketzereien in bezug auf Maria „am Leib, Leben oder Gut“ Empfang und Austeilung des Sakraments unter beiden Gestalten „an dem Leib, Leben und Gütern gestrafft“, Unterlassung der Beichte mit „Straffen an dem Gut“. Wenn ein Mönch oder Pfaffe „ein Weib genommen“, so soll dies Weib „vom Land ewiglich verwiesen“ werden. Frevel an h. Bildern wurden „an Leib oder Gut gestrafft“; Beschützer von Ketzern sollen nach Jahresfrist „ipso facto und in Fußstapfen infames und aller Ehren entsetzt seyn, zu ehrlichen öffentlichen Ambten noch in Rath genommen werden“ u. s. w. (Daß Luther dies Mandat gut kannte, s. seinen Brief de Wette III, 288.) Ferner das Mainzer Edikt (p. 9), worin „bei Strafe Leibs und Guts“ alle Lästerungen Gottes und der Heiligen verboten wurden.

machte ihrem Bruder von Packs Anerbieten Mitteilung. Erst auf diese briefliche Empfehlung hin erbat sich dann der Landgraf — unter Mitwirkung Elisabeths — Pack von Herzog Georg zu diesem Zweck.¹ Es erhellt aus dem gesagten, daß in dieser Sache die ganze Initiative der ersten Annäherung von Pack ausgegangen ist.

Der „nassauische Handel“, der Streit um das reiche Katzenelenbogensche Erbe, welches beinahe die Hälfte der hessischen Besitzungen umfasste, währte zwischen Hessen und Nassau bereits seit dem Jahre 1500.² Nach dem Regierungsantritt Karls V. hatte sich die Wage mehr als früher zu Gunsten Nassaus geneigt, das Tübinger Urteil vom 9. Mai 1523 ihm höhern Vorteil gebracht, als Nassau selbst gehofft hatte. Ein Versuch gütlicher Ausgleichung, den Philipp im August 1525 gemacht, war gescheitert und darauf nach Karls Mandat im November aufs neue die Rechtsverhandlung zu Tübingen begonnen worden, bei der sich Hessen an Nebenpunkte anklammern musste, um wenigstens die Sache in die Länge zu ziehen.³ So standen die Dinge, als Packs Anerbieten an Philipp gelangte, und man begreift es um so mehr, daß er dies annahm, als Pack zur Durchführung des Handels wie wenig andere geeignet erscheinen konnte. Schon seit 1519 als Rat im Dienste Georgs, ward er von diesem seit langen Jahren als Bevollmächtigter in den wichtigsten Angelegenheiten verwendet. Auf den Reichstagen zu Nürnberg 1522/23⁴ und 1524,⁵ zu Augsburg 1525, zu Speier 1526⁶, auf dem zweiten Tage zu Dessau⁷ war Pack als Gesandter erschienen und hatte

¹ Hortleder IV, 19, p. 1402. Diese Stelle aus dem Ausschr. Philipps wider Heinrich von Braunschweig vom 4. März 1541, offenbar Wigand Lauzes Quelle, ist seither auffallenderweise unbeachtet geblieben. Obwohl diese Ausschreiben in einigen Angaben deutlich den Charakter einer lange Jahre nach den Ereignissen geführten Polemik zeigen, so verdient doch Philipps Erzählung an dieser Stelle um so eher Glauben, als wir finden werden, daß sich Pack später abermals an Herzogin Elisabeth genau in derselben Weise wendet, um beim Landgrafen seine Zwecke zu erreichen. S. unten p. 69.

² Die Entstehung des Streites bei Arnoldi, *Gesch. der Oranien-Nassauischen Länder* III, 1, 47 ff. 81 ff.

³ Arnoldi 87 ff.

⁴ Instruktion Georgs für Dittrich von (Wertter?) und Otten von Pack. (Ungedruckt.)

⁵ Instruktion für den Reichstag zu Nürnberg Martini 1523. Geben Leipzig, Donnerst. nach Allerheiligen (5. Nov.). Ungedr.

⁶ Für Augsburg: eigenh. Instr. Herzog Georgs. (Dresd. Arch.) Für Speier: Instr. bei Höfler, *Denkwürdigkeiten der Charitas Pirkheimer*, Vorr. p. 62—74.

⁷ 13. Nov. 1525 wegen des Protestschreibens vom 15. Sept. (vgl. p. 6. A. 4), Der Abschied ging noch schärfer gegen die Lutherischen, als der des 1. Tages (Dresd. Arch.). — Georgs Instr. für Andreas Pflugk und Otto von Pagk Dresd. Arch.

damit sowohl die politischen Geschäfte seines Herrn in Reichsangelegenheiten, wie auch namentlich die zahlreichen Propositionen und Anträge Georgs in der Religionssache zu führen.¹ Ausserdem war er vielfach durch Sendung des Herzogs mit Aufträgen und Verhandlungen bei andern Fürsten betraut.² Alles dies mußte ihn ebensosehr als bewährten und vertrauten Berater Georgs wie als geschickt und erfahren in der Ausführung wichtiger Geschäfte erscheinen lassen. Für Philipp kam hinzu, daß Pack bereits auf dem letzten Speierer Reichstage (im August 1526) für ihn als Vermittler in einer Streitsache thätig gewesen war, und zwar, wie es scheint, mit gutem Erfolg.³

Und noch weniger wird es befremden, daß der Landgraf das Anerbieten des juristischen Beraters eines anderen Fürsten annahm, als wir gerade im Katzenelenbogenschon Rechtsstreit bedeutende Juristen aus aller Herren Länder thätig finden, Streitschriften verfertigend, Rechtsgutachten erteilend, vermittelnd und beratend. So 1521 „von nassauischer Seite vornehmlich den pfälzischen Kanzler von Venningen, den Präsidenten des Rates von Holland: Nicolaus Eberhardi von Middelburg, Doktor Dockum zu Köln, Doktor Rücker und Georg Flach von Schwarzenberg zu Frankfurt“;⁴ ebenso vermittelten im Juni 1523 Abgeordnete von Kurköln und Jülich.⁵ Zweifellos wird es nun nicht auffallen, wenn Philipp, wie man 1521 und 1523 bereits gethan, auch 1528 den Rat eines fremden Juristen annehmen wollte.⁶

¹ Briefe aus den Jahren 1522. 1525. 1526.

² Doctor Pack an Georg, Nürnberg 16. Sept. 1522 über Zahlungen für Merseburg u. a. Namentlich zahlreiche Briefe sowie Reisen über Forderungen Georgs an Ferdinand, die von 1522—1526 gehen. — Vgl. auch v. Langenn, Christoph v. Carlowitz (1854) p. 37.

³ Vgl. unten. ⁴ Arnoldi III, 1. 91.

⁵ ibid. 96. Dasselbe findet später noch öfters statt: 1533. 1536. 1544 u. a. Vgl. Arnoldi, 110. 113. 115. 116.

⁶ Ehse meint (p. 12): „An und für sich betrachtet konnte es schon einigermaßen auffallend erscheinen, daß sich der Landgraf zur Führung einer rein hessischen Landesangelegenheit von einem andern Fürsten einen Beamten verschrieb, der seine Fähigkeit bis dahin noch durch keine hervorragende That bewiesen, sondern nur durch rühmendes Selbstlob hervorgehoben hatte.“ Daß Pack zunächst seine Fähigkeit auch schon durch anderes dargethan, haben wir oben gesehen, und auch Ehse selbst sagt es uns (p. 9): Pack „war bis zum Jahre 1528 einer der angesehensten Beamten des Herzogs Georg . . Er genoß das volle Vertrauen seines Herrn, denn er wurde in den wichtigsten Geschäften von ihm verwendet . . die augenscheinliche Gewandtheit, die wir noch an ihm beobachten werden, würde ihm leicht noch zu weiteren Auszeichnungen den Weg gebahnt haben.“ Sicher konnte es nicht befremden, daß sich Philipp von dem Anerbieten eines solchen Mannes etwas versprach. Zudem fanden gerade in dieser

Auf Georgs Befehl¹ begab sich alsdann Pack nach Kassel.

Über die erste Unterredung, welche er hier mit dem Landgrafen hatte, liegen uns von jedem der beiden Teilnehmer mehrere Berichte vor. Nach der ersten Erzählung Philipps, welche er am 10. Juni 1528 den Gesandten Herzog Georgs mittheilte,² hat er Pack in Bezug auf die Warnungen, welche ihm darüber zugekommen waren, daß „etwas Treffliches gegen ihn vorhanden wäre“, deshalb gefragt. „Da hat Pack sehr geseufzt und sich so erzeigt, als trüge er Wissen daran.“ Nun drang natürlich Philipp heftig in ihn, und Pack erzählte darauf von der Existenz eines Bündnisses, welches von den katholischen Fürsten wider die Evangelischen thatsächlich schon abgeschlossen sei. Ebenso berichtet Philipp einen Monat nachher in einem Brief an Georg (10. Juli 1528):³ er habe Pack gegenüber von allgemeinen Befürchtungen gesprochen: „mir kommt allerlei vor, wie etzliche Practiken sollen gemacht sein über den Kurfürsten von Sachsen und mich,“ worauf Pack wieder „mit großer Bekummernus“ nichts sagen wollte; auf Philipps Bitten machte er dann die bestimmte Mitteilung von dem wirklichen Abschluß eines Bündnisses. Vergleichen wir damit die Berichte, welche Pack über jene Unterredung giebt. Auf dem Tage zu Kassel sagte Pack aus:⁴ „nachdem Philipp zuvor auch etwas erfahren,“ habe er, Pack, solch Verbündnis „gesagt und angezeigt“, und er bestätigt dies, nachdem er in Freiheit gesetzt war, in einem Bittschreiben an Philipp vom 19. März 1531:⁵ „nachdem ich gesehen, daß E. F. G. ein mächtiger, kluger, junger Fürst sey, und woll gewust, daß viel Leute von hohem Stande nach E. F. G.“ Verderben trachteten, „hab ich E. F. G. das Bundnis angezeigt“. Wie man sieht, stimmen diese Berichte inhaltlich überein. Es ergiebt sich aus denselben, daß sich Philipp nur über Besorgnisse unbestimmter Art gegen Pack geäußert, daß aber die „positive Behauptung über den wirklichen Abschluß eines protestantenfeindlichen Bündnisses“ einzig und allein von Pack ausgegangen ist.⁶ Diesen übereinstimmenden Berichten von Philipp und Pack steht nun

Angelegenheit, wie oben gezeigt, fremde Juristen Verwendung: vgl. besonders das genaue Pendant zu dem stellvertretenden Kanzler Pack aus Sachsen, der für Hessen Rat geben wollte, in dem Kanzler Venningen aus Pfalz, der zu Nassaus Beratern gezählt. Die „eigenen Räte und Juristen des Landgrafen“ hatten also gewiß keine Veranlassung, „sehr mit mißtrauischen und mißgünstigen Augen den sächsischen Ankömmling anzusehen,“ wie Ehses weiter meint.

¹ Hoffmann I, 105. Neudecker, Urkunden 72.

² Gesandtschaftsrelation, Fulda 11. Juni 1528 an Georg. (Ungedr.)

³ Rommel III, 18.

⁴ Hoffmann I, 105.

⁵ Bei Rommel II, 209 f.

⁶ Ehses selbst betont dies ausdrücklich p. 13 Anm. 3.

allein die Aussage entgegen, welche Pack 1536 auf der Folter machte. Nach ihr soll zuerst Philipp den Pack mit der bestimmten Behauptung von der Existenz eines zu Breslau abgeschlossenen katholischen Bündnisses angedet haben.¹ Es wird keinem Zweifel unterliegen, daß ein Geständnis, erpreßt unter den Qualen der Folter, schon an und für sich eine Quelle trübster Art ist, der wir einen historischen Wert nur dann beimessen dürfen, wenn andere Beweisgründe sie verstärken. Aus doppeltem Grunde werden wir demnach die vorliegende Aussage verwerfen, da ihr das gesamte andere Quellenmaterial hier direkt entgegensteht.

Philipps Handeln war korrekt und besonnen. In gleicher Weise seine und seiner Partei Befürchtungen vor derartigen Anschlägen wie die Autorität seines Gewährsmannes, des langjährigen vertrauten Beraters eines der kath. Fürsten, den man in Georgs Politik völlig eingeweiht halten mußte — schienen die Wahrheit von Packs Anzeige zu bestätigen. Dennoch war Philipp nicht geneigt, ihm ohne weiteres Glauben zu schenken. Er verlangte sogleich zu Kassel von ihm als Beweis seiner Behauptungen die Originalurkunde des angezeigten Bündnisses: „da hab ich an seinen bloßen Worten nit wollen gesättiget sein,“ schreibt Philipp von jener Unterredung zu Kassel, „sonder begehrt das Original zu sehen“.² Ebenso hatte Philipp am 10. Juni berichtet: „als Pack nach Kassel gekommen“ und jene Anzeige gemacht, habe er ihm Schutz versprochen, wenn er das Original bringe.³

¹ Vgl. das Bekenntnis bei Gudenus, Cod. dipl. anecd. IV, 636 ff.: Dr. Pack „dixit, quod cum Landgravius Hassiae veniret ad oppidum suum Cassel, ubi ipse D. Pack fuisset, rediens *Landgravius* a suscipiendo quodam filio Principis ex baptismo, *dixisset ipsi Doctori, quod intellexisset, quoddam Foedus Vratislaviae a nonnullis Principibus cum Serenissimo Domino Ferdinando* nunc Rom. rege contra ipsum Landgravium ac Illustrissimum Principem Electorem et Ducem Saxoniae cum aliquot Principibus Germaniae *initum*, inter quos etiam erat praefatus ill^{mus} D. Georgius Dux Saxoniae, eius Socer; et quod valde institisset Landgr. apud ipsum Reum, ut ei indicaret de hoc foedere. Qui Reus dixisset *tandem*, foedus huiusmodi contra eum et ipsum Electorem Saxoniae fuisse factum Vratislaviae.“

² Als Philipp hernach „ghein Dressen zu E. L. geritten, da hat er mich solch versiglet copey wie vorgemelt sehen lassen.“ Brief Philipps an Georg 10. Juli 1528. (Rommel III, 18). Dieser Brief, dessen volle Wahrheit sich Punkt um Punkt nachweisen läßt, zerstört die weitere Angabe des Folterbekenntnisses, daß Philipp nur eine Kopie verlangt haben soll: „Cum autem ipse Landgravius *peteret copiam* huiusmodi foederis“ etc. Ehses p. 13 liest sogar aus Philipps Brief heraus: Pack habe dem Landgrafen „eine Kopie“ versprochen — also das Gegenteil des wirklichen Inhalts. Wir werden diese Kunst noch oft bei E. kennen lernen.

³ Bericht der sächs. Gesandten an Georg, Fulda, 11. Juni. — Ehses behauptet p. 15: „weder zu Kassel noch später bei dem Zusammentreffen in Dresden hat der

Die Motive, welche Pack leiteten, ergeben sich nur zu klar aus seiner Vergangenheit und aus der Lage, in welcher er sich damals befand.

Schon vorher war Pack geübt in Betrug und Fälschungen: nicht weniger als sechs derselben wurden ihm aus der Zeit von 1525¹ ab nachgewiesen. Bei allen verfolgte er den Zweck, sich Geld zu verschaffen oder sich aus den Verwicklungen zu retten, in welche seine Schulden ihn gestürzt hatten. Eine Urkunde fälschte er, um 1000 Gldn. zu erhalten, sowie wegen anderer schon vorher empfangener Beträge;² eine zweite wegen eines Betrages von 300 Gldn.;³ — zwei andere Fälschungen stehen mit den genannten in Zusammenhang;⁴ — zwei weitere endlich um Beträge von 200 und 104¹/₂ Gldn.⁵ Ferner zeigen diese Fälschungen, wie geläufig es Pack war, Ehre wie Namen und Siegel seines Herrn zu mißbrauchen: fünf der erwähnten Fälschungen sind unter dem Namen des Herzogs angefertigt; die vier angeblichen Originalien darunter tragen auch dessen Siegel.⁶

Gerade gegen Ausgang des Jahres 1527 war zudem Pack dahin gelangt, daß ihm, wie E. richtig bemerkt „jeden Augenblick schimpfliche Entlarvung und entehrende Strafe bevorstand“. Es drohte ihm die Entdeckung seines gegen den Bischof von Merseburg verübten Betrugs; um sie zu verhüten, mußte er am 4. November 1527⁷ zu einer Fälschung greifen, zu der er den Namen des Nürnberger Bürgers Friedemann verwandte.⁸ Michaelis 1527 war die letzte Frist abgelaufen, bis zu welcher Pack seinem Schwager Sittig von Berlepsch eine Schuld von 300 Gldn. zurückzahlen sollte; der Stadt Tennstädt, von der Pack 200 Gldn. entliehen, hatte er bis 1528 weder Kapital noch Zinsen

Landgraf, soviel sich erkennen läßt, mit Pack bezüglich des Originals eine bindende Verabredung getroffen;“ p. 16: „Thatsächlich handelte er so, . . . als ob es des Beweises durch eine Originalurkunde nicht bedürfe;“ p. 24: „Für seine Person fühlte der Landgraf durchaus kein Bedürfnis nach einem Original.“ Wie man sieht: ebensoviel Unwahrheiten als Sätze!

¹ Denn die von E. p. 9 auf 1524 gesetzte Unterschlagung gehört ins Jahr 1527. S. Schomburgk p. 195.

² Hoffmann I, 89. 91. 109. Ehses 143 f.

³ die Pack von Sittig v. Berlepsch erhalten. Ehses 146.

⁴ Hoffmann I, 92.

⁵ 200 Gldn. von der Stadt Tennstädt. (Hoffmann I, 93.) 104¹/₂ Gldn. hatte Pack dem Merseburger Bischof unterschlagen. (Schomburgk 195. Ranke III, 33).

⁶ Die fingierte Schuldverschreibung für Puchel (Hoffmann I, 91) gab Pack als Kopie aus.

⁷ An diesem Tage sendet P. den gefälschten Brief nach Merseburg.

⁸ Schomburgk 195. Ranke III, 33.

gezahlt — wie dringend beide Gläubiger damals Zahlung forderten, geht daraus hervor, daß Pack gleich nachher einen Ausweg für einige Zeit in zwei neuen Fälschungen suchte.¹

In solcher Notlage war Pack, als ihm Philipp einen Einblick in die Besorgnisse der Evangelischen eröffnete. Was lag für Pack näher, als daß er sich dies zu Nutzen machte, nicht nur als eine „neue Gelegenheit, grandioser als jemals, Geld zu machen“, wie Ranke sagt,² sondern auch als den einzigen Weg der Rettung aus rundum drohendem Verderben!

Und so handelte Pack in der That. Er sagte die Lieferung der Originalurkunde zu, aber gleich hier in Kassel kam die Frage über den Preis von 10000 Gldn. für diese Lieferung zwischen ihm und Philipp zur Sprache. So erzählte Philipp am 10. Juni 1528 Georgs Räten.³ Und wenn er einen Monat später berichtet,⁴ er habe wegen Beschaffung des Originals „wol uber drei oder vier Wochen hernach“ (nach der Dresdener Besprechung) zu Pack geschickt und „ob er sagen wurde, sollte er das Original liefern, so wurde er umb sein Gut kommen, so solle er ihme zusagen⁵ zehntausend Gulden,“ — so widerspricht das keineswegs, wie Ranke annimmt, einer sofortigen Geldforderung Packs: die Stelle scheint eine solche sogar zu bestätigen, indem nunmehr das schon früher beanspruchte Geld zugesagt wird.⁶

¹ Bürgschaftsbriefe unter Georgs Namen an Tennstädt 19. Februar 1528, an Sittig v. Berlepsch 25. März 1528, beide also bald nach den Verhandlungen mit Philipp, denen das Drängen der Gläubiger vorhergegangen.

² III, 33. ³ Deren Rel. vom 11. Juni. (Ungedr.)

⁴ Brief an Georg bei Rommel III, 19. (10. Juli 1528).

⁵ Also nicht „anbieten,“ wie Ranke III, 31 A. 2 sagt.

⁶ Das Folterbekenntnis (l. c.) sagt: „Cum autem ipse Landgravius peteret copiam huiusmodi foederis, et minitaretur ipsi Reo, nisi daret ei illius copiam, quod indicaret Illmo Dno. Georgio Duci Saxoniae, Principi et Domino ipsius Rei, quod per ipsum Reum de hoc foedere admonitus esset; si vero daret copiam huiusmodi foederis, quod perpetuo rem celaret, neque cuiquam quicquam faceret occasione huiusmodi foederis. Et sic ipse Reus promississet Dno. Landgravio, quod, quando veniret Dresam . . . daret sibi copiam authenticam huius foederis.“ Daß nicht Drohungen Philipps, wie das Bekenntnis will, sondern allein das Streben nach Geld Pack bestimmte, haben wir oben gesehen und wird sich weiter aus Packs Handeln bestätigen. Was Ehse zur Stütze des Folterbekenntnisses p. 183 vorbringt: Pack habe diesen Drohungen weichen müssen, weil „der Landgraf mit Hilfe dieser Aussage (Packs im Februar „foedus huiusmodi..fuisse factum Vratislaviae;“ vgl. p. 23 A. 1) den Diener seines Schwiegervaters zu Grunde richten konnte,“ schlägt er selbst, indem er p. 155 annimmt, dass sich noch am 18. Mai, nachdem also Pack bereits eine Kopie gefälscht, Geld für seinen Verrat genommen, schwere Irrungen hervorgerufen, Packs Stellung durch ein „umfassendes Geständnis“ „zur Not wieder ebenen ließ.“

Es ist jedoch zu betonen, daß Packs Betrügereien dem Landgrafen gänzlich unbekannt waren. Ihm galt Pack als vertrauter und treuer Diener seines Herrn. Ein persönlicher Umstand kam hinzu, ihm Pack besonders gewissenhaft erscheinen zu lassen. Wie schon (p. 21) gesagt, hatte Pack 1526 zu Speier dem Landgrafen in Händeln mit einem Grafen von Solms Dienste gethan. Bei seiner Abreise am Schluß des Reichstags bot ihm Philipp deshalb ein Geldgeschenk an zu einer Kette für seine Schwester: Pack jedoch lehnte dies ab.¹ Um so weniger konnte sich Philipp von ihm eines gewissenlosen Verrates seines Herrn in einer Sache von höchster Wichtigkeit versehen. Das aber setzt man voraus, wenn man (wie Ehses p. 217 u. a. thut) nach dem Folterbekenntnis den Landgrafen sich mit der „kategorischen Behauptung“ von dem Abschluß eines Bündnisses bei Pack irgend einen Erfolg versprechen läßt. Schon dieser eine Umstand würde genügen, das Folterbekenntnis zu entkräften.

Philipp drängte nunmehr auf wirkliche Lieferung des Originals. Pack erhob Schwierigkeiten; endlich versprach er dasselbe Philipp zu übergeben, wenn dieser nach Dresden komme.² Dorthin kehrte Pack um Mitte Februar zurück. Drei Tage darauf³ folgte ihm der Landgraf, der zugleich in andern Angelegenheiten,⁴ vermutlich in der nassauischen Streitsache bei Georg Rat suchte.⁵ Frühmorgens am 18. Februar⁶ kam Pack zu Philipp ans Bett, wofür er am Hofe ein sonderbares Geschichtchen zur Motivierung erfand;⁷ aber er legte nicht das Original vor,

¹ Pack an Georg, Speier, Sonnabend nach Lorenzi (11. Aug.) und Montag nach Barthol. (27. Aug.) Ungedr.

² Gesandtschaftsrel. an Georg 11. Juni 1528. Damit fällt auch der letzte Satz des A. 6 vor. S. zitierten Bekenntnisses: „Et sic ipse Reus promisisset Dno. Landgravio, quod . . . daret sibi *copiam* authenticam huius foederis,“ wonach Pack nur eine Kopie versprochen haben will.

³ Hoffmann I, 121. 87.

⁴ Die Behauptung von Ehses (p. 13): „daß ihn aber nur das Versprechen Packs und der Wunsch, baldmöglichst in den Besitz jener Kopie zu gelangen, nach Dresden führte, hat Philipp später selbst dem Herzog eingestanden in einem Briefe vom 23. Juni 1528“ ist völlig unrichtig. In dem Briefe steht das gerade Gegenteil: „daß ich der sachen halben auch zu Dreßden were.“ (Ranke VI, 136.) Noch deutlicher schreibt Philipp am 10. Juli: „Als es sich da dermassen geschickt hatt, das ich doch anderer ursachen halber ghein Dressen zu E. L. geritten.“ (Rommel III, 18).

⁵ Pack, der dem Landgrafen nachfolgen sollte, erhielt in dieser Sache eine Instruktion Georgs mit. — Pack an Landgr. Philipp, Meissen, 29. März (Ungedr.)

⁶ Hoffmann I, 87.

⁷ „wie E. L. darumb nach Ihm geschickt, das sich E. L. geunraynigt und er hette E. L. ein naw hembde leyhen müssen.“ Georg an Philipp, 19. Juni 1528 bei Neudecker, Urk. 27.

sondern eine angebliche Kopie desselben: das Original, sagte er, habe der Kanzler verlegt, so daß er nicht dazu könne.¹ Auch diese Kopie jedoch überließ er dem Landgrafen nicht, indem er als Grund angab, Georg halte sie in großem Geheim und führe sie stets bei sich, um dem Bunde neue Genossen zu werben. Das vorgelegte Schriftstück trug jedoch keine äußere Spur der Unechtheit, die Philipp zum Mißtrauen hätte führen können; Philipp ließ dasselbe durch seinen Sekretär abschreiben und gab es dann an Pack zurück.²

Nach dem Inhalt der vorgezeigten Urkunde³ hatten sich König Ferdinand, die Herzoge von Baiern und Sachsen, die Kurfürsten von Mainz und Brandenburg, der Erzbischof von Salzburg und die Bischöfe von Würzburg und Bamberg verbunden, die lutherische Ketzerei gänzlich auszurotten und alle Satzungen und Ordnungen der alten Kirche überall wieder einzuführen. Zunächst sollte Johann Zapolya mit vereinter Macht aus Ungarn gezwungen und Ferdinand dort eingesetzt werden. Dann wollte man dem Kurfürsten von Sachsen auf den Befehl des Kaisers gebieten, „daß er uns Martinum Luther, den Erz-Ketzer soll überreichen, samt allen erketzerischen Predigern, Pfaffen, ausgelaufen Mönchen, Nonnen und andern Geistlichen, die ihren Habit, Religion und geistlich Wesen verändert haben,“ und daß er die Einrichtungen der katholischen Kirche wieder einführe. Stehe des der Kurfürst Mangel, so sollten König Ferdinand und Erzbischof Albrecht in seine sächsischen, meißenschen und thüringischen Lande, die Bischöfe von Bamberg und Würzburg in die fränkischen einbrechen und den Kurfürsten und seine Nachkommen für immer verjagen. Ebenso soll es mit Landgraf Philipp gehalten werden; doch ward ihm Rückgabe seines Landes auch für später in Aussicht gestellt, sobald er seinen Sinn ändere. Die Stadt Magdeburg sollte zu Gehorsam der Kirche und Unterthänigkeit des Stiftes zurückgebracht werden. Herzog Georg verpflichtete sich, Mähren, Schlesien und Lausitz zu überziehen und alles dort eroberte dem König Ferdinand zu überantworten. An Georg dagegen fällt alles von Ferdinand und den Kurfürsten von Mainz und Brandenburg eroberte Land außer den beiden Fürstentümern Starkow und Beeskow, welche dem Brandenburger Kurfürsten bestimmt waren;

¹ In der oft erwähnten Gesandtschaftsrel.

² *ibid.* und Rommel III, 18. Vgl. Exkurs I.

³ Gedruckt bei Hortleder II, 1 p. 776 ff. G. Spalatini *Annales Reformationis*, ans Licht gestellt von E. S. Cyprian (1718) p. 102 ff. Ludewig, *Geschicht-Schreiber von dem Bischoffthum Wirtzburg* p. 912 ff. Gropp, *Wirtzbürger Chronik* I, 525 ff. Walch XVI, 445 ff. Gleichzeitige Drucke der einschlägigen Schriften verzeichnet im *Lit. Museum* (1778) I, 43 ff.

ebenso fallen an Georg die fränkischen Eroberungen der Bischöfe von Bamberg und Würzburg, falls er diesen ihre Kriegskosten erstattet. Ein Anhang bestimmte die Höhe der von den einzelnen Verbündeten zu leistenden Hilfe und enthielt außerdem den Zusatz, man wolle einstweilen die Reichsstädte noch nicht angreifen: nach Niederwerfung der Fürsten könne man sie durch Repressalien leicht ohne Schwertschlag zu Gehorsam bringen.

Das Bündnis sollte abgeschlossen sein zu Breslau am 15. Mai 1527.

Wir haben schon (p. 3) hervorgehoben, daß die mitgeteilte Urkunde zweifellos Fälschung und Erdichtung ist. Mehr als die formalen Verstöße gegen Titulaturen und Kanzleiregeln und mehr als die Widersprüche, wie sie Herzog Georg aufdeckte,¹ ist dafür die Thatsache maßgebend, welche Schomburgk betont hat,² daß sich in den zahlreichen Briefen und Instruktionen der katholischen Fürsten zu dieser Zeit³ nirgend die geringste Spur eines derartigen Bündnisses findet. Vor allem aber spricht wider ein solches Bündnis — wie ebenfalls Schomburgk im Anschluß an Ranke sehr schön nachweist⁴ — dessen innere Unmöglichkeit, die Verschiedenheit der Interessen der katholischen Fürsten im Süden und Norden, welche niemals während der Reformationszeit „eine derartige ausgedehnte Vereinigung katholischer Fürsten mit so entschieden aggressiven Tendenzen gegen die religiösen Gegner“ aufkommen ließ.

Ganz anders stellte sich die Sache damals für Philipp. Er trat der Urkunde nicht kühl und prüfend gegenüber, sondern erregt und beunruhigt durch seine schon vorhandenen Befürchtungen, welche der Inhalt des Schriftstückes nur bestätigte; mit den Drohungen und Warnungen, welche den Evangelischen zugekommen waren, stand die Urkunde völlig im Einklang. Daß Philipp ihr Glauben schenkte, befremdet um so weniger, als mit ihm, wie wir sehen werden,⁵ nicht nur „der alte und bedächtige Kurfürst Johann“ und die Evangelischen insgesamt, sondern auch die kaiserlichen Regimentsräte von deren Wahrheit und Echtheit überzeugt waren.

Nochmals mußte Pack dem Landgrafen zu Dresden versprechen, ihm die Originalurkunde zu verschaffen; deshalb erwirkte Philipp von Georg den Befehl, daß Pack ihm alsbald wieder nachfolgen solle.

¹ in seiner ersten Entgegnung an Luther bei Hortleder II, 9 p. 800 ff. S. darüber Exkurs II.

² p. 189.

³ Dieselben sind p. 59—64 der vorliegenden Arbeit zusammengestellt.

⁴ Schomburgk l. c. Ranke III, 32. ⁵ Über dies alles s. Exkurs I.

Drittes Kapitel.

Der Vertrag zu Weimar (9. März 1528).

In hoher Erregung brach der Landgraf noch am selben Tage (18. Februar¹) von Dresden auf und eilte gen Weimar, um dem Kurfürsten die Kunde von der androhenden Gefahr mitzuteilen.² Gerade die Ereignisse der letztvergangenen Tage: Georgs Anfeindung wider die Herren von Einsiedel, die ja auch Johanns Lehnsträger waren; die gesteigerte Befürchtung vor Gewaltschritten Joachims von Brandenburg gegen seine Gemahlin, der Johann soeben (14. Februar) ein Asyl zu Kolditz angeboten hatte:³ diese Dinge mußten den Kurfürst besonders empfänglich machen für Philipps Mitteilungen. Um so weniger zweifelte er an der Wahrheit des Bündnisses, als Philipp versichern konnte, daß er die Kopie der Bündnisurkunde in Händen gehabt, daß er das Original erhalten und vorlegen werde.⁴ In der That traf Johann denn auch sofort umfassende Vorbereitungen für den Kriegsfall: bereits am 1. März gebot er seinen Vasallen ihr Kontingent zu sofortiger Einberufung bereit zu halten, ließ sich genauen Bericht erstatten über die Streitkräfte

¹ Burkhardt, Pack'sche Händel I. c. 598, A. 1. Bei ihm war der „herzog von Wirttemberg.“

² Seckendorf II, 95.

³ Riedel, Cod. dipl. Brandenburg. III, 3 p. 363 f.

⁴ Irrig ist es, was Janssen (Gesch. III, 110 und 111 — ein Fehler den allerdings auch Neudecker, Aktenst. I, 36 A. 31 hat, den aber Janssen bei Ehses p. 24 verbessert finden konnte —) mit besonderem Nachdruck zweimal behauptet, Philipp habe „in Weimar beteuert,“ zu Dresden „das versiegelte und mit den Unterschriften versehene Original in Händen gehabt“ zu haben. Janssen übersieht, daß Seckendorf, dem er diese Stelle entnimmt, dem „foederis exemplum,“ welches Philipp in Händen gehabt zu haben bezeugt, ausdrücklich das „autographon“ entgegenstellt und hiervon sagt: „Landgravius autographon se adepturum et exhibiturum esse promitteret.“ Seckendorf legt Philipp also genau dieselbe Versicherung bei, wie dieser selbst in seinen Briefen an Herzog Georg: er habe die Kopie gesehen; das Original zu erhalten gehofft; und es ist ganz falsch, wenn Janssen „exemplum“ mit „Original“ übersetzt. Was Melanchthons Brief (C. Ref. I, 986) angeht, so kann zunächst der Satz: „is affirmabat, se archetypum vidisse“ richtig verstanden werden von der Kopie, als dem archetypum der Abschrift, welche Philipp davon hatte nehmen lassen; wie auch Melanchthon C. Ref. I, 997 nicht von Philipp, sondern von Pack sagt: „qui διασχυριζέτο αὐτὸν εἰσράξεναι τὸ ἀρχετυπὸν τῆς συννομосεως.“ Dann aber werden wir Exkurs II sehen, daß jener Brief Melanchthons als objektive Quelle nicht anzusehen ist.

seines Landes und schrieb eine Kriegssteuer aus.¹ Die genaue Organisation der Gegenwehr erfolgte dann am 9. März im Vertrag zu Weimar.

Die Weimarer Vereinigung darf eine hohe Bedeutung in Anspruch nehmen für die Entwicklung der Politik Philipps wie derjenigen der deutschen evangelischen Partei. Die weitgreifenden ersten Koalitionspläne, welche Philipp 1525 entwickelt hatte, deren Ausführung jedoch in den seitherigen evangelischen Bündnissen nur unvollständig gelungen war, zeigen sich hier in lebendiger Verwirklichung. Aber der von den Gegnern proklamierte Angriff ändert die Tendenz aus einer defensiven in die offensive um. Und obwohl begründet auf den vorangegangenen Bündnissen, entsteht jetzt, teils hervorgerufen durch den umfassenden Plan der Gegner, teils in Folge der Verhandlungen, die sich an den Weimarer Vertrag anknüpften, eine Koalition, welche über die Grenzen Deutschlands hinausragt. Zum erstenmal nimmt Philipps Politik einen europäischen Charakter an. Die Anfänge und Motive der weltumfassenden Pläne, welche Philipp in den folgenden Jahren mit Zwingli begeistert und kühn verfolgt,² liegen hier: ohne Kenntniss der Verhandlungen nach dem Weimarer Bund würden jene Pläne unerklärt und unvermittelt dastehen.

Defensiv, wie sie sich in dem ersten Brief Philipps darstellt, der die Idee eines evangelischen Bündnisses entwickelt, war die evangelische Politik geblieben, als jene Idee in den Verträgen von Friedewalt, von Torgau, Magdeburg und Königsberg zur That gereift war. Jener erste Brief vom 12. Oktober 1525 spricht dies bereits deutlich aus: Da die Erforderung des Kaisers nach Augsburg „endlich dahin lenke und ziehe, daß die lutherische Sekt . . . gänzlich soll ausgeroth und vertilgt werden,“ und doch „das helle, klare, lauter, heilig Wort Gottes unser aller Seelen Speise, unser einiger höchster Schatz, Trost und Zuversicht ist,“ so solle man die zu werbenden Bundesgenossen vermögen, darein nicht einzuwilligen, auf daß mit Gottes Gnade Unordnung und Mißbräuche abgestellt, „gute Ordnung und Sitten nach dem Wort Gottes zu Erhaltung aller Ober- und Ehrbarkeit aufgericht,“ Friede, Recht und christliche Ordnung vollführt werde. „Solichs hoffen wir, wurde uns bei Gott zu Gnade und aller Seligkeit, Kaiserl. Majestät, Kurfürsten und Fürsten römischen Reichs zu Lob, Ehr, Wohlfahrt und gutem entstehen“.³ — Auf diesem Boden beharrt der Beschluß von Friedewalt

¹ Nach Ehses p. 27.

² Vgl. Lenz, Zwingli und Landgr. Philipp (Briegers Zschr. f. Kirchengesch. III) p. 28—62; 220—274; 428—463.

³ Rommel, Philipp III, 10—13.

sowohl,¹ als das Bündnis zu Torgau und die erste umfassendere evangelische Koalition zu Magdeburg. Gleichlautend heißt es darüber in den Bündnissen zu Torgau² und zu Magdeburg:³ Es seien den Evangelischen mannigfache Warnungen zugegangen und gäben öffentliche Handlungen Anzeige davon, daß die Geistlichen und ihr Anhang trotz des ausgeschriebenen Reichstags „mit emsigem Fleiß praktiziert, auch Bündnisse von ihnen aufgerichtet,“ um die alten Mißbräuche aufrecht zu erhalten „und die Wahrheit Gottes und sein Wort zu verdrücken.“ Darum sei es ihre Pflicht, den Anhängern des göttlichen Wortes zum Schutz ein Bündnis zu schließen: wofern irgend einer der Bundesverwandten um des Glaubens willen „angegriffen, überzogen oder beschwert wollte werden“, würden sie „Leib und Gut, Land und Leute und alles Vermögen bei einander setzen“ und ihm „zu Hilf und Rettung kommen.“ Ihr Vertrauen freilich beruhe nicht auf diesem Bund, sondern in demütiger Andacht auf dem allmächtigen Gott, der mit wenigen sogut wie mit vielen über die Feinde zu siegen vermöge.

Unter denselben Bedingungen war Herzog Albrecht in Preußen zu Königsberg dem Bunde beigetreten. Für einen Mann wolle man stehen, heißt es in den Verhandlungen vom 5. Juli 1526⁴ „so mein gn. Herr der Hertzog in Preußen, was das Evangelion anlanget, beschwert werde,“ und ebenso sagt der Abschied vom 29. September:⁵ nur „so sein Lieb, oder S. L. Land und Leute derhalben (des Glaubens wegen) überzogen, beschwert oder angegriffen würden, wollen wir seiner Lieb hundert gerüster Reysigen auf S. L. Erfordern zu Hilf schicken,“ unbeschadet des Gehorsams gegen den Kaiser.

Der Weimarer Bund gestaltete sich naturgemäß zu einem offensiven. Wenn in Torgau, Magdeburg und Königsberg Hilfe und Rettung vereinbart worden war, dafern „die obberührten Widersacher und ihr Anhang von wegen des göttlichen Worts und derer Ding, so demselben nach wider die vorgedachte Mißbräuch in unsern Fürstentumen, Landen fürgenommen und gehalten,“ einen der Bundesverwandten überziehen wollten, so war der casus foederis mit dem vermeintlichen Breslauer Aggressivplan eingetreten. Hier wurde ja der Überfall wegen des „Evangeliums“ offen verkündet; von Johann und Philipp verlangte man, daß sie „das Ampt der heiligen Meß, alle Ceremonien, Vigilien, Seel-Meß, wie die Namen haben mögen und von Alters hergebracht worden seyn, deßgleichen Kirchen, Klöster, Klausen wiederumb sollten aufrichten;“ andernfalls wolle man jeden von ihnen „aufs stärkst und

¹ Ranke VI, 129 f. ² Hortleder VIII, 2, p. 1490 f.

³ id. VIII, 3, p. 1492 ff. ⁴ Ranke VI, 134—135.

⁵ Hortleder, Handl. u. Außschr. VIII, 6, p. 1496—1497.

höchster Macht überziehen, seine Schloß, Städt, Flecken erobern, ihnen derselbigen zu verjagen, und ihnen oder seine Kinder nimmermehr darein kommen lassen, nun, fortan, zu ewigen Gezeiten.“¹ In diesem Sinne beschlossen denn die Weimarer Verbündeten, genau wie sie früher versprochen hatten,² „Leib, Ehre, Würde, Land und Leute und alles was in der Welt erdacht werden kann,“ zusammenzusetzen, um den Schatz des Evangeliums zu hüten.³ An der Wahrheit des Bündnisses zweifelte weder Philipp noch Johann: so erhob sich nur die Frage, ob man warten sollte, bis die Gegner ihre Kräfte gesammelt, oder ob es nicht angemessener erschien, die im Breslauer Bündnis hingeworfene Kriegserklärung aufzunehmen und den Krieg zu eröffnen, ehe der Feind gerüstet war. Vernunft und die Pflicht der Selbsterhaltung verlangten gleichmäßig das letztere. Die gegenwärtige Situation ließ eine Besiegung der Gegner erhoffen: „So stehet izt die Luft, daß mans kann ausrichten mit Gottes Hilfe, das darnach unmöglich wäre,“ sagt Philipp;⁴ auf dem Verzug dagegen stand alle Gefahr: „so wir warten, bis man uns überzeucht, so kriegen sie unsere Leute, die uns izt dienen, in ihre Hand; so können wir dann zu keinen Leuten kommen, und darzu so wird unser Volk verjagt — so haben wir all nit einen festen Flecken.“⁵ So gebot es die einfache Notwendigkeit, daß man zu Weimar übereinkam, es „sollt die Gegen- und Notwehr mit Gott,“ die man aus fürstlicher Pflicht den Unterthanen schuldig sei, „wohl dermaßen können und mogen furgenommen werden, daß wir wider unsere Feinde, so sich wider uns und unser beider Land verbunden, den ersten Angriff thun möchten.“⁶ Darin bestand in diesem Falle die einzige Möglichkeit der Rettung, die Notwehr, welche der Landfriede erlaubte. Besser „dem Feuer wehren, daß es nicht brenne, als das Haus brennen lassen und löschen,“ bemerkt Philipp richtig.⁷

Dabei aber hatte man ausdrücklich zu Weimar beschlossen, vor dem Anzug wider die katholischen Fürsten Klage zu erheben vor Kaiser und Reich: „So vermags auch (unser Bundnus zu Weymar), daß wir Kaiserlicher Majestät diesen unsern Handel anzeigen sollen und uns alles Gehorsams gegen ihr Maj. erbiehen.“⁸ Es sollte ein allgemeines Ausschreiben ins Reich ergehen: „Auch ist unser Meinung in gemein Ausschreiben zu thun, und uns ihres Furnehmens zu beklagen,“ sagt Philipp von dem Weimarer Bündnis⁹ — und ebenso

¹ Hortleder, Handl. u. Außschr. II, 1. p. 777—778.

² In den genannten Bundesverträgen. Vgl. oben. ³ Seckendorf II, 95.

⁴ Burkhardt, Pack'sche Händel 588. Kolde, Anal. Luth. 102. ⁵ ibid.

⁶ Neudecker, Merkw. Aktenst. I, 36. ⁷ Burkhardt 587, Kolde 101.

⁸ Burkhardt 587, Kolde 101. ⁹ ibid. 589. 104.

Johann: „Dann¹ sollten sein Lieb (Philipp) und wir viel und tapfern Ausschreiben thun . . . als ob uns von den Bundfürsten solche Beschwerung unverschuldet und alleine umb des gottlichen Worts und Evangelii willen gedrauwet und zugemessen werden —.“² Der Nürnberger Rat war mit dieser Bestimmung sofort einverstanden.³ Mit dem Kurfürsten und Philipp sei ihre Meinung „dahin gestanden — erklärten die Ratsältesten⁴ — solchen treffenlichen Handel, und wohin sich der zusammen verbunden Potentaten beschehene Verpflichtung im Ende erstrecken möge, durch ein gemein Ausschreiben allen Ständen im heiligen Reich anzuzeigen.⁵ — Auch an die Regimentsräte sollte ein Schreiben über diesen Handel gerichtet werden.⁶

Dagegen bezweckte Philipp durchaus nicht, „seinen auf Vergewaltigung Anderer gerichteten Anschlägen den Schein abgedrungenener Notwehr zu leihen,“ wie Janssen behauptet.⁷ Wir sahen bereits, wie diese Notwehr keineswegs als eine scheinbare, sondern als eine vollauf berechtigte sich darstellen mußte.⁸ Und von „Vergewaltigung Anderer“ ist weder im Weimarer Bunde noch in dem Manifest, welches daraus hervorging, irgendwo die Rede. Hatte die angebliche Breslauer Bündnisurkunde als Ziel der katholischen Fürsten die Ausrottung des Luthertums, die Bestrafung und Vertreibung seiner Führer hingestellt, so nahmen es die Weimarer Bundesfürsten keineswegs ihrerseits zum Zweck, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, ihre

¹ Satzgefüge: Vordersatz: „dann (= denn) . . . handeln;“ Nachsatz: „so tetten wir . . .“

² Neudecker, Merkw. Aktenst. I, 38. Brief vom 27. März—2. April. Vgl. p. 53, 1.

³ „wie wir darzumal vormerkt“ i. e. bei Philipps und Mansfelds Anwesenheit gleich nach Abschluss des Weim. Bündnisses. Vgl. p. 39 f.

⁴ Brief vom 20. April bei Neudecker, Urk. 32 ff.

⁵ Unglaublich erscheint es, daß Ehse (p. 44) diese, wie wir klar sehen, bereits am 9. März beschlossenen Ausschreiben als ein Ende März oder Anfang April von Kurfürst Johann ausgesprochenes Verlangen hinstellt, dem Philipp „ungern genug“ am 23. April nachgegeben habe! (E. 47 f.). Wenn für E. auch Philipps Replik vom 11. April nicht existirt, so schließt doch Johanns obenerwähnter Brief (A. 1. 2) jedes Mißverständnis aus, und auch das Schreiben des Nürnberger Rates (A. 4) ergiebt trotz des schlechten Abdrucks bei Neudecker doch bei aufmerksamer Lesung den Thatbestand deutlich genug, um nicht das gerade Gegenteil des wirklichen Sinnes daraus zu sehen, wie Ehse (a. a. O.) bei beiden Briefen thut. — Natürlich ist auch Ranke III, 31, wonach erst auf die Sendung des Kurprinzen nach Kassel „der Landgraf sich endlich entschließen mußte, Luthers Rat zu befolgen und vor allem das Bündnis bekannt zu machen,“ zu modifizieren.

⁶ Neudecker, Merkw. Aktenst. I, 39.

⁷ oder vielmehr ohne jede Andeutung einer Entlehnung abschreibt aus „Hist.-polit. Blätter“ 1844 Bd. 14 p. 738. (Janssen III, 116).

⁸ Vgl. Kap. I u. II dieser Untersuchung.

Gegner zu vertreiben und die Fahne des Evangeliums in katholische Territorien hinüberzutragen. Nur Schutz und Verteidigung des eigenen Landes erstrebte man: „Wir thun es nicht aus Lust, sondern aus gedrungener Not. So hat uns Gott das Schwert mit befohlen zu schützen die Frommen, so begehren wir nichts anders so sie uns Friede haben lassen wolten, und ihres Vornehmens abstehen und das gläublich versichern, daß wir des Backenschlags auf künftige Zeit sicher sein möchten. So begehren wir nicht mehr, wie denn das unser aufgerichtetes Bündnüß zu Weymar mit sich bringt, darzu begehren wir ihres Gutes nicht, desgleichen ihrer Unterthanen. So vermag auch unser Bündnüß zu Weymar, daß wir uns gegen die Unterthanen gnädiglich und freundlich halten wollen . . . So verhalten wir niemand seine Zinsen, desgleichen Gehorsam, was Leib und Gut angehet.“¹ Das sind keine Anschläge auf „Vergewaltigung Anderer.“

Mit fast ängstlicher Sorgfalt wehrt Philipp weitergehende Pläne von sich ab. Wir sahen oben (Kap. I), wie die evangelischen Fürsten ein Einverständnis des Kaisers mit ihren Feinden voraussetzen durften. Zudem berief sich die „Breslauer Bündnisurkunde“ geradezu auf den „ersten Befehl,“ den der Kaiser „aus Hispanien zuschicken wird.“ Dennoch aber wies Philipp jedes Vorgehen gegen Karl selbst zurück. Wie sich die Weimarer Verbündeten alles Gehorsams gegen den Kaiser in ihrer Vereinbarung erboten, so wahrte sich Philipp scharf dagegen, den Verhandlungen mit dem Woiwoden den Schein antikaiserlicher Gesinnung zu geben: wohl wolle er Ferdinand angreifen, instruierte er seinen Gesandten,² „doch dergestalt ich wollt das vorhin angezeigt haben, daß ich gegen kays. Mat. nit thuen wollt, deßgleichen wollt ich mit dem Turken nit zu schaffen haben.“ Ebenso gab er dem König von Frankreich, der ihm seine Unterstützung anbot, falls er römischer König werden wollte, jene herrliche Antwort: „Uf sollt ihr seiner Magestat anzeigen, daß es die Meinung gar nit hab, sonder ein solich Sach woll mir nit geburn meiner Pflicht nach. Auch solt ihr seiner Magistat anzeigen, daß ich mich nichts verbinden will gegen kayserl. Magistat zu thun, es sey denn Sach, daß kayserl. Magestat gegen mich thun wurde.“³ Und charakteristisch ist es, daß Philipp in seinen „Anzeigen und Sachen, die das Bündnis, so die Bischöfe mit dem Ferdinando und anderen Fürsten angenommen, wahr seyn bekräftigen,“⁴ des Kaisers selbst nicht

¹ Burkhardt N. Forsch. 589. Kolde, Anal. Luth. 103—104.

² Ranke VI, 137.

³ Varrentrapp, Acht Briefe Melanchthons. (Forschungen z. deutsch. Gesch. XVI.) 7.

⁴ Rommel II, 201.

gedachte. Hier wie immer zeigt sich bei Philipp das lebendige Pflichtbewußtsein, das unerschütterliche Vertrauen gegen den Kaiser, das ihm sowohl als Luther, dem damaligen politischen wie dem geistigen Führer der deutschen Reformation allezeit eigen blieb.¹

Nur von Einem andern Plan wissen wir, daß ihn wenigstens anfangs Philipp bei dieser Gelegenheit zugleich zu verwirklichen suchte. Die freudige und opferreiche Freundschaft, welche er dem geächteten Herzog Ulrich von Württemberg entgegentrug,² ließ ihn die Hoffnung nähren, bei dem bevorstehenden Kriege Ulrichs Restitution durchzuführen. Als Philipps Begleiter erscheint Ulrich auf dem Wege nach Dresden³ und nach Weimar,⁴ und es ist sicher, daß man ihm an letzterm Orte Versprechungen gemacht hat, wenn dieselben auch nur mündliche waren und in die Bündnisurkunde nicht aufgenommen wurden. „Daß wir eigner Person und wen wir ufbringen möchten, mitziehen und uns auch ohn Zweifel zu gutem und Eroberung unser Land und Leut kommen wurd,“ sei beschlossen worden — schrieb Ulrich später,⁵ und Philipp bestreitet nicht, daß davon die Rede gewesen.⁶ Keiner Handlung nach seiner Verjagung habe er sich höher gefreut, als dieses Beschlusses, „so zu Weimar geschehen,“ sagt Ulrich.⁷

Aber wenn man sich auch, abgesehen hiervon, evangelischerseits lediglich auf Abwehr des vermeintlichen katholischen Angriffsplanes beschränkte, so war die Aufgabe immerhin eine weitgreifende, die man sich damit gestellt hatte. Der katholische Bund, wie ihn die Breslauer Urkunde schilderte, bildete mit den Mitgliedern, die ihm danach bereits angehörten und denen, deren Anwerbung in Aussicht genommen war, eine fast nirgend unterbrochene, erdrückende Umklammerung der Territorien, die angegriffen werden sollten. Im Süden Salzburg, Baiern, Brandenburg-Ansbach, Bamberg, Würzburg, Fulda, Henneberg und Mainz; im Westen Nassau, Köln und die niederländischen Grafen, im Norden Braunschweig, Mecklenburg und Brandenburg, im Osten Georgs Herzogtum und die gewaltigen Ländermassen Ferdinands: sie schlossen

¹ Vgl. darüber auch die schönen Worte von Max Lenz l. c. 47. 48.

² Vgl. im allg. Wille, Philipp der Großmütige p. 19—33. Heyd, Ulrich, Herzog zu Württemberg II, 351 f.

³ S. die Notiz bei Ehses p. 22 u. A. 2.

⁴ Burkhardt l. c. 598 A. 2. Wille, Beilage VII, 1 p. 335.

⁵ Herzog Ulrich an Landgraf Philipp, Stuttgart d. 31. Juli 1534 bei Wille, Beilage VII, 1 p. 335. Es bedarf keines Wortes, daß aus diesen spätern polemischen Briefen nur benützt wurde, was von beiden Parteien bestimmt zugegeben wird.

⁶ Nur daß es „beschlossen, verabschiedt, weis ich mich nicht zuerindern,“ schreibt Philipp an Ulrich d. 5. August 1534 bei Wille, Beilage VII, 2 p. 339.

⁷ Wille, Beilage VII, 1 p. 336.

von allen Seiten Kursachsen und Hessen, die evangelischen Reichsstädte, Magdeburg und die böhmischen Kronländer Mähren, Schlesien und Lausitz enge ein. Es galt diesen geschlossenen Kreis der katholischen Mächte zu durchbrechen und ihm auf jedem Punkte einen ebenbürtigen Gegner entgegenzustellen.

Nun durfte man für die südliche Angriffslinie zunächst hoffen, daß sich die Gegner in ihren Erwartungen bezüglich Brandenburg-Ansbachs getäuscht hatten. Der unzuverlässige Markgraf Kasimir, der Philipps frühern Bündnisplänen sich anzuschließen gezögert hatte,¹ war gestorben; sein Bruder Georg hatte die Alleinregierung angetreten, der gerade am 1. März 1528 in seinen Zusätzen zu Kasimirs Religionsrezeß vom Oktober 1526 seiner lutherischen Gesinnung entschiedenen Ausdruck gegeben hatte.² Dazu kamen die Warnungen vor drohenden Anschlägen, die Kasimir kurz vor seinem Tode an Georg gerichtet.³ Man durfte daher in Weimar darauf zählen, daß Georg nicht nur gegen die Evangelischen neutral bleiben, sondern daß er vielleicht sogar ihrem Bunde beitreten und den Angriff seiner Grenznachbarn, der geistlichen Fürsten in Franken abwehren werde.⁴ Wichtig war es ferner, daß man begründete Aussicht hatte, die Werbungen der Gegenpartei bei Graf Wilhelm von Henneberg, dessen Land in Johanns Fürstentum hineinschnitt, würden fruchtlos sein und auch dieser sich auf Seite der Evangelischen ziehen lassen.⁵ Hier im Süden galt es endlich, Rücksicht zu nehmen auch auf den Bund zu Schwaben, dem die beteiligten katholischen Fürsten sämtlich angehörten, und dessen Stellungnahme in dieser Sache nicht zweifelhaft erscheinen konnte. Wie bei den frühern Bündnissen, so wandte man auch hier den Blick auf die evangelischen Reichsstädte und dachte, sie von jenem Bunde abzuziehen und ihn dadurch ohnmächtig zu machen.⁶ Wenn sodann die Breslauer Urkunde im Westen des Reiches auf die Hilfe von Nassau, Köln und von dem „Bund der niederländischen Grafen“ baute, so durfte man in Weimar dagegen zunächst erwarten, daß Pfalz und Trier in dem bevorstehenden Kampfe neutral bleiben, ja, sich vielleicht dem Anschluß an ein evangelisches Gegenbündnis (wie man auch früher gehofft hatte,)⁷ nicht abgeneigt zeigen würden.⁸ Auch vom Kölner Erzbistum brauchten sich die Evangelischen eines Angriffs kaum zu versehen, denn Kurfürst von Köln

¹ Rommel, Philipp III, 11. Ranke VI, 128. II, 248. Hortleder VIII, 3. 1492.

² Vgl. Ranke II, 319—320. Köstlin II, 115. ³ Seckendorf II, 97. S. o. p. 17.

⁴ Seckendorf II, 95. ⁵ Neudecker, Merkw. Aktenst. 35.

⁶ Seckendorf II, 95. ⁷ Ranke II, 247.

⁸ Seckendorf II, 95. Neudecker, Urkdn. a. d. Reformationszeit. 48.

war Hermann von Wied, dessen milde und zu Reformen geneigte Gesinnung schon damals hervortrat.¹ Wenn daher die katholische Partei nach dem Breslauer Instrument auch annahm, „in Zuversicht, dieweil dies unser Beginnen und Vornehmen erstlich Gott zu Lob und fürder dem geistlichen Stand zu Wohlfahrt angefangen, sein Liebd werd sich als der geistlich Prälat und Kurfürst aller Gebühr willig bezeigen,“² so war von Köln aus doch keine Gefahr zu befürchten. Einen Rückhalt im Westen konnte man sich in Weimar sodann von der Unterstützung des Herzogs von Jülich-Cleve wegen des jüngst geknüpften Familienbandes mit Kursachsen versprechen.³ Einige westfälische Grafen sollten den Bischof von Osnabrück von der Teilnahme am katholischen Bündnis abhalten, wenn er nicht auf Seite der Weimarer Verbündeten treten wolle.⁴ — Dem Herzog Erich von Braunschweig glaubten Sachsen und Hessen mit ihren eigenen Streitkräften gewachsen zu sein;⁵ weiter aber im deutschen Norden waren die Mitglieder des bestehenden evangelischen Bündnisses: Lüneburg, Mecklenburg und Preußen in Verbindung mit Pommern, (das man, wie schon 1525, zu gewinnen hoffte), wohl geeignet, die Feinde im Norden so einzuschließen, daß sie auf jede aggressive Aktion verzichten mußten.⁶ In dem Bistum Halberstadt und dem Erzbistum Magdeburg ferner herrschte eine solche Stimmung, daß man erwarten durfte, hier in seinem eigenen Lande dem Kurfürsten von Mainz die Hände zu binden.⁷ Dazu kam noch, daß man in Weimar auf eine Unterstützung seitens des Königs Friedrich I. von Dänemark rechnen durfte.⁸ Sein Gegenkönig Christian II. hatte in Deutschland gerade bei Joachim von Brandenburg Unterstützung gefunden, als er 1523 das verlorene Reich wieder zu erobern unternahm, und Polen, Pommern und Mecklenburg waren es gewesen, die gegen Brandenburg damals ein Bündnis geschlossen hatten.⁹ Fiel dieser Umstand schon günstig für den Weimarer Bund, so stand Friedrichs Teilnahme noch mehr in Aussicht, wenn man ihm die Zusicherung gab, daß Kurfürst Johann seinen verbannten Neffen, eben jenen Christian II., in seinen Plänen gegen Friedrich I. nicht unterstützen werde.¹⁰ — Was endlich den Schutz gegen die Angriffe von Osten her betraf, so dachten Sachsen

¹ Varrentrapp, Hermann von Wied. 67—70.

² Hortleder, Handl. u. Außschr. II, 1, 779.

³ Neudecker, Merkw. Aktenst. 35. Am 2. Juni 1527 war Sibylle von Cleve mit Kurprinz Johann Friedrich zu Torgau vermählt worden. Vgl. das nähere darüber bei Ennen, Gesch. d. Ref. im Bereich d. alten Erzdiözese Köln p. 62.

⁴ Seckendorf II, 95. ⁵ ibid. ⁶ ibid. — Rommel, Philipp III, 11.

⁷ Seckendorf l. c. — Vgl. unten p. 48 f. ⁸ Seckendorf l. c.

⁹ Vgl. Ranke II, 331. ¹⁰ Seckendorf II, 95. 97.

und Hessen dem Herzog Georg aus eigener Kraft entgentreten zu können;¹ gegen Ferdinand erwartete man Hilfe zunächst von den Fürsten in Schlesien und den Städten der Oberlausitz,² die nach der Breslauer Urkunde Georg mit seiner höchsten Macht „überziehen, und soviel uns möglich, zu Gehorsam Christlicher Kirchen vnd Unterthänigkeit Königlicher Durchleuchtigkeit zu Böhmen“ bringen sollte.³ Durch Herzog Albrecht hoffte man ferner den König von Polen zum Einschreiten gegen Ferdinand und Kurfürst Joachim zu bewegen, falls diese Hessen und Kursachsen angreifen würden.⁴ Nahegelegt durch das Breslauer Instrument selbst war weiter eine Verbindung der Evangelischen mit Johann Zapolya. Dem Angriff auf die Ketzer sollte ja danach die Eroberung Ungarns voraufgehen: „den vermeynten Grafen Johansen von Rüttschzyn . . . daraus mit Macht zwingen und uns geruhiglich darein setzen.“⁵ Augenblicklich war der Woiwode — Anfang 1528 bei Kaschau total geschlagen — nach Polen geflohen, wo er auf dem Schlosse Tarnow bei Krakau lebte.⁶ Im Sommer vorher hatte Zapolya Botschaft an Philipp geschickt, daß dieser ihm „Leute umb seyn Geld wolle folgen lassen;“ Philipp hatte dies jedoch abgeschlagen. Jetzt aber da er befand, daß König Ferdinand das Haupt des katholischen Aggressivbundes sei und ihm selbst dadurch „Verjagung oder Verleugnung von Gottes Wort drohte, wenn das Bündnis wahr war,“ schreibt Philipp,⁷ „so habe ich gedacht, daß Verjagung wehe thut und Verleugnung des Wortes Gottes noch weher“ — und darum habe er dem Woiwoden anbieten lassen, wenn dieser ihm eine „tapfere Summe Geldes“ geben wolle, so wolle er Ferdinand von Deutschland her angreifen. Wenn sich ihm jedoch Gelegenheit eines friedlichen Ausgleichs mit Ferdinand biete, so verpflichte er sich zu nichts; es solle ihm dann unbenommen sein zu thun, was er wolle.⁸

Das sind, soweit wir sehen können, die Vereinbarungen, die Sachsen und Hessen damals trafen. Die Aufgabe, die man sich gestellt hatte, war damit vollständig gelöst. Der Ring der Angreifer war im Süden und Westen überall durchbrochen, im Norden und Osten legte sich um ihn ein weiterer, fester Ring, mächtig genug, um alle Aggressivversuche zu erdrücken. Und man durfte hoffen, daß diese Gegenwehr in ihrer Gesamtheit hinreichend sein werde, die bedrohten Territorien auch vor Baiern und Salzburg sicher zu stellen, zumal deren

¹ ibid. 95. ² Neudecker, Merkw. Aktenst. 34—35.

³ Hortleder II, 1, 778. ⁴ Seckendorf II, 95. ⁵ Hortleder II, 1, 777.

⁶ Buchholz, Ferdinand I. 3, 242.

⁷ Ranke VI, 137. Philipp an Herzog Georg. ⁸ ibid.

Fürsten sich nicht persönlich am Kriege beteiligen, sondern nur Hilstruppen schicken sollten.

Es waren zunächst die Mitglieder des bestehenden evangelischen Bündnisses, auf die diese umfassende Gegenwehr basirt war. „Der Einigung nach“¹ baute man auf deren Hilfe. Der ausgedehnte Plan der Gegner nötigte darüber hinaus die weiter greifenden Koalitionspläne wieder aufzunehmen, die Philipp 1525 in Vorschlag gebracht hatte. Naheliegende Beziehungen endlich waren es, welche hier zuerst auf eine Verbindung mit außerdeutschen Fürsten hinführten.

Wird sich aber die Basis des mächtigen Planes als tragfest erweisen? Werden sich die in Aussicht genommenen Bundesgenossen, zumal die evangelischen Stände Deutschlands jetzt im Augenblick der Gefahr entschlossener zeigen, als viele davon früher gethan?

Wie früher so fielen auch jetzt dem Kurfürst Johann als Hauptaufgabe die Unterhandlungen mit den Fürsten Norddeutschlands, dem Landgrafen die mit den oberdeutschen Fürsten und Städten zu.

Begleiten wir zunächst Philipp!

Sofort von Weimar aus ritt er gen Nürnberg.² Bei ihm war als Gesandter des Kurfürsten Graf Albrecht von Mansfeld.³ So eifrig sich Nürnberg dem „Evangelium“ zugewandt hatte,⁴ so vorsichtig suchte es jeden Anstoß nach außen zu vermeiden. Der Gothaer Besprechung beizutreten hatte die Stadt sich geweigert. Als Kommune müsse sie besonders auf den Kaiser hinsehen, ließ sie am 15. Februar 1526 antworten,⁵ „daß die Kaiserliche Majestät nicht Ursach hab, auf uns mehr denn auf andre Reichsständ seine Ungnade zu werfen und Andere daraus nit auch Glimpf und Bewegung schöpfen, sich wider uns zu empören und zu uns gleich einem Ziel zu schießen“.

Diese vorsichtige Haltung bleibt für Nürnberg auch in den jetzigen Verwicklungen charakteristisch.

Der vor Augen stehenden Gefahr gegenüber zeigte sich die Stadt zwar einem Gegenbündnis geneigt, aber gerade gegen den Zweck, den man zu Weimar mit Hilfe der Reichsstädte zu erreichen gedacht, verwahrte sich der Rat nachdrücklich. Als Philipp und Mansfeld nach Nürnberg gekommen waren, lud ersterer die Ratsältesten („die zwei Losungsherren samt den Fünffen“) zu Tische, eröffnete ihnen den drohenden Anschlag⁶ und „hat nach Hauptleuten und den Fußknechten

¹ Neudecker, Merkw. Aktenst. 34. ² Wille, Philipp d. Großmütige. Beil. VII, 1. 335.

³ Neudecker, Urk. 32. ⁴ Vgl. Ranke II, 319—322.

⁵ Bei Ranke VI, 132. Hortleder VIII, 1, p. 1487 ff.

⁶ Neudecker, Merkw. Aktenst, I. 39. Hennes 258 f. (Brief des Ratsherrn Kaspar Nützel aus Nürnberg an Albrecht von Mainz d. 21. April 1528).

gestellt“. Der Rat gab seine Zustimmung nur unter der Bedingung, daß „dieses nicht wider Kaiserliche Majestät oder die Versammlung des Bundes im Lande Schwaben wäre“¹ — was Philipp zusichern mußte. — Ferner war es der Nürnberger Rat, der bei dieser Gelegenheit eine Teilnahme Herzog Ulrichs am bevorstehenden Kriegszug hinderte, die man in Weimar verabredet hatte. Als Philipp von diesem Beschluß „etlichen Vertretern, die sonst ihm und Ulrich sonderlich guts gönnten und eines hohen Verstandes waren“, Mitteilung gemacht, rieten sie ihm eindringlich, er solle ja die Teilnahme Ulrichs abwenden, indem sie ihm die Hindernisse schilderten, die dies seinem Unternehmen entgegenstellen würde.² Schweren Herzens mußte es Philipp auf sich nehmen, den Freund auf die Zukunft zu vertrösten.

Nur unter der erwähnten ausdrücklichen Bedingung gestattete der Rat dem Landgrafen, durch den Hauptmann Haller und Andere Truppen anzuwerben, von denen die Stadt einen Teil besoldete, auch später im hessischen Lager; bei ihnen war ein Nürnberger Kriegssekretär. Ebenso bezog Philipp von Nürnberg acht Geschütze nebst Bedienungsmeistern.³ Beunruhigt durch die Nachricht von den angestellten Truppenwerbungen richtete die schwäbische Bundesversammlung hierüber eine Anfrage an den Rat, der am 26. März antwortete, die Truppen seien nicht gegen kaiserliche Majestät oder den Bund von Schwaben bestimmt. Als dann am 30. März der Bundesbefehl erging, keinen Knecht ausrücken zu lassen, schon ausgerückte schleunigst zurückzurufen, die Hauptleute gefangen zu setzen und alle Widerstrebenden zu strafen,⁴ wurden die Werbungen „durch einen Rat alsbald abgestellt“; „glaub auch nicht, daß keinem Hauptmann mehr erlaubt werde, es wäre denn Kaiserlicher Majestät“, schreibt der Ratsherr Nützel.⁵

Wie sehr Nürnberg eine vorsichtige Haltung erstrebte, zeigte sodann die Stadt bei einer weiteren Gelegenheit. Ende März⁶ wandte sich der Kurfürst Johann in einer Gesandtschaftsinstruktion an Landgraf Philipp und überschickte ihm die „Notel einer Instruktion“, wonach die Nürnberger mit den andern Städten Verhandlungen in der Bündnissache übernehmen sollten. Philipp möge dieselbe von seiner selbst und des Kurfürsten wegen jenen Ratsherren, denen Philipp und Graf Mansfeld „den Handel vertrauet, zufertigen und sie des nächst genommenen

¹ Hennes 259.

² Herzog Ulrich an Landgraf Philipp, Stuttgart, 31. Juli 1534 bei Wille, Beilage VII, 1. 336.

³ Ehses p. 30. 57.

⁴ Ehses p. 29.

⁵ Hennes 259. Philipp ließ Ostern die geworbenen Truppen abholen.

⁶ Datum: 27. März bis 2. April.

Abschieds erinnern“.¹ In ihrer Antwort vom 20. April² lehnten aber die Ratsältesten die Übernahme solcher Verhandlungen rundweg ab. Anknüpfend an die bei Philipps und Mansfelds Anwesenheit übereinstimmend geäußerte Absicht eines allgemeinen Ausschreibens suchten sie ihre Ablehnung zunächst hierdurch zu motivieren.³ Als zweiten Grund schieben sie dann ihre Sorge vor, solche Sonderverhandlungen würden mehr Weitläufigkeit als Frucht und Nutzen fördern, da die Städte in solch hochwichtigem Handel hinter ihren Ratsfreunden nicht raten noch beschließen dürften und unter den letztern mehr denn ein Zunftmeister und viel gemeiner Leut seien. An letzter Stelle aber folgt der wahre Grund, der die Stadt auch von dem Beitritt zum Gothaer Bund zurückgehalten hatte (s. p. 39): „daß uns alsdann bei noch mehr Ständen, an die die Sachen durch diese weitläufigen Wege kommen, ein merklicher, hoher und nachteiliger Verdacht, in dem wir vor zu übermäßig stecken, erwachsen“ wird, besorgen sie.⁴

Diese Haltung wahrte Nürnberg auch im weiteren Verlauf der Händel. Eine Beschuldigung des Bundes, es sei in einem Schreiben aus Nürnberg der Landgraf zu schnellerem Vorrücken aufgefordert worden, wiesen die Ratsmitglieder mit aller Entschiedenheit zurück.⁵

¹ Neudecker, Merkw. Aktenst. I. 39.

² Neudecker, Urkunden 32 ff.

³ „Euer Kurfürstlichen, Fürstlichen Gnaden Schreiben, vor diesen Tagen an uns und die andern unsere Mitfreunde des Rats gesandt — (betreffend die wichtigen Handlungen, [Acc. sg. swf.] so uns durch Euer, unsers gnädigen Herrn von Hessen, Person, durch den wohlgebornen unsern gnädigen Herrn Graf Albrechten von Mansfeld in Euer, unsers gnädigsten Herrn des Kurfürsten von Sachsen Namen gnädiglich, vertraulich entdeckt ist) — haben wir mit Euer Kurfürstlich und Fürstlich Gnaden Meinung, (sc. die,) wie wir darzumal vermerkt, dahin gestanden ist: solchen trefflichen Handel . . . durch ein gemein Ausschreiben allen Ständen im heiligen Reich anzuzeigen; wie unsers Erachtens Euer Kurf. und Fürstl. Gnaden Gemüt zu Verhütung vielen Unrats, Vertiefung und Weitläufigkeit vielleicht noch sein mocht. So ist ohne Not, bemelte Sachen darüber an einig Stadt oder Stände gelangen zu lassen. Denn damit [mit dem Ausschreiben] wird denselben Städten der Handel nit minder denn andern — außerhalb unsers sonderlichen Anzeigens — zur Notdurft bekannt.“ Den wörtlichen Abdruck dieser Stelle des für die vorliegende Untersuchung wichtigen Briefes (vgl. p. 33 A. 5. 39. 57 A. 1) rechtfertigt der Umstand, daß derselbe seither — von Neudecker l. c. selbst, dann von Hassenkamp I. 164 A. 1, von Ehses 47 f. — vollständig mißverstanden worden ist. Die Wichtigkeit der Feststellung des richtigen Sinnes wird sich p. 57 A. 1 ergeben.

⁴ Hieraus ergibt sich, wie wenig die Worte von Ehses (p. 28) das Richtige treffen: „Hier in Nürnberg lebte ein ähnlich entschlossener und kriegslustiger Geist wie in dem Landgrafen selbst; es kostete daher diesem keine große Mühe, den Rat vollständig für sich zu gewinnen und seinem Unternehmen die unbedingte Teilnahme der mächtigen Reichsstadt zu sichern.“

⁵ Ehses p. 30.

Als (20. Mai 1528) sodann der schwäbische Bund einen allgemeinen Bundestag nach Ulm nebst einer eilenden Hilfe wider Philipp von Hessen ausschrieb,¹ und ebenso der letztere mit Johann von Sachsen eilende Hilfe von den Städten beehrte,² instruierte zwar Nürnberg seinen Gesandten für den zu letzterem Zweck berufenen Städtetag in Eßlingen (6. Juni), ebenso wie dies Augsburg und Ulm thaten, dahin, „man möge beratschlagen, was zu thun und auf dem allgemeinen Bundestag für eine Antwort zu geben sei“. Denn „Sachsen und Hessen hätten durch ein gedrucktes Ausschreiben erklärt, daß sie nur darum, weil man das Evangelium unterdrücken wolle und ein Bündnis, sie von Land und Leuten zu jagen, geschlossen habe, zur Gegenwehr genötigt worden seien“.³ Es ward dann auch von den Städten beschlossen (6.—9. Juni): obwohl die von Sachsen und Hessen erhobenen Anschuldigungen „bis jetzt noch nicht erwiesen“ seien, „könne man sich der begehrten Hilfeleistung nicht entziehen“;⁴ — daneben aber hatte sich Ende Mai die Stadt geweigert, Philipps Manifest, trotzdem dieser und Johann durch einen eigenen Boten darum bitten ließen, anzuschlagen, ebenso wie Georgs Replik.⁵

Wir sahen, wie auch die übrigen Reichsstädte des schwäbischen Bundes auf dem Städtetag zu Eßlingen (6.—9. Juni) beschlossen, sich der von Sachsen und Hessen geforderten Hilfe nicht zu entziehen. Unmittelbar nachher fand der endgültige Abschluß der Streitigkeiten statt (11. Juni); es läßt sich also schwer sagen, ob und inwieweit die Städte bereit waren, ihren Beschluß durch die That zu bekräftigen. Jedenfalls hat bis dahin außer Nürnberg keine von diesen Städten die Verbündeten thätig unterstützt. Die Werbungen, welche von Nürnberg aus betrieben wurden, fanden zu Donauwörth, Nördlingen, Dinkelsbühl, Hall u. a. statt⁶ — also zumeist auf dem Gebiet schwäbischer Reichsstädte. Die Ulmer erklärten am 3. Juni „sie wolten beym Wort Gottes sterben und genesen“;⁷ — aber eine Unterstützung an Geld und Mannschaften ist bis zum 11. Juni von den Reichsstädten nicht geschehen.

Unmittelbar von Nürnberg eilte Philipp mit Graf Albrecht von Mansfeld⁸ zu Markgraf Georg von Brandenburg-Ansbach;⁹ Mitte März

¹ Klüpfel, Urkunden z. Gesch. d. schwäb. Bundes II (Bibl. d. litt. Ver. XXXI) 318 ff

² Soden, Beiträge 297. ³ Klüpfel II. 320 f.

⁴ Soden, Beitr. 297. Eßlingen nahm diesen Abschied nicht an; s. Klüpfel II, 321.

⁵ Soden 296. Bei S. finden sich noch weitere Belege für die vorsichtige Haltung Nürnbergs.

⁶ Ehse 29. ⁷ Seckendorf II, 97.

⁸ Neudecker, Merkw. Aktenst. I, 33. ⁹ Hennes 259.

bereits war er wieder in Hessen.¹ An den Pfalzgraf Ludwig richtete Philipp einige Tage vor Karfreitag (10. April) ein Schreiben: er habe mit ihm „notturftiger Sachen halben, daran uns beiderseits gelegen sein wolt, zu underreden“ und lud ihn auf eine persönliche Besprechung an einem Tage nach Ostern ein. Durch Krankheit verhindert, sandte dieser seinen vertrauten Rat Wilhelm von Habern zu Philipp.² Auf eine weitere Bitte Philipps um eine Unterstützung mit Reitern antwortete sodann der Pfalzgraf, er sei zwar bereit, ihm „nit allein mit eyn Reuterdienst, sondern in allewege seines Vermögens zu dienen“, doch könne er dies nicht, da der Mainzer kraft alter Erbeinung gegen einen Überfall Philipps seine Hilfe begehrt habe. Indeß habe er auch Mainz um Erlaß der Hilfe gebeten, „dweil wir vernommen, daß die wider E. L. gehn sollt“.³ — An Trier ist dagegen ein solches Schreiben nicht ergangen.⁴

Die Hoffnung, welche die Evangelischen auf den König von Dänemark gesetzt hatten, trog nicht. In Weimar hatte man gehofft, ihn in Waffengenossenschaft ziehen und außerdem bei ihm eine Anleihe machen zu können, um einen Teil der auf 600 000 Florin veranschlagten Kriegskosten daraus zu entnehmen.⁵ In einem eigenhändigen Schreiben versprach der König Hilfe, wenn nur Johann seinen Neffen, den vertriebenen Christian II., nicht unterstützen wolle, — möge er immerhin dessen Partei nicht völlig verlassen.⁶

Die Sendung an den Woiwoden übernahm auf eigenen Wunsch Pack selbst.⁷ Philipps Instruktion haben wir bereits oben gesehen.⁸ Packs Abreise verzögerte sich; erst gegen den 13. April finden wir ihn in Breslau,⁹ wo er sich den Hans Scharff zum Diener und Dolmetsch mietete, da dieser deutsch und polnisch verstand. Hier rühmte er sich einer Instruktion Georgs an den König von Polen, von der nur Georg und Wilhelm Truchseß, Ferdinands Hofmeister, Wissen trügen.¹⁰ Dienstag nach Ostern (14. April) reiste Pack mit Scharff auf Krakau zu,

¹ Ehses 29.

² Neudecker, Urkdn. 48 f. Brief vom 10. April 1528.

³ Neudecker, Urk. 50 f.

⁴ Dies geht hervor aus dem Schreiben Richards v. Trier, 2. Mai 1528 (Neudecker, Urk. 34 ff.).

⁵ Seckend. II, 95. Eine weitere Anleihe wollte man bei den reichen Städten machen.

⁶ ibid. 97. ⁷ Philipp an Georg. Ranke VI, 137. ⁸ Cf. p. 34. 38.

⁹ Die nähern Gründe s. p. 67 f.; hier handelt es sich nur um das Resultat der Sendung.

¹⁰ Hoffmann I, 95. 111.

wo sie Sonnabend ankamen. Andern Tags (19. April), sandte Pack den Diener mit einem Brief zum Woiwoden nach Tarnow. Ein Gesandter des Woiwoden holte darauf Pack zu einer Besprechung mit diesem ab; eine zweite Besprechung fand vom 26.—30. April statt. Am 1. Mai reiste Pack nach Krakau zurück.¹ Die Verhandlungen hatten zu einem Verträge geführt: der Woiwode versprach, das verlangte Geld „solle an eynem Ort liegen“:² in Danzig, in der Höhe von 100 000 Gulden; außerdem wolle er monatlich 20 000 Gulden Hilfgelder zahlen.³)

Dazu stellte sich dem Unternehmen der Evangelischen eine weitere mächtige Unterstützung dadurch in Aussicht, daß Frankreich von sich und England Hilfe anbot. Der König von Frankreich stand seit längerer Zeit in Beziehungen zu Ulrich von Württemberg. Trotzdem er im Madrider Frieden „gelobt hatte, allen Verkehr mit Ulrich abubrechen, hob er doch den Dienstbrief nicht auf;“ am 26. Sept. 1527 übersandte er ihm 1000 Sonnenkronen „mit einem Schreiben voll Dank, Wohlwollen und Versprechungen.“⁴ So lag die Verbindung mit Philipp, an dessen Hof Ulrich lebte, dem König nahe. Er sandte am 20. März 1528⁵ den Graf Sigismund von Hohenlohe nach Hessen. Unter den prächtigsten Beteuerungen versicherte in dem mitgegebenen Schreiben der König seine Friedensliebe; alle Schuld des Krieges treffe den Kaiser, der dadurch auch für die stetig wachsende Türkengefahr verantwortlich sei. Zum Beweise übersende er ein Exemplar der Friedenserbietungen und eine Formel der Kriegsansage.⁶ Beim Erlöser beschwört er Philipp

¹ Die Darstellung ist entnommen aus Hans Scharffs Aussage. Ungedr.

² Ranke VI, 137.

³ Rommel I, 216. Ranke III, 27. Ehses findet (p. 32), daß „Pack dabei indessen für Diplomatie und Geschäfte auswärtiger Politik kein großes Geschick an den Tag gelegt zu haben scheint, denn einen definitiven Vertrag wußte er mit dem Woiwoden nicht zu Stande zu bringen.“ E. zitiert als Beweis Rommels Darstellung (Philipp, I, 216), wo aber das Gegenteil steht: „Auch trog den Landgrafen seine Zuversicht nicht... selbst Johann Zapolia... versprach ausser 100 000 Gulden, zahlbar in Danzig, zur Rüstung, monatlich 20 000 Gulden, die Hälfte der Hilfgelder, die ihm Frankreich und Venedig schickten, zum Kriege.“ Ebenso sagt Ranke (III, 27): „es ward ein förmlicher Vertrag entworfen, dem nur noch die Ratification des Landgrafen fehlte.“ Wenn auch Pack „etlich artickel bracht hat,“ die nicht annehmlich erschienen, so scheiterte daran nicht die Ratification, sondern sie erfolgte nicht wegen des schnellen Abschlusses dieser Händel, wie Philipp selbst sagt: „dieweil jch mit konigklicher Durchlauchtigkeit vortragen byn.“

⁴ Heyd, Ulrich II, 395 f.

⁵ Von diesem Tage ist der Brief des Königs an Philipp bei Varrentrapp, Acht Briefe Melanchthons l. c. p. 5—7. Über das Jahresdatum vgl. Varrentrapp ibid. p. 8.

⁶ Ulrich wurde zu diesen Verhandlungen zugezogen. Vgl. die mit obiger gleichlautende Stelle aus Ulrichs Brief an Franz vom 7. Mai. Heyd II, 396.

nicht zuzulassen, daß durch Eines Menschen unersättliche Eroberungssucht das Christentum in immer heftigere Türkenkriege verwickelt werde. Für die Hilfe an ihrem „non minus pio quam necessario operi“ würden Frankreich und England Mannschaft und Geld spenden. Worin die Hilfe für dies „fromme und notwendige Werk“ bestehen sollte, zeigt Philipps Antwort; er sollte „den Ferdinandum dermassen angreifen, daß er gegen sein Magistat nit vil ausrichten soll.“¹ Auch der Grund des französischen Anerbietens findet sich hier: „seiner Magistat sei angezeit, daß ich soll sein in Entperung mit Kriegsvolk, daß ich welt romischer König zu werden, und wo ich des geneit, so woll sein Magistat darzu helfen mit aller Macht sampt dem König von Engelland.“ Am 1. Mai fertigte Philipp den Doctor Walter und Heinrich Hesse mit einer Instruktion an Franz I. ab, worin er erklärte, er wolle nicht römischer König werden, stehe aber in großen Kriegshändeln, da einige Fürsten, worunter auch Ferdinand, gegen ihn handeln wollten. Er gedenke dagegen vorzugehen und in 14 Tagen im Felde zu stehen. Gegen Ferdinand könne er nur dann etwas unternehmen, wenn ihm stattliche Geldhilfe geschehe. Franz möge ihm daher vier Monate hindurch je 100 000 Gulden nach Nancy liefern. Die Gesandten sollten auf diesen 400 000 Gulden „hart halten. So aber es ja nit sin wolt“ sollten sie auch herabgehen dürfen bis auf 100 000 Kronen. Von der Tüchtigkeit des Heeres möge sich Franz überzeugen, dazu solle er den Schaden für Frankreich bedenken, wenn nach einem Vertrage das Kriegsvolk auseinander gehe und Ferdinand dasselbe erhalte. Jetzt aber seien ihm die vornehmsten Fürsten und Städte, desgleichen jeder gemeine Mann von Adel und gemeinem Volk geneigt.² Am 1. Juni meldete darauf Franz, Doctor Walter habe das Geschäft „bei ihm so ausgeführt, daß des Königs Freundschaft gegen den Landgrafen noch erhöht worden sei;“ zur Vollendung des begonnenen Geschäftes werde er ihm einen besonderen Gesandten schicken.³

Daß Philipp schon damals Venedig in den Kreis seiner Berechnungen gezogen, läßt sich nicht erweisen. Wohl erzählte Pack: „Venedig und Frankreich wollten lieber den Krieg auf ein Jahr noch verzogen haben, um mit zu handeln.“⁴ Aber es erhellt aus dem oben gesagten, daß diese Angabe, soweit sie sich auf Frankreich bezieht, unwahr ist: es wird sich also auch für Venedig nichts daraus folgern lassen. Jener rätselhafte Brief ferner, den Ferdinand Mitte Juni an Georg übersandte,⁵ ist aus Unwahrheiten und Ungenauigkeiten der-

¹ Varrentrapp 8.² Varrentrapp I. c. 7—8.³ Rommel, Philipp, II, 205.⁴ ibid.⁵ Abgedruckt bei Hoffmann, I, 96—97.

maßen zusammengesetzt, daß der dort vorkommenden Angabe: Venedig habe die Zahlung von monatlich 10 000 Dukaten während der Dauer des Krieges zugesagt, kein Gewicht beizumessen ist. Wo später in den politischen Kombinationen Zwingli's und Philipps Venedig wieder auftaucht, erscheint dies als Zwingli's „eigenster Gedanke“, wie auch die Entwicklung dieses Gedankens ihm angehört.¹

Entschieden zurückzuweisen ist sodann eine Bundesgenossenschaft Kursachsens und Hessens mit Ritter Nickel von Minckwitz, wie sie Droysen² und Janssen³ annehmen. Wohl hätte eine solche Verbindung nahegelegen. Minckwitz — einst geraume Zeit in der Sickingenschen Fehde Philipps Gefangener — war im Jahre 1527 in Beziehung ebenfalls zu Zapolya getreten, der ihn am 17. August 1527 zum Statthalter in der Niederlausitz ernannte,⁴ wenngleich Nickel damals noch ein öffentliches Eintreten für den Woiwoden vermied. Im katholischen Lager war man in der That geneigt, einen Zusammenhang zwischen den Rüstungen des Landgrafen und Nickels anzunehmen. Schon am 4. März 1528⁵ schrieb Ferdinand an Georg: wie Philipp, so solle auch Nickel von Minckwitz für den Herzog von Württemberg Reiter gesammelt haben, ihn wieder einzusetzen. Eine Kopie dieses Briefes sandte Georg am 12. März 1528 an Philipp,⁶ worauf dieser so antwortete, daß „k. D. an der Antwort guten Gefallen und Genüge gehabt.“⁷ Am 17. März aber, noch ehe die Antwort Philipps abgesandt war, meldeten wiederum Statthalter und Reichsregiment an Georg dasselbe wie früher und baten um Nachricht.⁸ Am 19. März dankte Ferdinand Georg für die von ihm erhaltenen Mitteilungen über Minckwitz' Werbungen: der Zweck derselben gehe gegen den Kaiser und ihn; er bat Georg, seinem Landvogt der Niederlausitz zu helfen, sobald es nötig sei, Nickel aber im Betretungsfalle zu verhaften.⁹ Ebenso drückten die mainzischen Hofräte am 3. April 1528 in einem Schreiben von Halle ihre Besorgnis aus, „daß Nickel v. Mingkwitz um Ostern eine tapfere Anzahl Reuter und etlich Tausend zu Fuß an sich bringen werde, um die Stifte Magdeburg und Halberstadt zu überfallen,“¹⁰ dasselbe also, was man von

¹ Lenz, Zwingli und Landgraf Philipp a. a. O. 223 f.

² Preuß. Polit. II, 2. 205. Droysen legt überhaupt in die Fehde einen viel zu tiefen Gehalt.

³ Gesch. d. deutschen Volkes III, 114.

⁴ Falke, Nickel von Minckwitz. (Archiv f. d. Sächsische Geschichte X) p. 292.

⁵ d. d. Altenburg. (Ungedr.) ⁶ Georg an Philipp. (Ungedr.)

⁷ Georgs Instruktion für Christof v. Taubenheim, 27. April 1528. Neudecker, Merkw. Akt. 28—31.

⁸ Falke l. c. 293 f.

⁹ Falke l. c. 294.

¹⁰ Ungedr.

Philipp befürchtete. Nickel versicherte (21. April) aufs entschiedenste, „daß das Gerücht, er habe sich bei Fürsten in eine Bestallung eingelassen, daraus weitere thätliche Handlung von ihm zu vermuten, durchaus unbegründet und nur von seinen Abgünstigen erfunden sei.“¹ Ebenso sagte Philipp selbst später, er habe von Nickels Sache vorher weder Wissen noch Bericht gehabt; — und in der That, so detaillirt und peinlich damals mehrfach alles hervorgesucht worden ist, was Nickel irgendwie beschweren konnte: nirgend findet sich die geringste Spur eines Zusammenhangs oder Einverständnisses zwischen Philipp und Minckwitz.²

In gleichem Eifer wie Philipp verhandelte der Kurfürst von Sachsen mit den evangelischen Fürsten des deutschen Nordens. Außerdem war ihm die Gewinnung der ihm nahestehenden Fürsten: des Grafen von Henneberg und des Herzogs von Jülich-Cleve (vgl. oben) übertragen. Mit ersterem wollte Johann in Thüringen zusammenkommen: „alsdann wollen wir uns mit ihm der Notdurft nach auch unterreden,“ schreibt er an Philipp.³ Der Herzog von Jülich-Cleve sodann, zu dem Johann den Grafen Albrecht von Mansfeld schickte,⁴ versprach eine Reiterhilfe von 500 Mann. Als aber Johann dieselbe abholen lassen wollte, machte der Herzog allerhand Ausreden, um dieser Hilfe überhoben zu sein, obwohl wegen der vertrauten Beziehungen beider Fürstenhäuser Johann von Sachsen sein festes Vertrauen auf Cleve gesetzt hatte.⁵ — Die Mitglieder des Magdeburger Bündnisses, den Herzog Ernst von Lüneburg und Herzog Heinrich von Mecklenburg lud Johann auf den 3. April zu sich, um „mit ihren Libden getreulich und fleißig zu handeln,“ daß sie, wie es das Bündnis besagte, „mit Rat und Hilf zur Rettung unser Land und Leut nit verlassen wollen.“⁶ Ebenso schickte der Kurfürst einen Gesandten an Herzog Albrecht in Preußen, um ihm „den Handel vertraulich entdecken zu lassen.“ Er versah sich, Albrecht werde an seiner Hilfe „der Eynigung nach, so sein Lieb vor einem Jahr mit uns angenommen, nit Mangel sein lassen.“ Der Gesandte sollte auch mit Albrecht über eine Unterstützung seitens des Königs

¹ Falke I. c. 294.

² Verhandlungen Nickels mit dem Landgrafen lassen sich erst 1531 nachweisen, als Nickel ein Bündnis der Reichsfürsten und ausländischer Mächte mit Zápolya betrieb und dafür außer Frankreich, Dänemark, Kursachsen und Baiern auch Hessen in Betracht zog. Falke I. c. 404 f. Der Friede von Kadan machte diesen Plänen ein Ende. *ibid.* 415.

³ Brief bei Neudecker, Merkw. Akt. 35.

⁴ *ibid.*

⁵ Seckendorf II, 98.

⁶ Neudecker, Merkw. Aktenst. I, 34. Vgl. die Worte des Magd. Bündnisses p. 31 oben.

von Polen, „wie der Artikel, so nächst zu Weymar deshalb gestalt, vermag und mitbringt,“ verhandeln.¹ Albrecht sagte auch für sich und den König von Polen alle Hilfe zu, wie man sie nach dem Weimarer Bunde von ihnen verlangte.² Daneben fertigte Johann mehrere Gesandte ab zu den Fürsten in Schlesien und den Städten der Oberlausitz.³

Von hohem Interesse sind die Verhandlungen, welche Johann mit den Ständen von Halberstadt und Magdeburg führte. An Magdeburg, zu dem Johann und Philipp wegen der Drohschrift des Mainzer Erzbischofs in brieflicher Beziehung standen,⁴ hatte Kurfürst Johann geschrieben, die Stadt möge zwei oder drei Vertrauenspersonen auf den 3. bis 4. April nach Wittenberg abfertigen. Hier wollte Johann ihnen neben Ratschlägen über jene Schrift auch die Bündnissache anzeigen.⁵ Die Früchte davon zeigten sich bald, als die Ritterschaft der Stifte Magdeburg und Halberstadt zum Schutz des Landes am 9. Mai in Staßfurt zusammentrat. Hier war es, wo Wolf von Anhalt und wieder Graf Albrecht von Mansfeld in Johanns Auftrage vorschlugen, „daß die Grafen und Ritterschaft beider Stifte Magdeburg und Halberstadt denen.. so dem göttlichen Wort anhängig sind, Verschreibung geben sollen, dieselben um des göttlichen Worts und unbilliger Sachen nicht zu überziehen,“ wie man umgekehrt evangelischerseits versichern sollte, die Stifte nicht zu überziehen.⁶ Als ihm das erschrockene Magdeburger Kapitel hiervon Mitteilung machte, warnte Herzog Georg vor Annahme des Vorschlags,⁷ vermochte aber gegen die außerordentlich rührigen Gesandten Johanns nicht durchzukommen. Als solche waren auf dem zweiten Tage zu Staßfurt (19. Mai) Kaspar Minckwitz und abermals Wolf von Anhalt anwesend. Mansfeld hatte schon vor der Entscheidung dieser Versammlung ausgestreut, die Stände hätten den Artikel bewilligt. Vergebens erwiesen sich alle Bemühungen des Kapitels, die Vorlage des Artikels zu verzögern: die Räte beschlossen, denselben sogleich zur Besprechung zu bringen. Mansfeld bestand zudem darauf, darüber mit zu beraten, trotzdem die Räte des Kurfürsten Albrecht dies unpassend

¹ Neudecker, Merkw. Aktenst. I, 34.

² Seckendorf II, 97.

³ Neudecker, Merkw. Aktenst. I, 34.

⁴ Neudecker, Merkw. Aktenst. I, 35. Von Weimar aus hatten beide Fürsten an Magdeburg deshalb geschrieben. Vgl. oben p. 15.

⁵ Neudecker l. c.

⁶ Kapitel zu Magdeburg an Georg d. 15. Mai 1528. Cf. Schomburgk 205, Anm. 1.

⁷ Georg an Fürsten, Grafen, Ritterschaft der Stifte Magdeburg und Halberstadt d. 17. Mai 1528. (Ungedr.)

fanden, da er den Artikel vorgeschlagen. Als darauf vom Erzbischof Botschaft kam, die Verhandlung um acht Tage aufzuschieben, zeigte sich Wolf von Anhalt sehr ungehalten; er gab sich mit Minckwitz den Ständen (20. Mai) als Gesandte Johannis zu erkennen und machte in des Letztern Namen von dem angeblichen katholischen Bündnis Mitteilung. Der Verzug kam ihm und Mansfeld äußerst ungelegen: der sofortigen Annahme ihrer Proposition gewiß hatten sie ihre Reiter schon nach Mansfeld geschickt und mußten denselben jetzt folgen. Da die Mainzer Räte nach einer Unterredung mit dem Kapitel das Bündnis und damit die Notwendigkeit einer Versicherung bestritten, jedoch baten, die endliche Entscheidung abzuwarten, so blieb zu diesem Zweck Minckwitz zurück. Obgleich früh am folgenden Tage (21. Mai) Georgs Warnung der Ritterschaft vorgelesen ward und ihr ein Gegenartikel seitens der Kapitel zugeing, erklärte Botho Graf zu Stolberg-Wernigerode namens der Ritterschaft, worunter auch die Räte waren, „sie hielten Mansfelds und Anhalts Artikel nicht für unziemlich oder ungebührlich.“ Die Führer der Ritterschaft, der von Stolberg und Jobst von Steinberg „fördern alle diesen Handel hoch,“ schrieb Georgs Gesandter; das Magdeburger Kapitel protestiere zwar, „aber das Kapitel zu Halberstadt ist . . . der Buberei zu gute eingenommen.“ — „In Summa, williget der Cardinal, so ist der Artikel durchaus gewilliget.“ Und Albrechts Konsens blieb nicht aus: schon vor der Entscheidung der Stände hatte Mansfeld bei den Stiftsverwandten Pferde geworben, angeblich um das Stift zu schützen;¹ die Hauptleute, die Georg in Albrechts Abwesenheit eingesetzt, erklärten, sie würden sich nicht gegen das Wort Gottes gebrauchen lassen. So war Albrecht isolirt im eigenen Lande; „er vermag nicht mehr als ein Mensch,“ schreibt Georg,² „wo ihm seine Unterthanen nicht helfen.“

Die unvorhergesehene Wendung und der schnelle Abschluß der Pack'schen Händel lassen es unentschieden, inwieweit sich die Hoffnungen von Sachsen und Hessen auf alle in Aussicht genommenen Bundesgenossen im Kriegsfall erfüllt hätten. Der Endvertrag ward schon geschlossen, ehe die Verhandlungen mit den Reichsstädten, mit Frankreich, Ungarn u. a. ihr Ende erreicht hatten.³ Aber die günstigen Anerbietungen, die sich von allen Seiten gezeigt, lassen es erklär-

¹ Doctor Georg Breitenbach an Herzog Georg. Leipzig Eilends Freitag nach Asc. Domini (22. Mai). Ungedr. Auf diesem Brief beruht obige Darstellung des zweiten Staßfurter Tages.

² Antwort Georgs auf Türks Werbung, o. D. (Ungedr.).

³ Gerade weil man auf Frieden hoffte und sich die Sache zweifelhaft anließ, zögerten manche. Vgl. Seckendorf II, 98.

lich erscheinen, wenn sich Landgraf Philipp im folgenden Jahre den weltumfassenden Plänen Zwinglis zuversichtlich und freudig wie dieser hingab. Denn die Faktoren, mit denen man 1529 und 1530 rechnete, waren im wesentlichen dieselben, die sich dem Landgrafen 1528 von selbst angeboten hatten. Ein Bund vom Meer bis zur Donau war damals nahezu Wirklichkeit geworden; nur über die Schweiz hin und nach Venedig sollte derselbe in den folgenden Jahren erweitert werden. —

Sachsen und Hessen hatten es inzwischen auch im eigenen Lande an eifrigen Rüstungen nicht fehlen lassen. Nach der Weimarer Vereinbarung sollte die Stärke des Gesamtheeres 6000 Reiter und 20 000 Fußsoldaten betragen.¹ Wir sahen, wie Kurfürst Johann bereits am 1. März Vorbereitungen für den Krieg traf. Nach Abschluß des Weimarer Bündnisses ließ er nun mit „etlichen Rittmeistern und Hauptleuten handeln, nach Reutern und Knechten zu trachten und mit denselbigen zu reden, daß die in Bestellung erhalten werden,“ um sie im Fall der Notdurft sofort zur Hand zu haben. Ebenso war er um Beschaffung von Artillerie und alles weitem Kriegsbedarfs bemüht. Auch die ausgeschriebene Kriegssteuer suchte er einzutreiben, wiewohl er befand, „wie schwer es furället, in diesen Läuften von den Leuten Geld zu bringen.“ So unterließ er nichts; „auf daß, wie er an Philipp schrieb, wir zu Schutz und Schirm unser armen Unterthanen geschickt und gefaßt sein mögen.“²

Wie Johann so sandte auch Philipp nach allen Seiten Werber aus. Das nötige Kriegsmaterial ward teils im eigenen Lande, teils von auswärts beschafft und in Marburg zusammengebracht, die Ritterschaft und die waffentüchtige Mannschaft in Hessen aufgeboden, die zunächst bedrohte Landesgrenze gegen Mainz und Würzburg hin in Kriegsbereitschaft gesetzt. Hier wurden in den Grenzorten Quartiere hergerichtet und zahlreiche Proviantvorräte aufgehäuft. Soldtruppen strömten bald von allen Seiten hinzu; am 13. April wurden die in Nürnberg gesammelten abgeholt; weitere Truppenteile kamen aus Westfalen, Dänemark u. a. Als Tag des Sammelns war der 20. Mai bestimmt.³

Aber neben diesen Rüstungen und Werbungen gingen Verhandlungen her, welche den Ausbruch des Kampfes hinausschoben und endlich ganz verhinderten.

¹ Seckendorf II. 95.

² Neudecker, Merkw. Aktenst. I, 33 f.

³ Vgl. die Angaben von Ehses 28. 38. 57.

Viertes Kapitel.

Diplomatische Erörterungen bis zur Veröffentlichung des sog. Breslauer Bündnisses. (22. Mai 1528.)

Einige Tage bevor der Graf von Mansfeld nach Sachsen zurückkehrte um dem Kurfürsten von der seitherigen Thätigkeit des Landgrafen Bericht zu überbringen, hatte Johann „um Versicherung willen unser beider Gewissen — wie er Philipp schrieb — in Rat befunden, Doctor Luther den Handel nach der Läng vertraulicher Meinung anzuzeigen.“¹

Am 26. März ward Luther durch einen Eilboten an den kurfürstlichen Hof nach Torgau berufen, wohin er am folgenden Tage abreiste.² Hier geschah es aller Wahrscheinlichkeit nach zum erstenmale, daß Luther in dieser Angelegenheit zu Rate gezogen ward,³ über die er sich am

¹ Neudecker, Merkw. Aktenst. I, 33. 37. Ueber Luthers Teilnahme an der Entwicklung der Händel vgl. besonders Burkhardts Aufsatz in Luthardts Zschr. f. kirchl. Wiss. u. kirchl. Leben, 1882. 585 ff. — ein Aufsatz, durch den wesentlich gefördert zu sein ich dankbar bekenne, wenn ich auch im nachfolgenden in einigen Punkten davon abweiche.

² Burkhardt l. c. 598 und Anm. 4. 5.

³ Gegen den 20. März hielt der Kurfürst einen Landtag zu Altenburg ab (Lingke, Luthers merkw. Reisegesch. p. 165), wohin er Luther beschieden hatte. Am 17. März reiste L. ab (Lingke l. c.), am 18. war er in Borna (de Wette III. 295), am folgenden Tage hoffte er in Altenburg einzutreffen; (de W. l. c.) am 23. März bereits war Luther wieder auf der Rückreise in Torgau (Burkhardt l. c. 598). Nicht ausgeschlossen erscheint die Annahme von Ehse p. 38, daß die ersten Beratungen in dieser Sache bereits bei der Altenburger Zusammenkunft stattgefunden hätten. Denn die „litterae vocatoriae“ des Kurfürsten dorthin scheinen allerdings dringend gewesen zu sein, da Luther, welcher dieselben in der Nacht des 16. März erhielt und ihnen am 17. März Folge gab, an Spalatin Tags darauf schrieb: „festinatum est, quantum fieri potuit,“ und ihn bat, er möge „*mox his visis*“ beim Fürsten sein verspätetes Ankommen entschuldigen, woran schlechte Wege, Sturm und Kälte Schuld hätten. (de W. III, 295.) Doch ist die erste Nachricht, welche einen Beweis von Luthers Kenntnis der Händel giebt (vgl. flgde Anm.) aus der Zeit der zweiten Zusammenkunft; auch ward erst nach dieser zweiten Zusammenkunft Luthers Gutachten abgesandt. (vgl. 53 A. 1.) — Unbegreiflich ist es, daß E. jene erste Zusammenkunft nach Torgau verlegt. Selbst wenn E. nicht wußte, daß Spalatin, den Luther bittet, ihn beim Kurfürsten zu entschuldigen, und bei dem er einkehren will, damals Pfarrer in Altenburg war, so hätte er sich doch auf der Karte über die famose Eiltour von Wittenberg nach Torgau über Borna orientieren können, von wo Luthers Brief datiert.

28. März zuerst unterrichtet zeigt.¹ Zunächst fanden mündliche Beratungen statt, Tags darauf sandte Luther auf Befehl des Kurfürsten seine Meinung an den Kanzler Brück auch schriftlich ein.²

Wie Philipp und Johann, so zweifelt auch Luther nicht im geringsten an der Existenz des Bündnisses. Wie sehr er aber auch das Vorhaben der „Mordfürsten“ und „Rottenpfaffen“ als „ein rechte Auf-ruhr und Rotterei wider das Reich und Kais. Maj.“ verurteilt, so will er doch auch ihnen gegenüber den Standpunkt unbedingter Rechtlichkeit und Gewissenhaftigkeit gewahrt wissen.

Darum verlangt Luther mit Entschiedenheit, daß der Kurfürst Vorkehrungen zur Abwehr treffe. Hierzu sei er nicht nur berechtigt, sondern strenge verpflichtet, weil er nach Gottes Gebot seine Unterthanen gegen jeden Mörder schützen müsse, einerlei ob derselbe Fürst oder Landläufer sei. Daran dürfe sich der Kurfürst auch nicht durch den von den „Mordfürsten“ vorgeschützten Befehl des Kaisers hindern lassen, denn sicherlich wisse der Kaiser von dem Anschläge nichts, wie auch der Wortlaut der Urkunde bezeuge. Schön und bezeichnend für Luther leuchtet dabei das Vertrauen auf den Kaiser aus seinen Worten empor: derselbe „hat verheißen, S. Kf. G. gnädiger Herr zu sein und nichts wider S. Kf. G. fürzunehmen ohne vorhergehende Einreden . . Auf solcher Kais. Maj. Verheißung soll und muß S. Kf. G. stehen so fest, so treulich sie Kais. Maj. für wahrhaftig und redlich zu halten schuldig sind, und durch keinen Befehl davon sich kehren lassen, bis Kais. Maj. selbs solche Verheißung widerrufe. Denn S. Kf. G. ist Kais. Maj. selbs mehr schuldig zu glauben, denn allen Fürsten, sonderlich mehr denn solchen verdächtigen Feinden, sie rühmen Befehl wie sie wollen.“ Das Wormser Edikt ferner sei durch den Nürnberger und Speierer Abschied aufgehoben; auch sei „die Appellatio und Protestatio“ vorhanden.

Darum rät Luther ferner von einem Angriff „ohn alles vorgehendes Recht“ ab aus „Gottes Wort“ wie aus natürlichen Rechtsgründen: „weil der Widersacher Schuld und That noch nicht überzeuget noch am Tage ist“ und nicht „öffentlich gestraft, ja frevelich angegriffen“ werden dürften, „die doch nichts öffentlich gethan hätten“. Damit gehe der Trost der Notwehr auf die Feinde über und treffe das Evangelium die Schande des entstehenden Fürstenaufruhrs.

Halte sich der Landgraf in den Schranken der Abwehr, so müsse daher der Kurfürst dem Weimarer Bündnis folgen, nicht aber, wenn jener auf dem ersten Angriff beharre.

¹ Brief an Link, Torgau 28. März 1528 (de Wette III, 296).

² de Wette III, 319 ff.

Dies Gutachten ließ Kurfürst Johann dem Landgrafen durch einen Gesandten überbringen. In der Instruktion, welche er demselben mitgab,¹ schloß sich Johann sogleich vollständig Luthers Ansicht an, daß man sich „zum Angriff nit bewegen lasse“, weil derselbe dem Evangelium Unehre und Lästerung bringe und dadurch „zuletzt Gottes Zorn zu unser beider Verderben“ verursache. Daß man sich aber „zu dem Widerstand schicken“ müsse, hielt der Kurfürst für um so dringender geboten, als er aus manchen Zeichen auf ein baldiges Offenbarwerden der gegnerischen Absichten schließen zu können glaubte.

Philipp hatte inzwischen nicht gerastet, nach dem Beweis seiner Angabe, dem Original zu trachten. Gestützt auf Packs erneute Zusage zu Dresden hatte sich dazu der Landgraf in Weimar „freundlich erboten“;² ja, als der Kurfürst sich dort geweigert, einen Teil der von Pack beanspruchten Summe zu zahlen, übernahm Philipp dieselbe auf sich allein.

Denn hier greift aufs genaueste dessen Bericht in seinem spätern Brief an Georg ein:³ „als ich solche Sach etzlichen, die es mit betrifft, angezeigt, auch sonst ehrbaren weisen Leuten, da ist mir vor allen Dingen geraten worden, mit allem Fleiß nach solchem Original zu trachten“. Da habe er „wohl über drei oder vier Wochen“ nach der Dresdener Besprechung⁴ zu Pack geschickt, „daß er mir solch Original wolle zu Wegen bringen“. Sage derselbe: „sollte er das Original liefern, so wurde er umb sein Gut kommen, so solle er (der Bote) ihm zusagen zehntausend Gulden zu Erstattung seiner Güter“.

In einem Brief vom 26. März versprach dann Pack unter dem fingierten Namen eines Kaufmanns Oswald, der mit dem Landgraf einen Wachskauf abschließen wolle, demselben wieder den Kaufbrief mit allen Mandaten und Vollmachten, welche die Mithändler gehabt und alles, was zum Handel gehöre, „daß die Sach so klar wird wie die Sonn am Mittag“. Schon hier tritt es als Packs Streben hervor,

¹ Neudecker, Merkw. Aktenst. I, 32 ff. Das Datum läßt sich noch enger begrenzen, als dies Ranke (III, 31 A. 1) thut. Denn der Kurfürst spricht nicht nur vom „Freitag nach Judica schirstkunfftig“ (3. April), wie Ranke hervorhebt, sondern er erwähnt auch die bereits erfolgte Ankunft der geflohenen Kurfürstin von Brandenburg (26. März). Die Instruktion ist also zwischen 26. März und 2. April zu setzen.

² *ibid.* ³ 10. Juli 1528 bei Rommel III, 18 f. Vgl. p. 25.

⁴ „Drei oder vier Wochen“ nach der Dresdener Besprechung weist auf die Zeit vom 10.—17. März, also genau die Woche nach Abschluß des Weimarer Vertrags. Nach der mündlichen Antwort Packs an die Gesandten folgt dann sein obiger Brief vom 26. März und der weitere vom 29. März. Die Chronologie stimmt also aufs genaueste.

wenigstens einen Teil der zugesagten Summe zu erhalten, ohne ein Original zu liefern: nicht eher könne er sein Versprechen erfüllen, schreibt er, „er hab denn sein Hab und Gut wenigstens auf einen Scheinkauf verordnet, Weib und Kind weggewendet“. Philipp möge ihm 4 Zentner Wachs (= 4000 Gulden) an seinen Bruder liefern, da er sie brauche, um sich von etlichen Bürden, die ihn belasten, zu befreien, auch müsse er einen Gehilfen haben, dem er 1 Ztnr. Wachs baar übergeben müsse. — Um jeden etwa aufkeimenden Verdacht zu unterdrücken, verwertete Pack sehr geschickt die inzwischen von Philipp und Georg getroffenen Kriegsvorbereitungen als Ursache von Schwierigkeiten, die sich der Erfüllung seines Versprechens entgegengestellt hätten: die Sach stehe jetzt anders als vor acht Wochen, der geschehenen Werbungen wegen, „denn der Fänger hat seine Sach in großer Acht; darum muß ich andere Wege suchen“. Philipp solle ihm ja glauben.¹

Offenbar hatte Pack versprochen, wenn er nach Hessen komme, werde er das Original mitbringen. Dies folgt aus dem weitem Brief, den Pack drei Tage nach dem vorigen (29. März) an den Landgrafen richtete;² er sei im Begriff, zu ihm zu reisen, aber er könne in jener Sache nichts thun, bis er Geld habe.

Gerade damals, als Pack in diesen Briefen zuversichtlicher denn je die Wahrheit seiner Aussagen bekräftigte, erhielt der Landgraf das Gutachten Luthers, worin vom Angriff abgeraten war, „weil der Widersacher Schuld und That noch nicht überzeuget, noch am Tage ist“. Wir begreifen es, daß Philipp in seiner Erwiderung vom 11. April³ erregt dagegen einwandte: er habe den Handel gelesen und gesehen, „darzu auch verhoffe, es wollt dann Gott nit, das Original zu meinen Händen zu bringen. Uß diesem Grunde kann Doctor Martinus schließen, daß die Sach gewiß ist. . . Was wollt ich mich zeihen,“ fährt Philipp fort, „gegen den ein solchs ufzubringen, der mein nächster Freund ist von wegen meiner Schwester und seiner Tochter, wann ich nit die gewisse Wahrheit wußt!“

Die Erwiderung des Landgrafen schließt sich genau an Luthers Gutachten an. Mit dem ersten Teil erklärt er sich ohne weiteres einverstanden,⁴ in allen Punkten aber greift er den zweiten Teil an.

¹ Pack an den Landgrafen, Breslau (?) 26. März 1528. (Ungedr.)

² It. Meissen 29. März 1528. (Ungedr.) Pack schreibt darin, er habe auch eine Instruktion von Georg in der nassauischen Sache. Vgl. p. 26 oben.

³ Die Veröffentlichung dieser Replik, eines der wertvollsten Dokumente für die Pack'schen Handel, verdanken wir zuerst Burkhardt l. c. 587 ff., dann Kolde l. c. 100 ff.

⁴ „im eingang gefellt er mir wol.“

Davon ausgehend, daß „Doctor Martinus geratschlagt, man habe Fug und Recht, die Unterthanen zu schützen“, sucht Philipp seinerseits ebenfalls durch zahlreiche Vernunftgründe und Belege aus der heil. Schrift zu erweisen, daß man dem Angriff zuvorkommen dürfe. Darum könne „nicht gesagt werden, das wurde ein Furstenaufbruch werden“. Gegen Luthers Einwand, daß durch den Angriff der Evangelischen die Feinde Schein und Recht gewannen, „sich als aus Not zu wehren wider die, so ohn Kais. Maj. Befehl aufrührischer Weise die Unschuldigen angriffen“, beweist Philipp aus dem Weimarer Bündnis, daß der Angriff „nit aus Lust, sondern aus gedrungener Not“ geschehe ohne alle selbstsüchtigen Absichten; daß sie ferner „K. Maj. diesen unsern Handel anzeigen sollen und uns alles Gehorsams gegen ir Maj. erbiehen. Daraus ist Not zu spuren, daß unser Gemut zu Ubruch nicht geneigt ist.“ Darum schließt Philipp, „hat man Macht, so sie uns angreifen, zu wehren, so hat man auch Macht, so man weiß, daß sie es im Willen haben und nit umbgehen können, . . sich ihres Gewalts in diesem zu wehren und abzuwenden und nit so lang zu beiten, bis ihnen recht ist“. Gegen die Schlußworte des Gutachtens (die Philipp anführt) wendet er ein, daß der Kurfürst schon als Mensch verpflichtet sei, sein Versprechen zu halten, zumal dies nicht wider Gott sei.

Dann schlägt Philipp Vermittlungsversuche vor, allerdings unter Reserve, da dieselben Verzug, Unkosten und Unsicherheit hervorbringen könnten:

Man solle vor dem Anzug den Gegnern die Verwerflichkeit ihres Vorhabens vorhalten und sie zu gütlichem Ausgleich einladen. Als Bedingungen nennt er: 1) sichere Friedensbürgschaft und Gewähr freier Predigt des Evangeliums, 2) Ersatz der aufgewendeten Kosten.

Diese Bedingungen sind, wie wir finden werden, grundlegend geblieben für die fernern Verhandlungen und für den Austrag der Händel.

Erregt wandte sich der Landgraf zugleich an den Kurprinzen Johann Friedrich. Indem er von Luther Zustimmung für seine Entgegnung, vom Kurfürsten Festhalten an der eingegangenen Verpflichtung erhoffte, sprach er den Verdacht aus: „Mich dunkt, der Kanzler (Brück) fieder die Pfeil und Luther muß sie schießen.“¹

¹ Burkhardt p. 591. Philipps Ansicht scheint richtig zu sein: es deuten in unserm Falle mehrfache Spuren auf Brück als den Führer einer den Offensivplänen Philipps entgegen arbeitenden Richtung hin. Vgl. bes. Melanchthons Briefe vom 18. Mai (Corpus Reformationum ed. Bretschneider I, 978 f. 980, Postskript.) und dazu Exk. II, p. 148 A. 1, sowie Seckendorf II, 97, Ranke III, 34 A. 2. Daß Luther unter Brücks Einfluß gestanden, bestreitet Seckendorf.

Mitte April berief darauf der Kurfürst Luther wiederum zu sich, und mit dessen Rat gab er am 16. April dem Landgrafen die Versicherung, sich der Weimarischen Abrede gemäß zu halten. Auch lud er Philipp zu einer neuen Besprechung nach Weimar ein, wohin er Luther und Melanchthon mitbringen wolle, um „den Handel noch einmal mit seinen Umständen zu erzählen und ihr Bedenken darauf zu hören.“¹

Zu diesem Zweck² traf dann Philipp am 28. April in Weimar ein, woselbst am Abend auch der Kurfürst mit den Theologen ankam.³

Hier zuerst nahm Melanchthon an den Beratungen teil.⁴ Philipps Energie gelang es, die Einwendungen der Theologen zu überwinden: aus den Verhandlungen ging ein Gutachten hervor, welches im wesentlichen auf den von Philipp vorgeschlagenen Bedingungen basierte.⁵

¹ Burkhardt l. c.

² Nach Ehses p. 52 freilich war der Zweck dieser Reise „ein letzter Versuch, den Kurfürsten Johann wiederzugewinnen,“ aber Philipp „vermochte trotz der feurigsten Beredsamkeit nicht mehr bei ihm durchzudringen.“ E. weiß nun nicht, daß Philipp einen solchen Versuch schon darum nicht nötig hatte, weil der Kurfürst bereits am 16. April erklärt hatte, „er werde sich der Weim. Abrede gemäß halten.“ Nun vergleiche man vollends oben das wirkliche Resultat Philipps zu Weimar mit dem von E. erfundenen! Nicht minder merkwürdig sind die Motive, aus denen nach E. der Kurfürst „trotz der feurigsten Beredsamkeit“ Philipps nicht nachgab. Am 28. April ritt, wie E. selbst p. 52 A. 1 angiebt, Philipp nach Weimar; aber nach E. (ibid. A. 2) „hatten unterdessen die Theologen“ ihm zu stark entgegengewirkt und zwar durch ein bei de Wette (III, 322) genau datiertes Gutachten vom 18. Mai; ferner „hatte der Kurfürst Anfang Mai eine Botschaft von König Ferdinand erhalten,“ welche gleichfalls dem am 28. April eintreffenden Landgrafen entgegengewirkt hatte (E. l. c.). So stehen wir vor der verblüffenden Thatsache, daß Kurfürst Johann Ende April in seinem Handeln durch Ereignisse bestimmt ward, die Anfang Mai und 18. Mai eintraten.

³ Genaues Itinerar bei Burkhardt p. 599. Seckendorfs Angabe, welcher die „mitigatio“ auf den 23. April ansetzt, ist also eine der bei S. nicht seltenen irrigen Datierungen.

⁴ Ehses (p. 42 A. 2) datiert die Briefe Melanchthons C. Ref. I, 951. 953 zurück und läßt Melanchthon bereits an Verhandlungen gegen den 7. April teilnehmen. Nach dem sehr ausführlichen Material bei Burkhardt läßt sich jedoch bestimmt nachweisen, daß bis zum 28. April nur Luther allein zugezogen worden.

⁵ De Wette III, 316 ff. Man nahm bisher nach Ranke III, 31 A. 1 an, dies II. Gutachten sei zugleich mit I schon vor dem 3. April an Philipp übersandt worden. Aber 1) schon der fortwährende Pluralis, in dem die Verfasser in II geradeso wie in allen folgenden Gutachten von sich sprechen, beweist, daß nicht Luther allein der Autor sein kann, der in I stets den Singular anwendet: II kann also nur nach Melanchthons Hinzutritt entstanden sein, der erst in den Verhandlungen vom 28. April ab erfolgte. (vgl. vor. A.) 2) Philipps Replik vom 11. April zeigt, daß ihm nur Gutachten I vorgelegen hat. Denn während er

Der Angriff, ohne „für allen Dingen Friede und Mittel zu suchen, die Sachen zu vertragen,“ wird auch hier durchaus widerraten aus „Gottes Wort“ und aus „weltlichen Rechten, welche doch von Gott und in der Schrift bestätigt sind.“ Die Meinung der Theologen ist daher, man solle mit den Gegnern „durch fromme Fürsten und Herren handeln lassen.“ Wollten alsdann die Bundesfürsten nicht von ihrem Bündnis „abstehen und nicht Friede haben,“ so sei das „ein abgesagte Fehde und als wären sie im öffentlichen Werk; alsdann ist's Zeit sich zu wehren und schirmen.“ Leugneten sie oder gäben umschweifende Antwort, so sollten sie mit fester Versicherung solchen Verdacht abwenden. Zum Kostenersatz endlich seien die Bundesfürsten verpflichtet, wenn man auch des Friedens wegen nicht hart darauf drängen möge.

Am 5. Mai traf darauf der Kurfürst mit den Theologen wieder in Torgau ein.¹ Bereits am 7. Mai aber bekundet Melanchthon wie sehr

sich an dies unter steter Anführung desselben fortwährend anschließt, giebt er die Vermittlungsvorschläge ausdrücklich als von sich herstammend an. (Ich hab auch uf ein wegk furlangst gedacht — Das were aber wol mein doricht bedenken etc.). Gutachten II, welches die gleichen Vorschläge enthält, kann ihm also noch nicht vorgelegen haben. 3) Die von Burkhardt p. 586 angezogene Stelle aus jener Replik: „das es noch nit vorgewist und unbewiesen sei,“ bezieht sich augenscheinlich viel besser auf I: „weil der Widersacher Schuld und That noch nicht überzeuget noch am Tage ist,“ als auf II: „dass man jemand angreife oder straffe ohne denn er verhoeret, verklagt und Antwort geben hat,“ wie Burkhardt will. Rankes Ansetzung ist also jedenfalls ausgeschlossen. Dagegen weist der in Philipps Schreiben vom 23. Mai (Weim. Arch. Reg. H. Fol. 25. G.) angegebene Inhalt des aus obigen Verhandlungen zu Weimar hervorgegangenen Gutachtens unbedingt auf II hin: „Dieweil dan Martinus ausz gottlicher schrift sampt Philippo Melanchton zu Weymar geratschlagt haben, so sie die versicherung nit genugsam theten ader vffzugliche antwort geben, so habe man fug und macht, in gottes nhamen vff sie zuziehen.“ Die Ungenauigkeit, welche darin zu liegen scheint, daß im Brief nach „uffzuglicher antwort“ die Berechtigung des Krieges behauptet wird, im Gutachten aber erst, wenn die Gegner nicht von ihrem Bündnis „abstehen und nicht Friede haben wollen,“ ist nur eine scheinbare. Denn bei „umschweifender Antwort“ fordert das Gutachten eben die Versicherung der Gegner, vom Bündnis abzustehen, und damit tritt der vorige Fall ein. Im Grunde fallen also beide Punkte zusammen. Zudem sei auf die sehr summarische Fassung von Philipps Brief verwiesen.

¹ Burkhardt p. 599. — Wie wir p. 40 gesehen, hatte Philipp der Stadt Nürnberg auf Bitte Johannis eine Instruktion desselben übergeben, wonach die Nürnberger mit anderen Städten in der Bündnissache verhandeln sollten; die Ratsältesten jedoch erklärten (s. p. 41 oben): sie hätten schon bei Mitteilung des Bündnisses durch Philipp und Mansfeld mit beiden die Meinung gehabt, dasselbe durch ein gemeines Ausschreiben allen Ständen im Reich anzuzeigen, weshalb gesonderte Verhandlungen überflüssig seien. So der Inhalt der Antwort. (S. den Text p. 41

die Beschlüsse, zu denen er sich in Weimar hatte fortreißen lassen,¹ seiner wahren Gesinnung widersprachen; unter seinem Einfluß² erfolgt schon vor dem 13. Mai³ ein neues Gutachten, welches das vorangegangene in wesentlichen Punkten abschwächt.⁴

„Daß der Angriff von dieser Seiten nachbleibe“ gefällt den Reformatoren gar wohl; sie schlagen ferner „aufs forderlichste eine Botschaft an Kaiserl. Maj.“ vor, und zudem soll man „dieselbigen Mordfürsten ersuchen lassen und bitten, von solchem Furnehmen abzustehen“ und „ja außen lassen, die Kost zu erstatten.“ Zwar solle man in Rüstung und Werbung sich schicken, aber „die Rüstung nicht lassen zusammen kommen,“ von den Gegnern nur fordern „daß sie still blieben“ und schließlich noch auf dem Reichstag die Sache behandeln. Endlich sogar: „*Responsio infinita*: Unserm Herrgott befohlen, wie man thun sollt, so sie steif, langsam, nichts antworten.“

Dem entsprach sogleich wieder die Haltung des Kurfürsten. Die Friedensverhandlungen mit den Gegnern wurden ins Werk gesetzt: vom 14. Mai datiert das Geleitsgesuch des Kurfürsten für die Gesandtschaft nach Würzburg. (Vgl. p. 72) Am 13. Mai schrieb er an seinen Sohn Johann Friedrich: er habe zwar einen Teil seiner Truppen am Thüringer Wald aufgestellt, aber er werde in keiner Weise wider Gott und Recht handeln.⁵ Seinen Sohn hatte er nach Kassel gesandt und ihm als politischen Berater den Herrn Anarg zu Wildenfels beigegeben,⁶ der sich als ent-

A. 3 oben.) Ehses aber liest aus derselben heraus: „Gemeinsam richteten nun die beiden Fürsten eine Anfrage an den Rat der Stadt, ob er es für angezeigt halte, schon jetzt Grund und Veranlassung der Rüstungen allgemein bekannt zu geben“ — es sei denn auch die Antwort der Nürnberger verneinend ausgefallen — Behauptungen, von denen, wie man sieht, auch nicht eine Spur wahr ist. Damit erweisen sich auch alle Schlüsse, die E. hieraus p. 47—48 auf Philipps Verhalten zieht, als wunderliche Phantasiegebilde, die nur dem totalen Mißverständnis beider Briefe ihre Entstehung verdanken.

¹ S. Exkurs II. ² Beweis *ibid.*

³ De Wette III, 314 f. Es werden in dem Gutachten Verhandlungen mit den Fürsten gefordert, denen bereits am 14. Mai Folge gegeben ist. (S. p. 72.) Außerdem rührt das Gutachten nach de Wettes Angabe von Luther, Melanchthon und Bugenhagen her. Melanchthon nimmt bekanntlich zuerst am 28. April an den Beratungen teil, Bugenhagen aber reist am 12. Mai nach Braunschweig zur Kirchenordnung ab. (Briefe Luthers bei de Wette III, 311. 314.) Das Gutachten fällt also zwischen den 5. Mai — den Tag der Heimkehr von Weimar — und den 12. Mai.

⁴ Eingehendere Analyse s. Exk. II. ⁵ Seckendorf II, 97.

⁶ *ibid.* — Brief Anargs zu Wildenfels d. d. Cassell am fryttag nach vozem jocunditatis 1528 (22. Mai; Seckendorf l. c. datiert irrig 18. Mai). Weim. Arch. Reg. H. p. 24, Lit. E. Gütig mitgeteilt von Herrn Archivrat Dr. Burkhardt.

schiedenen Anhänger der Friedensrichtung bekannte.¹ Sie sollten mit allem Fleiß fordern, „daß nichts, so wider Gott, das Gewissen und Kaiserliche Majestät, vorgenommen werden sollt.“ Könne „der Landgraf hierzu nit vermocht werden,“ so werde es dem Kurfürst bekümmertlich und beschwerlich sein, sich einzulassen.²

Inzwischen waren die von Hessen und Sachsen aus betriebenen Rüstungen auch den katholischen Ständen bekannt geworden und bildeten zwischen ihnen den Gegenstand lebhafter Erörterungen, Besorgnisse und Anfragen.

Ohnehin sah die katholische Partei mit Besorgnis auf den Landgrafen, seit dieser den geächteten Herzog Ulrich bei sich aufgenommen. Schon am 23. Dezember 1527³ hatte Georg von Sachsen Philipp gewarnt, sich mit dem Kaiser wegen des Wirtembergers nicht zu verfeinden: „will E. L. dem von Wirtemberg freundlichen Willen bezeigen, so thu E. L., daß Ihr einen gnädigen Kaiser behaltet.“ So besorgte man von den jetzigen Rüstungen zunächst eine beabsichtigte Restitution Ulrichs. Am 4. März 1528 bereits schrieb König Ferdinand an Georg: er habe gehört, daß Philipp rüste, um gegen Mainz und dann gegen Wirtemberg zu ziehen; er bat Georg, ihn davon abzuhalten.⁴ Noch am selben Tage, da Georg diesen Brief erhielt (12. März), kam er dem Wunsche Ferdinands nach; er teilte Philipp eine Kopie des Schreibens mit und warnte ihn, sich nicht verhetzen zu lassen von solchen, die sich nachher zurückziehen würden.⁵ Philipp richtete darauf ein Entschuldigungsschreiben an Georg, von dem dieser am 26. März eine Abschrift an Ferdinand sandte.⁶ Aber noch ehe dies geschehen war, meldete Ferdinand abermals am 24. März von einem drohenden Angriff auf Wirtemberg.⁷ Darauf kam ihm Philipps Antwort zu, woran er „gut Gefallen und Genüge“ hatte.⁸ Am 17. April jedoch

¹ „vorhoff euer chorf. gn. haben mich auch in diesem handell nie anderst befunden, dan das ich treulich zum fried geratten, und was wieder gott und die gewissen, wieder ratten.“ Brief Anargs zu Wildenfels w. o.

² So hatte sich Wildenfels „im abschidt zu Thorgau . . vornemen lassen und erpotten.“

³ Georg an Philipp, eigenhändig Montag p. Thomae (23 (!) Dez.) 1527. Marb. Arch. — Excerpt bei Wille p. 28.

⁴ König Ferdinand an Georg, d. Altenburg, 4. März 1528. (Ungedr.) Vgl. oben p. 46.

⁵ Georg an Philipp d. 12. März 1528. (Ungedr.)

⁶ Ders. an Ferdinand d. 26. März 1528. (Ungedr.)

⁷ Ferdinand an Georg, Wien, 24. März 1528. (Ungedr.)

⁸ Neudecker, Merkw. Aktenst. I. 30. (Instruktion Georgs für Christof von Taubenheim, 27. April 1528).

nahm der König aufs neue die Vermittlung des sächsischen Herzogs in Anspruch: wieder, schrieb er, habe er Meldung über Philipps Vorhaben,¹ wie er dies dem in Georgs Geschäften zu Prag anwesenden Karlowitz eröffnet habe. So wandte sich Georg am 27. April von neuem an Philipp und teilte ihm Ferdinands Schreiben mit, „daraus wir vermerken, daß Sein Lieb in viel einem großen und beschwerlichen Angeben sei, denn hiebevore.“ Er selbst vermute keineswegs, „daß etwas an dem sei“ und hoffe darum auch, Philipp werde so antworten, daß der König befinde, alles sei ihm „von Abgünstigen zugemessen.“ Zugleich aber warnt er den Landgrafen vor der Teilnahme an „einem trefflichen Gewerbe“ im Land zu Sachsen, welches ihm auch sonst „gläublich angelangt“ sei: „daß allbereit etzlichen viel Geld auf ihre Bestellung gegeben sei, welchs alles dem Franzosen zu gut soll vorgenommen werden.“² Beigelegt war diesem Schreiben die „neue Meldung“, welche Ferdinand zugekommen war. Ein wunderliches Gemisch von Dichtung und Wahrheit enthielt sie. Von dem „großen und beschwerlichen Angeben“ des Landgrafen hieß es darin, dieser habe in seiner Bestallung 3000 Pferde; 8000 Knechte seien noch zerstreut; das Geschütz habe er gen Marburg geschickt und sei willens, Mainz anzugreifen. Und von dem „trefflichen Gewerbe im Land zu Sachsen“ eröffnete Ferdinand, daß „Hans Kurfürst willens sei, die Stifte Magdeburg und Halberstadt anzugreifen, während Herzog Philipp von Grubenhagen das Eichsfeld angreifen wolle. Wenn solchs geschehen, soll ihr Meinung sein, daß der Kurfürst zu Sachsen sich unterstehen wolle, die königliche Krone des römischen Reiches zu erlangen. Deshalb wollen sie sich vor Frankfurt legen und sechs Wochen und drei Tage, wie sich gebührt, im Felde verharren.“³ Ein Bericht vom 30. April legte dem Landgrafen die Absicht bei, „er wolle die Bauern für sich in Aufruhr bringen.“ Ja, Philipp selbst wolle römischer König werden, hieß es weiter, und Jülich und Cleve wollten ihm beistehen.

Taubenheim, der Georgs Botschaft überbrachte, traf den Landgrafen bei den Verhandlungen (vom 29. April ab) in Weimar. Sofort⁴ am 2. Mai wandte sich Philipp wider diese Anschuldigungen.⁵ Er habe mit den Franzosen keine Praktiken wider Kaiserliche Majestät, antwortete

¹ Ferdinand an Georg, Prag, 17. April 1528. (Ungedr.)

² Georgs Instruktion für Chr. v. Taubenheim an den Landgrafen, 27. April 1528. Neudecker, Aktenst. I, 28 ff.

³ Ungedr.

⁴ Nach E. (p. 52) gab Philipp „mehrere Wochen lang keine Antwort“—!

⁵ Antwort Philipps auf die Werbung Taubenheims, Sonnabend post. Mis. Dni. 1528. (Wien. Arch.)

er — gerade am vorigen Tage hatte er dem französischen König die uns bekannte (p. 34) Antwort gegeben —, er wolle sich auch nicht vor Frankfurt legen und König werden, noch den gemeinen Haufen an sich ziehen und Aufruhr machen: er rüste nur, weil man ihm gebracht, daß ein Gewerbe gegen ihn vorhanden sei. Diese Antwort Philipps übersandte Georg am 7. Mai an Ferdinand.¹ Mainz und Hessen — schrieb er dabei — ständen in Rüstung und stärkten sich „aus unfreundlicher Zuversicht, so vielleicht zwischen beiden aus böser Leute Anreizung schwebt,“ noch täglich. Zugleich wünschte er, Ferdinand möge beide durch ein Schreiben zum Frieden mahnen,² worauf Ferdinand seinerseits am 13. Mai vorschlug: Georg selbst solle entweder eine Zusammenkunft von Räten beider Parteien vermitteln oder persönlich mit beiden Fürsten beraten.³

Wir sahen oben, wie Ferdinand schon am 4. März dem Landgrafen die Absicht eines Zuges gegen Mainz beilegte. Der Erzbischof selbst freilich glaubte zunächst einen Überfall von Minckwitz befürchten zu müssen,⁴ aber am 21. April hatte auch er von viel weitergehenden Plänen erfahren und wandte sich diesethalben an seine Dessauer Bundesverwandten, an Brandenburg, an Georg von Sachsen und an Braunschweig „eilends“ um Hilfe. Er habe vermerkt, schrieb er, „daß in diesem Überfalle nit allein wir, sundern auch . . . alle diejenigen, so auf dem gehalten Tag zu Dessau versammelt gewest und sich daselbst vereinigt, gemeint und überzogen werden sollen.“ Er ließ daher durch seine Räte eine Zusammenkunft vorschlagen, „wie dem stattlicher Widerstand geschehen möge, zu beratschlagen.“⁵ Dem Herzog Georg empfahl er am gleichen Tage insbesondere die Stifte Magdeburg und Halberstadt zu Schutz;⁶ „in großem Geheim“ berichtete er Georg außerdem von weiteren Plänen des Landgrafen „und seines Anhangs“: sie wollten „die geistlichen Kurfürsten und Fürsten alle verjagen, einen römischen König ihres Glaubens und ihrer Sekten mit Gewalt machen, denselben von den Gütern, so sie also den Geistlichen genommen, erhalten und alsdann durch ganz deutsch Nation ein Reformation ihres Gefallens machen . . .“⁷ Interessant ist Georgs Antwort darauf

¹ Georg an Ferdinand, 7. Mai 1528. (Wien. Arch.)

² G. v. Karlowitz an Truchseß v. Waldenburg, Dresden 7. Mai 1528. (Ungedr.)

³ Ferdinand an Georg, Prag d. 13. Mai 1528. (Ungedr.)

⁴ Mainzer Hofräte an Georg, Halle d. 3. April 1528. (Ungedr.)

⁵ Seidemann, Dessauer Bündnis l. c. 650. Briefe an Joachim v. B. und Erich v. Braunschweig, Steinheim d. 21. April 1528.

⁶ Albrecht an Georg, Steinheim d. 21. April 1528. (Ungedr.)

⁷ Beigelegter Zettel dazu.

(29. April).¹ Verhandlungen über die Sache zeigt er sich abgeneigt, da eine Zusammenkunft „die wütigen Leute“ noch mehr reize und Grund zum Anheben gebe: man solle sich im geheimen über den Widerstand beschicken, und zwar rät er an den Erzbischof von Köln, die westfälischen Bischöfe und Grafen und an Lüneburg ein Mandat zu schicken, „daß Kaiserlicher Majestät vorkommen, daß etliche rüsteten, Aufruhr im Reich zu erwecken,“ sie aufzufordern, die ihrigen zurückzurufen und keine Werbung zu gestatten. Ferner solle man sich bei Freunden nach Hilfe umsehen; gewiß werde auch der König von Böhmen und Ungarn sowie der Bund in Schwaben gerne helfen. Der Plan einer Gegenwehr war damit entworfen.

Auch an den Landgrafen selbst sandte Albrecht Botschaft, wes er sich „auf solche seine Rüstung und gemein Landgerücht und treffliche Warnung zu ihm versehen sollte?“² Die mainzischen Gesandten trafen den Landgrafen ebenfalls bei den Weimarer Verhandlungen.³ Während der schwebenden Verhandlungen konnte Philipp noch keine bestimmten Mitteilungen über den „wahren Grund“ der Rüstungen machen.

Im Anschluß an Albrechts Schreiben wandte sich Erich von Braunschweig an Georg (27. April):⁴ ob man sich auf Grund der Dessauer Verhandlung seiner versichert halten dürfe, falls Mainz wider Billigkeit überzogen würde? — „Wenn Erich sich des Dessauer Schieds halte, werde er dasselbe thun,“ antwortete sofort Georg (3. Mai)⁵. — Joachim von Brandenburg überließ seinerseits in einem Brief vom 30. April Georg, ob man zusammenkommen solle.⁶

Inzwischen hatten in Übereinstimmung mit Albrechts Brief an Georg (s. vor. S.) auch die Mainzer Hofräte den Herzog Georg um Hilfe ersucht, besonders um einige Geschütze und Büchsenmeister; auch erinnerten sie ihn seines Versprechens, ihnen im Fall der Not seinen Befehlshaber in Thüringen, Ernst von Mansfeld zuzuschicken.⁷ Aber Mansfeld hatte schon vorher um Amtsenthebung gebeten „seiner Schwachheit halber.“⁸ Bereits am 24. April wiederholte Graf Botho zu Stolberg-

¹ Ungedr. ² Hortleder, Buch II. 3, p. 782.

³ Es waren Hans v. Teuchern und Dr. Zoch. Burkhardt l. c. 591.

⁴ Brief bei Seidemann, Dessauer Bündnis l. c. 650.

⁵ Brief ibid. 651. Am 26. April war Erich von Georg benachrichtigt worden, der Landgraf werbe in seinem Lande, worauf Erich 30. April erwiederte: „er habe seinen Leuten verboten, Dienst zu nehmen; rings um ihn her aber werde Volk geworben.“ (Zwei ungedr. Br.)

⁶ Joachim an Georg d. 30. April 1528. (Ungedr.; Eingang bei Seidemann, Dess. Bündnis l. c. 649.)

⁷ Mainzer Hofräte an Georg, Halle 22. April 1528. (Ungedr.)

⁸ Ernst v. Mansfeld an Georg d. 10. April 1528. (Ungedr.)

Wernigerode „auf nochmalige Warnung des Kurfürsten“ diese Bitte; er zeigte die Berufung der Ritterschaft nach Staßfurt an¹ und fragte zugleich, mit welcher Stärke Georg die Stifte unterstützen wolle?² Georg antwortete (1. Mai), „wie stark die Hilfe sein werde, könne er noch nicht sagen, da man noch die Angreifer nicht kenne.“ Im Hinblick auf die vorangegangenen Erörterungen stellte er jedoch die Hilfe aller vom Dessauer Bunde in Aussicht, „da er höre, daß es wider alle der alten Kirchen Anhänger gerichtet sei.“³ So konnte er dem Herzog Wilhelm von Baiern am 8. Mai versichern, daß „die Stifte Magdeburg und Halberstadt ihr Sache gut in Acht hätten.“

Denn auch Baiern hatte sich an Georg um Auskunft gewandt.⁴ „Dieweil itzt der Welt Läuft so wandelbar,“ antwortete Georg, „wissen wir E. L. nicht mehr anzuzeigen, denn soviel wir itzt vor Augen sehen und hören: nach Sachsen, Hessen und den rheinischen und westfälischen Bistümern hin ist ein merklich Gewerb von Kriegsleuten; es hat aber noch keinen Herrn.“ Doch erwarte er von Sachsen und Hessen nichts feindseliges.

Wie Georg, so schienen dem Mainzer Erzbischof ebenso die Kurfürsten von Trier und Pfalz durch ihre frühere Verbindung mit Philipp in der Sickingenschen Fehde zur Vermittlung geeignet. Schon Mitte April unterhandelte Richard von Trier mit dem Landgrafen; er war es auch, der am 21. April eilends bei Albrecht in Steinheim erschien und ihm mitteilte, er habe Philipp „viel anders denn hievor gesinnt befunden; es sei daher keine Sicherheit vor ihm, besonders solle er die Stifte Magdeburg und Halberstadt schützen“⁵ — eine Nachricht, die den Mainzer sofort zu jenen dringenden Hilfesuchen an seine Dessauer Bundesverwandten veranlaßte. Wieder am 2. Mai wandte sich Richard auf eine weitere Meldung von „Bewerbung eines Volks und treffenlicher Rüstung“ an den Landgrafen und erbot sich, wofern Philipp gegen einen Reichsfürsten feindliches plane, „mit allem Fleiß tapfer zu handeln,“ um „solich Irrungen in Ruhe, Frieden, Einigkeit und zu einem guten End zu bringen.“⁶

Mit dem Bischof von Würzburg,⁷ der sich ebenfalls durch die

¹ Das weitere s. oben p. 48 f.

² Botho zu St.-W. und die Mainzer Hofräte an Georg d. 10. April 1528. (Ungedr.)

³ Georg an die Genannten, Dresden 1. Mai 1528. (Ungedr.)

⁴ Ders. an Herzog Wilhelm v. Baiern, Dresden, Freitag nach Jubilate 1528 (eigenhändig). Ungedr.

⁵ Albrecht v. Mainz an Georg, Steinheim 21. April 1528. (Ungedr.)

⁶ Brief bei Neudecker, Urkunden p. 34 ff.

⁷ Würzburg hatte sich auch an König Ferdinand gewandt um Schutz des

Rüstungen in Sachsen und Hessen bedroht glaubte, bat Mainz dann gleicherweise den Kurfürsten von der Pfalz um seine Vermittlung. Gegen den 9. Mai hatte dieser eine Zusammenkunft mit Philipp in Kassel und erbot im Namen der Bischöfe deren Verantwortung, falls der Landgraf Beschwerden gegen sie habe. Philipp antwortete: er sei „zu dem Vorhaben großlich verursacht, vermeinte auch, des guten Fug zu haben, des er die Fürsten in kurzem verständigen wolle,“ zur Zeit möchten „dieselbigen Ursachen oder Vorhaben noch nicht berichtet werden.“¹

Bald darauf wurde in der That der Grund der hessischen und sächsischen Rüstungen bekannt gegeben. Am 14. Mai wurden Gesandte Johanns und Philipps nach Würzburg abgefertigt; um die gleiche Zeit ungefähr solche nach Bamberg. Als daher die Kurfürsten von Trier und Pfalz gemeinsam² sich am 13. Mai in eindringlichem Schreiben an Philipp wandten und ihn zu einer Zusammenkunft nach Gelnhausen auf den 25. Mai einluden,³ — ging dieser nunmehr sofort darauf ein; er wünschte die Besprechung sogar einen Tag früher und schlug als Ort Schmalkalden vor, damit auch Kurfürst Johann teilnehmen könne.⁴ — Am Tage nach dem Schreiben der beiden Kurfürsten begann auf König Ferdinands Bitte auch Georg zwischen Hessen und Mainz zu vermitteln und sandte zu diesem Zweck am 14. Mai wiederum Christof von Taubenheim an den Landgrafen. „Wenn Philipp als Grund seiner Rüstungen angebe, er habe gehört, daß seine Widersacher etwas gegen ihn vorhätten, — hieß es in der Instruktion⁵ — so wisse Georg nicht, wer das sein könne. Es würde ihm auch leid thun, wenn es geschehe; er bitte ihn, solch Gewerb und Rüstung fallen zu lassen.“ Gleich am 17. Mai erfolgte Philipps Antwort, in der er den Grund seiner Rüstungen enthüllte, und der er eine Kopie des angeblichen Bündnisses beifügte.⁶

Landfriedens (Ehses 49) und dieser darauf Pfalz und Trier mit der Vermittlung beauftragt. (Kurf. Johann an Luther etc. 9. Juni 1528 bei Burkhardt, Luthers Briefwechsel 135.)

¹ Ehses l. c.

² Nach Ehses p. 54 hatte der Kurfürst von der Pfalz den von Trier um gemeinsame Vermittlung gebeten.

³ Brief bei Neudecker, Urkunden p. 37 ff.

⁴ Clarmann fol. 51 f. Vgl. p. 75 f. u. Exkurs I.

⁵ Instruktion für Taubenheim an Philipp (Ungedr.)

⁶ Vgl. p. 84. — Diese Anfragen und Erörterungen der katholischen Fürsten unter einander, von denen wir im vorstehenden ein Bild zu geben versuchten, und in denen Brief auf Brief, Botschaft auf Botschaft folgt, ohne daß eines Bündnisses auch nur im entferntesten gedacht wird, liefern allein schon den vollgültigsten Beweis, daß eine derartige Koalition, wie sie Pack anzeigte, nicht existiert hat. Vgl. Kap. II p. 28. Treffend weist Schomburgk p. 189 darauf hin.

Wie von katholischer Seite so geschah auch von Seiten der Theologen alles, um ein kriegerisches Vorgehen zu hindern. Bald nach Ein-sendung des p. 58 erwähnten Gutachtens¹ berief der Kurfürst Luther und Melanchthon zu einer persönlichen Besprechung (am 14. Mai), nach deren Beendigung beide bei ihrem Weggang einen „Denkzeddel“ dem Kurfürsten zurückließen;² zugleich sandten sie ein Schreiben ganz übereinstimmenden Inhalts an den Kurprinzen nach Kassel.³ Sie verlangten darin „aufs forderlichst“ Botschaft an das Regiment und an König Ferdinand, ferner aber, daß „dem Landgrafen ja Einhalt geschehe, daß S. F. G. nicht zu sehr eile und solche gottliche Mittel nicht ver-jeuche,“ sowie „daß man auf die Kostung nicht so hart dringe.“

Unmittelbar nach dieser Besprechung aber gebot das Reichsregiment zu Speier „durch gemeine Mandate und unter Strafandrohung allen Kurfürsten, Fürsten und Ständen, den kaiserlichen Landfrieden nicht zu schädigen.“⁴ Sogleich am Tage nach Eintreffen dieses Mandats am kursächsischen Hofe rief dasselbe ein neues Gutachten von Luther und Melanchthon hervor, welches in schroffster Form dem Kurfürsten die Befolgung des Mandats zur Pflicht machte und eine „stattliche Bot-schaft“ an das Regiment, um des Kurfürsten und des Landgrafen Ge-horsam anzuzeigen, selbst unter Anwendung von Drohungen forderte.⁵

Der Kurfürst gab dem Verlangen der Theologen wiederum so-gleich Folge.

Dem Reichsregiment machten er und Philipp von dem Bündnis Anzeige, sie baten dasselbe um Sorge für Auflösung des Bündnisses, Friedensbürgschaft und Ersatz der Kriegskosten seitens der verbündeten katholischen Fürsten.⁶ Auch an König Ferdinand ließ der Kurfürst eine Kopie der vermeintlichen Bündnisurkunde übersenden. Den Ge-sandten, welche dieselbe überbringen sollten, gab er Instruktion mit, welche die Vorwürfe reichsverräterischer Umtriebe, die man ihm ge-macht, entrüstet zurückwies und die Hoffnung aussprach, Ferdinand werde als Schirmer des Landfriedens von solchem Bündnis abstehen, widrigenfalls Kurfürst Johann und der Landgraf alle Verantwortung für die eintretenden Folgen von sich abweisen müßten.⁷

Von seinen Schritten für Erhaltung des Friedens machte Johann

¹ Die hier angenommene chronologische Folge ist Exkurs II p. 143 A. 2 begründet.

² de Wette III, 334 f. ³ id. 336. ⁴ Vgl. Clarmann fol. 98^r—100.

⁵ de Wette III, 332 ff. Vgl. u. p. 143 ff.

⁶ Die Regimentsräte an Würzburg d. 20. Mai 1528 bei Clarmann fol. 98^r—100. Vgl. Hortleder II, 3 p. 782 f.

⁷ Clarmann fol. 115 ff. Instruktion o. D.

den Theologen Mitteilung.¹ Diese vernahmen seinen Brief — wie sie am 18. Mai schrieben² — „unterthäniglich und mit Freuden;“ sie „hoffen gar festiglich, Christus unser Herr hab unser Gebet erhoret und werde es vollend erhören;“ sie beten zu Gott, daß er Willen und Sinn verleihen wolle, die dargebotenen Friedensmittel anzunehmen „und in alle Wege den Krieg zu fliehen und Frieden zu suchen.“ In einem Schreiben an den Kurprinzen vom selben Tage³ zeigen sie sich ebenfalls „höchlich erfreuet,“ daß dieser „Friede und Kriegshinderung“ beim Landgrafen fördere: „Gott wollte E. F. G. Gnade und Glück dazu geben, auf daß solche Mittel und Ursache des Friedens möchten ja mehr gelten, denn Brunst und Ursache zu kriegem.“ Zu gleichem mahnten sie zur selben Zeit den Landgrafen in besonderem Schreiben.⁴

Aber auch Kurfürst Johann trug Sorge, daß „dem Landgrafen ja Einhalt geschehe.“ Er sandte an Wildenfels jene „Schriften von Doctoren Martinus und Philipp Melanchthon mit hoher Vermahnung“ und sprach die Befürchtung aus, es werde von seinem Sohn und von Wildenfels „dem Landgrafen etwas viel nachgehängt;“ sie sollten unter keinen Umständen etwas gegen den Frieden zulassen. Wenn der Landgraf zu Felde ziehe, so solle Wildenfels ja verhüten, daß der Kurprinz mit ziehe; sofort nach Eintreffen der Antwort vom Regiment sollten sie nach Sachsen zurückkehren, „so der Landgraf etwas ungerymbt dran wolt.“ Wildenfels versicherte, es werde dem Landgrafen „gar nichts nachgehängt,“ weder von ihm noch vom Kurprinzen. In lebhaften Farben schildert Wildenfels den Eifer des Landgrafen, den Angriff zu beginnen. Nur „mit großer Mühe und mit Gewalt“ habe er die Handlung mit den Bischöfen „zu diesem Tag erhalten und mit großem Zorn dahin bracht.“ Wenn der Kurprinz abreise, ehe Antwort vom Regiment und Botschaft von den Bischöfen zurückkomme, so dürfe man sich eines sofortigen Losbrechens von Philipp versehen. „So mein gnädiger Herr bei ihm ist,“ hofft Wildenfels, „daß wir ihn von seinem ungerymten Vornehmen abwenden und ihn auf diese Weg richten, das Gott und Euren Kurf. Gn. gefällig sein wird.“⁵

Dieser Eifer des Landgrafen aber erschien in der That begründet. Denn alle Zeit, die man evangelischerseits mit dem Angriff zögerte, ward von den Gegnern benutzt, um sich zu rüsten und zu verstärken. Am 15. und 18. Mai erließ der Bischof von Würzburg dringende Aufge-

¹ Vgl. darüber p. 143 A. 2. ² de Wette III, 322. ³ id. 323.

⁴ Burkhardt, Pack'sche Händel 593.

⁵ Anarg Herr zu Wildenfels an Kurf. Johann „in eyll am fryttag nach vozem joc. 1528.“ Weim. Archiv.

bote an alle seine Dienstmannen, mit ihrer Mannschaft, soviel sie aufzubringen vermöchten, sofort nach Würzburg sich zu begeben; am 19. Mai verfügte er „die Aushebung von 2000 der tüchtigsten und kräftigsten Leute aus dem ganzen Hochstifte.“ Zugleich sandte er Werber aus nach dem Böhmer Wald und in das Bistum Eichstädt.¹ Der Mainzer Erzbischof betrieb zunächst mit dem umfassendsten Eifer die Befestigung der Stadt;² eine Stadtwehr ward eingerichtet; Klerus und Volk wetteiferten in Darbietung der nötigen Mittel zur Abwehr.³ „Er habe“ — versicherte Albrecht ferner am 19. Mai⁴ — „sich bei seinen Herren und Freunden um Hilfe beworben und gute Zusage erhalten; auch er selbst habe sich zu stattlichem Widerstand geschickt und wisse Hinterhalt, daß der Landgraf, falls er uns angreift, uns nicht allein finden soll.“ Ja, um die Mitte Mai war Philipp „glaublichen angelangt,“ daß der Erzbischof einen Einfall in die Grafschaft Katzenelenbogen beabsichtige.⁵ So kam es, daß Philipp die Befürchtung aussprach, hinter den friedlichen Versicherungen der Gegner laure nur der Plan, den Evangelischen das Kriegsvolk loszumachen und alsdann, wenn diese keines hätten, über sie herzufallen.⁶ Erst recht mußte ihm nunmehr nur im sofortigen Angriff eine Sicherheit der Rettung zu liegen scheinen.

Zudem stand gerade damals endlich die Rückkehr Packs in fester Aussicht.

Wir haben gesehen, wie Pack auf Philipps Drängen die Beschaffung einer Originalurkunde des angezeigten Bündnisses Ende März wiederum fest zusagte und seine Ankunft in Hessen in Aussicht stellte. Jedoch lieferte Pack keineswegs ein Original; wohl aber machte er mit Erfolg den Versuch, auch ohne dies von Philipp einen Teil der für das Original zugesagten Summe zu erhalten. Ebensowenig ging Pack nach Hessen.⁷ Als ihm Herzog Georg nach Philipps Abreise befahl, „sich aufs fürderlichste“ zu diesem zu begeben, suchte Pack Ausflüchte: er wolle vorher

¹ Nach Ehse 60. ² Hennes 262. ³ May II, 69.

⁴ An Georg d. d. Mainz 19. Mai 1528 (Ungedr.) — Zugleich mit der Botschaft an Philipp (14. Mai) hatte Georg den Joh. von Spiegel an den Erzbischof von Mainz gesandt, um ihn von der Rüstung abzuhalten. Vgl. o. p. 64.

⁵ S. den Brief des Pfalzgrafen vom 19. Mai bei Neudecker, Urkunden, 46 f.

⁶ Philipp an Georg. Rottenburg, sampstag nach vocem jocund. ao. 1528. Weim. Arch.

⁷ Für Schomburgk's entgegengesetzte Ansicht p. 186 liegt nicht der geringste Beweis vor. Dagegen versichert Georg ausdrücklich: daß sich Pack auf Ostern zu Philipp gefügt, sei „keineswegs geschehen“ (Hoffmann I, 94); gewißlich habe er das erfahren. (Neudecker, Urk. 28.) Wir müssen also mit Ehse (p. 31. 132 u. a.) eine derartige Anwesenheit Packs ablehnen.

kommunizieren und dann Ostern zu Philipp gehen;¹ Ostern jedoch finden wir ihn bereits in Breslau, von wo er sich unverweilt zum Woiwoden begab (s. p. 43). Zu dieser Botschaft hatte sich Pack selbst dem Landgrafenn dringend angeboten. Erwägt man diese Umstände, so ergibt sich leicht, daß Pack gerade darum sich zu der Sendung an den Woyda erboten, weil er ein Original zu beschaffen nicht vorhatte, „weil er sich dem Landgrafen zu einer Leistung verpflichtet hatte, die er nimmermehr abzutragen gesonnen war.“²

Unmittelbar nach der Beendigung der Verhandlungen mit dem Woiwoden (cf. p. 43 f.) begab sich Pack auf die Rückreise.³ Inzwischen aber hatten die Dinge einen Verlauf genommen, der ihm nicht gefallen konnte. Die Kunde von den Rüstungen und Werbungen in Hessen und Sachsen, welche ganz Deutschland erfüllte, konnte sicherlich auch ihm nicht verborgen bleiben, und Pack mußte voraussehen, daß sich daraus für ihn, als den Urheber aller dieser Verwicklungen, von katholischer sowohl als von evangelischer Seite schlimme Folgen ergeben würden. Merkwürdig ist nun das Mittel, mit dem sich Pack gegen

¹ Hoffmann I, 94.

² So Ehses 192. Die Erklärung von Packs verzögerter Abreise ist wohl in den Umständen zu suchen, welche der Auszahlung der 4000 Gldn. voraufgingen. Denn der Landgraf ging dabei mit grosser Vorsicht zu Werke — es mußte ihm Packs als Amtmann in Delitsch ansässiger Bruder eine Obligation für sich und seine Erben ausstellen (Rommel II, 203), bis das gegebene Versprechen erfüllt sei. Otto Pack scheint von seinem Bruder auf die versprochene Summe einen Vorschuß erhoben zu haben; wenigstens entschuldigt sich dieser später bei Georg (17. Juni 1528. Ungedr.) gegen den Vorwurf, daß er das Geld vom Landgrafen eingezogen, damit, er habe geglaubt, es sei seinem Bruder wegen dessen Dienstleistung in der nassauischen Sache verliehen, und er habe demselben nach Gelegenheit seines Gutes nicht geringe Hilf und Förderung erzeugt. Ausgezahlt hat Philipp das Geld erst nach Packs Abreise (nicht vorher, wie E. p. 149 behauptet) an dessen Bruder, der an J. Nordeck schreibt, daß er sich am 14. April in Eisenach einstellen wolle, die 4000 Florin zu empfangen. (An diesem Tage reiste Otto Pack bereits von Breslau auf Krakau.)

³ Wie oben (p. 44) schon bemerkt, reiste Pack mit Scharff nach der zweiten Besprechung mit dem Woiwoden (26—30. April) am 1. Mai nach Krakau, wo sie über den Sonntag blieben. Des Montags (4. Mai) kam dann Pack mit seinem Diener Hans Scharff bereits wieder in Breslau an, wo ihm der Rat „sechs Kannen mit gutem Getränk“ verehrte. „Dort ist er wieder mit Doctor Meltzer und D. Rubysch zusammengewesen, dann fortgezogen. Zu Oschatz hat er einen Brief mit der linken Hand geschrieben und datiert Dresden, Judica“ (29. März; Pack empfahl darin den Scharff an seinen Freund Johannes Huber, Unterstadtschreiber zu Leipzig), den Scharff an seine Adresse nach Leipzig tragen mußte. Pack versprach dorthin nachzukommen, aber er ließ Scharff im Stich und ging nach Eilenburg. (Hans Scharffs Aussage. Ungedr.) — Vom 10. Mai liegt alsdann (s. oben) schon ein Brief Packs aus Rotenburg in Hessen vor.

diese Gefahr nach beiden Seiten zu decken suchte. Wie er bei seiner ersten Annäherung an Philipp der Herzogin Elisabeth Schwesterliebe mißbraucht hatte zur Erreichung seiner selbstsüchtigen Zwecke (vgl. p. 19 f.), so versuchte er dies auch jetzt wieder. Am 10. Mai schrieb er an sie aus Rotenburg i. H., es drohe ihrem Bruder Gefahr: er wolle demselben heraushelfen. Um ihn von etlichen Fürnehmen abzuhalten, solle sie ihm (Pack) einen Brief schreiben nach Laut des einliegenden Konzepts; — wenn er zurückkomme, wolle er ihr sagen, wie es gemeint. Dies Konzept nun enthält eine Warnung an Pack, „er solle sich versehen; sie wisse, er sei verkauft. Sie wisse zwar, daß man ihm Unrecht thue und daß er das nicht gethan haben könne, des sie ihn zeihen: so wolle sie ihn doch warnen, daß er den Leuten nicht in die Hand komme“.¹ In der That, wenn Elisabeth einen solchen Brief schrieb, so war Pack nach beiden Seiten hin gedeckt. Am Dresdener Hofe sowohl als bei Philipp, je nachdem hiehin oder dorthin sich zu begeben ihm vorteilhafter schien, mußte man danach annehmen, daß die Gegenpartei Pack mit Unrecht beschuldige, daß er von ihr sich sogar Gewalts zu versehen habe. Bei ihren zu Hessen wie Sachsen gleich nahen Beziehungen konnte zudem niemand dem Pack geeigneter für seinen Zweck erscheinen, als gerade Elisabeth.

Das war um dieselbe Zeit, als von katholischer Seite immer dringendere Anfragen bei Philipp Auskunft über Grund und Ziel seiner Rüstungen heischten; als man zugleich über den Beginn der Verhandlungen mit den katholischen Fürsten Beschluß gefaßt. Wir begreifen es, daß der Landgraf mit Ungeduld Packs Rückkehr entgegensah und alles aufbot, um den Gewährsmann für seine Behauptungen wieder zu sich zu bringen. So wandte er sich am 12. Mai in dringlichem Schreiben an Pack² und beschwor ihn zu kommen, „mit oder ohne das Original, doch wo möglich mit diesem: Ich weiß die Wege, daß Ihr Eure und mein Sach vor Gott und der Welt mit Ehren zu verantworten wißt, als nämlich: Ihr habt mir die Sach billig angezeigt, Ihr seid mir gelobt und geschworn; darzu seid Ihr Gott mehr schuldig Gehorsam zu leisten, denn den Menschen: so ist die Sach, die Euer Herr vorhat, wider Gott und sein Wort“ . . . Deutlich hören wir aus diesen Worten neben dem Vertrauen, welches Philipp noch immer auf Pack setzt, die Aufregung heraus, mit der er dessen Rückkehr erwartete.

Pack fand diesen Brief in Delitsch vor,³ wohin er nach seiner

¹ Pack an Herzogin Elisabeth in Dresden, Rottenburg d. 10. Mai 1528. (Ungedr.)

² Rommel II, 203, Dienstag nach Cantate.

³ Packs Bruder scheint also von Philipp mit der Abgabe betraut gewesen zu sein.

Angabe am 16. Mai kam. Wieder suchte er nach beiden Seiten hin Sicherung. Am 18. Mai teilte er Georgs Kanzler Pistoris¹ mit, er habe von einem Bündnis katholischer Fürsten gehört, welches er Georg anzeige, da auch dessen Name in der Erdichtung stehe. Das angebliche Bündnis sei ein „närrischer Kontrakt“, der nur vorgewandt werde, damit die beiden Fürsten von Sachsen und Hessen ihr aus anderer Absicht angesammeltes Kriegsvolk nicht auseinander zu schicken brauchten. Er wolle eine Kopie des Kontraktes zu erlangen suchen und sich förderlich zu Georg begeben, „seiner F. G. weiter mündlich zu vermelden“. Vor allem sucht er die Sache hinauszuschieben; er warnt, daß „sein F. G. sich nit vergreife und sich bis auf mein Zukunft nicht ubereile“. Dem Landgrafen dagegen beteuerte Pack am 17. Mai² aufs neue die Wahrheit seiner Angaben. Unter Bezugnahme auf Philipps Brief, der „nach ihm und dem Original verlangt und sich wundert, daß er so lange ausgeblieben“, antwortet er, er habe alles gut ausgerichtet; sein Ausbleiben entschuldigt er mit der Länge des Weges. Den Brief habe er nicht, aber nur aus dem Grunde, weil er nicht über Dresden geritten sei, um dort nicht aufgehalten zu werden. Auch dem Landgrafen stellt Pack seine baldige Ankunft in Aussicht: Komme er jetzt zu Philipp, so wolle er sich Zeit und Malstatt mit ihm vergleichen, da er den Brief gebe. Nochmals beteuert er schließlich: „er wolle niemand betrügen: Philipp werde Treu und Glauben in ihm finden“. In einem beigelegten Zettel versichert Pack zunächst: er wolle Philipp nicht betrügen: könne er den Brief nicht liefern, so wolle er das Geld wiederzahlen. Dann sucht er auch hier, geradeso wie in dem Brief an Pistoris, vor allem Zeit zu gewinnen: „Eile sei dem Handel schädlich; Philipp solle denselben nicht zu früh an Tag bringen“.³

¹ Hoffmann I, 98 f.

² Delitsch 17. Mai 1528. (Ungedr.) Mit beigelegtem „Zeddel.“

³ Nach E. p. 137 kehrte Pack erst „aus Polen zurück, nachdem beinahe zwei Monate seit seiner Abreise aus Dresden verflossen waren.“ Und zwar ist es für E. (p. 35) völlig „gewiß, daß Pack mit wohlüberlegter Absichtlichkeit so lange nicht nach Deutschland zurückkehrte und daß er sich von Philipp mehrmals eindringlich bitten und auffordern ließ, ehe er es dennoch that.“ Thatsächlich aber ist nun Pack, wie sich oben ergibt (p. 44 u. 68 A. 3), in Polen noch keine drei Wochen geblieben; sogleich nach Beendigung der Verhandlungen mit dem Woiwoden kehrt er nach Deutschland zurück; am 4. Mai ist er bereits wieder in Breslau. Ebenso wenig hat Philipp „mehrmals“ an Pack geschrieben, sondern nur einmal, (12. Mai s. o.) und noch viel weniger hat er, wie uns E. glauben machen will, in diesem „Schreiben vom 12. Mai auf die Beschaffung eines Originals verzichtet;“ Ph. schrieb vielmehr: er solle womöglich mit dem Original kommen, und auch Pack las aus dem Briefe, daß Philipp „nach ihm und dem Original

Da Philipp noch immer auf Pack baute, so konnte die Gewißheit, daß sein Gewährsmann wieder in der Nähe sei, ihn in seinem Entschluß eines baldigen Vorgehens nur bestärken.

Von diesem Entschluß machte der Landgraf am 23. Mai dem Kurfürsten von Sachsen Mitteilung.¹ Seine Gründe dafür faßte er zusammen: daß die friedlichen Versicherungen der Gegner nur bezweckten, sie zu hintergehen, zumal sie sich stärken und überall Hilfe suchen. Er erinnerte, daß die schon seit dem 14. Mai abgefertigten Gesandtschaften noch immer kein Resultat ergeben hätten: so wolle er auf Grund des Weimarer Abschiedes — worin Luther und Melanchthon im Falle uffzuglicher Antwort oder Weigerung der Friedensversicherungen den Angriff gebilligt — gegen den Feind vorgehen. Johann solle ihm darum helfen. Er selbst finde sich gerüstet und wolle Leib und Gut daran setzen und Gott vertrauen, der sonder Zweifel helfen werde. Der Kurfürst möge Gott bitten, daß Sein Wort nicht unterdrückt werde.

Aber es zeigte sich, daß Philipp auch ohne die angerufene Hilfe des Kurfürsten entschlossen war, „auf jeden Fall die Vereinigung der Gegner durch raschen Überfall zu sprengen“.² Denn schon am Tage vor jenem Briefe (22. Mai) hatte er sein Ausschreiben ins Reich erlassen.³

Zunächst weist er darin jene Anschuldigungen auf Reichsverrat, Aufwiegelung des gemeinen Mannes u. s. w., die ihm, wie wir sahen, die Gegner gemacht hatten, zurück und betont: er sei „des freien Gewissens, daß wir je und allweg Kais. Majest. unserm allergnädigsten Herrn zu allem gebührlichen Gehorsam gelebt“, auch dem Schwäbischen Bund alle Billigkeit erzeigt haben. Dann enthüllt er den angezeigten Plan seiner Feinde und erhebt, wie es der Weimarer Vertrag verlangte, vor den Ständen des Reichs Klage über Jener Vorhaben, welches „nit allein wider Gott, die Natur, christliche Liebe, sondern auch wider des Heiligen römischen Reichs Landfrieden, wider den Bund zu Schwaben, gemeine Ordnung“ und wider die Abschiede von Nürnberg, Augsburg und Speier sei. Da nun nach der angefügten Bündnisurkunde Hessen

verlange.“ (s. o.) Die sämtlichen Behauptungen von E. sind also aus der Luft gegriffen. E. gestattet sich aber außerdem noch das Vergnügen, eine Reihe von Motiven p. 193 ff. hinzu zu erfinden: mit dieser Leistung will er dann das Folterbekenntnis stützen.

¹ Philipp an Johann, Rottenburg, sampstag nach vocem jocunditatis 1528. (Weim. Archiv.) Gütige Mitteilung des Herrn Archivrat Dr. Burkhardt.

² Diese Ansicht von Schomburgk (187) wird durch unser erweitertes Material, wie wir sehen, genau bestätigt.

³ Hortleder Buch II. 1. (p. 775 ff.)

und Sachsen „wann unsere Widerwärtigen ihr Vorteil ersehen“ überzogen werden sollten und sie „also des Backenschlags, Verjagung von Landen und Leuten täglichs gewarten müssen,“ so gebiete die Pflicht gegen Gott und ihre Unterthanen nach natürlichen und beschriebenen Rechten, sowie nach dem kaiserlichen Landfrieden, der die Notwehr gestatte, „unser Not- und Gegenwehr in der Zeit also fürzunehmen, daß wir den unchristlichen, unrechten Gewalt, der uns unverhörter Sach begegnen soll, aufhalten,“ zu Gottes Ehre, „damit sein Wort unverdrückt und wir und unsere Unterthanen dabei friedlich bleiben mögen“. Werde ihnen daher kein Austrag „in öffentlicher Verhör, wie sie unserm Gehorsam gebührt“, so „wollen wir die Sach zu Gott und unser Gegenwehr stellen und im fröhlichen Anzug uns und unsere Mitkriegsverwandten seiner Allmächtigkeit zu Gnaden im Sieg befehlen“.

Fünftes Kapitel.

Verhandlungen mit den Bischöfen bis zum 11. Juni 1528.

Nach den von Landgraf Philipp schon am 11. April in Erwägung gebrachten und in Weimar darauf zum Beschluß erhobenen Vorschlägen ward von Sachsen und Hessen eine Gesandtschaft nach Würzburg und eine solche nach Bamberg abgefertigt. Vom 14. Mai datiert das Geleitsgesuch des sächsischen Kurfürsten für die nach Würzburg bestimmten Gesandten. Am 17. Mai wird deren Reise denn auch bereits aus Meiningen und Seßlach dem Würzburger Bischof berichtet; in Römhild aber seien sie „aus unbekannten Gründen“ umgekehrt.¹ Diese „unbekannten Gründe“ ergeben sich leicht, wenn man erwägt, daß damals das Aufgebot des Bischofs gerade ergangen, Würzburg in Kriegsrüstungen begriffen war, die Räte also ohne Geleitsbrief nicht durch das Land zu ziehen wagten. So traf denn auch am 23. Mai ein Bote von denselben ein, der das Geleit ausbat und zugleich deren Verwunderung ausdrückte, daß der erste Bote schon „etliche Tage über genommen Ziel außen blieben ist.“² Dieser erste Bote, mit einem

¹ Ehses 77.

² E. (p. 77 A. 1) behauptet, Philipp habe „absichtlich die Gesandten hintangehalten, weil er Zeit gewinnen wollte“. Thatsächlich aber läßt sich die Anwesenheit der Gesandten an allen möglichen Orten nachweisen (cf. E. 77), nur nicht bei Philipp; sodann ergibt sich oben der klare Grund der Zögerung in dem Ausbleiben der Würzburger Geleitzusage.

Schreiben des Kurfürsten vom 14. Mai ausgestattet, worin dieser für die Gesandten „freies und sicheres Geleit“ nachsucht, war ebenfalls erst am 23. Mai in Würzburg angekommen. Als beiden darauf das erwünschte Geleit erteilt ward, trafen die Räte sogleich am 25. Mai in Würzburg ein.¹

Am folgenden Morgen berief der Bischof dieselben zu sich; bei ihm waren die Domherren, Räte, Ritterschaft und etliche von der Landschaft versammelt. Die Instruktion, welche die hessischen und sächsischen Gesandten aufwiesen, beruhte wesentlich auf den von Philipp am 11. April gestellten Forderungen.²

Als Bedingungen des Friedens hatte Philipp dort verlangt: 1) daß sich die Gegner „mit uns der Sachen halben endlich vertragen, verbürgen, von solchem Fürnehmen abzustehen, deren keins mehr vorzunehmen...“³ 2) uns unsere Kosten, darin sie uns wider Billigkeit geführt, zu erstatten.“⁴ Damit decken sich aufs genaueste die Forderungen der Instruktion: 1) „wo wir vermerken werden, daß E. F. Gn. von vielberührter Bündnis und Fürnehmen abzustehen und Ihrer Kurf. und Fürstl. Gn. solche Versicherung und Assekuration samt ihrem Kapitel und Ständen ihrer Landschaft zu thun geneigt sein werden,“ sowie gegen „Kurf. und Fürstl. Gn. und derselben Erben, auch gegen Ihrer Gn. Land und Leuten weiters nichts fürnehmen“ und sich an Gleich und Recht begnügen lassen wollten, 2) „darzu auch Ihrer Kurf. und Fürstl. Gn. den Schaden, darin Ihre Kurf. und Fürstl. Gn. von berührter fehdlichen Bündnis wegen mit Zurichtung und Rüstung zu der Not- und Gegenwehr itzt kommen und geführt worden sind, erstatten,“ — so hätten die Gesandten Befehl und Vollmacht, über die sofortige Aufrichtung des Friedens* endgültig zu handeln.⁵

Die Antwort, welche der Bischof nachmittags darauf geben ließ, brachte die Sache in eine ganz andere Bahn. Er bestritt überhaupt seine Teilnahme an dem Bündnis: er habe davon, ließ er antworten, „nie kein Wissens empfangen noch gehört;“ dasselbe sei „ohne Zweifel auf sonder Vorteil und böse listig Weise von hochgedachten meines gn. Herrn von Wirzburg Widerwärtigen“ aufgebracht. Als Gründe wurden angeführt: 1) daß der Bischof nie einen Gesandten nach Breslau

¹ Ludewig 912.

² Auch der Eingang der Instruktion stimmt mehrfach wörtlich überein mit Philipps Replik.

³ Die Forderung „auch yedermann das evangelium frey predigen zulassen“ erscheint seit der Replik nirgend wieder.

⁴ Burkhardt l. c. 590. Kolde 105. ⁵ Ludewig 912.

geschickt habe, „und noch viel weniger auf die Zeit, wie die vermeinte Copia lautet,“ 2) daß er Ferdinand zum Ungarnzug nur zwei Büchsenmeister auf dessen Verpflegung geliehen. Darum falle die Forderung auf Friedenssicherung und Kostenersatz fort.¹

Unzweifelhaft hatten die Gesandten Befehl der sofortigen Kriegserklärung, falls der Bischof auf die gestellten Bedingungen nicht eingehen wolle. Dies sprachen sie auch ziemlich klar aus: „wo aber E. F. Gn. der Gegenantwort² beharren wolten, ist nicht ohn, wir haben Befehl, unser gnädigsten und gnädigen Herren Gemüt ferner anzuzeigen;“ aber sie „besorgen, daß dasselbe zu Fried und Einigkeit wenig dienen werde.“³ Da jedoch die Antwort, welche der Bischof gab, nicht in der Instruktion vorgesehen war, so erschien den Räten, wie Ehses richtig bemerkt (p. 80), „der Vollzug ihrer weiteren Befehle nicht angezeigt.“ Sie beschlossen heimzukehren, um ihren Herren darüber zu referieren und deren Meinung alsdann dem Bischof mitzuteilen.⁴ Des bedankte sich der Bischof „aufs höchst,“ im übrigen aber beharrte er auf der gegebenen Antwort, worauf die Gesandten am 27. Mai unter bischöflichem Geleit den Rückweg antraten.⁵

Ebenso erfolglos blieben die Verhandlungen der nach Bamberg abgeschickten Gesandten, welche einige Tage früher eintrafen, als die anderen in Würzburg. Ihre Instruktion war dieselbe wie die der Würzburger, aber sie hielten sich strikter an dieselbe.⁶ Als der Bamberger Bischof gleich dem von Würzburg seine Teilnahme an dem mitgeteilten Bündnis in Abrede stellte, erklärten sie, hierüber nicht urteilen zu wollen, indem sie sich pflichtgemäß auf das Wort ihrer Herren beriefen. Nachdem dann der Bischof ebenfalls nicht auf die Forderungen der Instruktion einging, folgten die Gesandten dem ihnen erteilten Befehle und verlasen namens ihrer Herren die für den Fall der Ablehnung der Bedingungen mitgegebene Kriegserklärung. Auf weitere Verhandlungen, für die ihre Instruktion keine Anweisung gab, gingen sie nicht ein: sie

¹ Ludewig 915 f. Hortleder 789 f. ² Hortleder „gegeben Antwort“ (791).

³ Weitere Gründe für einen derartigen Befehl ergeben sich leicht: 1. die Instruktion der Gesandten enthält genau dieselben Forderungen wie die Replik Philipps vom 11. April (s. oben). Die letztere aber kündigt im Falle der Ablehnung dieser Forderungen den Krieg an (Burkh. 590, Kolde 105). 2. Die Gesandten in Bamberg (s. unten) hatten die gleiche Instruktion wie die Würzburger, also auch wie Philipps Replik: bei ihnen aber findet sich dieselbe Konsequenz wie in der Replik und zwar auch in ähnlichen Worten. Dasselbe wird also bei den Würzburger Gesandten der Fall gewesen sein.

⁴ Ludewig 916. Hortleder 791. ⁵ Ludewig l. c.

⁶ Auch Ehses nimmt für die Würzburger Gesandten einen Befehl der Kriegserklärung (p. 80) an.

versprochen, ihren Fürsten darüber zu berichten; ein dazu abgesandter Bote des Bischofs könne in einigen Tagen jedenfalls Antwort erhalten.

Endgültigen Erfolg dagegen erzielte der Vermittlungsversuch der Kurfürsten von Trier und Pfalz.

Diese hatten (vgl. oben p. 64) am 13. Mai den Landgrafen nach Gelnhausen auf den 25. Mai eingeladen, um zwischen ihm und den ebenfalls beschiedenen Bischöfen „zu billiger Hinlegung“ entstandener Mängel „auf Mittel und Weg zu handeln und alles, das zu Frieden und Einigkeit dienen mag, zu suchen.“¹ Sogleich am 16. Mai antwortete Philipp² voll Dankes wegen des erhaltenen Schreibens, „von E. L. ganz freundlich und hoher guter Wohlmeinung beschehen.“ Wie er in seiner Antwort auf Luthers Gutachten versichert hatte: „Wir thun es nit aus Lust, sondern aus gedrungener Not“ — so auch hier: „und wollten E. L. hierinnen vor allen andern, als den sondern hochvertrauten Freunden und Verwandten gern verfolgen und uns also erzeigen und halten, daß sie sehen sollten, daß unser Gemüt und Meinung gar nit, auch nie gewesen ist, einige mutwillige Bewerbung und den Unfrieden zu suchen, wo uns und den unsern die Sach friedlich hätten zustehen mögen.“ Die schweren Folgen habe auch er erwogen: eben um Zerrüttung und Blutvergießen im ganzen Reiche zu verhüten durch einen festen Frieden, hätten er und der Kurfürst von Sachsen³ augenblicklich Räte beim Bischof von Würzburg. Damit nun auch der Kurfürst, ohne den er nichts entscheiden dürfe, an den Verhandlungen teilnehmen könne, schlage er als Ort der Zusammenkunft Schmalkalden vor⁴ und als Tag schon den 24. Mai. Denn wenn der Kurfürst nicht endgültig mitbeschieße, so bleibe auch auf Philipp das Kriegsvolk lasten, und man könne Nachteil und Unkosten wohl ermessen, die er habe.⁵ Nochmals

¹ Bei Neudecker, Urkunden 40. ² Das Schreiben s. Beilage I.

³ Die Ansicht von Ehses ist Exk. I beleuchtet. ⁴ Der Grund Exk. I.

⁵ Ehses liest aus diesem Schreiben heraus (p. 56): Philipp behaupte, „er könne sich bei seinen gegenwärtigen Verhältnissen den Ort einer Zusammenkunft nicht durch andere bestimmen lassen“. Philipp behauptet, wie oben erhellt, das Gegenteil: gerade weil „solchs ein Sach, die andere (den Kurfürsten) mitbetrifft, hinter denen wir nichts willigen können“, bittet er den Ort der Zusammenkunft nach Schmalkalden zu legen. Denselben Wert hat die weitere Behauptung, die E. Philipp unterschiebt: „überhaupt sei für ihn jetzt keine Zeit zu unterhandeln“. Der Brief sagt wiederum das Gegenteil: in Schmalkalden „wollen wir e. l. gern der Unterhandlung gestatten“, und weiter: „dann wir e. l. vor allen andern gern der Güte verfolgen wollen, wo der Sachen der gutlichen Hinlegung dermaß furgenommen mogen werden“, daß der Friede ohne langen Aufenthalt und Schaden verteidigt werde.

bittet er die Vermittler, ihm das nicht in ungutem zu verdenken; er wiederholt die Versicherung, daß er ihnen gerne folgen werde, wenn die gütliche Verhandlung „ohn langen Aufenthalt und großen Schaden geschehe“ und zu festem Frieden führe. Als Bedingungen des Friedens stellt er auch hier Versicherung und Schadloshaltung hin; mit bloßem Leugnen — wovon im Schreiben der beiden Kurfürsten die Rede war — würden die Bischöfe vor den ihrer Zeit zu enthüllenden Thatsachen nicht bestehen können. Zuversichtlich werde ihnen auch der Kaiser keineswegs „dieses Fürnehmens und Friedensuchens halben“ Ungnade tragen.¹

Die vermittelnden Kurfürsten antworteten am 19. Mai, daß sie sich, da die Zeit zu kurz sei, um ihre Räte zusammenzubringen, auch ohne ihre persönliche Anwesenheit die Sache wenig ersprießlich sein werde, eigener Person zum förderlichsten zu ihm begeben wollten² um zu versuchen, Irrung und Span in Güte hinzulegen. Bis dahin möge Philipp nicht weiter vorrücken noch etwas ungütliches vornehmen.³ Mit diesem Schreiben ward der pfalzgräfliche Marschall an den Landgrafen abgefertigt.⁴

Wir haben schon oben angedeutet, weshalb den Landgrafen gerade damals nach einer Entscheidung drängen mußte (s. p. 66 f.). Mit seinen Truppen hatte er bei Herrenbreitungen, nahe Schmalkalden, auf hessischem Boden⁵ Lager bezogen.⁶ So lange Philipp hier im eigenen Lande liegen blieb, lasteten die schweren Kosten des großen Heeres — außer den hessischen Unterthanen bei 4000 Reiter und etwa 14 000 Landsknechte⁷ — allein auf dem Landgrafen, der Schaden, den

¹ Weiter zieht E. (p. 56) aus dem Brief den Schluß: „Philipp scheute nicht ohne Grund ein Zusammentreffen mit den Kurfürsten;“ E. legt ihm als Motiv bei: „eine Gesandtschaft unterthäniger Räte konnte er leicht mit allgemeinen Redensarten und Versicherungen abspeisen“. Als Beleg vermag E. nur beizubringen, daß Philipp die Kurfürsten einlädt „gein Schmalkalden schicken“. Diese Stelle beruht aber lediglich auf einer Schreibflüchtigkeit Philipps: es muß heißen „sich schicken“ (wie Ludewig 917: „daß sie sich förderlichen eigener person gen Schmalkalden schickten“). Dies wird bestätigt 1. durch das unmittelbar folgende: „wollen wir e. l. gern der Unterhandlung gestatten;“ 2. dadurch, daß Philipp, als die Kurfürsten in der That die Stelle als den Wunsch einer Sendung von Räten aufgefaßt hatten und mitteilten, daß sie selbst kommen würden, sogleich „freundliche Antwort und Erbieten“ gab, ihrer Person „fürderliche Zukunft zu gewarten“ (Neudecker, Urk. 42).

² Vgl. die vor. Anm.

³ Brief bei Neudecker, Urkunden 41 ff.

⁴ Ludewig 917. Neudecker, Urk. 42.

⁵ Auch Ehses betont dies p. 59.

⁶ Seckendorf II, 96.

⁷ Lauze 159. Die verschiedenen Nachrichten über die Truppenzahl stellt Ehses p. 58, A. 3 zusammen.

dies Kriegsvolk mit sich brachte, auf dessen eigenen Unterthanen. Bestimmend für Philipps Entschluß kamen hinzu die fortgesetzten Rüstungen der Gegner, von denen man bereits ein aggressives Vorgehen befürchtete. Schon hatte Philipp auf die ihm Mitte Mai „glaublich angelangte“ Meldung, der Mainzer Kurfürst beabsichtige in die Grafschaft Katzenelenbogen einzubrechen, den derselben benachbarten Pfalzgrafen gebeten, die dortigen Unterthanen vor dem drohenden Überfall zu beschirmen und zu diesem Zweck 200 Pferde auf den 25. Mai gen Darmstadt zu schicken. Der Pfalzgraf erklärte am 19. Mai wohl seine Bereitwilligkeit; er habe jedoch seine „Mann, Diener und Reisigen“ noch nicht zusammen und sei zudem in Hoffnung eines gütlichen Ausgleichs. Zu dem Erzbischof von Mainz versehe er sich, daß derselbe, „sofern sein Lieb ruhig gelassen,“ während der Unterhandlung nichts thätliches vornehme. Wenn kein Ausgleich ermöglicht werde, versprach der Pfalzgraf, werde er das nach der Einigung gebührende leisten.¹

So gab Philipp denn mit Recht dem Marschall zu verstehen, wie nachteilig ihm aus den entwickelten Gründen der Stillstand sei.² Gleichwohl sagte er denselben „doch hergebrachter Verwandtnis und Freundschaft halber“³ nicht nur bis zu dem für die Zusammenkunft angegebenen Tage zu, sondern noch darüber hinaus bis zum 1. Juni. Die Kurfürsten möchten „sich fürderlich eigener Person gen Schmalkalden schicken,“ wo er sie erwarten wolle.⁴

Diese Antwort traf die Kurfürsten bereits in Wertheim, woselbst sie den 26. Mai⁵ verzogen. Sie dankten von hier aus dem Landgrafen für seine „freundliche Antwort und Erbieten, unserer Person fürderliche Zukunft zu gewarten“ und mit dem Angriff zu verziehen, und teilten ihm mit, daß sie ihre Räte voraussendeten, um die Verhandlungen schon zu beginnen. Den Erzbischof von Mainz hätten sie gebeten, bevollmächtigte Räte heraufzuschicken, den Bischof von Würzburg, sich persönlich in die Nähe zu begeben.⁶

¹ Brief bei Neudecker Urk. 46 f. Heidelberg, 19. Mai.

² Ludewig 917: „aus ursachen, daß er mit grossen trefflichen kosten zu felde läge, zum andern, daß er seinen unterthanen überschwenglichen schaden zufügte, wo er länger blieb unverrückt; zum dritten, daß er wissen hätte, wie sich indessen sein widertheil mitlerzeit in tapffere rüstung und gegenwehr schickete, welches ihme dann zu grossem nachtheil reichen würde“.

³ Ludewig l. c. ⁴ Ludewig l. c. Neudecker, Urk. 42.

⁵ „aus ehaften zufälligen Dingen.“ Neudecker, Urk. 42.

⁶ Neudecker, Urk. 43.

Am Pfingstsonntag (31. Mai) ritten die Kurfürsten¹ in Schmalkalden ein, woselbst sie vom Landgrafen „mit fürstlichem Gepräng“ empfangen wurden. Am folgenden Tage begannen auf dem Rathaus zu Schmalkalden die Verhandlungen.

Die Meinung der vermittelnden Fürsten, welche zu Beginn der kurtriersche Kanzler Dr. Förster vortrug, ging dahin, daß das Bündnis erdichtet sein müsse, weil „darinnen König und Fürsten begriffen, die im Reich nicht wenig berühmt sind,“ und zwar müsse es von einem Dritten herfließen, da Sachsen und Hessen „eines ehrlichen fürstlichen Herkommens und dergleichen nie beflissen.“

Nun hatte Pack gerade am 30. Mai den Landgrafen brieflich aufs feierlichste und unter den detailliertesten Angaben über das Original der Wahrheit seiner Aussage versichert: „das sei die Wahrheit, darauf wolle er sterben!“ (s. p. 87f.) — und ein Gegenbeweis lag sicherlich auch nicht in den Gründen des Dr. Förster.² So antwortete denn Philipp: er lasse die Entschuldigungen der Bischöfe in ihrem Wert bestehen, da er vor solchen Praktiken seiner Feinde vielerseits gewarnt sei; seinen Gewährsmann, den er bei Handen habe, wolle er, wo von Nöten, vorstellen, und dieser beharre fest auf seiner Aussage. Philipp wiederholte daher die von ihm und Kurfürst Johann gestellten Bedingungen: Friedensversicherung und Kostenersatz.

Auch der sächsische Kurfürst, der auf des Pfalzgrafen Ersuchen mit dem Kurprinzen und stattlichem Gefolge nach Schmalkalden gekommen, war weit entfernt, die Nichtexistenz des Bündnisses einzuräumen. Daß „er Sachs und Hessen nicht Dichter wären, daran sollt niemand zweifeln,“ betonte er. „Welcher Gestalt aber die Sach an

¹ Unterwegs hatten sie in Karlstadt eine Besprechung mit dem Bischof von Würzburg; auch Georg Truchseß von Waldburg, der Statthalter in Württemberg kam hiehin und reiste mit den Kurfürsten im Auftrage Ferdinands. Nach Ehse 85.

² Eine Reihe von Invektiven gegen Philipp (p. 86—88) sucht E. durch die Behauptung zu stützen, derselbe habe „gegen die positivsten Erklärungen der angesehensten und mächtigsten Stände des Reiches einen hergelaufenen Menschen als Gewährsmann ins Feld geführt“. Daß Pack keineswegs als ein solcher Mensch erschien, haben wir p. 20 gesehen und hat uns E. selbst ausführlich mitgeteilt (vgl. p. 21, A. 6). Dann aber führt Philipp in erster Linie nicht Pack, sondern andere Beweise ins Feld: „daß er von seinen blutsverwandten, freunden, Fürsten, Graven, deßgleichen vom Adel gewarnt worden, wie seltzam practique vorhanden, daß man unterstünde, ihn vom Wort Gottes zu dringen, überziehen und des landes verjagen“ (Ludewig 918). Wenn E. den „Hinweis auf angebliche Warnungen befreundeter Fürsten“ „nichtssagend“ findet, so sei dagegen nur auf S. 12 (A. 3) verwiesen.

Hessen kommen, das hätt er ohne Zweifel angezeigt; so wüßt er viel Ursach und Umständ anzuzeigen, daß er seiner Sachen guten Grund und Glimpf hätte, das aber zu melden ohne Not wäre.“ Die erste jener beiden Bedingungen, die Friedenssicherung, hielt er auch hier fest; bezüglich des Kostenersatzes „wollt er hören, wie sich Hessen halte, darnach fernern Bescheid geben.“¹

Die Räte der Kurfürsten von Trier und Pfalz begannen am 3. Juni zu Meiningen mit dem Bischof von Würzburg über die beiden Bedingungen zu verhandeln, die er in der Woche vorher durchaus abgelehnt hatte. Auch jetzt erschien ihm „dieselb Notula . . etwas hoch und zu viel beschwerlich.“² er übergab nunmehr seinerseits einen andern Entwurf zur Friedensstipulation. Wenn auch, wie wir sogleich sehen werden, die Form der Friedensversicherungen, welche dieser Entwurf enthielt, der Gegenpartei noch verschiedener Abänderungen bedürftig erschien, so konnte doch auf dessen Grundlage eine Einigung nicht zweifelhaft sein. Auch die Verhandlungen über den Kostenersatz, der in dem Entwurf nicht zur Sprache gebracht war, führten bereits am folgenden Tage zum Resultat.

Am 5. Juni fand der definitive Friedensschluß zu Schmalkalden statt, in den nunmehr auch Bamberg einbegriffen ward. Bekundet wurde derselbe durch einen Hauptvertrag und zwei Sonderrezesse.

Der Hauptvertrag³ hat zur Grundlage den Friedensentwurf des Bischofs von Würzburg vom 3. Juni, enthält aber — was man bisher übersehen hat — im Hauptteil wichtige Änderungen.⁴ Im Eingang zunächst werden — wesentlich mit dem Entwurf übereinstimmend — ausführlich die von Sachsen und Hessen angeführten Gründe ihrer Rüstungen sowie die Gegenbeteuerungen der Bischöfe angegeben; dann die Motive erörtert, welche die Kurfürsten zur Unterhandlung und Friedensvermittlung bewogen. Auch im Hauptteil blieb die erste Bemerkung im allgemeinen ungeändert: da die Bischöfe des Bündnisses „abredig, und sich für unschuldig dargeben,“ haben die Vermittler bei Sachsen und Hessen „soviel gehandelt und ihre Liebden vermocht, daß ihre Liebden des zufrieden.“⁵ Während aber alsdann nach der

¹ Diese Verhandlungen nach Ludewig 917 ff. ² Clarmann fol. 155r.*

³ Beilage IIA. ⁴ S. das Variantenverzeichnis zu Beilage IIA.

⁵ Davon also, daß „Kurfürst und Landgraf die Entschuldigungen der Bischöfe annehmen und die Anklage wegen des Bündnisses fallen lassen“, wie E. (92. 94) angiebt, enthält der Vertrag kein Wort. Das muß betont werden, denn in solchem Falle würde die Forderung des Schadenersatzes und der folgende Zug gegen Mainz unberechtigt erscheinen. Wir werden sogleich sehen, daß Philipp in der Endausfertigung des Vertrages seine Rechtfertigung in diesem Punkte besonders hervorhob.

Fassung des Würzburger Entwurfs beide Teile, Sachsen und Hessen sowohl als Würzburg, einander versicherten, „obangezeigter Irrung und Sachen halb, auch dieser jetzigen Empörung wegen gegen und wider einander, auch derselben ihrer Liebden Land und Leute in ungutem nichts immermehr zu üben,“¹ gaben diese Versicherung nach dem eigentlichen Vertrage nur die Bischöfe allein, aus dem Grunde: „damit sie, — Hessen und Sachsen — dero Land, Leut, Ritterschaft und Verwandten hinfürder der obgenannten Sachen wegen vor Überzug, ungütlicher, thätlicher Handlung und Fürnehmen gesichert seien und werden.“ Die Bedeutung dieser Änderung springt in die Augen. Zunächst war durch dieselbe die erste Bedingung des Friedens in der Form erfüllt, wie sie Johann und Philipp gestellt. Dann aber lag darin eine Rechtfertigung beider: die Anerkennung, daß ihr Vorgehen nur wegen des Bündnisses und zur Sicherung ihres Landes und ihrer Unterthanen erfolgt sei. Wir werden finden, daß wegen dieses Punktes noch weitere Änderungen vorgenommen sind.

Alsdann versprechen die Bischöfe, die Fürsten und deren Unterthanen weder mit Rat noch That oder Hilfe von Gottes Wort abzu- drängen. Diesem Versprechen schlossen sich auch Sachsen und Hessen an; gemeinsam verpflichteten sich beide Parteien, die Dinge bei dem gemeinen Abschied auf dem Reichstag zu Speier bestehen zu lassen. Die Bestimmungen dagegen, welche der Entwurf enthielt über etwa eintretende künftige Irrungen und Gebrechen zwischen den vertrag- schließenden Parteien, wurden in die Endausfertigung nicht aufgenommen. Der Grund ergibt sich nach dem vorher gesagten leicht: da die Fürsten betont hatten, daß ihr Verhalten nur durch das Bündnis veranlaßt sei, also mit den Versicherungen der Bischöfe jedes weitere Vorgehen wider dieselben von selbst ausgeschlossen war, so erschien der Hinweis auf andere Irrungen unbegründet. Genau entsprechend dem eben erörterten ward dagegen wörtlich aus dem Entwurf die weitere Bestimmung herüber- genommen, es sollen „solcher mehrgemelter Span und Irrungen hiermit gänzlichen gericht, geschlicht, vertragen,“ alles geschehene vergessen sein; kein Teil solle wider den Vertrag bei irgend einer Obrigkeit, auch bei dem schwäbischen Bunde nicht, etwas vornehmen, versuchen, oder einen solchen Versuch dulden. In allen andern Dingen ändere der Vertrag nichts an den Verpflichtungen jedes Teiles wider seine Bundes- und Einigungs-Verwandte, sowie gegen den Kaiser. Daß sie die Pflicht gegen den Kaiser, der im Entwurf nicht erwähnt wird, aus- drücklich aufnehmen, ist bezeichnend für die Weimarer Bundesfürsten, von denen wir gesehen haben, daß sie sich jener Pflicht während des

¹ Varianten zu Beil. II A.

Verlaufs der Händel stets lebendig bewußt blieben und dieselbe allezeit betonten. Aus dem oben dargelegten Motiv: daß durch die Versicherungen der Bischöfe ein Grund zu fernerm Vorgehen nicht mehr vorlag, ergab sich in der Endausfertigung die weitere Zusatzbestimmung: es sollen Sachsen und Hessen mit ihrem Kriegsvolk die Bistümer verschonen „und ohne Schaden ihrer Liebden und der Ihren abziehen und itzt nit gestatten, über sie werben zu lassen, aller Ding ohn Gefährde.“ Bezüglich der Interpretation des Vertrages schließlich — fügte eine weitere neue Bemerkung hinzu — unterwerfen sich die Parteien der Entscheidung von Trier und Pfalz.

Gleichlautend sind dann die umfangreichen Schlußbestimmungen über die Stellung von acht Geiseln seitens jeder der friedeschließenden Parteien, über deren Einmahnung, über Untersiegelung der Vertragsurkunde durch beide Parteien, sowie durch Trier und Pfalz, endlich über Ratification durch Pröbste, Dechanten und Kapitel der Domstifte zu Bamberg und Würzburg und die gesamte Klerisei. —

Die beiden Sonderrezesse betrafen die zweite der gestellten Bedingungen: den Ersatz der Kriegskosten, wie sie Johann und Philipp bei den Verhandlungen in Würzburg und Bamberg als *condicio sine qua non* aufgestellt hatten. Auch die Reformatoren hatten zu Weimar erklärt, die Bundesfürsten seien schuldig, die Kosten zu erstatten;¹ ebenso war in den folgenden Gutachten die Berechtigung der Forderung nicht in Frage gestellt worden.² Dies war natürlich. Denn wer von der Existenz des Bündnisses überzeugt war, mußte darin eine Rückerstattung der von den Gegnern aufgenötigten Auslagen sehen. Durchaus Recht hatte daher von seinem Standpunkt Philipp, an jener Forderung festzuhalten; die Rücksicht auf sein Land und seine Untertanen, die schwer bedrückt worden durch die Unkosten und Lasten der Kriegsrüstung, erheischte diesen Ersatz.³

Nun hatten aber die Reformatoren zu Weimar gleichwohl daneben geachtet, man solle „nicht hart auf die Kosten dringen;“ schroffer sprach dies das folgende Gutachten aus; auch die beiden darauf folgenden baten, „daß man auf die Kostung nicht so hart dringe.“⁴ Bei seiner charakteristischen Nachgiebigkeit gegen die Theologen befremdet es nicht,

¹ de Wette III, 318. ² *ibid.* 315. 335. 336.

³ Hinfällig ist daher die Beschuldigung von Ehses (p. 99), die Philipps Verfahren dem von Raubrittern vergleicht, „da sie mit gewaltiger Faust harmlose unbewaffnete Reisende anfielen, niederwarfen und ausplünderten“, ebenso hinfällig wie der Angriff gegen Philipp, den Janssen III, 118 auch hier wieder aus Hist.-polit. Bl. 1844 (Bd. 14) p. 742 wörtlich abschreibt.

⁴ Die Gutachten: de Wette III, 318. 315. 335. 336.

daß der Kurfürst Johann sich auch in diesem Punkt für ihre Meinung entschied. Er verzichtete¹ auf die Forderung, die er zu Beginn der Schmalkaldener Verhandlungen noch offen gelassen, weil die Sache „in der Güte vertragen und zum Frieden gericht;“ — natürlich ohne durch ein Wort die Berechtigung der Forderung anzuzweifeln.

So schieden sich bezüglich des Schadenersatzes Sachsen und Hessen:

1) Kursachsen begab sich der Forderung.²

2) Hessen gegenüber verpflichteten sich Bamberg und Würzburg zum Ersatz der Unkosten 60 000 Gulden in zwei Terminen zu zahlen und zwar Bamberg 20 000, Würzburg 40 000 Gldn.³

Da nun aber der Friedensvertrag für beide Fürsten in gleicher Weise bindend sein sollte, so mußte eine davon abweichende Bestimmung gesonderten Verträgen vorbehalten werden.

Dem Vertrage gemäß führte Philipp nunmehr sein Heer von der Würzburger Grenze fort. Er bezog mit demselben ein neues Lager im Felde bei Gelnhausen — in der Nähe des Mainzer Gebietes.⁴

Der Erzbischof von Mainz hatte zu den Schmalkaldener Verhandlungen auf Bitten von Trier und Pfalz ebenfalls Bevollmächtigte gesandt.⁵ Am 4. Juni erhielt er von diesen Philipps Friedensbedingungen zugestellt, gleichlautend mit denen für Würzburg.

Sogleich am folgenden Tage drängte darauf Albrecht den Statthalter in Wirtemberg, ihm mit all seinem Volk zu Roß und zu Fuß auf gemeine Bundeskosten zu Hilfe zu eilen, da er die angebotenen Bedingungen unmöglich annehmen könne und demnach des Überzugs gewarten müsse.⁶

¹ Bezüglich des Kostenersatzes — behauptet E. (p. 89) — gab Philipp „auf Johannis Zureden ebenso schroff ablehnende Antwort, wie auf den Vortrag des Trierischen Kanzlers Dr. L. Förster“. Die Belegstellen aber, welche E. (A. 1) ausdrücklich anführt, enthalten weder von einem Zureden Johannis hierüber noch von einer Antwort Philipps die leiseste Spur. C. Ref. I, 984 sagt Melanchthon allerdings „sed ille satis contumaciter respondet“, aber der Vordersatz, den E. verschweigt: „Macedo has deliberationes non exspectat, quem quidem noster ἡγεμῶν summa fide ac diligentia ad otium et tranquillitatem hortatur“ beweist, daß das Ganze mit dem Kostenersatz nicht das mindeste zu thun hat. Die zweite Stelle enthält von einem Zureden Johannis kein Wort (C. Ref. I, 988).

² Rezeß Beilage II B.

³ Rezeß Beilage II C.

⁴ Ludewig 919.

⁵ Neudecker, Urk. p. 43. Vgl. oben p. 77.

⁶ Schreiben des Erzbischofs an den Statthalter in Wirtemberg, 5. Juni 1528 bei Sattler, Geschichte des Herzogtums Würtemberg unter der Regierung der Herzogen, III. Beil. z. II. Teil p. 30 f. Der Erzbischof sowie der Statthalter von Wirtemberg in Ferdinands Namen waren am 20. Mai zu Ulm beim schwäb. Bund um Hilfe eingekommen, in Sorge, daß Philipp „das Landt Wirtemberg oder den Stift Maintz zu überziehen willens seyn“ solle und sich dazu gerüstet habe. Der

Bei dieser Gesinnung des Erzbischofs blieben die von den Trierer und Pfälzer Räten geführten Verhandlungen, an denen auch der Statthalter in Württemberg Georg Truchseß von Waldburg teilnahm, ohne Erfolg. Die Räte baten daher die beiden Kurfürsten um ihre persönliche Vermittlung.¹ Noch am 10. Juni schrieb der Landgraf aus seinem Feldlager, daß Erzbischof und Domkapitel von Mainz die vorgeschlagenen Mittel verschlügen.² Bereits am 11. Juni aber erfolgte bei Gelnhausen eine persönliche Zusammenkunft der vermittelnden Kurfürsten mit dem Erzbischof und dem Landgrafen. Noch an demselben Tage ward der Friedensvertrag im Feldlager bei Hitzkirchen geschlossen.

Die Bedingungen waren im wesentlichen gleich denen des Schmalkaldener Vertrages. 1) Die Versicherung, auf dem Speierer Abschied zu beharren, wurde hier speziell auf die geistliche Jurisdiktion in Sachsen und Hessen angewendet. „In dem Besitze, so derhalb Ihre Kur- und Fürstliche Gnaden dieser Zeit haben,“ sollen sie ruhig bleiben, ohne Hinderung durch Mainz. Dagegen soll „den Geistlichen in obbestimmten Kur- und Fürstentümern Sachsen und Hessen ihrer jährlichen Renten, Zins, Zehnten, Gülden durch die Amtleut zu Bezahlung, oder wo es nit sein wollt, zu gebührlichen Rechten verholffen werden.“³ 2) verpflichtete sich Mainz zu einer Kostenentschädigung in gleicher Höhe wie Würzburg.⁴

Auch zur Vermittlung mit Markgraf Joachim und Herzog Georg hatten sich die beiden Kurfürsten erboten. Hessen und Sachsen willigten gerne ein, sich versehend „beide Ihre Liebden, der Markgraf und Herzog Jorge werden solchs auch eingehen, oder wo ja nit, doch bei ihnen so viel erlangt werden, damit sich kein Teil von dem andern Ungenots zu befahren werde haben.“⁵ Da man außerdem des Rücktritts von Baiern versichert war,⁶ so entließ Philipp gleich nach Abschluß des Vertrags von Hitzkirchen sein Heer.⁷ Unrichtig ist die

Bund schrieb daher am selben Tage einen eilenden Tag nach Ulm auf den 21. Juni und eilende Hilfe nach Heilbronn auf den 9. Juni aus (Schreiben an Würzburg, Clarmann fol. 88). Auch der Landgraf ward dazu aufgefordert, zugleich mit der Mahnung, sein „furnemen gegen den Bundsverwandten abzustellen“ (Clarmann fol. 89).

¹ Ludewig 919. ² bei Neudecker, Urk. 54.

³ Excerpt des Vertrages bei Kopp, Ausführl. Nachricht von der . . . Verfassung der Geistl. und Civil-Gerichten in den Fürstl. Hessen-Casselschen Landen. Beilage Nr. 46.

⁴ Vgl. Sattler l. c. Ludewig 919, Lauze 161, Anm. u. a.

⁵ Brief Johannis an Luther, Melanchthon und den Hauptmann zu Wittenberg d. 9. Juni 1528 bei Burkhardt, Luthers Briefwechsel 135.

⁶ Vgl. p. 87. ⁷ Lauze 162.

Behauptung, die von Ranke aufgestellt¹ und ihm bis in die jüngste Zeit nachgesprochen worden ist,² Philipp sei „ins Würzburgische eingefallen“. Kein Soldat des hessischen Heeres hat die gegnerischen Grenzen überschritten.³

Sechstes Kapitel.

Polemischer Briefwechsel über das Bündnis bis Mitte Juli 1528.

Die Veröffentlichung des angeblichen Bündnisses rief seitens der beschuldigten katholischen Fürsten eine Menge Rechtfertigungsschreiben hervor an das Reichsregiment, an Johann und Philipp, an die Reichsstände im allgemeinen. Namentlich sind es Georg von Sachsen und Joachim von Brandenburg, welche mit dem Landgrafen darauf erregte Erörterungen führen, die sich mit steigender Erbitterung bis zu den Kasseler Verhandlungen fortsetzen.

In sofortiger Beantwortung von Georgs Vermittlungsversuch (14. Mai, s. oben p. 64) teilte ihm Philipp einen Abdruck des vermeintlichen Bündnisses mit. Das allerleideste, schrieb er dabei,⁴ sei ihm, „daß Gott weiß, daß ich wollt, mir wäre davor ein Glied von meinem Leib ab, daß E. L. auch in solcher Bündnis ist . . .“ Nie hätte er sich dessen versehen, „aber ich befind dennoch darneben, daß E. L. gleichwohl in solcher Bündnis noch ein gütiger Herz gegen mich denn gegen andere hat“. Von ihm aber erheische die Not, sich gegen solches Vornehmen zu sichern, „dieweil ich in der Fahr und Backenschlag stehen muß, daß ich entweder Gottes Wort soll verleugnen und dem Teufelsdienst anhangen, oder muß mich von Land und Leuten verjagen lassen“. Mit beweglichen Worten fährt dann Philipp fort: „Nachdem

¹ III, 34. ² Burkhardt, Packsche Händel I. c. 592. Köstlin II, 120.

³ So durchaus berechtigt mir Philipps Vorgehen und die Forderung des Kostenersatzes erscheint, so wenig trage ich Bedenken zu gestehen, daß es unkonsequent war, bei den Bischöfen allein darauf Anspruch zu erheben. Die Voraussicht der schweren weiteren Verwicklungen, welche der Versuch einer solchen Durchführung nach sich ziehen mußte, läßt es jedoch erklärlich erscheinen, daß Philipp von der nach seiner Überzeugung berechtigten Forderung hier abstand.

⁴ Brief bei Hortleder Buch II, 1, p. 780 f. Walch XVI, 454 f.

aber E. Liebd mir in meinen Kindstagen guts allwegen gethan hat, desgleichen ich E. Liebd auch gegen die aufrührischen Bauern geholfen hab, desgleichen ich E. Liebd Tochter hab, und E. L. Sohn mein leiblich Schwester, so bedenk ich, daß mirs von Herzen leid sein sollt, daß E. Liebd und ich sollten in Unwillen zu Hauf wachsen, auch der Kurfürst E. L. dermaßen verwandt ist, daß ich fürwahr weiß, daß er auch gern mit E. Liebden in freundlichem Willen stünd, so es immer gesein möcht“. Darum sei sein „freundlich, dienstlich und um Gotteswillen Bitt“, Georg wolle sich des Bündnisses entschlagen und gegen ihn und den Kurfürsten nicht in Unfreundschaft handeln, oder andern darin beistehen: auch sie würden ihm dann nichts Ungutes thun, „auch nicht ein Huhn, wie man spricht, kreischen“. Was hülfe es Georg auch, wenn er sein eigen Fleisch und Blut und seine guten Freunde verjage!

Umgehend erfolgte Georgs Antwort (21. Mai).¹ Schomburgk (p. 190) charakterisiert ihren Inhalt also: Georg „erklärte mit innerster Entrüstung das ganze Bündnis für eine Erfindung . . und sprach mit starken Worten seine Verwunderung über Philipps Leichtgläubigkeit aus“. Die Worte sind allerdings im Gegensatz zu Philipps Brief sehr stark: „wo etwas wahres von mir in der Sachen geschehen oder ergangen, ich wollt es vor Euer Liebd oder einem Mehrern, da ich billig mehr Forcht vor hätt, dann vor Euch, nicht leugnen“. Philipp solle seine „Sachen mit besserm Bedacht, denn da geschehen, anfahen“; ja, um ganz sicher den Angeber des Bündnisses, „den ehrnlosen, meineidigen Bösewicht“ zu erfahren, versteigt sich Georg zu der Drohung, wenn Philipp den „verlogenen Mann“ nicht anzeige, möchte er denken „Euer Liebd erdicht es selber und wollt also Ursach ziehen, Euern unfreundlichen Willen gegen mich armen alten Mann zu beginnen“.

Bei Empfang dieses Briefes war es Philipp gelungen, seinen Gewährsmann wieder zu sich zu ziehen. Fortfahrend in seinem Versuch, nach beiden Seiten Vertrauen zu erhalten (vgl. oben p. 69. 70) begab sich Pack nach Hessen, um dort „des Lieds ein Ende zu warten“, stellte dies jedoch in einem gleichzeitigen Brief an Pistoris (23. Mai)² wieder dar als in Georgs Interesse geschehend und wiederholt dabei den vorsorglichen Rat, „daß m. g. H. sich nicht läßt entrüsten und still halten, so stehet die Sach am besten“.

Philipps Verfahren aber nach Empfang von Georgs Schreiben erweist sich wieder als ein durchaus korrektes. Noch war kein Beweis gegen die Echtheit der Urkunde versucht worden; auf Georgs Leugnen

¹ Hortleder Buch II, 1, p. 781 f.

² Brief bei Hoffmann I, 99.

allein hin ließ Philipp den Pack in Gewahrsam nehmen.¹ Zugleich drängte er ihn energischer als je um die wirkliche Lieferung des Originals. Auf's klarste geht dies aus den Machinationen hervor, die Pack schon am 25. Mai anstellte. An diesem Tage sandte er einen Brief an den Bürger Valentin Kröll in Dresden und zugleich durch Vermittlung des Sittig von Berlepsch einen solchen an seine (Packs) Frau. Im ersten wurde Kröll gebeten, eine mit Packs Siegel geschlossene Schachtel an dessen Frau abzuliefern, trotz eines strikten frühern Auftrags, dieselbe keinem Menschen als Pack allein in die Hand zu geben, „denn Pack sei in großer Gefahr, müsse sich und seine Ehre damit retten“. Dringlich wiederholt Pack diesen Auftrag am 27. Mai. Der Brief an Packs Frau enthält im Gegenteil den Auftrag, die Schachtel bei Kröll gar nicht zu fordern, sondern diesen zu einem eigenhändigen Brief zu veranlassen: er werde die Schachtel gemäß Packs Befehl nur an diesen selbst ausliefern, andernfalls aber sie verbrennen. Der Grund dieser Widersprüche liegt nahe: wenn Kröll jenen Brief schrieb, so konnte Pack damit dem Landgrafen vorhalten, in jener Schachtel sei das Original verwahrt. In jedem Falle war Pack dann gesichert,² sowohl wenn Philipp ihn freiließ, um das Original zu holen — wie in der That bald darauf Pack vorschlug, — als auch wenn er dies nicht that; in letzterm Falle konnte er behaupten: es sei Philipps Schuld, wenn das kostbare Original nun von Kröll verbrannt und rettungslos verloren sei. Sogar in dem Falle, daß Kröll — wie er es wirklich that³ — entschieden bestritt, eine solche Schachtel zu besitzen und man das ganze Manöver durchschaute, war für Pack nichts verloren: er konnte sich dann mit der Ausrede helfen, in der Schachtel sei alles andere gewesen, als das Original.⁴

In seiner umgehend erfolgten Antwort (25. Mai)⁵ konnte sich nunmehr Philipp, da Pack in seiner Macht war, erlauben, Georgs Räten anzuzeigen, was ihn bewogen habe, der gegen Georg erhobenen Beschuldigung Glauben zu schenken, daneben auch anzuzeigen, wie es ihm ankomme, daß Georg sehe und befinde, dass Philipp es nicht erdichtet habe. — Wenn Ehses es auffallend findet, daß Philipp „mit keinem Wort andeutete, daß seine eigene Ansicht über das Bündnis durch das

¹ Schomburgk p. 190.

² Es war dasselbe Experiment, zu dem Pack am 10. Mai die Schwesterliebe der Herzogin Elisabeth benützen wollte. Vgl. p. 69.

³ Hoffmann I, 112.

⁴ Ehses 162 ff. hat diesen Zusammenhang richtig erkannt.

⁵ Der Inhalt ergibt sich aus Georgs Replik bei Neudecker, Merkw. Aktenst. I, 42 f.

neuliche Schreiben des Herzogs eine andere geworden sei“,¹ so ist zu bemerken, daß diese Ansicht dadurch auch keine andere geworden sein konnte. Alles, was Georg in dieser Beziehung sagt, ist: „dieweil aber diese erdichte Copeyen . . so viel erlogner Unwahrheit in sich hat, auch mit den Originaln nimmermehr beibracht oder angezeigt mög werden,“ so verwundere er sich und bemitleide den Landgrafen, daß er sich mit „solchen ungegründeten, unwahrhaftigen Lügenmären“ verführen lasse. Das waren gewiß keine Argumente, welche einen so fest begründeten Glauben an die Existenz des Bündnisses erschüttern konnten, wie ihn Philipp besaß.

Am 28. Mai war Sittig von Berlepsch bei Philipp im Feldlager. Philipp zeigte sich außerordentlich bereit, Georg zu entschuldigen und nichts gegen ihn vorzunehmen.² — Zugleich mit Sittig war Pack im Lager, der, wie wir sehen werden, noch weitere Mitteilung über das Bündnis dort machte.³

Ebenfalls vom 28. Mai ist Georgs Antwort:⁴ „Hochlich erfreuet, daß ich die alt fürstlich Ehrbarkeit bei E. L. befind“ dankt er aufs freundlichste dafür, daß Philipp den Angeber des Bündnisses anzeigen wolle; er ist „ganz begierig, solchs zu erfahren und insonderheit den unwahrhaftigen Dichter dieser schädlichen Aufruhr“; nichts lieber wolle er, als daß derselbe die gebührende Strafe empfangen. Da er durch Philipps Versprechen den Zweck seiner Drohung im vorigen Brief erreicht hatte, nimmt er die dort geäußerten Vorwürfe sogleich zurück: „E. L. ist in meinem Gemüt allweg entschuldigt gewest, daß E. L. solch böse That nicht erdichtet, aber nunmals viel mehr“ denn je, da er jenes Erbieten mache; gerne werde er deshalb Räte hinsenden.

Sogleich wandte sich Philipp an Pack, dem er seine erwachten Zweifel mitteilte und genauen Bericht über die Wahrheit seiner Angaben abverlangte. Durch die eingehendste Beschreibung und erneute Beteuerungen suchte Pack seine Glaubwürdigkeit darzuthun: er wolle die Wahrheit — schrieb er eilend am Pfingstabend (30. Mai) — soviel ihm bekannt, anzeigen. Nach Angaben über die Kopie, welche, geschrieben von dem böhm. Sekretär Wurisin, Herzog Georgs Kanzleisiegel und Sekret getragen und die er aus des Herzogs Kanzlei entnommen, bemerkte er bezüglich des Originals, dies laute mit der Kopie überein, „ohn daß die bairischen Herren nicht darin stehen“; es trage Siegel und Unterschrift von König Ferdinand und Markgraf Joachim, nicht aber von Georg, sondern dieser habe das Original kassiert und durch-

¹ p. 74.

² Sittig an Christine von Hessen. Dornst. nach Exaudi 1528 (Ungedr.).

³ Vgl. unten p. 104. ⁴ Neudecker, Merkw. Aktenst. I, 42 f.

stochen. Nicht anders wisse er, denn daß alle Fürsten, die in der Kopie ständen, auch im Bündnis seien außer Baiern und Georg, der am Ende seine Einwilligung versagt und den Brief kassiert habe. Wahr sei, daß Herzog Heinrich von Braunschweig die Kopie gelesen auf Georgs Bitte und in dessen Beisein. — Das sei die Wahrheit, darauf wolle er sterben!

Daneben bat Pack eindringlich in diesem Briefe den Landgrafen um seine Freigebung, damit er das Original „an dem Ort wie oft angezeigt“, holen könne: „wenn mirs so gut werden kann; wo nicht, so geschehe der Wille Gottes; es ist aber erbärmlich und jämmerlich, daß E. F. G. wollen von mir gehalten haben als billig und mich doch hemmen, daß ichs nicht halten kann“.¹

Philipp gab jedoch keineswegs den Pack aus der Hand, sondern er suchte sich sofort über dessen Glaubwürdigkeit Gewißheit zu verschaffen. Zu diesem Zweck wandte er sich gleich am 31. Mai an Georg:² er habe gehört, Heinrich von Braunschweig habe die Kopie zu Leipzig gelesen, er bitte Georg ihm zu schreiben, ob dergleichen Praktiken vorhanden gewesen, ob nicht ein ähnliches Bündnis bestehe, welches König Ferdinand und Markgraf Joachim beschlossen hätten, und ob es wahr sei, daß Georg nicht darin sei, sondern dasselbe kassiert habe. Auch hier versichert alsdann Philipp: obwohl Georg gegen ihn etwas vorgehabt, wolle er doch gegen sein Land und seine Leute nichts thun.³

Nach dem dargelegten Zusammenhang liegt diesem Brief wahrhaftig keine „verletzende Neugier“ über die Verhandlungen in Breslau zu Grunde, wie E. p. 74 meint; ebensowenig ist derselbe „in einem Tone gehalten, als habe weder Georg noch einer der andern Fürsten die Echtheit der angeblichen Kopie auch nur mit einem einzigen Worte angefochten“, — sondern gerade weil er den Angaben seines Gewährsmannes nicht mehr vollen Glauben schenkte, wandte sich Philipp an Georg. Davon vollends, daß „Philipp von seinem Schwiegervater unter dem Versprechen vollständiger Straffreiheit ein rückhaltloses Geständnis verlangt“ (E. 74), findet sich in dem Briefe keine Spur; hochachten müssen wir es vielmehr, daß Philipp versichert, nichts gegen Georg zu thun, sobald er von Pack erfahren, daß Georg dem Bündnis nicht endgültig beigetreten sei.⁴

¹ Pack an Philipp, eylent am pfingstabend 1528 (Marb. Arch.). Excerpt bei Schomburgk 190, Anm. 4.

² Philipp an Georg 31. Mai 1528 (Ungedr.) Ehses (74, A. 2) hält diesen Brief für verloren; von Packs Brief hat er gar keine Ahnung: daher seine Phantasien; vgl. o.

³ Vgl. die Äußerung an Sittig v. Berlepsch 28. Mai, oben p. 87.

⁴ S. auch das S. 104 f. über Philipps Schreiben an Baiern gesagte.

Nicht Philipp ist es, welcher in die fernere Korrespondenz mit Georg den Charakter der Erbitterung hineinträgt, den dieselbe von jetzt an zeigt.

Denn Georg, der die Veranlassung von Philipps Fragen ja nicht kannte, antwortete (4. Juni) mit unbegrenzter Heftigkeit. Wenn Philipp meine, „ich hab so gar ein groß Entsetzen vor E. L.“, daß er nur auf dessen freundliche Versicherung antworten werde, „so irrt sich E. L. fast sehr, denn es hat die Meinung nicht“. Sei er einer Sache unschuldig, so habe er „kein Forcht, mich auch gegen meine Feinde bewegen lassen, anders zu thun, denn was ehrlich und löblich“. Mit seinen Fragen hätte ihn der Landgraf billig verschonen sollen, „dadurch Ihr Euern gefaßten irrigen Wahn stärken wollt“. Da er aber Philipp von seinem „irrigen unbegründeten Wahn gerne abführen wollt und aus keiner andern Ursachen“, so beantwortet er alle Fragen Philipps mit Nein und meint: „aus dem allen werd E. L. befinden, mit was Unwahrheit Euer hitziges Gemüt bewegt ist“. Das am selbigen Tag wie dessen Brief an Georg gelangte Ausschreiben Philipps erbitterte den Herzog noch mehr, besonders wegen der Stelle, „daß ich mich wider das lebende gnadenreich Wort Gottes verbunden hab“. Martin Luther habe er einst auf die gleiche Anschuldigung „gebüßlich Antwort geben“: jetzt wolle er nur sagen, Philipp thue ihm Unrecht; dieser solle das auch öffentlich bekannt machen, andernfalls werde Georg selber es thun müssen.¹

Philipps Antwort auf diesen Brief bestand in der Erfüllung seines Versprechens, den Anzeiger des Bündnisses zu nennen.

Als Gesandte für die hierzu angesetzte Zusammenkunft hatte Georg Hoyer von Mansfeld, Ernst von Schönburg, Christof von Taubenheim und seinen Kanzler Simon Pistoris bestimmt. Vom 3. Juni lautet die ihnen gegebene Instruktion,² wonach die Räte Georgs Freude über Philipps Anerbieten ausdrücken und ihn auf jede Weise zur Angabe des Erdichters bewegen sollten. Sei derselbe Georg verwandt, so sollten sie sich fleißigen, daß er ihnen überantwortet werde. Auch sollten sich die Räte nach dem Verbleib des Dr. Pack erkundigen.³

Auf eine Anfrage der herzoglichen Räte aus Salza (7. Juni)⁴ an Philipp fand am 10. Juni die Zusammenkunft in einem Dorf bei Fulda statt. Ausführlich erzählte Philipp den ganzen Hergang der Dinge

¹ Bei Neudecker, Merkw. Aktenst. I, 44 ff.

² d. d. Glauchau 3. Juni 1528 (Ungedr.).

³ Von dessen Teilnahme an den Händeln hatte man also offenbar in Dresden keine Ahnung bis zu Philipps Enthüllungen am 10. Juni.

⁴ Ungedr.

sowie die Gründe für seinen Glauben an das Bündnis: die Warnungen der Freunde, die Drohungen der Gegner und zahlreiche andere Momente, die eine ähnliche Absicht der Gegner vermuten ließen. Eine Auslieferung Packs lehnte Philipp ab,¹ es sollten dafür Räte der Fürsten zusammenkommen, denen er Pack vorstellen wolle.

Die Räte erstatteten dem Herzog hiervon Bericht und baten zugleich, in Packs Wohnung nach der Kopie suchen zu lassen; ebenso möge Wurisin nachgetrachtet werden.² Um das letztere bat auch Philipp in einem den Räten nachgesandten Schreiben,³ worauf diese am 12. Juni antworteten, daß sie bereits vor Ankunft seines Briefes deshalb einen Eilboten an Georg gesandt hätten.⁴ Auch Elisabeth von Hessen schrieb einige Tage darauf (18. Juni) einen beweglichen Brief ihres Bruders wegen an Georg⁵ und zugleich einen solchen an Philipp: er möge sich zu Georg verfügen, damit ihm derselbe gegen seine Feinde beistünde.⁶

Sobald die erwähnte Relation seiner Räte an Georg gelangt war, richtete derselbe abermals ein Schreiben an den Landgrafen (19. Juni),⁷ dem umgehend am 23. Juni Philipps Antwort folgte.⁸ Stellen wir zunächst den Inhalt dieser beiden Briefe kurz zusammen:

Georg.

I. Eingang.

II. „Es befremdet mich aber nicht wenig, daß sich E. L. Otto Pack in dem hat verführen und in die unfreundliche Zuversicht verleiten lassen, daß er E. L. zugesagt, ein Original des erdichten Bündnis zu wege zu bringen.

Philipp.

I. Eingang.

II. „Wie aber E. L. schreibt, daß sie befremde, daß ich mich Doctor Pack hab vorführen lassen und vielleicht ich sollt des Originals **nit** von ihm begehrt haben“ — so könne er das Gegenteil erweisen:

¹ Vgl. Kap. VII.

² Hoyer v. Mansfeld und die anderen Gesandten an Georg d. d. Fulda 11 Juni 1528 (Ungedr.).

³ E. p. 124 A. 1 giebt als Inhalt von Philipps Schreiben an: „daß der böhmische Sekretär Wurissin die Kopie geschrieben haben sollte“ und meint: „es ist gewiß kein gewagter Schluß, in dieser nachträglichen Ergänzung einen Kunstgriff Packs zu sehen, den er in Anwesenheit der sächsischen Gesandten nicht hatte anbringen können“. Nun hatte aber Pack, wie wir p. 87 gesehen, diese Mitteilung schon in seinem Brief vom 30. Mai gemacht und konnte dieselbe am 11. Juni also weder als „nachträgliche Ergänzung“, noch als „Kunstgriff“ verwerten. Ebenso hatte Philipp jene Mitteilung den sächsischen Gesandten am 10. Juni angezeigt, wie aus deren Relation hervorgeht, und hatte darum auch seinerseits nicht nötig, ihnen dieselbe „als eilige Botschaft nachzuschicken“. Thatsächlich ist denn auch der von E. angegebene Inhalt von Philipps Brief wieder einmal völlig erfunden: Philipp schrieb, daß die Räte bei Herzog Georg „anhaltend sollten“, dem Sekretär „nachzutrachten und ihn bei die Hand zu bringen lassen“. E. hätte das sehr klar aus der Antwort der Gesandten lesen können.

⁴ Neudecker, Urkunden 30 f.

⁵ Ungedr.

⁶ Ungedr.

⁷ Neudecker, Urkunden 25 ff.

⁸ Ranke VI, 135 ff.

Georg.

Denn 1) wenn auch das Bündnis wahr gewesen, so habe Pack seiner Zusage doch nur mit sehr böser Tücke nachkommen können.

2) Hätte Philipp auf füglichem Wege dahinter kommen können.

III. Die Kopie habe nicht „allsoviel Glaubens und Zufalls“ verdient, denn

1) trage sie nicht einmal das richtige Siegel. — Dies sei für Philipp so ersichtlich gewesen,

„daß ichs nun dafür achte, daß er E. L. solche zugerichte Copei in der Nacht werde vorgetragen haben;“ andern Tags habe Pack auch erzählt, er habe Philipp „ein neu Hemde leihen müssen.“

IV. Folge die Handschrift des böh-

Philipp.

1) der Verstand sage, „so die Sach der Bündnis sollt wahr gewesen sein, daß mir solch Original hoch von Nöten gethan hätte;“

2) er habe darüber Briefe von Pack;

3) ebenso könnten es die bezeugen, welche das Geld für Pack empfangen haben.

Er habe an Pack die Mutung wohl thun dürfen „denn ich muß ihm erst zusagen, daß ich gegen E. L., als ich doch ohne das willig bin gewest, nichts zu ungutem thun hab wollen.“

III. Der Kopie Glauben zu schenken habe er Gründe gehabt:

1) Genauere Beschreibung des Siegels, welches er mehrfach an Georgs Briefen gesehen zu haben glaube.

2) Vielseitige Warnungen, „wie daß etwas auf der Bahn sein soll, dem Kurfürsten und mir zuwider.“

3) Versammlungen zu Dessau u. a. O.

4) Eßlinger Instruktion.

5) Herzog Heinrichs Werbung an kais. Mat.

6) Der Pfaffen Ratschlag zu Mainz.

7) Georgs Schrift an den Abt zu Hirschfeld.

8) Dessen Verfahren bez. der hessischen Klostergüter.

9) König Ferdinands Mandat.

10) Mainzer Bemühungen um Wiedererlangung der Jurisdiktion in Hessen. Notwendige Schlüsse aus diesen That-sachen. Darum

11) der versiegelte Brief, den Markgraf Joachim zu Breslau getragen.

Es lasse sich kaum in einer Stunde berichten „mit was Worten Doctor Pack mit der Sachen ist umgangen“ und wie Philipp sich schicken mußte, damit Georg nichts merke: die Kopie habe er, wie gemeldet „am Tage des Morgens im Bette gesehen.“

IV. Die Handschrift „will ich samt

Georg.

mischen Sekretärs, die Philipp mit seinem Schreiber prüfen solle und sich „erinnern, ob sichs mit der Handschrift vergleicht.“

V. Folge Kopie der zwei Briefe Packs an Pistoris, welche das Bündnis erdichtet nennen, während Pack gegen Philipp das Gegenteil behauptet „und sein Leben darüber lassen“ wolle,

VI. ebenso ein lateinischer Brief an Ferdinand, „darinnen er auch von einem andern Bündnis anzeigt.“

VII. Pack sei statt nach Hessen zu Zapolya gereist und habe sich „hin und wieder“ für Georgs Gesandten ausgegeben, ohne dazu Befehl zu haben.

VIII. Seine Notdurft erfordere, „bei Otto Pack hierauf auch gründlicher zu erkundigen. Vielleicht möchte aber(mals) ein neue Verrätereian den Tag kommen.“

IX. Darum bittet Georg um freien Zutritt zu Pack und um Angabe von Zeit und Malstatt dazu.

X. Ob auch andere dazu eingeladen werden sollten, stelle er zu Philipps Bedenken.

XI. Werde Pack als „Verräter und Meutmacher“ überführt, so sei Philipp desto stattlicher entschuldigt. Sonst aber „hat E. L. wohl zu ermessen, wofür es noch möcht angesehen werden.“ Darum solle er Pack wohl verwahren.

Schluß: Bitte um „freundliche Antwort ohne weitem Verzug.“¹

Philipp.

meinem Schreiber besehen, den ich itzt nit bei mir habe.“

V. „Nun will ich die deutschen Copieen,

VI. desgleichen die lateinische ihm vorhalten und seine Antwort gerne darauf hören.“ — Georg solle den Schreiber dieses Briefes nahmhaftig machen.

VII. Diese Sendung hat Philipp gewußt und kann sie verantworten. Erzählung des Thatbestandes. „Das ist der Befehl, den ich Doctor Pack geben habe und keinen andern.“ Resultat der Sendung.

VIII. „Hat aber Doctor Pack etwas weiter vorgenommen oder von meinetwegen zugesagt, das hab ich ihm nicht befohlen,“ des er sich auf die im lat. Brief genannten Fürsten berufe.

IX. (IX—XI bei Philipp vor V.) Er habe die Vorstellung Packs und Zeit und Malstatt dazu schon vor Ankunft von Georgs Brief angezeigt — auch diesem.

X. Auch dies sei geschehen.

XI. Philipp will sich „alles des halten gegen E. L. und andere, das ich mit Ehren zu verantworten weiß und nach Billigkeit und Recht E. L. und den andern in solchem Fall zu thun schuldig bin.“ Pack wolle er verwahren, daß er des in Wahrheit keinen Verweis leide.

Philipp entspricht dem umgehend, obwohl „ich . . . diesmal keinen Schreiber bei mir gehabt.“

¹ Zu Georgs Brief gehört ein bei Neudecker nicht gedr. Zettel: Soeben habe ihm ein Kanzleischreiber angezeigt, wie Pack ihn heimlich vermocht, eine Kopie, durch ihn gestellt, abzuschreiben, darin Georg dem Pack auf E. v. Schönburgs Unterhandlung sollt 3000 fl. verschrieben haben, davon er und Schönburg nichts wissen. Pack habe in des Kanzlers Abwesenheit öfter das Sekret gehabt, das er wohl dazu habe mißbrauchen können.

Diese Gegenüberstellung zeigt, daß ein Brief kaum genauer beantwortet werden kann, als hier von Philipp geschieht. Punkt auf Punkt ist vorgenommen; eine Verschiebung gegen Schluß berührt den Inhalt nicht.

Ehse¹ bemerkt zunächst: „Mit keinem Worte läßt Philipp verlauten, daß er den Glauben an die Echtheit der Pack'schen Kopie aufgegeben habe.“ Dies ist positiv unwahr. Die Echtheit hat Philipp gegenüber Georg nach dessen vorigem Brief nicht mehr behauptet: „So die Sach der Bundnis sollt wahr gewesen sein,“ schreibt Philipp; und ferner: „so anders die Bundnis wahr wäre, als ich sie dasselbige Mal geacht habe.“ — Und wenn Schomburgk² urteilt: „Mit Recht hielt Georg ihm (Philipp) vor, daß gerade die unredlichen Mittel, deren Pack sich bedient, ihn vor dem Glauben an Packs Enthüllungen hätten bewahren sollen: leicht habe er doch auf andere Weise hinter die Sache kommen können“ — so finde ich dies Urteil durchaus nicht stichhaltig. Daß der Verräter mit „unredlichen Mitteln“ operiert, versteht sich doch von selbst, ohne daß darum die Politik Anstand nimmt, den Verrat zu benützen, mag auch der Verräter verächtlich erscheinen. Daß Philipp vollends „auf andere Weise,“ nämlich durch Erkundigung bei Georg,³ hinter die Sache hätte kommen sollen, ist eine so patriarchalische Auffassung, wie sie Philipp nach all den vorangegangenen Ereignissen, die ihn in Georg weit mehr den leidenschaftlichen Anhänger der Gegenpartei, als den Schwiegervater erkennen ließen, unmöglich haben konnte. Mögen daher Georgs Gründe treuherzig und auch aufrichtig sein: maßgebend für Philipp konnten und durften sie nicht sein.

Hiernach versteht man es, daß Philipp ihnen gegenüber nur das Moment hervorhebt, daß Pack erst auf das Versprechen, nichts solle gegen Georg geschehen, seine Angabe gemacht habe, und weiter auf die erhobenen Einwendungen nicht eingeht. Dafür aber „erschöpft er sich lediglich — behauptet Ehse — in Herzählung von Gründen, aus denen er Veranlassung genommen habe, an den Bestand des Bündnisses zu glauben.“ Ehse urteilt darüber: „Alle diese Dinge sind so spitzfindig zusammengesucht und in ihrer Beweiskraft so windig und lächerlich, daß man glauben muß, Philipp habe wirkliche Gründe zu

¹ p. 122. ² l. c. 192 f.

³ „Dann E. L. hette woll durch andere fugliche und unuerweißliche wege darhinder kommen mögen.“ Der Sinn der Stelle ergibt sich klar aus dem flgdn. Brief (Urk. 67): „wo E. L. allein so uil vertrawen in mich . . als uff den meinydigen mann gestalt . . E. L. werde souil bey mir befunden haben, daß E. L. so uil mehr arbeit und unkost nicht gedorfft“.

seinem Vorgehen, die ihm fehlten, durch eine um so größere Masse nichtsbeweisender Scheingründe ersetzen wollen.“ Wir haben die in Philipps Brief angeführten Gründe¹ oben (Kap. I) kennen gelernt und gefunden, daß dieselben in der That die Evangelischen mit ernststen Besorgnissen vor einem drohenden Angriff erfüllen mußten. Derselben Ansicht ist auch Ehses, indem er p. 24 über die Weimarer Zusammenkunft sagt: „Sicher wird er (Philipp) auch jetzt keinen dieser (im Briefwechsel mit Georg vorgebrachten) Vorfälle unerwähnt gelassen haben, da es galt, in dem Kurfürsten den unentbehrlichsten Bundesgenossen zu gewinnen. Wirklich ließ sich dieser überzeugen.“ Was nun aber für den, wie Ehses selbst p. 23 sagt, „alten und bedächtigen“ Kurfürsten überzeugende Beweiskraft hat, kann billigerweise auch in Philipps Augen nicht „spitzfindig zusammengesucht und in der Beweiskraft windig und lächerlich“ erschienen sein.²

Die nächstfolgenden Einwendungen von Ehses haben ihren Grund darin, daß er die Regel nicht erkannt hat, nach der Philipps Schreiben abgefaßt sind.³

„Höchst eigentümlich“, sagt er (p. 124), „ist die Antwort Philipps auf Georgs Beschwerde wegen des Originals“ (vgl. Tab. p. 90, II). „Daß Pack dem Landgrafen ein Original versprochen habe, wußte Georg schon ohne diese weite Auseinandersetzung.“ Ein Blick auf vorstehende Inhaltstabelle zeigt, daß Philipp die Stelle in Georgs Brief einfach mißverstanden hatte. Er hatte aus dessen Worten den Vorwurf entnommen, er habe sich nicht einmal um das Original bemüht und weist diesen Vorwurf mit guten Gründen zurück. — „Und obendrein,“ fährt Ehses fort, „erzählt er mit der unverfrorensten Miene von der Welt, allerdings nur nebenbei und wahrscheinlich ohne zu ahnen, wie sehr er sich dadurch verriet, daß er an Pack für das Versprechen dieses Originals eine Geldsumme ausbezahlt habe.“ Wieder brauchen wir

¹ Philipp hatte eine Anzahl dieser Gründe bereits am 10. Juni Georgs Räten mitgeteilt (vgl. deren Relation) und wiederholt dieselben hier, da Georgs Antwort sie nicht berührt hatte.

² Auch gegen Schomburgk's Ansicht (p. 193): „Dabei entging ihm aber der Umstand, daß alle jene Dinge diese feindliche Bedeutung für ihn erst durch Packs Entdeckung empfangen hatten,“ sei auf Kap. I verwiesen, welches, wie ich hoffe, erweist, daß jene Dinge auch ohne Packs Anzeige „feindliche Bedeutung“ genug enthielten. Auch Ehses (p. 23) gesteht zu: „Thatsächlich fehlte es ja in jener erregten Zeit nicht an mancherlei Vorkommnissen, die einem frommen und um seinen Glauben besorgten Fürsten, wie der Kurfürst war, wohl Furcht vor geheimen Plänen der Gegenpartei einflößen konnten.“

³ Über Ehses' Bemerkungen betr. des Siegels s. Exkurs I.

bloß auf die Tabelle (II, 3) zu verweisen, um sofort zu erkennen, daß Philipp dies keineswegs nebenbei erzählt, sondern in dem vorhin erörterten Zusammenhange; und daß er sich durch diese Erzählung nicht verriet, haben wir oben (p. 25 u. 53) gesehen. Ebenso enthalten die Worte in Philipps Brief: es lasse sich kaum in einer Stunde berichten, „mit was Worten Doktor Pack mit der Sachen ist umgangen, wie ich mich muß schicken, daß E. L. nicht inne wurde, daß ich der Sachen halben auch zu Dresden wäre“ (Tab. III), keineswegs eine „ungeheuerliche Rücksichtslosigkeit“ des Landgrafen, sondern die Erklärung der seltsamen von Georg mitgeteilten Erzählung Packs, und die Entschuldigung gegen Georgs Tadel, daß er die Kopie wohl nur morgens im Bette gesehen habe. „Und wie zur Bestätigung der oben von Georg ausgesprochenen Vermutung wirft dann Philipp noch ganz leichthin und ohne ein weiteres Wort die Bemerkung hin, daß er die Kopie eben nur am Morgen gesehen habe, da er noch im Bette lag.“ So Ehses!

Der letzte Vorwurf endlich, den Ehses (p. 125) an Philipps Brief knüpft, betrifft die Sendung Packs an den Woiwoden: „Mit gutem Bedacht hatte er (Philipp) neulich gegen die herzoglichen Gesandten von der Sache geschwiegen; denn gar zu gern hätte er sich an der Verantwortung in diesem heiklen Punkte vorbeigewunden.“ Nun hatte sicherlich Philipp nicht die mindeste Veranlassung; Georgs Gesandte über seine Beziehungen zu Zapolya zu unterrichten, ebensowenig wie über die Verbindung mit Dänemark, mit Frankreich und über die anderen Verhandlungen, welche die Weimarer Verbündeten gegen den vermeintlichen Anschlag ihrer Gegner gepflogen. Jetzt, wo Georg die Sache berührte, „sieht man es Philipps Worten“ durchaus nicht an, wie Ehses meint, „daß ihm bei der Sache nicht ganz geheuer war;“ sondern offen und frei erklärt er, daß „michs nit groß Hehl nimmt; denn was ich Doktor Pack befohlen an Woyda zu tragen, kann ich wohl mit Gott und Ehren verantworten.“ Die ausführliche Erzählung der Begebenheit erbringt diese Verantwortung (Inhalt s. p. 34 u. 43 oben). Beweise dafür, daß dem Landgrafen „bei der Sache nicht ganz geheuer war,“ oder „durchaus nebensächliche Einzelheiten“ wird niemand darin finden. Durch Inhalt und Wortlaut weht der frische Hauch gesunder Politik, herzlichen Glaubens und lebendiger Treue gegen Kaiser und Reich. Nur insofern wird man Philipps Verfahren unkorrekt nennen dürfen, als er mit der Sendung einen Diener seines Schwiegervaters, wenn auch erst auf dessen eigenes beständiges Andringen betraute; dafür aber, „daß dieser Diener dabei einen Befehl des Herzogs Georg vorgeschützt hatte“ (E. 125), lehnte Philipp mit vollem Recht die Verantwortung ab: „das ist der Befehl, den ich Doktor Pack geben habe und keinen andern.“

Jene Angabe Packs hatte Philipp nicht veranlaßt¹ und darum auch nicht zu verantworten.

Am 3. Juli erfolgte die Antwort des Herzogs.² Obwohl er erfahren habe, bemerkt Georg im Eingang (A, 1), daß Philipp mehr Verdruß als Gefallen an seinem Schreiben getragen, wolle er doch antworten, damit (2) Philipp nicht wieder von Schmeichlern und bösen Ratgebern verführt werde. In Erwiderung auf die Gründe Philipps (B, I) wiederholt alsdann (1), ausgehend von der durch Philipp mißverstandenen Stelle, der Herzog den Tadel, daß sich Philipp durch Packs Angabe „in solche Mühe und Unkost“ habe führen lassen, wobei Georg gegen Packs Glaubwürdigkeit geltend macht, daß „einem Diebe“ nicht zu glauben; denn (2) nur durch Diebstahl oder andere Schalkheit, um Geld zu erhalten, könne Pack das Siegel erhalten haben. Betreffs der Warnungen (3) dürfe man nicht leicht glauben, sondern müsse von den Guten nichts arges vermuten und sich vor den Schlechten hüten: so erfahre man die Wahrheit. Anknüpfend an seine Bemerkung im vorigen Briefe, Philipp habe besser bei ihm selbst angefragt, erhebt er den Vorwurf, daß (4) Philipp den Pack unter Vorgeben anderer Ursachen in Georgs Haus zum Schalk gekauft und ihn dann (5) nach Polen gesandt habe. Die Gründe, welche der Landgraf aus den feindseligen Reden und Thaten der Katholischen hergeleitet hatte, ist der Herzog allerdings, wie Schomburgk (p. 193) sagt, „weit entfernt, gelten zu lassen;“ keineswegs aber „müssen wir uns“ mit Schomburgk „seinen Ausführungen anschließen.“ Denn zunächst in Bezug auf den Dessauer Abschied und die Eßlinger Instruktion (6. 7) erwidert Georg mit Bemerkungen, die nicht den Kern der Sache betreffen; wogegen mit Recht Philipp zum Beweis seiner Behauptungen auf den klaren Sinn der beiden betreffenden Schriftstücke hinweist.³ Dasselbe gilt von Georgs Bemerkung betreffend Heinrichs von Braunschweig Werbung an den Kaiser und des letzteren Mandat (10. 11). Von den übrigen Gründen (12—15) sagt Georg, daß sie zu dem Bündnis in keinem Bezug ständen. Treffend aber erwidert Philipp: „Daß solchs von der Bündnis nit Meldunge thun, glaube ich wohl . . ; es thut aber also viel, daß ich und andere dennoch merken die gute

¹ Vgl. Rommel III, 19.

² Bei Neudecker, Urkunden 65 ff. — Die oben eingeklammerten Buchstaben und Ziffern bezeichnen die Disposition von Georgs Brief, der sich Philipps Antwort Punkt um Punkt anschließt.

³ Danach folgt in Georgs Brief die Nachricht (8) von seinem Besuch der Vorstellung Packs zu Kassel, welche am Schluß nochmals zur Sprache kommt, weshalb auch Philipps Antwort an dieser Stelle darauf erwidert, und (9) eine Mitteilung betr. den Schreiber des lat. Briefes.

Neigung und den freundlichen Willen, den ihr zu uns, die der Sachen anhängig sind, habt,“ und daß zudem Georg gerade diejenigen Anzeichen, welche am deutlichsten auf drohende Pläne der katholischen Partei hingenwiesen, übergangen habe, obwohl Philipp den herzoglichen Gesandten bei Fulda¹ davon Mitteilung gemacht.² Im weitem Teil seines Briefes (B, II) wiederholt Georg alsdann (1) den Vorwurf, daß Philipp sich unterstanden, seinen Rat und Lehnsmann zu erkaufen, knüpft daran (2) einen fernerer Vorwurf über Gefangenhaltung seines nach Pack ausgesandten Boten und beklagt sich schließlich (3) wiederum über Philipps Ausschreiben und sein geringes Vertrauen zu ihm. Der Schluß (C) bezieht sich auf die angesagte Vorstellung zu Kassel.

Philipps Erwiderung vom 10. Juli³ schließt sich Punkt um Punkt der in obiger Analyse angedeuteten Disposition von Georgs Schreiben an.⁴ Die schon im vorigen Brief erhobene Einwendung Georgs gegen Packs Glaubwürdigkeit: die unredlichen Mittel, deren sich dieser bedient, übergeht Philipp in seiner Replik; aus welchem Grunde haben wir oben (p. 93) gesehen. Ebenso erwähnt er nur kurz die Sendung an den Woyda unter Hinweis auf seinen vorhergegangenen Brief, in dem er seine ganze Verantwortung niedergelegt hatte.

Auch hier erklären sich die von Ehse erhobenen Ausstellungen zum Teil aus seiner Unkenntnis der in Philipps Briefe waltenden Regel. So wenn E. (p. 129) bemerkt: „So fertigt er (Philipp) die bittere Klage des Herzogs über Philipps hinterlistige Heuchelei bei seinem Besuche zu Dresden (B, II, 1) . . . ganz einfach mit den Worten ab . . . ,Wie das zugegangen ist und was ich in dem gethan, nimmt mich kein Hehl und hat meine Notdurft erfordert, wie ich dann E. L. hieroben gemeldet und angezeigt habe‘ etc. Ehse übersieht nicht nur, daß derselbe Punkt schon einmal in Georgs Brief vorgekommen (B, I, 4) und an dieser Stelle von Philipp erörtert ist, sondern sogar daß Philipp sich an der vorliegenden zweiten Stelle ausdrücklich darauf beruft: „wie ich dann E. L. hieroben gemeldet und angezeigt habe.“ Und noch deutlicher in der darauf folgenden von Ehse ignorierten Ausführung: Georgs Anschuldigung „gestehe ich nicht und habs droben verantwort und wills baß verantworten“ etc.

¹ Deren Relation vom 11. Juni. (Ungedr.) Vgl. oben p. 94 Anm. 1.

² Nur auf den einen Punkt, betr. die Lehnsverweigerung an Graf Albrecht von Mansfeld antwortet Georg. Über den Wert dieser Replik vgl. oben p. 15 und Anm. 7.

³ Bei Rommel, Philipp, III, 17 ff., dazu II, 85.

⁴ Wegen des genauen Aneinanderschließens beider Briefe erscheint die Aufstellung einer besonderen Tabelle unnötig.

„Nur gegen die eine Behauptung Georgs wehrt sich Philipp mit großem Eifer, er habe den Dr. Pack in des Herzogs eigenem Hause zum Schalken gekauft,“ fährt dann E. fort, ohne zu merken, daß dies eben die von ihm vermißte ausführliche Entgegnung Philipps ist. Und dieser „große Eifer“ hat seine guten Gründe. Mit seiner Anschuldigung greift Georg ein wesentliches Moment für Philipps eigene Schuldfreiheit an. Denn es kommt doch sehr darauf an, daß Philipp den Dr. Pack nicht zu Dresden in des Herzogs eigenem Hause zum Schalken gekauft und Georg „abwendig gemacht“, sondern daß Pack selbst, wie Philipp gerade hier erörtert, schon vorher in Kassel aus freier Initiative auf Philipps geäußerte Besorgnisse allgemeiner Art diesem das angebliche Bündnis mitteilte, ohne daß ihm Philipp „um dieser Rede, Weisens oder Warnens willen“ einen Heller zusagte oder gab, daß er ihm vielmehr eine solche Zusage erst mehrere Wochen nach der Anwesenheit in Dresden machte, weil er anders nicht zu dem Original kommen zu können schien. Diesen Sachverhalt, dessen Wichtigkeit wir (Kap. II) gesehen, sucht hier Philipp in ausführlicher Erzählung klar darzulegen. Ehses zeigt daher nur, daß ihm die Bedeutung dieser Stelle verschlossen geblieben ist, wenn er darin lediglich „die zweifelhafte Richtigstellung in unbedeutenden Nebensächlichkeiten“ erblickt, oder gar eine „forcierte Entrüstung,“ welche „etwas stark an den bekannten Kampf gegen die Windmühlen erinnert.“

Die Stelle sodann, in der Philipp Klage führt über das oben (p. 16) erzählte Benehmen Georgs bei der Taufe von Philipps Tochter führt E. sehr mit Unrecht an, „um die Beweismethode und zugleich den Ton der Sprache kennen zu lernen, deren sich Philipp gegen seinen Schwiegervater bediente.“ Denn im Beweisverfahren Philipps hat die Stelle ihren guten Platz (B, I, 16) unter den Zeichen von Georgs und seiner Freunde feindseliger Gesinnung, welche Philipp schon den herzoglichen Räten am 10. Juni mitgeteilt¹ und Georg bisher noch nicht beantwortet hatte. Dies hatte auch Georg erkannt, da er seinen Räten schon am 3. Juni eine Entschuldigung für diesen Fall mitgab.² Der Ton aber, der in dieser Stelle zu Tage tritt, ist keineswegs der durch den ganzen Brief gehende und findet gerade hier seine Erklärung. Denn zu der persönlichen Erbitterung Philipps über Georgs intolerantes Benehmen kommt der Eifer, der bei Philipp immer in heller Glut hervorbricht, wenn er

¹ Wenn daher E. (p. 131) sagt: „Auch einige neue Momente hat sich Philipp in diesem Schreiben zusammengesucht,“ so ist das unrichtig.

² In der p. 89 A. 2 zitierten Instruktion. Die Räte sollten sagen, Georg habe sich sonst immer freundlich gezeigt.

das für wahr erkannte „Evangelium“ von den Gegnern verachtet oder angefeindet glaubt.¹

Auf Georgs Vorwurf wegen Gefangenhaltung seines nach Pack ausgesandten Boten erwidert Philipp, daß „solcher Bot öffentlich gesagt, er sei von E. L. nicht geschickt,“ derselbe habe „auch nicht gesagt, sondern ufs höchst verneint, er habe kein Brief von E. L. an den Doktor Pack oder an mich,“ und schildert dann das sehr verdächtige Benehmen² des Boten am Kasseler Hofe. Ehses erklärt alles dies einfach für eine Lüge, für „lächerliche Spiegelfechtereien,“ für eine „Komödie, deren Widersinnigkeit der Scharfsinn eines Kindes herausfinden mußte.“ Nach ihm „kann es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß Georg seinen Boten mit hinreichender Beglaubigung ausgestattet hatte;“ „gewiß ist der Bote dem Landgrafen nicht unter die Augen gekommen;“ es liegt für E. „zu klar, um daran zweifeln zu können, daß Philipp den Boten sofort beim Betreten der hessischen Grenze aufgreifen und mundtot machen ließ.“ Leider aber macht Georgs Antwort im Dresdener Archiv, die für E. nicht existiert, alle seine mit apodiktischer Gewißheit ausgesprochenen Behauptungen zu Schanden. Georg selbst sagt: „daß ich ihme befohlen, E. L. von meinem Brief nichts anzuzeigen;“ gerade das wirft er Philipp vor, daß dieser dem Boten zu Kassel „hett Brief geben“ und sie ihm dann auf der Heimreise, nahe der Würzburger Grenze wieder abgenommen. — Die „lächerlichen Spiegelfechtereien“ sind also nicht auf Philipps Seite, sondern anderswo zu suchen.

Mit vollem Spott schließlich übergießt E. die Rechtfertigung des Landgrafen über den Satz des Ausschreibens, daß sich Georg wider das Wort Gottes mit andern verbündet habe. „Die Logik“ sagt E. (p. 134), „die sich Philipp wie es scheint zu seinem persönlichen und alleinigen Gebrauche zurecht gelegt hat, ist eine so kostbare, daß wir etwas dabei verweilen müssen.“ Der klare Inhalt von Philipps Behauptungen nun ist folgender: Georg könne — auch abgesehen von dem Bündnis — nicht leugnen, sich wider die Luthersche Lehre verbunden zu

¹ Rommel III, 21. Hortleder 780. 781. Burkhardt, Packsche Händel 587. 588 u. a.

² Darin ist auch der Grund der Gefangenhaltung zu suchen. Es ist klar, daß ein geschworener Bote des Herzogs Georg, als solcher in Hessen bekannt, der gleichwohl versicherte, von Georg weder geschickt zu sein noch Briefe zu haben, sondern sich einzig mit Briefen von Packs Frau nach Kassel bemüht haben wollte, auch solche jedoch nicht aufweisen konnte und trotz seiner Entlassung noch drei Mal zurückkehrte — daß ein solcher Bote den Verdacht der Spionage erwecken mußte. Mit Recht sagt Philipp: „da sich der Bot nun so verdecktig hielt . . . da thet mir von noethen und fande es in rath, solchen botten nit von mir zu lassen.“

haben, dieselbe auszurotten.¹ Nun halte Philipp Luthers Lehre für das reine Wort Gottes.² Da nun Philipp beweisen könne, daß Georg und etliche andere sich dawider verbunden, so habe er jenen Satz nicht so unrecht geschrieben. Diese Logik scheint mir so klar und verständlich, daß ich mir dasselbe Verständnis wünschte für die Berechtigung der daran angeknüpften Behauptung von E.: „Die Sache des Landgrafen kann wahrlich auf keiner guten Grundlage ruhen, wenn er zu solchen Seiltänzerkünsten seine Zuflucht nehmen muß, um seine Position zu behaupten.“

Obwohl bereits auf den 20. Juli die Verhandlung zu Kassel angesetzt war und Georg dem Landgrafen noch am 10. Juli (dem Datum von Philipps eben besprochenem Schreiben) von der Sendung seiner Räte dorthin Nachricht gegeben,³ konnte es der Herzog doch nicht unterlassen, nach Empfang von Philipps Brief nochmals zu antworten.⁴ Die umfangreiche Replik schließt sich in der Disposition durchweg an Philipps Schreiben an. Die dem Landgrafen zugekommenen Warnungen hätten, meint Georg, ihm gegenüber nicht maßgebend sein sollen; betreffs der Beziehungen Philipps zu Pack bleibt der Herzog auf der irrigen Behauptung: „daß der Anfang (der) Eröffnung meiner Heimlichkeit . . . in meinem Haus geschehn;“ er wiederholt, daß Philipp ohne das Original nichts hätte vornehmen sollen, sowie die berechtigte Beschwerde, daß Philipp nicht einen andern statt Packs zum Woyda gesendet. Die schon ventilerten Gründe Philipps für seinen Glauben an das Bündnis berührt Georg unter Hinweis auf seine Verantwortung im vorigen Brief nur flüchtig; die weitem Gründe sucht er teils spitzfindig umzudeuten,⁵ teils lehnt er die Verantwortung dafür

¹ Den Beweis bringt Philipp in demselben Brief: „Auß solcher Instruktion (ghein Eßlingen) ist auch woll zu sehen, das E. L. gemut in allen Ratschlegen dahin stehet, das jr die Luterisch Sect zuvor getilget und ußgerot werde.“ (Rommel III, 20.) — „dieweil sich (E. L.) des zu Dessa entschlossen ist, die lutterische Secten auszurotten.“ (id. II, 85.) — Die Richtigkeit dieser Angaben s. p. 6 f. oben.

² „Nun halt ich Luters lere, ich meine nit, da er menschlich handelt mit scheltworten, vor das Meinste Gottes wort . . .“

³ Georg an Philipp d. 10. Juli 1528 bei Neudecker, Aktenst. I, 52 f.

⁴ Konzept o. D. mit eigenhändigen Korrekturen Herzog Georgs im Dresd. Archiv: „Copeyen etlicher Schrifften zwischen Herzog Georgen zu Sachsen u. dem Land Graven von Heßen ergangen etc. 1528.“ Loc. 7269, Blatt 36—43. Eine vollständige Wiedergabe des sehr interessanten Briefes verbietet leider der Umfang desselben. Das Excerpt bei von Langenn, Christoph v. Carlowitz p. 38 ist ungenügend.

⁵ Vgl. oben p. 17 Anm. 5. Dasselbe gilt von Georgs Angabe über das Dessauer Bündnis. Vgl. p. 6 u. Anm. 2.

von sich ab,¹ teils endlich hält er dieselben für sich unverweislich;² von allen behauptet er, ohne gegen ihre thatsächliche Wahrheit Beweis zu versuchen, daß sie zum Bündnis nicht in Bezug ständen.³ Neues Material bringt Georgs Darstellung über die Vorfälle bei Mühlhausen, sowie über den nach Pack ausgeschickten Boten. Am eingehendsten behandelt er im Gegensatz zu Philipps Schreiben einige prinzipielle Punkte: daß aller Aufruhr von der Luther'schen Lehre herfließe, das Recht der Gewaltanwendung wider die Anhänger der Neuerung. Namentlich diese Erörterungen machen den Brief zu einem der interessantesten, die wir von Georg besitzen, indem hier der sächsische Herzog klar und lebendig die Grundsätze zusammenstellt, welche für ihn in seiner Stellung zur neuen Lehre die Richtschnur und Norm seines ganzen Lebens bildeten. —

Nach ihrer Instruktion begaben sich Georgs Räte von der Zusammenkunft bei Fulda sogleich⁴ zu Kurfürst Johann von Sachsen.⁵

— Wie schon erwähnt (vgl. p. 65) hatte der Kurfürst eine Botschaft an König Ferdinand nach Prag geschickt, bestehend aus den Rittern Hans Edler von der Planitz und Christof von Taubenheim. Die Gesandten fanden den König dem Frieden sehr geneigt, aber in „großer Beschwerung, denn er vermeint, ihm geschehe ungütlich und sei der Sachen unschuldig,“ schrieb Planitz am 22. Mai an Brück.⁶ Die Kopie sei sehr verdächtig „aus vielen Ursachen, davon jetzund nicht Anzeige beschehen mocht; er wolle aber das Widerspiel davon darthun.“ Auf eine solche Antwort warteten die Gesandten;⁷ am 24. Mai

¹ Reden seines Kanzlers und seiner Prediger. Vgl. oben p. 11. 12.

² Stellung zum sächs. Kurfürsten, Gefangennahme von Philipps Prediger, Verhalten gelegentlich der Taufe von Philipps Tochter.

³ Vgl. über diese Ansicht Kap. I dieser Arbeit.

⁴ Am 12. Juni sind sie in Eisenach. Vgl. ihr Schreiben bei Neudecker, Urk. 30 f.

⁵ Schlußsatz ihrer Rel. vom 11. Juni. (Ungedr.)

⁶ Hans Edler von der Planitz an Kanzler Brück d. d. Prage am freytagk nach asc. dom. ao. 1528. (Weim. Arch. Reg. H. fol. 31 S.) Freundlich mitgeteilt von Herrn Archivrat Dr. Burkhardt.

⁷ *ibid.* Planitz knüpft daran bange Besorgnisse: „Ich byn in dieser sachen gancz vorirret, das ich ungewiß byn, was ich deshalb gleuben sall.“ Man habe „ye zu sehr mit diesem vornemen, wie vor augen, geeylett und were nunmals sex tausent fl. wertt, das man den briff by der handt hett . . .“ Er bittet Brück „auffs hochste, wollet ye helfen und ratten, damit keyn tetlicher zugriff ader begynnen vom lantgraven werde vorgenommen;“ schon sollen alle Reichsstädte außer Straßburg auf ein Schreiben des Königs geantwortet haben, der schwäb. Bund sei beisammen, auch Baiern solle in Rüstung sein. — Nimmt man dazu Wildenfels' Brief vom gleichen Tage, der Philipps Kriegslust nicht grell genug schildern kann:

erteilte Ferdinand dieselbe.¹ Von der in Aussicht gestellten Widerlegung war freilich nichts darin enthalten. Der König habe „auf dergleichen vermeint Bündnis und Vereinigung nie gedacht, zu geschweigen des, daß Königl. Maj. solch mit den Kur- und Fürsten, darin bestimmt, aufgerichtet, geschworn, gelobt und besiegelt haben solle, welchs zuversichtlich bei den andern genannten Kur- und Fürsten auch nicht beschehen wäre..“ Andernfalls hätte sich Ferdinand „bisher bei denjenigen, welche sich in Bewerbung und Rüstung begeben, durch ihr Botschaften und in ander Weg nicht Unterhaltung, darin ihr Majestät noch ohne Unterlaß steht, bemüht . . . Derhalben sein Kurf. Gn., desgleichen hochgedachter Landgraf ihrer Maj. und ihrenthalben, so sie mächtig ist, in keiner Gefahr oder Sorgen stehen soll.“ —

An diese Gesandtschaft Johanns knüpfte Georgs Instruktion² an. Das Bündnis gehe zunächst ihn an, schreibt Georg; deshalb verwundere er sich, daß der Kurfürst dasselbe nicht auch ihm, wie dem König angezeigt, da der Weg seine Räte doch ihm nahe vorübergeführt; er würde ihn dann aufgeklärt und ihm erspart haben, daß er mit solchen erdichteten Mären den König belästigt. — Weit schärfer³ als in der gleichzeitigen Instruktion an Philipp (s. p. 89) sind Georgs Worte gegen den Kurfürsten: „wenn er nicht so begierig gewest, ungegründeten Angaben wider Georg Glauben zu schenken, so hätte er das Bündnis genauer angesehen;“ er wies auf die Irrtümer bez. Starkow's und Beeskow's, auf die Fehler in Titulatur und Kanzleigebräuchen hin, „woraus schon die Falschheit sich ergeben habe.“ Dann verwahrt er sich dagegen, „daß jetzt gedruckt und angeschlagen, sie hätten sich gegen das Evangelium verbunden. Er habe dem Kurfürsten seine an den Landgrafen gerichtete Entschuldigung zugeschickt, sie seinem Hof vorzulesen, was aber nicht geschehen sei. Johann möge ihm melden, was ihn bewogen, so unfreundlich zu handeln.“

Schomburgk (p. 204) weist richtig auf den Grund dieser Erbitterung

wenn der Kurprinz zu frühe weggehe, werde „der landtgraf eyn spill anfahen, das weder gott oder kegen der welt zu vorantworten syn werde“ — „dan Euer Korf. gn. glauben nit, wie der mann thudt, dan ich weys keyn thyr so wild, ich wolts er tzemen dan jn,“ so begreift man, daß Johann seinen Theologen um so williger nachgab und am 27. Mai seinem Sohne schrieb: „se illa ex causa in armis persistere minime velle, nec ob fervorem Landgravii res suas in periculum missurum.“ (Seckendorf II, 97.)

¹ Hortleder, Handl. u. Außschr. II, 7, p. 793 ff.

² Georg an Kurf. v. Sachsen s. d. (Ungedr.) Jedenfalls aber vom 3. Juni. Diese Vermutung Schomburgk's (204, A. 2) ist durchaus sicher.

³ Vgl. Schomburgk 204.

hin. Durch die eifrigen Bemühungen der kursächsischen Gesandten hatten die Stände von Magdeburg und Halberstadt am 21. Mai jenen Beschluß gefaßt, „niemand um des göttlichen Wortes und unbilliger Sachen zu überziehen.“¹ Gerade Tags vor jener Instruktion hatte Georgs Gesandter Dr. Breitenbach ihn auf die daraus erwachsenden Nachteile aufmerksam gemacht: eiligst solle er sich an den Erzbischof wenden, den Konsens nicht zu geben oder ihn zu hinterziehen; denn der Artikel sei auch Georg schädlich und nachteilig wegen des Wiederdienstes, den er von den Stiften zu gewarten habe.² In der That konnte es dem Herzog nicht entgehen, daß mit diesem Artikel die von der Landschaft zugesicherte Hilfe für eine Ausführung des Dessauer Vertrags illusorisch geworden. Da nun Georg durch Breitenbach bereits am 22. Mai³ ausführlich berichtet war, wem jener Beschluß zu verdanken sei, so war es natürlich, daß sein Groll sich über den sächsischen Kurfürsten entlud.

Dieser rechtfertigte in seiner Antwort⁴ die Gesandtschaft an Ferdinand mit dessen vorgängiger Botschaft. Von einem öffentlichen Anschlag des Landgrafen in dieser Sache wisse er nichts. Das Vorlesen von Georgs Schreiben sei am Hofe unterblieben, weil inzwischen Georg ersehen haben mußte, daß Philipp das Bündnis nicht erdichtet. Einer Antwort müsse er sich erst mit Philipp vereinigen, da er nicht wisse, was derselbe den Räten mitgeteilt.⁵

Da mittlerweile auch das Reichsregiment auf die Anzeige von Sachsen und Hessen (vgl. p. 65) die in dem Vertrage genannten Fürsten strenge aufgefordert hatte, ihren Bund aufzulösen und deswegen „Handlung fürzunehmen und Einsehen (zu) haben, damit solch Übel und besorgt hochbeschwerliche Empörung und dero Anhang, so daraus folgen möchte, verhut werde“ (20. Mai),⁶ so erließen die Beschuldigten dagegen Ausschreiben, in denen sie ihre Teilnahme entschieden in Abrede stellten: am 27. Mai Mainz,⁷ am 28. Mai Würzburg;⁸ am 3. Juni wandte sich

¹ Vgl. oben p. 48 f.

² Dr. G. v. Breitenbach an Georg, Leipzig 2. Juni 1528. (Ungedr.)

³ Ders. an Dens. Freitag nach Asc. D. (Ungedr.) Vgl. oben p. 49 A. 1.

⁴ Johann an die Räte s. d. (Ungedr.)

⁵ Ehse kennt diese Thatsachen nicht und bemerkt daher wohlgefällig: „Während so des Landgrafen Vorgehen die entschiedenste Verurteilung fand, erntete Kurfürst Johann die Früchte seiner weisen Mäßigung, die ihn vor übereilten Schritten bewahrt hatte. Ihm gegenüber hatten alle Vorwürfe, die dem Landgrafen nicht mit Unrecht gemacht wurden, keinen Boden.“ (p. 67.)

⁶ Schreiben des Regiments an Würzburg bei Clarmann fol. 99^r. Vgl. die Schreiben von Mainz, Baiern, Salzburg a. u. O.

⁷ Hortleder, Handl. u. Außschr. II, 3, p. 782 ff. ⁸ *ibid.* II, 5, p. 786 ff.

Salzburg an das Reichsregiment;¹ Baiern hatte dies schon am 28. Mai gethan: am 5. Juni erließ es außerdem noch ein allgemeines Ausschreiben.²

Den Herzogen von Baiern hatte Landgraf Philipp gesondert eine Kopie des angeblichen Bündnisses zugesandt nebst einem Schreiben (28. Mai 1528), worin er sagt:³ er sei „in glaubwürdige Erfahrung kommen,“ daß wider ihn und Kurfürst Johann ein Bündnis aufgerichtet sein solle, „und nachdem wir auch glaubwürdig bericht worden sind, daß E. L. solch Verbündnis zeitlich sollen aufgeschrieben haben,“ möchten sie sich zu ihm und dem Kurfürsten „keines Unguten versehen, sondern vielmehr Diensts und Freundschaft gewarten,“ wie er auch von ihnen hoffe. Ehses (p. 75) erblickt in diesem Versprechen Philipps und in der „sehr gemäßigten Form“ seines Briefes ein Zeichen der Furcht vor Einmischung der baierischen Herzoge „bei den Dingen, die er gegen die Nachbarbischöfe im Schilde führte.“ „Es war daher,“ bemerkt Ehses spöttisch, „kein übler Gedanke, die Herzoge durch die offenbar fingierte Mitteilung über ihren Rücktritt zu bedeuten, daß die Sache sie nicht berühre.“ Wir wissen bereits, daß die Mitteilung Philipps keineswegs eine „offenbar fingierte“ war, sondern daß ihm Pack dieselbe gemacht hatte (vgl. p. 87). Da der Brief Packs, aus dem wir dieselbe kennen, vom 30. Mai datiert, Philipp sich hier am 28. Mai aber schon damit bekannt zeigt, so ergibt sich, daß Packs Mitteilung die Wiederholung einer früheren, vielleicht mündlichen, sein muß. Und in der That finden wir Pack mit Sittig v. Berlepsch am 28. Mai bei Philipp im Feldlager, also genau am Tage des Briefdatums (vgl. p. 87). In Philipps Schreiben werden wir also kein Zeichen der Furcht vor der Einmischung Baierns erblicken, sondern weit lieber die Gewissenhaftigkeit anerkennen, mit der der Landgraf die in seinem Ausschreiben auch gegen Baiern gerichtete Anklage sofort zurücknahm, da er anders von Pack berichtet ward. Am 3. Juni sandte Herzog Wilhelm dem Landgrafen seine Antwort an das Reichsregiment zu und versicherte nochmals entschieden seine Unschuld, wobei er Philipps rasches Vorgehen tadelte. Am 5. Juni ließen dann die Herzoge ihre erwähnten Briefe öffentlich ausgehen mit einem einfassenden Schreiben, welches die gegebenen Versicherungen wiederholte und zugleich forderte, Johann und Philipp sollten „den Erdichter und Anträger der oftgenannten erlogenen Bündnis anzeigen.“⁴ Auf die Antwort des Landgrafen vom 11. Juni rechtfertigten sie jenes Ausschreiben und versicherten wiederum, wofern

¹ *ibid.* II, 6, p. 792 f.

² *ibid.* II, 8 p. 797 ff.

³ *ibid.* p. 798.

⁴ Alle bez. Schriftstücke bei Hortleder II, 8, p. 797 ff.

sie den Angeber „anreden, rechten und der Billigkeit erfahren und bekennen mögen,“ werde die Unwahrheit der Beschuldigung offenbar werden.¹

Erbitterter gestaltete sich die Korrespondenz zwischen Philipp und Markgraf Joachim von Brandenburg. Kaum erst hatte sich dessen Streit mit dem sächsischen Kurfürsten wegen der Kurfürstin Elisabeth Flucht gelegt, als Joachim sofort diesen neuen Streitpunkt eifrig aufgriff. Mit Herzog Georg tritt er von jetzt ab in den Vordergrund dieser Händel: beide nehmen an der Entwicklung derselben den thätigsten Anteil, bald sogar die leitende Rolle.

Bei den lebhaften Beziehungen zwischen Georg und Joachim hatte ersterer diesem von Philipps Schreiben und der Kopie bald nach Empfang Mitteilung gemacht.² Joachim verantwortete sich darauf gegen Philipp unter dem 25. Mai.³ Diese Verantwortung zeigt sehr deutlich die zwei Quellen, aus denen sie zusammengearbeitet ist.

Wir haben oben (p. 61) gesehen, daß Joachims Bruder, der Erzbischof von Mainz, Philipps Rüstungen gegen sich zunächst gerichtet glaubte und die Notwendigkeit einer gemeinsamen Gegenwehr aller Dessauer Bundesverwandten betonte, auf die es mit abgesehen sei (21. April). Jetzt nun schrieb Joachim unter dem 25. Mai⁴ (also demselben Tage wie an Philipp) an Georg: Albrechts Befürchtung sei richtig; er forderte, daß man sich schleunigst und kräftig zu gemeinsamer Gegenwehr schicke. Aus Albrechts Brief stammen in Joachims Schreiben die Angaben, daß er zunächst die Rüstung gegen diesen unternommen glaubte und nun vermerke, „daß es uns anderen auch mit gelten soll,“ sowie die Versicherung, gemeinsam „samt unseren Herren und Freunden unser Gegenwehr dawider zu gebrauchen.“

Alles übrige, was Joachim gegen das Bündnis und gegen Philipp sagt, der größte Teil seines Briefes ist in fast wortgetreuer Kopie Georgs Brief an Philipp vom 21. Mai entnommen, der somit dem Landgrafen in zwei Exemplaren zuing.⁵

¹ Brief bei Neudecker, Urkunden, 74 ff.

² Ungedr. — Durch Hans von Schönburg.

³ Bei Hortleder II, 4 (p. 785 f.)

⁴ Briefe bei Seidemann, Dessauer Bündnis I. c. 650.

⁵ Dies Quellenverhältnis ergibt zugleich den klaren Grund, weshalb Joachim in einem gleichzeitigen Schreiben (Hortleder I. c.) den Kurfürsten von Sachsen lediglich bat, „solchem ungegründeten Angeben . . kein Statt noch Glauben (zu) geben und unsern Oheimen, den Landgraffen, deßgleichen davon abweisen.“ Albrechts Brief — Joachims erste Quelle — hatte bekanntlich das ganze Unternehmen von Philipp ausgehend erachtet (vgl. p. 63. 61); ebenso richtete sich natürlich Georgs Antwort an Philipp — Joachims andere Quelle — allein gegen den Landgrafen. Daher das gleiche in Joachims Verantwortung, keineswegs aber wegen Johans „weiser Mäßigung.“ (E. 67; vgl. darüber oben p. 103 Anm. 5.)

Sehr treffend verwies daher Philipp in seiner Antwort den Markgrafen bezüglich genauerer Mitteilung, wie er zu der Rüstung gekommen, an Georg (6. Juni).¹ Dieser übersandte denn auch gleich am 11. Juni² die ihm zugegangene Relation seiner Räte von der Zusammenkunft bei Fulda dem Brandenburger. Noch bevor derselbe den Bericht erhalten, wandte er sich in einem neuen Schreiben an Philipp (13. Juni).³ Den Inhalt seines ersten Briefes sowie der Antwort Philipps im Eingang (I) rekapitulierend, wiederholt der Markgraf seine Versicherung (II), daß das Bündnis unwahr sei und Philipp ihm darum „mit anderer, billiger Antwort“ hätte begegnen sollen. Als Gründe führt Joachim die alte Freundschaft mit Philipps Vater und mit diesem selbst an: 1) nie habe er Philipp, soviel er wisse, etwas geweigert, das er kraft der Erbeinung gesucht; 2) er sei ohne Zweifel, „daß uns niemand mit Billigkeit und mit Wahrheit ein Gerücht auflegen mag, das uns nachteilig sein könnte.“ — Philipp dagegen habe durch sein Schreiben an Regiment und Reich der Erbeinung und Verwandtnis zuwider gehandelt. Dann erbietet sich Joachim (III) zu Recht und Freundschaft gegen Philipp und verlangt umgehend „zuverlässige Antwort,“ wes er sich zu versehen habe.

Da Joachim im Eingang seiner Replik besonders hervorgehoben hatte, daß Philipp bezüglich der Anzeige des Erdichters nicht geantwortet und bezüglich der Ursachen seiner Gegenwehr auf Georg verwiesen habe, so führt Philipps Antwort⁴ zunächst (I) die Gründe für seinen Glauben an das Bündnis (s. o. 94) an und läßt Joachim ein, Räte zur Vorstellung des Anzeigers zu senden. Die von dem Brandenburger vorgebrachten Gründe sucht dann (II) der Landgraf zu widerlegen, indem er 1) eine Weigerung Joachims entgegen der Erbeinung erwähnt und 2) von nachteiligen Gerüchten unter anderen Punkten dem Kurfürsten sein Benehmen gegen Gattin, Sohn und Unterthanen vorhält, sowie daß er bei der Taufe seines Enkels „ein Hure zu Gevattern gebeten“ habe. Auch Philipp erbietet sich dann (III) zu rechtlicher

¹ Philipp an Joachim d. d. 6. Juni. (Ungedr.)

² Brief vom 11. Juni. (Ungedr.) Ebenso an Ferdinand. Ehses (p. 134) bemerkt: „Philipp antwortete dem Kurfürsten (Joachim) nicht,“ obwohl E. gleich im ersten Satz von Joachims Antwort das ausdrückliche Gegenteil fand: „Wir haben Ewer lieben antwort vf vnser schreiben . . nach vorlesung alles Inhalts vernommen.“ (Neudecker, Aktenst. I, 49.)

³ Bei Neudecker, Merkw. Aktenst. I, 48 ff.

⁴ Dieselbe habe ich nicht erhalten können. Die obige Rekonstruktion ist allerdings als sicher anzusehen; leider entgehen uns jedoch durch das Fehlen von Ph's. Brief die detaillierten Angaben, welche er II, 2 macht.

Verantwortung¹ und zu Freundschaft gegen Joachim; auch er begehrt schließlich „weiter Antwort,“ wes er sich zu ihm versehen solle.

Mag immerhin der Vorwurf, daß Joachim „ein Hure zu Gevattern gebeten,“ nach unserm Geschmack unziemlich erscheinen: dennoch sind alle Folgerungen, welche Ehse daraus herleitet, durchaus unberechtigt.

Zunächst erhob Philipp diesen Vorwurf keineswegs, „gleichsam als habe er die Mangelhaftigkeit dieser (s. p. 106) Beweise selbst empfunden“ (E. 135), sondern im Zusammenhang und in enger Beziehung zu Joachims Schreiben. Dieser und die übrigen Vorwürfe bilden, wie die oben bezeichnete Disposition (II, 2) auf den ersten Blick erweist, die Widerlegung des von Joachim vorgebrachten Grundes: niemand möge ihm mit Wahrheit ein nachteiliges Gerücht auflegen. Sodann brauchte Philipp bei seinen Anschuldigungen wider Joachims Privatleben durchaus nicht zu „Bosheit und Mißgunst“ oder zu „Verleumdungen“ zu greifen (E. l. c.) — weder in Bezug auf Joachims Verfahren gegen die eigene Gemahlin (vgl. darüber oben p. 14 f.), noch auf sein Verhältnis zu der Gattin des Wolf Hornung.² Im Jahre 1525, während er ihren Gatten vertraulich zur Tafel geladen, hatte der Kurfürst Katharina Hornung abends heimlich zu sich kommen lassen und sie die Nacht über bei sich behalten. Die Frau sowohl als der Kurfürst räumten den begangenen Ehebruch ein; Joachim aber stellte noch obendrein an den Gatten das Ansinnen: er möge sein Weib auch fernerhin zu ihm gehen lassen, wenn er nach ihr schicken werde. Als nach wiederholtem Treubruch Katharinas der Zorn über die ihm widerfahrende Schmach den Gatten zu einer Verletzung seiner Frau fortriß, zwang ihn Joachim unter Drohungen und erlogener Anschuldigung von Haus und Erbe, von Weib und Kind zu fliehen. In bitterer Armut lebte er in der Fremde: „Wolf Hornung nirgends daheim,“ wie er seine Briefe unterschrieb, indes der Kurfürst

¹ Speziell dagegen, daß er das Bündnis erdichtet haben sollte, wie Joachim in sein erstes Schreiben aus Georgs Brief kopiert hatte.

² Die Belege sind jetzt von Zimmermann, *Der Streit Wolf Hornungs* l. c. 310—343, zusammengestellt. Die Beweiskraft der bezüglichen Akten hat Z. p. 340 ff. erörtert. — Aufs höchste befremden mußte auch vor Erscheinen dieser Zusammenstellung die Ansicht Riedels in seinem Aufsatz l. c. 77, Anm. 1: „Auch ist von der Art Ausschweifungen Joachims nichts weiter bekannt, als worauf der Ursprung des Achatius (1516!) schließen läßt und daher nicht anzunehmen, daß Joachim denselben in einer Weise ergeben gewesen sei, welche die Kurfürstin in ihrer Stellung am Hofe verletzte und sie davon Notiz zu nehmen nötigte.“ (Vgl. ihre Äußerungen bei Riedel l. c. Droysen II, 200.) Schon die eine Stelle, de Wette III, 472 genügt, das Gegenteil zu ersehen: „*Marchio Brandenburgensis eius uxore abutitur violenter et impudenter, ipso Hornungio, quia hoc probare noluit, expulso a domo, liberis, facultate et omnibus.*“ (Luther an Link d. 20. Juni 1529.)

das Sündenleben mit dem Weibe des Vertriebenen nun schon über drei Jahre fortsetzte. Zu „Verleumdungen“ brauchte Philipp nicht zu greifen gegenüber dem Kurfürsten, der dem bekümmerten Wolf Hornung frivol gestand: „er frage nach seinem Grämen nicht das geringste; wenns gleich die nicht wäre, so wärs ein ander, denn ihm hätt in 18 Jahren keine gemangelt.“¹

Ebensowenig gehörten diese Verhältnisse des Kurfürsten zu den „allerdiskretesten.“ Bereits im Juli 1526 schreibt Wolf Hornung: die Sach sei zum allgemeinen Ärgernis geworden;² sie werde im Lande zu einem Gespött, schrieb er im selben Jahre;³ dazu kam schon damals „die lebendige Kundschaft, nämlich der Sohn Joachim,“ die erste Frucht jenes doppelten Ehebruchs.⁴ Und nicht „zanksüchtige Weiber auf der Straße,“ sondern ganz andere Leute traten gegen diese liederlichen Verhältnisse auf. Als die von Gewissensbissen gequälte Katharina ihre Bemühungen, heimlich mit ihrem Manne wieder zusammenzukommen, denen Joachim durch cynischen Spott⁵ und durch Gewalt entgegengetreten war, vereitelt gesehen, wandte sie sich an den „Trost aller geängstigten Herzen,“ an Luther, der sofort eifrig und erregt eintrat. Aber nachdem der Kurfürst von Luthers Schreiben gehört, verbietet er Katharinas Mutter die Annahme von Briefen; auf die Kunde von einer verabredeten Zusammenkunft Katharinas mit ihrem Gatten fordert der Markgraf die Frau zu sich ins Bad und züchtigt sie mit Ruten; er hält sie scharf bewacht: — nur heimlich vermag dieselbe ihr Elend gegen ihren Mann und gegen Luther klagen zu lassen. — Unter Luthers Einfluß⁶ tritt nun Hornung entschiedener auf: freundlich an den Kurfürsten nochmals zu schreiben weigert er sich: „daß ich ihn noch Gnädiger Herr soll heißen und ihm sein Schande billigen, das wär wider Gott.“⁷ Vollends erbittert aber ward der Streit, als Luther direkt — gerade zur Zeit von Philipps Schreiben — dem Kurfürsten mit der Macht seines Wortes entgegentrat. „Aber ich merk, daß S. Kf. G. nicht genug

¹ Zimmermann 313. ² id. 315. ³ id. 317.

⁴ Ein weiterer Sohn wird Z. p. 334. 339 erwähnt. Eine Tochter war der Ehe mit Hornung entsprossen. (p. 310.)

⁵ Sie möge die Nacht zu ihm kommen. „Thustu es aber nicht, so kan ich gedenken, Satanus wil aber regieren und das Aldertuch will sich umbkehren. So muß ichs Gott befehlen und zu Deinem Gefallen stellen.“ (Zim. 316.) Vgl. ein weiteres Schreiben das.: „Ich han euer weißlich und bedächlich Schreiben vermerkt und kan abnehmen, daß der heilig Geist zu euch ist gefahren und aus euch redet“ etc.

⁶ Hornung hatte er nach Wittenberg kommen lassen. Zimmermann 319. Vgl. auch Luthers spätern Brief vom 5. Okt. de Wette III, 383.

⁷ Brief vom 11. April 1528. Zimmermann 323.

darin hat, daß man davon lese und schreybe, Ihr wollt auch horen singen und sagen. Wolan, jucken denn die Ohren so fast, so sollen sie, ob Gott will, damit gekrauet werden, und ich werde mich nicht kehren an S. Kf. G. Drauen oder Pochen!“ heißt es in einem Brief vom 21. Juni,¹ der ganz unzweifelhaft von Luther her stammt, obwohl er Hornungs Unterschrift trägt.² Noch energischer und mit scharfem Sarkasmus schreibt Luther am selben Tage unter eigenem Namen dem Kurfürsten: er solle sich „anders gegen den armen Gesellen erzeigen, auf daß dies Spiel nicht ein Funk sei, dadurch Gott ein Feuer anzuzünden gedächt wider E. Kf. G. . . . und wenn er anfahet zu heimsuchen die großen Hansen, so greift er freilich also drein, daß man muß sagen: das ist ein Herr, der nicht fragt nach aller Fürsten Trotz oder Puchen.“ — „Summa, gnädigster Herr, schließt Luther, es ist zu viel; zu viel zureißt den Sack, es kann so nicht gehen, stehen noch bleiben. Gott muß drein sehen. Will drein sehen nicht helfen, so muß drein schlagen helfen!“³

Außerdem aber ist es keineswegs — wie E. meint — „für unsern Zweck gleichgültig, auf welche Dame“ Philipps obenerwähnter Vorwurf hinzielte. Denn verschiedene Umstände sprechen dafür, daß Philipps Worte sich eben auf das erörterte Verhältnis Joachims beziehen. „Verleumdungen“ in jenen Worten zu argwöhnen haben wir nach dem dargelegten Lebenswandel Joachims⁴ sicherlich kein Recht: gleichwohl könnte es befremden, daß eine Frau von genannter Qualität zu solch festlicher

¹ Z. 325 ff. Brief vom Tage Kiriaci 1528. Der Brief ist bei Z. ebenso wie der folgende falsch eingeordnet (vgl. Z. 325 A. 1 und 329), denn ein Heiligkeitag Kiriaci findet sich nicht in den dort angenommenen Tagen, sondern am 21. Juni, wohin auch Kolde (Anal. Luth. p. 106 ff.) das Datum setzt.

² Z.'s Gründen (p. 327) stimme ich unbedingt bei. ³ Z. 328 f. Kolde l. c.

⁴ Dazu paßt allerdings schlecht die Janssen'sche Charakteristik Joachims, von der J. selbst sagt: „Überall, wo ich im zweiten und dritten Bande von Joachim spreche, tritt dessen strenggläubige katholische Gesinnung klar hervor.“ (Ein zweites Wort an m. Krit. p. 12 f.) Auf die Unrichtigkeit seiner Schilderung aufmerksam gemacht, erwidert J. recht zweideutig: „Ich hätte übrigens immerhin erwähnen können, daß die Familienverhältnisse Joachims von Brandenburg sehr unerquicklich waren, weil dessen entschieden lutherisch gesinnte Gemahlin nach langen häuslichen Zerwürfnissen in heimlicher Flucht, die ihr durch den lutherischen Kurfürsten von Sachsen erleichtert worden, den Markgrafen verließ. Diese Beihilfe zur Flucht der Markgräfin war nicht besonders ehrenwert.“ (l. c. 15.) Das sieht aus, als sei die „entschieden lutherisch gesinnte Gemahlin“ Schuld an den unerquicklichen Familienverhältnissen Joachims! Die wirklichen Gründe für diese Verhältnisse haben wir oben und p. 14 f. erkannt und an letzterer Stelle zugleich die Motive gesehen, welche des „lutherischen Kurfürsten von Sachsen“ „Beihilfe zur Flucht der Markgräfin“ veranlaßten. Ob diese Beihilfe als „nicht besonders ehrenwert“ erscheint, mag daraus beurteilt werden.

Handlung im kurfürstlichen Hause gezogen sein soll. Dies Befremden aber schwindet, wenn wir an das Verhältnis zu Katharina Hornung denken. Von ihr wissen wir, daß sie auch früher, als aus hochangesehener, mütterlicherseits aus altadeliger Familie entsprossen, an Festlichkeiten des kurfürstlichen Hofes teilgenommen hatte und zu diesem in engeren Beziehungen stand. Nun wird uns ferner auch sofort der Eifer erklärlich mit dem sich Joachim wider diesen Vorwurf Philipps wendet. Während er die Beschuldigungen über sein Verfahren wider Gattin, Sohn und Unterthanen nur sehr flüchtig berührt, nimmt fast den fünften Teil der Antwort der Versuch ein, allein jenen einen Vorwurf zu entkräften. Begründet erscheint uns diese unverhältnismäßige Breite und auffallende Erregung, wenn wir sie in Beziehung zu jenem Verhältnis setzen. Gerade vorher waren Hornungs und Luthers Schreiben an Joachim gekommen: namentlich um dem verhaßten Reformator zu dessen angedrohtem Vorgehen keine Waffe zu geben, mußte Joachim damals aufs heftigste jede darauf bezügliche Anschuldigung bestreiten. Der Hinblick auf das Verhältnis Joachims zu Katharina Hornung ergibt also nicht bloß im allgemeinen die Glaubwürdigkeit eines ähnlichen Vorwurfs, sondern auch die Richtigkeit gerade des uns vorliegenden. An jenes Verhältnis anzuknüpfen lag für Philipp um so näher, als er dafür — abgesehen davon, daß Hornung in Kursachsen lebte — ein besonderes Interesse gewonnen haben mußte. Denn Katharina hatte den Kurfürst Joachim zu der Breslauer Zusammenkunft in Männerkleidern begleitet, wie nicht unbekannt geblieben war.¹

Den Inhalt von Joachims Erwiderung (2. Juli)² haben wir im vorhergehenden schon berührt. Der sehr gereizte und erbitterte Ton erscheint nach Philipps vorangegangenen Schreiben erklärlich. Den Gründen Philipps gegenüber steht Joachim auf demselben Standpunkt wie Georg. Eingehend sucht er den gegen ihn erhobenen Vorwurf betr. der Erbeinung zu widerlegen; seine Antwort auf die wider sein Privatleben gerichteten Beschuldigungen haben wir vorhin besprochen. Der Vorstellung Packs wolle er gewärtig sein, des Verhoffens, Philipp werde gebühlich Rechtens zu ihm verstatten.

Wenige Tage nach Georgs letzter Entgegnung trafen bereits die Räte der katholischen Fürsten auf Einladung des Landgrafen zu Kassel zusammen.

¹ Zimmermann p. 324 (Brief Hornungs vom 24. April 1528).

² Neudecker, Urk. 60 ff.

Siebentes Kapitel.

Die Verhandlungen zu Kassel. (20.—24. Juli 1528.)

Wenn wir die Kasseler Verhandlungen richtig verstehen und beurteilen wollen, so müssen wir vor allem den Zweck feststellen, zu dem dieselben anberaumt worden. So selbstverständlich dies erscheint, um so seltsamer ist es, daß es seither nirgend geschehen ist, obwohl Landgraf Philipp diesen Zweck klar und bestimmt angegeben und mehrfach wiederholt hat.

In seiner Erwiderung auf Philipps erste Mitteilung von dem Bündnis (21. Mai) hatte Georg verlangt: „Euer Liebdt wöll' mir auch den verlognen Mann anzeigen,“ und um der Erfüllung dieses Verlangens sicher zu sein, hinzugefügt: „Denn wo es von Euer Liebdt nicht geschähe, möcht ich geursacht werden zu denken, Euer Liebdt erdicht es selber.“¹ Sofort (25. Mai) erwiderte Philipp: er wolle Georgs Räten anzeigen, was ihn bewogen habe, daß er „hab es glauben müssen“ und wolle daneben anzeigen, wie es ihn ankomme und dermaßen beweisen, daß Georg sehe und befinde, daß es Philipp nicht erdichtet hab; auch wolle er seine Beweisung darthun, daß Georg ihn „entschuldiget werd haben.“² Den dazu abgeschickten Räten Georgs entdeckte dann auch Philipp (10. Juni) den Pack als Anzeiger des Bündnisses und versprach denselben vorzustellen und dazu der Fürsten Räte zu laden.³ Als Tag für diese Vorstellung setzte Philipp gleich darauf⁴ den Montag nach Margaretha an, als Malstatt Kassel. Die Vorstellung Packs war also schon zugesagt, als die gleiche Drohung wie von Georg, auch von Joachim von Brandenburg an Philipp gelangte.⁵ „Und bitten von Euer Liebdt zu wissen, wer der lügenhaftig Mann ist, der solchs erdicht und euch angesagt hat . . . Denn wo es nicht geschehen sollt, möchten wir verursacht werden zu gedenken, Euer Liebdt hätte es selbst erdacht.“ Zunächst verwies Philipp den Markgrafen

¹ Hortleder II, 2, p. 781. Vgl. oben p. 85.

² Inhalt aus Georgs Brief bei Neudecker, Merkw. Aktenst. I, 42 f. Vgl. oben p. 86.

³ Gesandtschaftsrel. an Georg d. d. Fulda, 11. Juni. (Ungedr.) Vgl. oben p. 90.

⁴ Bereits vor dem 19. Juni. Cf. Philipps Brief bei Ranke VI, 136: „vor zuschickung E. L. brieff.“

⁵ Ausgefertigt 25. Mai. Hortleder II, 4, p. 785. Vgl. oben p. 105.

auf die Antwort, die er Georg gegeben;¹ dann, als sich Joachim in seiner Antwort² über die an Georg gemachte Zusage nicht unterrichtet zeigt und seine Forderung wiederholt, macht auch ihm Philipp die Mitteilung: Joachim möge Räte senden „Ursache anzuhören, warumb das Ausschreiben . . . geschehen, und den Mann furzustellen, der . . . der Bündnis bericht hat,“ und betont im selben Briefe, daß er sich verantworten wolle, weil Joachim ihm auflege, er selbst solle das vermeinte Bündnis erdichtet haben.³ — Ähnlich hatten die Herzoge von Baiern geschrieben: sie verhofften, „der Kurfürst von Sachsen und Landgraf zu Hessen werden sich selbst als ehrliche Fürsten des Heil. Reichs zu weisen wissen, den Erdichter und Anträger der oftgenannten erlognen Bündnis anzuzeigen“ (5. Juni);⁴ auch sie lud Philipp ein, daß ihnen Pack vorgestellt werde.⁵ König Ferdinand endlich hatte in seiner Verantwortung gegen Kurfürst Johann⁶ versichert: auch vor Kenntnis des Bündnisses habe er nie geglaubt, daß Johann sich dem Landgrafen anhängig mache „ob derselb eigen Fürnehmens gewest wäre zu handeln, das besser vermieden wäre.“ Diese Verantwortung sollte Johann an Philipp mitteilen.⁷ Auch der König war darauf zu jenem Tage geladen worden.⁸

Das ist die Genesis des nach Kassel angesetzten Tages. Die Vorstellung Packs war Georg bereits zugesagt, ehe noch die gleiche Forderung von Brandenburg, König Ferdinand und Baiern gestellt ward. Die Motive, welche Philipp zur Ansetzung des Tages gegenüber Georg bewogen, treten uns denn auch in den aus den Briefen Beider mitgeteilten Stellen mit aller wünschenswerten Klarheit entgegen. Georg hatte die Anzeige des Erdichters verlangt mit der Erklärung: andernfalls müsse er annehmen, Philipp selbst habe das Bündnis erdichtet: ausdrücklich um diesen Vorwurf zu entkräften, hatte dann Philipp sofort die Erfüllung von Georgs Forderung zugesagt. So können wir Grund und Zweck des Kasseler Tages nicht besser ausdrücken, als mit den Worten, in denen ihn Philipp selbst bei Beginn der Verhandlungen betonte und während deren Verlauf mehrfach wiederholte: „solchen Mann, der seiner F. G. dies Bündnis angegeben, anzuzeigen und vorzustellen, auch daneben und damit daraus möge vermerkt werden, wie

¹ Vgl. o. 106.

² d. 13. Juni, bei Neudecker, Merkw. Aktenst. I, 48 ff. Vgl. oben I. c.

³ In Joachims Brief (vgl. oben I. c.). Neud. Urk. 60 ff.

⁴ Hortleder II, 8, p. 799.

⁵ Clarmann fol. 228. Vgl. Philipps Brief v. 11. Juni.

⁶ Bei Hortleder II, 7, p. 793 d. 24. Mai 1528. ⁷ I. c. 794.

⁸ Hoffmann I, 81. Vgl. Neudecker, Merkw. Aktenst. I, 53.

sein F. G. zu diesem Handel kommen sei, und allermeist, damit sein F. G. nit dahin geacht möge werden, als ob sein F. G. solch Bündnis aus sich selbst hätte, sondern (viel)mehr aus glaublicher Anzeigung und Angeben des Mannes, so sein F. G. vorzustellen vorhätte.“¹

Dagegen wollte Philipp durchaus nicht als Richter über Packs Schuld oder Unschuld entscheiden. Wir werden finden, daß sich Philipp über diese Frage als kompetenten Richter nicht ansah.

Wenn wir uns diesen Zweck² vergegenwärtigen, so erklärt sich zunächst, daß Philipp zu den Verhandlungen außer von Georg nur Gesandte von Brandenburg, Ferdinand und Baiern geladen hatte. Denn nach ihren oben erwähnten Briefen glaubte er gegen diese gleichen Grund der Verteidigung zu haben wie gegen Georg. — Außerdem hatte er die Räte der Kurfürsten von Trier und Pfalz eingeladen, „so vormals in der vergangenen Handlung Untertedinger gewest“:³ bekanntlich hatten sich dieselben ja zur Vermittlung mit Markgraf Joachim und Herzog Georg in Ferdinands Namen erboten und Landgraf Philipp nebst Kurfürst Johann ihnen dies zugestanden.⁴

Herzog Georg hatte seinen Räten sehr ausführliche Instruktion⁵ erteilt, nach welcher sie in Kassel verfahren sollten. Nach Vorschlag derselben⁶ übergaben die vereinigten Räte vor der Vorstellung Packs zunächst eine Schrift, welche — nach Darlegung des Handels — die Forderung enthielt, Pack solle den Fürsten, da er zumeist wider sie gehandelt, ausgeliefert werden.

¹ Hoffmann I, 81. Ferner id. 82. 83. 86. 130. 132.

² Andere Motive bestimmten Philipp nach Ehses: „Vor allem, um an der zumal vom schwäbischen Bunde verlangten Auslieferung Pack's vorbeizukommen“ setzte nach ihm (p. 138. 108) Philipp den Kasseler Tag an. Es läßt sich jedoch aufs klarste darthun, daß „die Forderung des Bundes“ mit der Ansetzung der Kasseler Verhandlung nicht das geringste zu schaffen hat. Denn der Brief, in welchem der Bund seine Forderung aussprach, ist vom 30. Juni (Neudecker, Urk. 56. Vgl. Ehses 106). Bereits am 10. Juni aber hatte Philipp dem Herzog Georg diese Vorstellung Packs zugesagt (vgl. oben p. 111); bereits vor dem 19. Juni Tag und Malstatt ernannt (vgl. oben p. 111, A. 4). Für Handlungen vom 10. Juni und 19. Juni aber kann ein Brief vom 30. Juni nicht wohl Motiv sein.

³ Hoffmann I, 82.

⁴ Brief bei Burkhardt, Luthers Briefwechsel p. 135. Vgl. oben p. 83.

⁵ d. 10. Juli 1528. (Ungedr.)

⁶ Dieselbe sagte im Eingang: „Zu Salza sollen sie (Georgs Räte) sich erst mit den Räten von Brandenburg bereden, daß es gut sein solle, wenn vor der Vorstellung Packs eine Werbung von allen Geschickten gemeinsam an den Landgrafen geschehe der Art: nach Darlegung des ganzen Handels sollen sie fordern etc. w. o.

Bereits in seiner Instruktion für den Tag bei Fulda (3. Juni)¹ hatte Georg diese Forderung aufgestellt, und schon damals hatte der Landgraf die Erfüllung dieses Ansinnens für nicht angehend erklärt (10. Juni).² Auf diese Antwort wies Philipp hin: wofern er „auf gleiche Ansuchung, des hiebevorn bei s. F. G. beschehen, hätte können und mögen willfahren, so wär dieser Tagsatzung seiner F. G. Achters nit vonnöten gewest“.³ Dann aber erörterte Philipp hier die Gründe, weshalb er jenem Ansinnen nicht entsprechen konnte:

1. weil „solche oder dergleichen Hinstellung verdachter oder beziehener Leute wenig oder gar nit bisher im heiligen Röm. Reich gebraucht sei worden; man habe auch solche oder dergleichen Hinstellung für wenig ehrlich bei vielen geacht“;

2. wies er auf den „mit nahmhaftigen Worten ausgedruckten“ Zweck des Tages hin, der ja allerdings „von seiner F. G. Achters dermaßen nit hergewachsen, sondern gemelten Doktor Packen fürzustellen“.⁴

In ihrer Erwiderung mußten die Räte zugeben „daß solche Überantwortung im heiligen Reich nit also gar fast gewöhnlich, sondern daß ein jeder an dem Ort, da er begriffen, gerechtfertiget würde“. Es seien aber a) gleichwohl „in kurzen Tagen“ Fälle vorgekommen, wo dies doch geschehen: wenn jemand „mehr wider den Forderer, denn den, der ihn begreift, gemißhandelt“. b) sei Pack nicht Philipps, sondern Georgs Unterthan und Philipp „auf gut Vertrauen und aus sonderer Freundschaft eine Zeit lang geliehen, und mittlerzeit hat er sich dieser bösen Handlung unterstanden“: darum müsse er seine Strafe von Georg erhalten. Für den Fall, daß Pack „sich weitläufig“ bei der Vorstellung befinden ließe, baten die Gesandten um freien Zutritt zu Pack, „an ihm die Wahrheit unser gtl. und gn. Herren Gelegenheit nach zu erfahren“.⁵

Die darauf gegebene Antwort des Landgrafen ging fürs erste von den Prämissen der Gesandten aus und bestritt selbst bei deren Annahme die Berechtigung der daraus entwickelten Forderung. Selbst wenn ein oder mehrere Fälle vorgekommen seien, in denen eine solche Auslieferung stattgefunden, so hatten die Gesandten selbst eingeräumt, daß dies „nit also gar fast gewöhnlich, sondern daß ein jeder an dem Ort, da er begriffen, gerechtfertigt würde“. Fest stand also, daß solche Auslieferungen nur willkürliche Ausnahmen waren, nicht Regel, nicht gemeines Recht: „und ob daß nit als einer oder zweier widerwärtiger

¹ d. Glauchau, 3. Juni 1528. (Ungedr.) Vgl. oben 89.

² Gesandtschaftsrel. an Georg d. d. Fulda, 11. Juni 1528.

³ Hoffmann I, 83.

⁴ ibid.

⁵ id. 83 f.

Fälle angezeigt würde, thäten doch dieselbigen den gemeinen Rechten und Gewohnheiten nit Abbruch“. Dawider zu handeln aber wisse S. F. G. „ihres Bedenkens nit wohl zu verantworten“. — In der That war Pack, wie Philipp im weiteren Verlauf der Kasseler Handlung mittheilte, „solchermaßen in seiner Fürstl. Gnaden Hand kommen, daß ihm Vertröstung geschehen ist, ihn wider Recht nit beschweren zu lassen“.¹ Auch wenn also in Fällen, wie der vorliegende war, eine Auslieferung stattgefunden, konnte Philipp thatsächlich ein gleiches „nit wohl verantworten“.

Dann aber griff Philipps Antwort diese Prämissen an, indem er den vorliegenden Fall als überhaupt nicht den genannten gleich hinstellte. a) sei Pack ihm, wie die Räte gesagt, von Georg zugeschickt und geliehen worden, als er diese Anzeige gemacht; in seinen Rat und Handlung sei er damit gekommen und auch in seinem Zwang ergriffen worden. In Bezug auf den Umstand, daß Pack ihm „in gutem Vertrauen und Freundschaft“ zugesandt, bemerkte Philipp, daß er sich dabei seines Wissens nicht anders gehalten, als nach Gebühr und Nothdurft; soweit dies Pack angehe, könne er sich auf dessen Verantwortung berufen. b) Es habe Pack, „so sein Handlung unergründt, in derselbigen mehr wider sein F. G. denn sonst jemand, wie männiglich das abnehmen mag, gehandelt“.

Darum achtete Philipps Antwort mit Recht „gänzlich davor, es sei S. F. G. nach Gelegenheit dieser Handlung die begehrte Hinstellung der Überantwortung nit schuldig“.

Betreffs der Forderung auf freien Zutritt, falls sich Pack bei der Vorstellung weitläufig befinden lasse, antwortete Philipp, „daß solcher freier Zugang, wie der begehrt, noch zur Zeit nit statt habe“: zunächst wolle er Pack wirklich, wie schon früher gesagt,² vorstellen und

¹ Hoffmann I, 132.

² Schon in seinem Brief vom 19. Juni (Neudecker, Urk. 29) hatte Georg die Forderung erhoben: „E. L. wolle den Jenigen, so Ich werde hiezu (um über Packs Umtriebe Kunde zu erhalten) verordnen, auff's furderlichste zu Ihm einen freyen Zutritt vergonnen, das sie sich aller dieser sachen halben an Ihme mogen nach nottorfft und mit der Scherffe (! statt des sinnlosen „Schrift“ in Neudecker's Text. Vgl. Seidemann, Erläuterungen z. Reformationsgeschichte p. IIII) erkunden und mir darzu Zeit und Malstadt benennen.“ Philipp erwiderte am 23. Juni (bei Ranke VI, 136): „jch hab aber . . E. L. vnd andern geschrieben, daß jch jhne solchen Man wolte vorstellen vnd darneben jne Malstadt vnd dag ernant.“ Georg selbst hatte alsdann in seiner Antwort vom 3. Juli (Neudecker, Urk. 69) dies als Zweck des Tages anerkannt: „Und wywol ich mich vorsehen hatte, E. L. werde in ansehung seyner vilfaltigen unbestendigen Handlung mit dem Zutritt zur peinlichen frag vorgunst haben, So wil ich doch den angesatzten tag zu seiner vorstellung . . unbesucht nicht lassen.“

ihn „wes er solcher Dinge gestehe, fragen lassen“; dann möchten die Gesandten, was sie dawider hätten, begehren, wobei sich Philipp nach Recht und Billigkeit halten wolle.¹

Dem angegebenen Zweck des Tages gemäß galt es nun für Philipp, den Beweis seiner Unschuld zu erbringen, zu zeigen, wie ihm der Handel zugekommen: daß die Angaben, die er über die Anzeige des Bündnisses, über die Kopie und die Forderung des Originals gemacht, auf Wahrheit beruhten. Diesen Beweis konnte er natürlich nur durch das Zeugnis Packs erbringen, der ihm die Angaben gemacht haben sollte. So ward dieser vorgeführt „als der Mann, der seiner F. G. solch Angebens gethan hat, und auch (um) demselbigen vorzuhalten, was er deshalb seiner F. G. angeben oder zugestellt hat“.²

Der Landgraf ließ daher dem Pack drei Fragen vorlegen, welche die angegebenen Punkte zusammenfaßten:³ 1. ob er in mündlicher Unterredung, „als ihr gesaget, aus sonderm christlichen Gemüt“ von dem Abschluß eines solchen Bündnisses Anzeige gemacht; 2. ob Philipps Angaben über Inhalt und Beschaffenheit der Kopie wahr seien; 3. ob er Philipps Sekretär zugesagt und danach Philipp' selbst mehrfach geschrieben, er wolle ihm das rechte Original zuschicken und zustellen?

Nachdem Pack die Wahrheit dieser Artikel bestätigt, war der einzig mögliche Beweis von Philipps Unschuld geführt, der Zweck des Tages erfüllt. Demgemäß ließ Philipp die Gesandten unter Hinweis auf Packs Angaben ersuchen, ihn bei den Fürsten und dem König „in dem forthin gunstiglich und freundlich entschuldiget (zu) haben“.⁴

Indem die Gesandten dies versprachen,⁵ blieb die Frage, ob Packs Behauptungen über das Bündnis wahr seien, und damit die Frage über Schuld oder Unschuld der katholischen Fürsten noch offen. Diese zur Entscheidung zu bringen, bezweckten nunmehr die Gesandten. Die Beweisform, welche sie ankündigten, war: gegen Pack darzuthun, daß er sich seit mehreren Jahren als Lügner und Betrüger gezeigt, woraus man abzunehmen habe, daß ihm auch in dieser Sache nicht zu glauben sei. Dafür möge es ihnen vom Landgrafen „vergunnt und nachgelassen werden ihre Notdurft mit ihm (Pack) zu reden“.⁶

Nun hatte Philipp, wie wir wissen, den Gesandten vorher gesagt,

¹ Hoffmann I, 85 f.

² Hoffmann I, 82. 86.

³ Hoffmann I, 87.

⁴ Hoffmann I, 88. Es erfließt aus dem gänzlichen Mißverstehen des Ganges der Kasseler Verhandlungen, wenn E. p. 107 sagt: „Philipp selbst fungierte dabei als Vorsitzender und als Richter; die Verhandlungen bestanden bloß aus Rede und Gegenrede der Ankläger, Vertreter des Herzogs Georg, und des Angeklagten, Pack.“

⁵ id. 88. 128. 131.

⁶ id. 88.

wenn sie wider Packs Antworten etwas begehrten, das er mit Recht und Billigkeit erfüllen könne, so werde er sich unverweislich halten.¹ Dem kam Philipp jetzt nach. Als Pack auf Pistoris' erste Frage an ihn mit bestimmter Antwort zauderte, befahl er ihm: „wo Ihr bedacht, Antwort zu geben, sollt Ihr der Sach abhelfen“.² — Weiter ließ Philipp, wie es nach dem Zweck des Tages selbstverständlich ist, den von den Gesandten angestellten Rechtfertigungsversuch ebenso wie Packs Entgegnung frei und unbeeinflußt gewähren.

Diese Erörterungen³ aber, welche sich nun durch vier Tage hingen, sind für uns von großem Interesse. Aufs deutlichste zeigen sie zunächst, daß an ein Einvernehmen Philipps mit Pack nicht zu denken ist. Denn 1. geht unverkennbar durch Packs Antworten das ängstliche Bemühen, sich vor allem den Landgrafen geneigt zu machen.⁴ Darum versichert er wiederholt, daß er den Handel allein aus Treue gegen Philipp angezeigt habe: „daß mich nichts dazu bewegt, weder Geld oder Gut, sondern allein mein getreu Herz, das ich zu E. F. G. gehabt, und nach zum andern mein Eid und Pflicht, damit ich E. F. G. verwandt“ (Hoffmann I, 107). Ebenso sagt er p. 105 und schließt: „und hab derhalben nichts gesucht, denn allein E. F. G. zu warnen etc.“ Darum geht er kurz über diejenigen Punkte in Pistoris' Anklage hinweg, welche ihn in Philipps Augen nicht belasten konnten: die Sendung nach Ungarn (p. 103. 118), den Widerspruch betr. der Osterkommunion, den Pack nur einmal flüchtig berührt (p. 103). Die Anklagepunkte hingegen, welche ihn solcher Dinge beschuldigten, die für Philipp nachteilig, stellt er teils entschieden in Abrede (p. 103. 104), teils sucht er sie als in Philipps Interesse geschehen, günstig umzudeuten (118 f.).⁵ Darum ferner stellt er als Grund von Pistoris' Beschuldigungen hin, daß dieser mit „ernstlichem Fleiß sich unterstehet, mich bei E. F. G. einzubilden“ (p. 104. 128); mit Entrüstung protestiert er dagegen, daß jener ihn „in Angesicht E. F. G. und so viel ehrbarer Leute mit hässigem Gemüt unbillig angetast“ (p. 107). Darum endlich bittet er Philipp eindringlich: „um Gotts und der Gerechtigkeit willen, E. F. G. und männiglich wolle mich also entschuldigt wissen“ (p. 108) und sucht ängstlich Philipps Schutz anzuflehen: „mit unterthäniger Bitt, E. F. G. wollten mich darüber nit beschwern lassen, sondern bei Recht als ein löbl. Landsfürst gnädiglich schützen und handhaben“ (p. 123. 129).

¹ id. 86. Vgl. o. 116. ² id. 88.

³ Auch bei Anführung der Belastungspunkte folgte Pistoris ganz der oben erwähnten Instruktion Georgs.

⁴ Vgl. Hoffmann I, 101. ⁵ Vgl. das genauere u. p. 121.

2) geht aus den Erörterungen klar hervor, daß Philipp seit Packs Gefangennahme diesem von den sämtlichen Verhandlungen mit den katholischen Fürsten nicht einmal Mitteilung machte, obwohl er denken konnte, daß Pack dadurch für seine Verteidigung einen ganz anderen Boden gewonnen hätte. Dies zeigte sich im Verlauf der Diskussion. In seinem Bemühen, sich den Landgrafen günstig zu stimmen, versicherte Pack wiederholt, daß er das Bündnis nur mitgeteilt habe aus treuem Herzen gegen Philipp, ohne „weder Heller oder Pfennig, Geld oder Gut, Gnad oder Ungnad, nichts gefordert noch gebeten“ zu haben (p. 105. 107). Gerade aus Philipps Brief an Georg bewies Pistoris das Gegenteil, dem gegenüber Pack vergebens andere Ausdeutungen suchte (vgl. p. 114. 121. 126). Auch über jenen lateinischen Brief zeigte sich Pack nicht unterrichtet (p. 103). So beruht es auf Wahrheit, wenn Pack selbst sagt, daß ihm kein Schreiben von König und Fürsten in sein Gefängnis gesandt sei (p. 122); an ein Einverständnis zwischen ihm und dem Landgrafen ist also sicherlich nicht entfernt zu denken.

Was die gegen Pack vorgebrachten Belastungspunkte im einzelnen anbetrifft, so mußte Pack ein ungünstiges Urteil schon von vornherein dadurch erwecken, daß er mit einer Antwort auf Pistoris' erste Frage zauderte, dann, von Philipp hierzu aufgefordert, Weitläufigkeit suchte und für seine Antwort endlich Ausstand bis zum nächsten Tage erbat.¹ Diesen ungünstigen Eindruck verstärkte ein Teil des weiteren Verhörs. Entschieden als Fälschung erwies sich die Kopie, welche Pack an Puchel über Weißensee gesandt. Zwar behauptete Pack, dieselbe sei nur eine Probe gewesen, nach der er von Georg eine entsprechende Verschreibung zu erlangen gehofft habe;² der helle Sinn der betr. Schriftstücke ergab, wie Pistoris mit Recht hervorhob, das Gegenteil;³ dazu erbot sich Pistoris hierfür noch Puchels Zeugnis zu verschaffen. Pack konnte nicht im geringsten erweisen, daß irgend eine Verhandlung mit Georg über Weißensee stattgefunden, oder daß ihm überhaupt Georg etwas schuldete: was er darüber sagte, waren nur nichtige Ausflüchte.⁴ — Ebenso mußte man die Schreiben an den Schösser zu Weißensee, den Amtmann zu Salza und den Rat zu Tennstädt als Betrug ansehen. Zwar Pack versicherte, er habe dieselben auf Georgs Befehl erlassen,⁵ aber auch dies wies Pistoris zurück, da sie wohl Georgs Sekret, nicht aber dessen Unterschrift trugen.⁶ Es verschlug wenig, wenn Pack bemerkte, daß der Kanzleiverweser zumal in Bagatellsachen Briefe ohne des Herzogs

¹ Hoffmann I, 88. 89. 100. Vgl. 97. 100.

² id. 101.

³ id. 109.

⁴ id. 117.

⁵ id. 102.

⁶ id. 110.

eigenhändige Unterschrift ausgehen lasse,¹ da das Ganze ebenfalls auf der unerfindlichen Behauptung ruhte, daß Georg an Pack Geld schulde.² — Nicht minder muß Packs Vorwand, daß die vom Kanzleischreiber Schein für ihn angefertigte Kopie — wonach ihm Georg mehrere tausend Gulden verschrieben haben sollte³ — ebenfalls nur eine Vorlage gewesen sei, um eine derartige Kopie durch E. v. Schönburgs Vermittlung von Georg zu erlangen,⁴ als Erfindung angesehen werden, da der anwesende Schönburg jede Kenntnis von einem solchen Ansinnen Packs abwies.⁵ Blieb auch Pack auf seiner Behauptung,⁶ so klang die Erklärung, die er darüber gab, höchst unwahrscheinlich. — Den Widerspruch in den Schreiben an Kröll haben wir schon oben (p. 86) besprochen. Pack bemerkte auf die Anschuldigung des Pistoris⁷ freilich: es werde ein Widerspruch nicht vorliegen, wenn Sittig nach seinen Befehlen geschrieben;⁸ — nachdem aber Pistoris beide Briefe vorgelegt samt Krölls Aussage,⁹ schwieg Pack in seiner Entgegnung¹⁰ vollständig darüber. Ebenso haben wir schon vorhin gesehen, daß Packs Angabe inbetreff seiner Geldforderung für Lieferung des Originals völlig unrichtig war; unglaublich mußte auch seine weitere Erzählung erscheinen, wie er von dem Bündnis Kunde erhalten.¹¹ Pistoris hob dies hervor¹² und erbot sich, dasselbe noch durch Heinrichs von Braunschweig Zeugnis zu beweisen. Unglaublich ferner war die angebliche Verbrennung der Kopie.¹³ Und ebenso ungünstig erschien es für Pack, daß er erklärte, das Original beschaffen zu wollen, wenn man ihn freilasse und danach schicke, hingegen auf Pistoris' Vorschlag, er solle den Ort desselben einem vertrauten Freunde unter dem Siegel der Verschwiegenheit offenbaren, und dieser dann den Gesandten beider Parteien erst an Ort und Stelle das Geheimnis mitteilen, während Pistoris sich verpflichtete, in keinerlei Weise in die Sache einzugreifen¹⁴ — daß er auf diesen Vorschlag nichts erwiderte.

Unentschieden dagegen blieb eine Reihe von weiteren Anklagepunkten. Die ihm zur Last gelegte Aussage über eine angebliche Uneinigkeit zwischen Philipp und Johann Friedrich von Sachsen bestritt Pack;¹⁵ ebenso diejenige über die Handlungsweise Mansfelds zwischen Kurfürst Johann und Herzog Georg,¹⁶ und Pistoris brachte diese Sache im weiteren Verlauf der Diskussion nicht mehr vor. Unentschieden

¹ id. 117.² id. 109. 110.³ id. 94.⁴ id. 102.⁵ id. 110.⁶ id. 117.⁷ id. 100.⁸ id. 104.⁹ id. 112.¹⁰ id. 117 f.¹¹ id. 105.¹² id. 113. Sehr gut danach Ehse p. 158.¹³ id. 120. 126. Planck, Prot. Lehrbegr. II, 427. A.-127 ist geneigt, diese Angabe Packs zu dessen Gunsten zu deuten.¹⁴ id. 127.¹⁵ id. 94. 103.¹⁶ l. c.

ferner, ja unwahrscheinlich blieb es, ob Pack die seltsamen Angaben über die Absichten der evangelischen Fürsten gemacht habe, wie jener lateinische Brief (vgl. o. p. 45) sie enthielt: Pack beteuerte, er habe „von demselbigen gar und zumal kein Wissen; es soll auch mit der Wahrheit nimmer beibracht werden, daß solch Kopei auf mein Abgeben aufgerichtet sei;“¹ — auch diese Frage erörterte Pistoris weiter nicht. — In Bezug auf die äußere Form der Kopie sodann operierten Anklage und Verteidigung mit denselben Argumenten: wenn Pistoris behauptete, da das dreischildige Sekret nicht von derselben Hand verwahrt werde wie das Kanzleisiegel, so habe Pack dieselben zusammengebracht, um Philipp zu betrügen, so behauptete umgekehrt Pack: weil die Siegel nicht in einer Hand geruht hätten und doch an der Kopie gewesen, müsse diese echt sein und sei am wenigsten an eine Fälschung durch ihn zu denken, der keines der Siegel zur Zeit von Philipps Anwesenheit zu Dresden in Verwahr gehabt.² Bei der Anklage von Pistoris endlich, Pack habe gegen seine Mutter und Schwester ein großes Blutvergießen auf den Sommer vorhergesagt, wußte Pack geschickt die Waffe gegen Pistoris zu kehren, indem er ihm seine Äußerung vorhielt: er wolle um viel Geld wetten, „daß die Lutherische Ketzerei über ein Jahr oder zwei nicht werde bestehn; so wird sie gründlich ausgerodet werden.“³ Vergeblich suchte Pistoris dieselbe durch Unterlegung eines andern Sinnes abzuschwächen:⁴ Pack konnte sich auf „Leute, die in dieser Stuben sind,“ berufen, „die die Wort anders von ihm gehört.“⁵ Wie wir wissen, waren Philipp selbst ganz ähnliche Äußerungen von katholischer Seite bekannt.⁶

Diesen Punkt werden wir also einer dritten Gruppe von Ergebnissen beifügen, welche in Philipps Urteil günstig für Pack erscheinen mußten. Dahin gehört es, wenn Pistoris Packs Reise nach Polen unter den Gründen mitaufzählte, daß Philipp ihm in der Bündnisangelegenheit nicht glauben dürfe.⁷ Philipp selbst hatte schon die Berechtigung dieser Sendung nachgewiesen,⁸ und Pack berief sich einfach darauf, daß über diese ganze Angelegenheit „s. F. G. zuvor durch ein klar lauter Schrift ein hellen Bericht habe, und ist ohne Not, hier wiederum davon zu disputieren.“⁹ Hierhin mag auch die sehr geschickte

¹ id. 96. 103. ² id. 113. 120. Vgl. Exkurs I. ³ id. 97. 104. ⁴ id. 111.

⁵ id. 119. ⁶ Vgl. Kap. I. ⁷ Hoffmann I, 94. (vgl. dazu 88.) 111.

⁸ Vgl. oben p. 95 f. Rätselhaft ist, daß Pistoris sich darüber aus Philipps Korrespondenz mit Georg nicht unterrichtet zeigt.

⁹ Hoffmann I, 118. Pistoris hatte Pack (ibid. 95) vorgeworfen, er habe sich dabei in Breslau einer Instruktion Herzog Georgs von Sachsen gerühmt; dasselbe hatte er darauf (ibid. 111) aus einem Brief des Truchseß Wilhelm wiederholt.

Ausdeutung zu ziehen sein, durch welche Pack den kompromittierenden Brief an Pistoris vom 18. Mai (vgl. oben p. 70) als ganz in Philipps Dienst und Interesse geschrieben hinstellt. Philipp habe ihm geboten, „daß ich meiner Person verhüten sollt, damit ich nit verhindert, E. F. G. das Original zu behändigen.“ Da Pack nun auf der Rückreise von Ungarn nach Hessen erfahren, daß der Handel offenbar geworden, und er befürchtet, daß man in Dresden wegen Vermissens der Kopie „den Verdacht auf mich werfe, und mir also der Weg verschlossen würde, gegen Dresden zu reiten und E. F. G. das Original zu holen“: so habe er, damit „der Kanzler nit glauben sollt, daß ich der Sachen verwandt“, ihm jenen Brief geschrieben, keiner anderen Meinung als „daß ich das Original holen und E. F. G. liefern möcht.“ Also allein, weil er Philipps „Sachen gerne zum besten wollt wenden“, habe er „ein anderes von sich reden oder schreiben müssen, als das er im Herzen gehabt.“¹ — Sehr treffend vor allem aber führte Pack als Grund für die Wahrheit seiner Angaben auf: die verschiedenen Tageleistungen der katholischen Partei zu Jüterbock, Zerbst, Dessau, über deren Verhandlungen und nähere Umstände er eingehend referierte; sie alle gingen darauf aus, die Lutherische Ketzerei zu vertilgen. Pack berief sich dafür auf die „Instruktionen, Abschied und gestellte Brief“ jener Tage: „daraus wird man finden, daß der Artikul etzliche und zum Teil die in dem Verbündnis verleibt, vormals sind auf angezeigten Tagen beratschlagt worden.“ Es sei daher eher zu vermuten, „daß der Kontrakt daher geflossen, da er zuvor mannigfaltig beratschlagt“, als von ihm erdichtet sei.² Pistoris verstärkte nur die Kraft dieser Einwendung, wenn er anführte, daß Pack auf jenen Tagen persönlich zugegen gewesen sei und durch seine jetzigen Angaben wider Eid und Pflicht handle.³

Darauf gab Pack p. 118 zu, daß ihn ein früherer Bekannter allerdings vielleicht für einen Gesandten Georgs gehalten haben möge; „das ich mir aber oder yrgend einen Menschen solt ein instruktion von Herzog Georgen zu Sachsen geweist ader angezeigt haben, das wirt kein Biedermann von mir in Wahrheit sagen können.“ Die Exklamationen von Ehse (p. 152): „Wie schlaue! Wie sollte er auch eine Instruktion vorzeigen, die er nicht besaß. Pack scheint kein übler Advokat gewesen zu sein“ — sind also durchaus nicht zutreffend.

¹ Der von Ehse (p. 154) angemerkte chronologische Verstoß (am 17. Mai erst hatte Philipp das Bündnis an Georg gesandt: am 18. konnte also Pack noch nicht davon Kunde haben, daß Philipp den Handel an Tag gegeben) scheint bei der Verhandlung nicht aufgefallen zu sein. Wir sehen dies daraus, daß Pistoris, dem die beiden Daten doch sicherlich am geläufigsten waren, in seiner Erwiderung an diesem Fehler keinen Anstoß nimmt. Um so weniger wird Philipp den Widerspruch gegen ein weiter nicht betontes Datum eines vor drei Tagen mit einer Anzahl anderer verlesenen Schriftstückes bemerkt haben.

² Hoffmann I, 106 f.

³ id. 115.

Wenn er ferner Packs Angaben über die gepflogenen Verhandlungen nichts entgegenzusetzen wußte, als: die Geschickten trügen keinen Zweifel, daß die Fürsten des nicht Scheu hätten und „sonder Zweifel den Geschickten klaren Befehl und Bericht gethan haben,“ woraus sich kein Wort unfreundlichen Willens erfinden werde¹ — so bemerkte Pack: wenn die Fürsten sich der Handlung nicht schämten, „so bitt ich nit mehr, denn daß dieselbige Handel exhibiert und vorgelegt“ würden, worauf er es Unparteiischen überlassen wolle, über seine Angaben zu urteilen.² Pistoris' Antwort:³ es sei ohne Not, die Handlung „um eines solchen Mannes willen“ vorzulegen, schwächte ebenfalls die Kraft der Angaben nicht ab.

Die Gesandten hielten Pack am Schluß der Diskussion des zweiten Tages der Fälschung überführt. Da hierdurch „ein merkliche Empörung und Versammlung vieles Kriegsvolks“ verursacht, und somit zur Fälschung das *crimen laesae maiestatis* komme, so fordere das Recht keinen weitläufigen Prozeß: man möge sofort zur peinlichen Frage schreiten.⁴ Pack bat dagegen, man solle dem nicht nachgeben: weder des Falsches noch der *laesa maiestas* sei er überwunden. Zur Erprobung der Wahrheit erbiere er sich der peinlichen Frage, wenn man derselben zugleich Pistoris unterwerfe, der, wie er wisse, „des Handels guten Bericht und Wissenschaft habe.“⁵ Pistoris lehnte dies ab,⁶ „dieweil es ein ungehört Suchen, daß man einen unbeschuldenen Mann . . . sollt neben einen solchen berüchtigen und aus seinen eigenen Briefen und Siegel überwundenen“ in die peinliche Frage bringen.⁷ Er erneuerte daher seine Forderung, ebenso wie Pack auf seiner Antwort beharrte.⁸

Ein Abschied war es, kein Urteil, wie Ehses (p. 168. u. a.) sagt, mit dem Philipp die Verhandlungen schloß. Sowenig er den Tag als Gerichtstag über Pack anberaumt, sowenig konnte er natürlich ein Urteil fällen.

Vergegenwärtigen wir uns die Ergebnisse der Diskussionen, so ist unzweifelhaft, daß dieselben bei Philipp jedes Vertrauen auf Pack erschüttern mußten. Nun aber hatte Philipp diesem, 1) um ihn zu sich zu bringen, seine Handschrift gegeben, er solle sich nichts arges

¹ id. 114. ² id. 122. ³ id. 127. ⁴ id. 116. ⁵ id. 123.

⁶ Bereits am 17. Juli hatte Georg dies geboten, als ihm sein Diener Kneuffel, aus Kassel gekommen, mitgeteilt: dort sei das Gerücht, Pack lasse sich hören, man solle den Kanzler „zu ihme setzen und ynen einen tzwang um den andern thun; man wurd wol finden, wy es gestalt umb die Bundniß habe.“ Georg an seine Räte in Kassel. (Ungedr.)

⁷ Hoffmann I, 128. ⁸ id. 128. 129.

zu versehen haben.¹ Es erhob sich darum für ihn die Frage, wie er sich mit diesem Versprechen zu der Forderung der Räte zu stellen habe, ob deren Forderung auf peinliche Befragung danach für ihn zulässig sei? Hierüber zu entscheiden konnte natürlich Philipp nicht sich selbst als kompetent ansehen. 2) hatte er Pack zugesichert, „ihn wider Recht nit beschweren zu lassen.“

Aus diesen beiden Motiven ergibt sich von selbst der Inhalt des Abschieds:

1) Philipp will über das Vortragen beider Teile sich „mit allem Fleiß bei gelehrten und ehrbaren Leuten belehren,“ und was sich daraus als recht und billig ergeben wird, „hiernach zu bequemer fürderlicher Zeit vernehmen lassen.“

2) Da die gegenwärtige Handlung „in Form der Rechten nicht ergangen,“ so erbot sich Philipp, „itzt alsbald Rechtstage, wie sich gebührt, zu ernennen,“ damit die Handlung „formblich und den Rechten gemäß angestellt und vollführt werden möcht.“ Und zwar wollte hierbei nicht Philipp Richter sein, sondern „ein Gericht mit verständigen, ehrbaren Personen stattlich besorgen, dieselbigen auch hierzu einen sonderlichen Eid: nach ihrem Gewissen und besten Verstande Recht zu sprechen, schwören lassen.“ Diese, denen auf Wunsch der Gesandten auch noch von den unbeteiligten Kurtrier und Kurpfalz, sowie von den Städten Nürnberg und Straßburg je zwei Beisitzer zugesellt werden möchten, sollten dann

1) entscheiden, ob Philipp die peinliche Frage zugestehen dürfe;

2) über die Anklage der Fälschung, der *laesa maiestas* „und was dem Anhang oder was dazu dienet — was recht ist, ergehen lassen.“²

¹ schreibt Philipp an Elisabeth o. J. (1529). (Ungedr.) Vgl. Schomburgk 196 und A. 3.

² „Abschiedt“ bei Hoffmann I, 129. — Das oben p. 113 A. 2 und p. 116 A. 4 gezeigte totale Mißverstehen des Zweckes der Kasseler Verhandlungen bei E. verschuldet es, wenn E. p. 141 die einzig mögliche Form von Philipps Rechtfertigung, die Erbringung von Packs Zeugnis (s. o. 116) als „die baarste Komödie,“ oder als „eine Beweisform, die er mit bewundernswerter Unerschrockenheit logischer Schlußfolgerung den staunenden Gesandten vor Augen führte“ — ausgiebt. Die unbegreifliche Entstellung von Philipps Abschied durch E. braucht nach dem obigen Text nur niedriger gehängt zu werden. E. belehrt uns darüber: es „entschied Philipp als Richter, der Beweis der Fälschung sei nicht erbracht, und ein Grund, gegen Pack mit weiterer Untersuchung vorzugehen, sei nicht vorhanden“ —! (p. 108.) Nun führt allerdings E. aus einem ungedr. Brief Philipps bei Clarmann (fol. 273—275) angeblich als Worte Philipps an: „er selbst habe als zuständiger Richter . . . gegen Pack vor Zeugen eine regelrechte Untersuchung angestellt und ein Urteil gesprochen;“ er könne „seinen Urteilsspruch keiner weitem Zensur unterwerfen . . .“ ja er habe

Die Räte erhoben gegen diesen Abschied den Einwurf: Philipp habe „der vorgewandten Bitt (betr. der peinlichen Frage) nit stattgegeben“ und bedeuteten ihm, daß der Kaiser und andere „an dieser Weigerung“ kein Gefallen tragen würden; — eine Einwendung, die sich nach dem klaren Inhalt des Abschieds völlig unbegründet zeigt.¹

Philipp präziserte in seiner Antwort denn nochmals den erlassenen Abschied: „daraus (wird) noch zur Zeit nit befunden, daß sein F. G. die (begehrte peinliche Frage) geweigert, sondern darauf Bedenken angenommen hat, sich zu belehren und zu bequemerlicher fürderlicher Zeit Bescheid zu geben“. Ferner sei der Tag nur benannt, um Pack vorzustellen: die Forderung auf peinliche Befragung habe sich „in solcher Handlung außerhalb Rechts zugetragen“, Philipp aber dürfe Pack nicht wider Recht beschweren. „Was nun mit Recht vorgenommen, das seiner F. G. zu leisten gehörte,“ des würde Philipp nicht Mangel stehen.²

Aufs neue bekundeten die Gesandten in jener Antwort, daß sie „wohl gehört, daß dieser Mann (Pack) und nit E. F. G. des erdichten Bündnis Angeber“, was sie nochmals versprachen ihren Herren mitzuteilen. Der Landgraf zeigte sich darüber sehr erfreut: „des bedancken sich sein F. G. günstiglich und gnädiglich“.

Soviel an ihm lag, suchte Philipp den Kasseler Abschied durchzuführen.

1) erholte er sich Belehrung bei der Juristenfakultät zu Wittenberg, welche die peinliche Frage für „ungerichtlich oder voreilig“, die remissio für unbillig, das crimen laesae maiestatis für noch nicht vorhanden erachtete und ein neues Verhör von einer neuen Anklage abhängig machte.³

2) Auch den verheißenen Rechtstag suchte er zu bestellen. Dies

(E. 138) „die Forderung einer weitem Untersuchung für eine Beleidigung seiner Person erklärt.“ Wie wir E. bereits kennen, wird es nicht befremden, daß von alledem in dem betr. Briefe kein Wort steht. Vielmehr sagt Philipp darin genau dasselbe wie zu Kassel, daß „der Mann, nemlich Doctor Ott von Pack . . zu Cassel furgestellt ist worden.“ Auf die Forderung der Gesandten habe Philipp sich „desmals mit antwort vernemen lassen, wie Ir ab hier inliegender abschrift solchs unsers gegeben Abschieds aigentlich zu vernemen haben;“ er hoffe daß „solch unser erpieten in solchem Abschiede verleipt, den Rechten gemeß“ sei. „Und wollen uns demnach, ob got will, hierin dermaßen zu erzaigen und zu halten wissen, das es uns, als einem gleichen Richter und Fursten des Reichs bei euch u. menniglich pillig, unverweyßlich sein soll.“ — Also wiederum das Gegenteil des von E. angegebenen Inhalts!

¹ Antwort der Räte Hoffmann I, 130 f. ² l. c. 131 f.

³ Rommel, Philipp II, 208. I, 231.

aber scheiterte an der Uneinigkeit, welche sich über die Form des Gerichts zwischen Herzog Georg und Markgraf Joachim untereinander erhob. Elf Monate vergingen, ohne daß ein Einverständnis erreicht worden wäre. Man begreift es, daß nunmehr Philipp, müde der immer erneuten Vorschläge und Gegenvorschläge, zu dem Entschluß kam, sich weiter mit einer Sache nicht zu befassen, die kein Resultat absehen ließ. So entließ er Pack (17. Juni 1529),¹ indem er ihm sein Land verbot,² jedoch das Versprechen abnahm, sich wieder zu stellen, wenn dies Philipp erheische.³ „Hätte er Pack noch gehalten,“ schrieb Philipp darüber an seine Schwester Elisabeth,⁴ „so würde das bei Georg und Joachim nur mehr Unwillen gebracht haben, oder man hätte geargwöhnt, er halte Pack bei sich, weil er dessen Aussagen fürchte“.

Durch diese Entlassung Packs gab der Landgraf die volle und klare Bestätigung seiner eigenen Schuldlosigkeit.⁵

¹ S. p. 136 A. 8.

² Philipp an Elisabeth, Dornst. Ulrici 1529 (8. Juli) in beigelegtem „Zeddel.“ (Ungedr.)

³ Elisabeth an Philipp. 1529, o. D. (Ungedr.)

⁴ Philipp an Elisabeth, Dornst. Ulrici 1529.

⁵ Alles genauere hierüber s. Exkurs I. — Nach Abschluß der vorliegenden Arbeit wurde ich auf Kawerau's Recension des Ehses'schen Buches (N. Arch. f. Sächs. Gesch. IV, 1883 p. 160 ff.) aufmerksam gemacht, die ich mit vieler Freude gelesen habe. Treffend weist K. auf die unkünstlerische Form der E.'schen Darstellung, auf die Vernachlässigung des archivalischen Materials hin; vor allem gereicht es mir zur Genugthuung, daß auch K. die Schuldfreiheit Philipps von Hessen behauptet. In Bezug auf die Kasseler Verhandlungen hoffe ich nach meiner obigen Darlegung Kawerau's Einverständnis dafür zu erlangen, daß Philipp weder „in auffallender Weise als Schiedsrichter über Pack seine schützende Hand hielt,“ noch „eine ernsthafte gerichtliche Untersuchung hintertrieb“ (Kaw. 165), sowie auch daß es keineswegs „für Philipp gravierend scheint,“ wenn er sich Packs „Auslieferung nach Sachsen widersetzte.“

Exkurse.

I.

Die intellektuelle Urheberschaft Philipps von Hessen an Packs Erdichtung.

Nachdem sich Ehses für die Unechtheit der angeblichen Kopie entschieden, fährt er fort: „Eine andere Frage ist es nun, ob Pack dabei ganz aus eigenem Antriebe gehandelt, oder ob er sein Machwerk unter irgend einem fremden Einfluß, vielleicht unter einem gewissen Zwange geschmiedet hat“. Ehses gelangt zu dem Resultat, daß das letztere der Fall gewesen, daß Landgraf Philipp einen solchen Zwang ausgeübt habe: dieser sei und bleibe daher „der intellektuelle Urheber der Fälschung“ (p. 3. 5).

1. Der Hauptgrund, den E. gleich hier angiebt, zugleich die Basis, auf der alle seine Ausführungen ruhen, die er immer wieder für deren Richtigkeit anführt,¹ ist: Philipp habe sich durch jene Fälschung ein Mittel „zur Erreichung politischer Absichten zu verschaffen“ gesucht.

Man kann E. zugeben, daß die Gegensätze der religiösen Parteien in Deutschland „über kurz oder lang eine ernste Auseinandersetzung“ mit Waffengewalt bedingten; ebenso daß hiezu der gegenwärtige Moment für die evangelische Partei die günstigsten Aussichten bot (E. p. 6). Auch daß „der Landgraf Philipp seit dem Tode Friedrichs des Weisen von Sachsen für die Partei der Neuerung so recht das treibende, vorwärtsdrängende Element“ war (E. p. 20), soll nicht bestritten werden. Beweise aber verlangt man, wenn E. weiter behauptet: Philipp „für seine Person hätte nicht das geringste Bedenken getragen, zu jeder Zeit, auch ohne äußern Anlaß gegen die katholischen Fürsten den Angriff zu eröffnen“, weil die Gegner gewiß einmal auf Grund des Wormser Edikts gegen die Neuerung einschreiten würden. Beweise auch verlangt man, wenn E. (l. c.) ferner sagt: „Für

¹ pp. 6. 21 ff. 24. 26. 44. 55. 72. 136. 188. 215. 226 f.

ihn beruhte demnach die Notwendigkeit eines Krieges durchaus nicht auf der Frage, ob gerade jetzt von den katholischen Fürsten ein Plan gefaßt und ein Bündnis geschlossen sei, mit Gewalt gegen die Protestanten vorzugehen; ihm blieb diese Notwendigkeit ganz die gleiche, selbst wenn er versichert war, daß in diesem Augenblicke kein Mensch im katholischen Lager dergleichen Gedanken hegte;“ um aber seine loyaler denkenden evangelischen Mitstände zu seinen Plänen fortzureißen, „bedurfte der Landgraf eines solchen greifbaren Anlasses, wie ihn die Aussagen Packs und das angebliche Breslauer Bündnis boten“ (E. 21. 22).

Da wir bisher in Philipps politischen Plänen von dergleichen aggressiven Absichten nichts gemerkt haben (vgl. oben p. 30—31), so dürfen wir auf Ehses' Beweise gespannt sein.

Einen direkten Beweis aus Philipps „eigenen Worten“ versucht E. an zwei Stellen.

Zunächst findet er einen solchen in der Entgegnung Philipps auf Luthers erstes Gutachten, deren Inhalt E. p. 45—46 folgendermaßen angiebt:

1. „Wenn Philipp immer wiederholte, die Thatsache des Breslauer Bündnisses berechtere die evangelischen Fürsten zu sofortigem Angriffe, so hatten die Ausführungen Luthers dem Kurfürsten die Antwort darauf sehr leicht gemacht,“ zumal noch immer kein Original vorlag. „Da er aber immer nur sein früheres Versprechen (betr. des Originals) erneuerte und obendrein den Kurfürsten beschuldigte, durch seine frühere Verweigerung einer kleinen Geldzahlung an Pack die Verzögerung verursacht zu haben,“ so redete er dem Kurfürsten seine Zweifel nicht aus.

2. „Man war auf protestantischer Seite in die umfassendsten Rüstungen eingetreten, man hatte die gesamte Partei zu entscheidenden Kämpfen aufgeboten und die katholischen Fürsten in Unruhe und Spannung versetzt. Was mußte die Folge sein, wenn man jetzt plötzlich zurücktrat und die bereits in Ausführung begriffenen Pläne wieder fallen ließ? Welcher Anhänger der neuen Lehre könnte dann für die Zukunft noch Vertrauen auf die Führung der evangelischen Fürsten haben, die sich beim ersten Versuche, den Kampf zu wagen, da der gewisse Sieg vor Augen lag, so mutlos und untüchtig zeigten.“

3. „Auf der andern Seite wird die ganze Partei der Evangelischen der Verachtung und dem Gelächter der Katholiken anheimfallen; keine Furcht wird dieselben fernerhin von der Vergewaltigung des Evangeliums abhalten, da die Partei durch ihre Unentschlossenheit selbst an den Tag legt, wie wenig Widerstand von ihr im Falle eines ernstlichen Zusammentreffens zu erwarten ist.“

In der That, wenn Philipp das schrieb, so hat E. Recht, wenn er fortfährt: „So argumentierte Philipp und ahnte dabei vielleicht nicht, wie sehr er seine wahren Absichten verriet. Denn wenn..

1. „bloß das angebliche Breslauer Bündnis die Ursache seiner Rüstungen war, so läßt sich nicht absehen, in wie fern es für die Evangelischen schimpflich sein konnte, die Waffen niederzulegen, wenn etwa die Anklage sich als falsch erweisen sollte. Und wenn man

2. „den katholischen Fürsten bloß deshalb mit Krieg gedroht hatte, weil man von einer angeblichen Verschwörung derselben Kunde erhielt, so hatten diese gewiß keinen Grund, ihre Gegner übermütig und gering-schätzig zu behandeln, wenn dieselben die Lügenhaftigkeit der Beschuldigungen einsahen und sich beruhigten.“

Daraus folgert E.: „Philipp wollte einen Krieg, einen Entscheidungskampf, und das angebliche Bündnis der Katholiken hatte ihm nur als Mittel dienen sollen, um seine evangelischen Mitstände zur Teilnahme an demselben zu nötigen“.

Wie man sieht, ist nunmehr Ehses' Beweis wunderbar abgeschlossen. Aus Philipps eigenen Worten geht ja hier hervor, daß das Bündnis dem Landgrafen nur ein Mittel war, seine Parteigenossen für seine Pläne zu gewinnen, und der Verdacht liegt damit nahe, daß er selbst die Fälschung beeinflußt habe. Aber leider ist der Brief, die Grundlage aller dieser Behauptungen, eine Erfindung von Ehses, die er aus einer kurzen Notiz bei Seckendorf, einer solchen bei Ranke, einem Brief Melanchthons und eigenen Zuthaten kunstvoll zusammendichtet. Die wirkliche Entgegnung kannte Ehses gar nicht. Wir haben den Inhalt derselben oben (p. 54—55) mitgeteilt. Es ergibt sich aus demselben, daß nur Punkt 1 des von E. angegebenen Inhalts in der Entgegnung vorkommt.¹ Von den von E. angegebenen gravierenden Momenten findet sich keine Spur. —

Dasselbe gilt von dem zweiten Beweisversuche, den E. unternimmt. Er verwertet dazu Philipps Antwort auf den Vermittlungsvorschlag von Trier und Pfalz vom 16. Mai.²

Aus diesem Brief folgt für E. (p. 55 f.) zunächst: „Philipp wollte die Friedensvermittlung der beiden Kurfürsten nicht, weil er den Frieden selbst nicht wollte“. E. versucht dies also zu beweisen: Philipp erkläre in seiner Antwort „offen und schlechthin, er könne den Tag (zu Gelnhausen) nicht besuchen. Als Grund führte er an, er habe eben bevollmächtigte Räte nach Würzburg geschickt und könne nicht hinter deren Rücken in gesonderte Verhandlungen treten, ebenso-

¹ u. auch dieser zur Hälfte in einem gleichz. Schreiben an Johann.

² Ich verweise für das folgende auf den Abdruck des Briefes, Beil. I.

wenig wegen der Kürze der Zeit dieselben von der veränderten Sachlage benachrichtigen. Der Grund ist offenbar gesucht und keineswegs hinreichend, um das Fernbleiben von Gelnhausen zu erklären“.

Der von E. angeführte Grund würde allerdings „offenbar gesucht und keineswegs hinreichend“ sein. Dafür ist aber auch dieser Grund vollständig von Ehses erfunden. Philipps Brief enthält davon kein Wort. Philipp sagt darin, daß er „und andere auch unsere Räte itzo beim Bischofe von Wirtzburgk haben“, um Frieden zu erlangen, und fährt fort: da die Kurfürsten wüßten, daß „solchs ein Sach, die andere mitbetrifft, hinter denen wir nichts willigen können, und dann solch Zeit zu kurz ist, sie dieses e. l. Erbietens und gutlichen Furehnehmens zu verständigen“, so bitte er, „e. l. mogen uf den Sonntag Exaudi zu uns und andern, so bei uns sein werden, gein Schmalkalden schicken“. Daß unter diesen „andern“, welche zugleich mit Philipp ihre Räte in Würzburg hatten, nur Kurfürst Johann verstanden sein kann, sollte auch Ehses klar sein. Nicht ohne die nach Würzburg gesandten Räte, sondern ohne den Kurfürsten, erklärte also Philipp; könne er nicht nach Gelnhausen kommen. Und dieser Grund ist allerdings „hinreichend, um das Fernbleiben von Gelnhausen zu erklären“, weil Schmalkalden, welches Philipp statt Gelnhausen vorschlug, für Johann sowohl von Arnstadt aus, wo er seine Truppen aufgestellt, als von Weimar näher lag. Die Vermittlung selbst aber war dem Landgrafen durchaus nicht, wie E. meint, „ungelegen“: er betont vielmehr, daß er „e. l. gern der Unterhandlung gestatten“ wolle und schlägt als Tag statt des 25. Mai schon den 24. vor.

Nach E. geht aus diesem Brief zweitens hervor: „Was Philipp wünschte, war ein offener Bruch mit den katholischen Fürsten und eine definitive Entscheidung zwischen den beiden Parteien“. Das würde wiederum Ehses' Beweis (s. p. 128) vortrefflich abschließen. Die Begründung für seine Behauptung findet E. in „Philipps eigenem Schreiben: Die Dinge sind, so schreibt er, nach Gottes Willen so weit gekommen, daß auf einem oder anderm Wege in diesem Thun ein beständiger, gegründeter Friede soll und muß gesucht werden, wo anders nicht das ganze Reich in Zerrüttung und endlich Verderben kommen soll.“

Es folgt aber in Philipps Brief noch ein Nachsatz, den Ehses verschweigt, der aber geeignet ist, die ganze Sache in ein anderes Licht zu setzen: — „darauf wir und andere auch unsere Räte itzo beim Bischofe von Wirtzburgk haben, und den Frieden, wo er uns auf gleiche, billige Wege, wie ihm furgehalten, entstehn moge, gern annehmen wollen“. Aus der Stelle geht nunmehr hervor, daß Philipp

weder einen „offenen Bruch mit den katholischen Fürsten“, noch „eine definitive Entscheidung zwischen den beiden Parteien“ wünschte, sondern einen begründeten Frieden, und zwar, wie der Nachsatz zweifellos ergibt, durch die damals währenden Verhandlungen mit den Bischöfen, daß also die Dinge, von denen Philipp „Zerrüttung und endlich Verderben für das ganze Reich“ befürchtete, einzig und allein die vermeintlichen Anschläge der Gegenpartei waren.

Drittens endlich liest E. aus Philipps Worten: „eine gründliche Klärung der Situation strebte Philipp herbeizuführen, die ihm und seinen Parteigenossen für alle Zukunft eine feste Grundlage schaffen sollte. Und dabei legte er für seine Person gar kein Gewicht auf das Breslauer Bündnis; er wußte nur zu gut, daß es eine Chimäre war“. Steht dies in Philipps Schreiben, so ist der Verdacht, daß er selbst die Fälschung für seine Zwecke veranlaßt habe, allerdings berechtigt. E. zitiert für seine Behauptung folgende Stelle: „Und damit E. L. nicht denken dürfen, solches genug sein, daß die genannten Bischöfe sagen wollen, daß sie sich der Ursachen, wie E. L. wissen, unschuldig und frei wissen, so geben E. L. wir freundlich zu verstehen, daß in (diesen)¹ Sachen so viel Wege und Handlung vorgefallen, daß sie mit solchem Neinsagen nicht werden bestehen können, und mögen (will Gott) die Sachen zu ihrer Zeit klar dargethan werden.“

Nun reißt aber Ehse die Stelle aus ihrem Zusammenhange. Gerade vorher verspricht Philipp, er wolle den Vermittlern „gern der Güte verfolgen, wo der Sachen der gutlichen Hinlegung dermas furgenommen mogen werden, daß es ohn langen Aufhalt und großen Schaden geschehen und der Fried zu beständigem Grund und Bestand verteidigt werden möge“; dies aber müsse geschehen mit „Versicherung und ohne unsern Schaden“; im Anschluß daran fährt er an unserer Stelle fort: bloßes Leugnen genüge nicht; zur Begründung weist dann Philipp auf die „in (diesen) Sachen vorgefallenen Wege und Handlungen“ hin; diese Sachen würden ihrer Zeit bekanntgegeben werden.²

¹ „diesen“ fehlt in Clarmanns Kopie, aber offenbar aus Versehen: auch Ehse p. 55 setzt es.

² Ergänzen wir auch hier den von Ehse vergessenen Nachsatz zu der von ihm zitierten Stelle aus Philipps Brief: — „dargethan werden, wie wir dann der Kays. Maj. furderlich auch wollen berichten lassen, der undterthenigen Zuversicht, sein Keys. Majestät werden gegen unß dieses Furnemens und Fridsuchens halben keyn Ungnade schopfen“ — so wird sofort der genaue Parallelismus der ganzen Stelle mit Philipps offerwähnter Entgegnung vom 11. April klar: — so begeren wir nicht anderst, so sie uns friedde haben laszen wolten und ihres vornemens

Dieser Zusammenhang ergibt in allen Punkten nun wieder das Gegenteil der E.'schen Behauptungen. Eben weil Philipp das Bündnis nicht für „eine Chimäre“ hielt, sondern Schutz dagegen durch Versicherung und Schadenersatz verlangte, war er — wie er ausdrücklich erklärt — mit bloßem Leugnen nicht zufrieden. Nicht auf „eine gründliche Klärung der Situation“ zeigt sich Philipp bedacht, sondern er sagt mit klaren Worten, er wolle den Vermittlern „gern der Güte verfolgen“, wenn er nur Sicherung vor dem Bündnis erhalte. Daß er sich mit bloßem Leugnen nicht zufrieden geben könne, begründet Philipp mit ebenso klaren Worten durch die Handlungen der Gegner, die sein Ausschreiben bekanntgeben werde — also ebenfalls durch das von ihm fest geglaubte Bündnis der Gegner. —

Überall also das Gegenteil der von Ehses immer wiederholten Behauptung, daß Philipp sich durch jene Fälschung ein Mittel „zur Erreichung politischer Absichten zu verschaffen gesucht“!

2. „Um die Frage nach der Beteiligung des Landgrafen an dem Betrüge zu entscheiden,“ bespricht Ehses eingehend (p. 111—170) die Kopie, den Briefwechsel Philipps mit den katholischen Fürsten und die Verhandlungen von Kassel.

Bezüglich der Kopie will E. (p. 112—118) untersuchen, „ob etwa deren Unechtheit so deutlich und leicht erkennbar ist, daß auch der Landgraf sie hätte herausfinden müssen,“ falls Pack die Kopie „ohne Zwang oder Nötigung von Seiten des Landgrafen verfaßt oder vorgelegt hätte“.

Zu diesem Zweck geht E. zunächst die von Herzog Georg in seiner Polemik gegen Luther¹ hervorgehobenen Verstöße gegen Kanzleiformen und Titulaturen durch, findet jedoch, „daß dem Landgrafen, die Redlichkeit seiner Absichten vorausgesetzt, diese Anomalien der Form selbst bei nicht allzu oberflächlicher Prüfung entgehen konnten“. Ebenso will er noch den Umstand, daß der Landgraf die falsche Angabe der Kopie über die Lehnsgängigkeit von Starkow und Beeskow nicht gemerkt haben solle, auf dessen persönliche Unkenntnis setzen. Daß aber Philipp die Echtheit der Urkunde behauptete, trotzdem darin „der Geschickten

abstehen und das gleublich versichern... Darzu so vermags auch (unser bundtnus zu Weymar) das wir k. m. dieszen unsern handel anzeigen sollen und uns alles gehorsams kegen ir may. erbitten. Dorausz ist not zuspuren, das unser gemut zu ufrur nicht gneigt ist, sonder zu allem gehorsam. Auch ist unser meynung in gemeines außschreiben zu thun und unß ihres furnehmens zu beklagen.“ (Burkhardt, Pack'sche H. 589. Kolde, Anal. 103 f.)

¹ Vgl. Exkurs II.

keiner namhaftig gemacht ist“, zwingt E. „mit fast unerbittlicher Notwendigkeit (!) zu der Deutung, daß Philipp selbst dem Fälscher zu der angegebenen Stipulation des Vertrages die Hand geleitet habe“. — Hören wir Ehses' Begründung: „Wenn man bedenkt, daß sich die Kriegsrüstungen des Landgrafen ausschließlich gegen die angeblich durch eine Gesandtschaft vertretenen geistlichen Fürsten richteten . . . so ist wahrlich die Vermutung (!) nahe genug gelegt, daß dem Fälscher aufgegeben war, eben die geistlichen Fürsten mit in die Anklage zu verwickeln.“ Es ist nun gerade Ehses, der durch seine ganze Darstellung immer wieder darauf zurückkommt, daß Philipp einen Entscheidungskampf der Parteien gewollt und zu diesem Zweck in der Pack'schen Fälschung das Mittel gesucht habe. Noch am 16. Mai wollte nach E. der Landgraf „einen offenen Bruch mit den katholischen Fürsten und eine definitive Entscheidung zwischen den beiden Parteien“. Erst nach den „rückgängigen Schritten“ des sächsischen Kurfürsten läßt E. (p. 71 ff.) den Landgrafen seine Absichten lediglich gegen die Bischöfe wenden, um wenigstens Ersatz seiner Kosten zu erlangen. Unmöglich konnte das bei Herstellung der Fälschung nach Ehses' Darstellung geahnt werden. So ergibt sich also innerhalb der Ehses'schen Auseinandersetzungen die Thatsache, daß Landgraf Philipp Anfang Februar 1528 — in diese Zeit setzt E. die Kasseler Besprechung — für seine Handlungen durch Motive geleitet ward, die erst nach dem 16. Mai 1528 eintraten. — Verlassen wir den Kreis der Ehses'schen Behauptungen aber, so finden wir, daß außer Philipp auch eine ganze Reihe anderer Leute trotz jener Fehler die Urkunde für echt hielten, obwohl sie dieselbe Gelegenheit hatten, Form und Inhalt zu prüfen, wie Philipp. Weder nahm Kurfürst Johann daran Anstoß, obwohl er, um mit Ehses' eigenen Worten zu reden, „alt und bedächtig“ war, „nicht den Feuereifer des Landgrafen besaß und überhaupt seine Hoffnung viel mehr auf eine ruhige, gesetzmäßige Entwicklung, als auf eine gewaltsame Störung der Ordnung setzte“ (E. 23), noch — von Luther, Melanchthon,¹ Spalatin² nicht zu reden — die Regimentsräte zu Speier, welche, nachdem ihnen die Urkunde zugegangen war, sogleich die darin genannten Fürsten durch strenge Mandate zur Auflösung ihres Bündnisses aufforderten,³ — ohne daß E. darum den Vorwurf

¹ Vgl. über beide Exkurs II.

² Spalatin schrieb noch nach Packs Tode (Annales Reform. p. 102): „Der arme mann auch, Doctor Otto von Back, der solch Bundtnuß mochte deutscher Nation und gemeyner Christenheit zu gut gemeldet zeu großer Beschwerung, Endlich auch in Nyderlandt umb Leib und Leben kam.“

³ Clarmann fol. 98—100.

„einer verwerflichen Teilnahme an der Anstiftung des Betruges“ gegen die genannten erheben wird.

Nicht minder verrät nach E. die Klausel bezüglich der Reichsstädte, daß Philipp bei der Fälschung der Urkunde beteiligt war. E. findet, der Zweck dieser Klausel werde nur dann „klar, wenn wir uns an die Absicht des Landgrafen erinnern, den schwäbischen Bund durch Aufreizung der Reichsstädte lahm zu legen, wenn wir uns weiter an die Reise Philipps nach Nürnberg erinnern und an die Folgen, die sie nach sich zog“.

Vergegenwärtigen wir uns jedoch die ängstliche Zurückhaltung der Städte gegenüber den seitherigen Defensivbündnissen, so wird es klar, daß Philipp dieselben noch weniger bei weitergehenden Aggressivplänen in Anschlag bringen konnte, — selbst die unrichtige Voraussetzung von E. angenommen, daß Philipp solche Pläne gehabt. Thatsächlich nahm denn auch keine der süddeutschen Reichsstädte „thätigen Anteil“ (E. 58), außer Nürnberg, und wir haben gesehen (p. 39—42), daß E. auch Nürnbergs Teilnahme und den Erfolg von Philipps Reise weit übertrieben hat. Nur deshalb sah man sich genötigt, die Reichsstädte in Betracht zu ziehen, weil die Klausel in der Urkunde war; unmöglich aber konnte man nach dem vorangegangenen auf den Gedanken kommen, dieselbe ihretwegen hineinzufälschen.

Auch das der Kopie angehängte Siegel giebt Ehses zu interessanten Beobachtungen Anlaß. „In sichtliche Verlegenheit“, bemerkt er p. 123, „geriet Philipp durch den Vorwurf des Herzogs, wie er den Abdruck eines bloßen Rautenkranzes für Georgs geheimes Siegel habe halten können, und man weiß nicht recht, wie man seine Verantwortung in diesem Punkte deuten soll.“ Ehses' Vermutung geht dahin: „es war nicht schwer, sich nachträglich ein Siegel des Herzogs oder seiner Kanzlei genau anzusehen und mit dem Gepräge desselben das angebliche Kopiesiegel auszustatten“. Ja, Ehses' Vermutungen werden noch scharfsinniger: „Und da Pack, wie wir wissen, sich immer in der Umgebung des Landgrafen befand, liegt der Gedanke gar zu nahe, in dieser vervollständigten Beschreibung des Gepräges nachträgliche Ergänzungen zu sehen, die sich Philipp zur Erleichterung seiner Verantwortung gegen den Herzog von Pack erbat“.

Vergleicht man nun den Text der betr. Briefe bei Neudecker¹ und Ranke,² so sieht man sowohl aus Georgs „Vorwurf“, wie aus Philipps „Verantwortung“, daß dem Landgrafen das Geheimsiegel Georgs aus häufiger Anschauung zur Genüge bekannt war. „Denn es sollt E. L.

¹ Georgs Brief: Urk. 25 ff.

² Philipps Antwort: VI. 135 ff.

ye mein Sekret, auch Handring, damit ich selbst heimliche Briefe an Eure Lieb **offte** versiegelt, baß erkannt haben," schreibt Georg, und gerade weil er dies Siegel gekannt, hätte Philipp der Kopie, die ein anderes getragen, nicht glauben sollen. Und Philipp: „Wie auch e. l. schreibet, daß ich der Kopie nit hätt sollen Glauben geben, aus Ursachen, daß ich E. l. Sekret wohl künnte" — Wenn es also Philipp darauf ankam, „mit dem Gepräge (eines herzogl. Siegels) das angebliche Kopiesiegel auszustatten," so brauchte er sich wahrhaftig nicht „nachträglich ein Siegel des Herzogs oder seiner Kanzlei genau anzusehen", und noch weniger brauchte er sich „nachträgliche Ergänzungen" „zur Erleichterung seiner Verteidigung" von Pack zu erbitten.

Thatsächlich war aber das dreischildige Sekret das Handsiegel des Herzogs;¹ dieser selbst sagt auf Philipps Beschreibung desselben: „Das Sekret, davon E. L. schreibet" — und weiter: „und ob es wäre, daß dieselbe Kopien mit meinem eigen Handring bezeichnet wäre," so werde sich ein notorischer Dieb wie Pack auch solcher Schalkheit nicht geschämt haben; „denn E. L. wissen, wie man mit Abzeihung der Siegel von andern Briefen und in andre Wege wohl Weise finden mag, wer zur Bosheit Liebe hat".²

Unmöglich ist es schon hierdurch, daß Philipp, wie E. sagt, „nicht behauptete, je ein solches Siegel an einem Briefe des Herzogs gesehen zu haben". In der That behauptete denn auch Philipp das Gegenteil. Ausdrücklich sagt er von dem dreischildigen Sekret: „mich hat aber gedaucht, ich hab solch Siegel **mehr** an E. L. Briefen gesehen".

Die Gründe, welche E. „für die Beteiligung des Landgrafen an dem Betrüge" aus dem Briefwechsel mit den katholischen Fürsten ableitet, haben wir in Kap. VI zurückgewiesen. Ebenso haben wir bereits

¹ Zwar behauptet E., „daß es keineswegs das Petschaft des Herzogs, sondern nur ein zweites, seltener gebrauchtes und nur dem jeweilig ältesten Sekretär anvertrautes Kanzleisiegel war." Pistoris sagt jedoch (Hoffmann I, 113) ausdrücklich, „daß das Secret mit den dreien Schildern in der Canzley nit gebraucht, sondern es allein dem eltesten Secretario Eraßmo Fischer vertraut wirth." Daraus folgt, daß dies Sekret weder ein „zweites, seltener gebrauchtes," noch überhaupt ein „Kanzleisiegel" war (dieses letztere verwahrte der Kanzler, oder „der sein stat verweßeth." Hoffm. I, 110). — Am wenigsten aber folgt, wie E. will, aus dieser Stelle, daß jenes Sekret nicht „das Petschaft des Herzogs" gewesen. Selbst wenn man aber diese falsche Behauptung annähme, zerfielen Ehses' obige Folgerung doch sofort, weil Philipp direkt sagt, er kenne das dreischildige Sekret (vgl. o.).

² Brief bei Neudecker, Urk. 65 ff.

die gänzlich irrige Auffassung der Kasseler Verhandlungen bei E. und seine Entstellung des Kasseler Abschiedes erörtert.

3. Nach diesem Abschied „dachte, wie uns E. versichert,¹ erklärlicherweise keiner (der katholischen Fürsten) daran, von dem Anerbieten Gebrauch zu machen, das Philipp an seinen Bescheid geknüpft“. Ohne irgend einen positiven Anhaltspunkt zählt E. wieder eine ganze Reihe von Motiven her, welche die Fürsten bestimmt haben sollen, „die Sache auf sich beruhen“ zu lassen. „Nur mit dem Herzog Georg von Sachsen und mit dem schwäbischen Bunde, fährt E. fort, hatte Philipp . . noch eine hochgradige Differenz auszufechten.“ Als er dann beide „zum Schweigen gebracht“, „war Otto von Pack verloren“. Philipp entließ ihn, „sobald er diesen Erfolg erzielt hatte“.²

Zunächst ist zu bemerken, daß der Landgraf Pack keineswegs entließ, „sobald er diesen Erfolg erzielt hatte“. Der Endvertrag mit dem Bunde erfolgte am 30. Dezember 1528,³ die Aussöhnung mit Georg am 13. Februar 1529.⁴ Erst vier Monate später, am 17. Juni 1529 ward Pack entlassen.⁵ Schon diese Thatsache ist für Ehses' Resultat bedenklich genug.

Nun stellt sich aber nach dem vorhandenen archivalischen Material, um das sich E. nicht bemüht hat, die ganze Sache überhaupt anders dar. Die beteiligten Fürsten ließen die Sache keineswegs ruhen, sondern betrieben dieselbe mit großem Eifer weiter.⁶ Am 7. August 1528 schrieb Ferdinand schon an Georg:⁷ er werde sich dem Verlangen des schwäb. Bundes auf Auslieferung Packs anschließen, falls Georg nichts besseres vorschlage. Zwar stimmt Georg dem am 10. August⁸ bei, aber er drängt zugleich auf persönliche Besprechung in Bezug auf den vom Landgrafen zu haltenden Rechtstag; er verlangt für Kurfürst Joachim und sich Malstatt dazu; die Notdurft erfordere, den Handel nicht ruhen zu lassen; man müsse, helfe das genannte nicht, die Akten dem Kammergericht schicken, müsse dies ersuchen, dem Landgrafen durch ordentliche Mandate bei der Acht zu befehlen, den Pack frei mit der Schärfe angreifen zu lassen, oder ihn wohlbewahrt am Kammergericht zu stellen. — Bis zum Bundestag dauerte es bald Joachim und Georg zu lange: sie drängten Ferdinand vorwärts; „sie möchten sich gedulden,“

¹ p. 171.² p. 206.³ Vgl. Schomburgk p. 199.⁴ Vgl. u.⁵ Rommel II, 209. Schomburgk 200.⁶ Ebenso die Einbringung Wurisins. Derselbe war zu Sonnenwalde als Sekretär; Minkwitz lieferte ihn an Ferdinand nach Prag aus. (Ferd. an Georg 6. Sept.) Doch erklärte Wurisin, nichts von dem Bündnis zu wissen.⁷ Ungedr.⁸ Instruktion Georgs vom 10. Aug. 1528. (Ungedr.)

antwortete Ferdinand am 9. Oktober,¹ „er stehe in Unterhandlung, sich mit Philipp zu vertragen“. —

Als der Bundestag vorüber war (30. Dezember), ließ Georg wieder selbständig das Vorgehen zur Bestrafung Packs betreiben. Seine Gesandten, welche darüber mit Philipp verhandelten, berichten am 13. Februar 1529, daß derselbe die rechtliche Untersuchung zugestanden habe;² am selben Tage fand dann durch kurze Briefe die gänzliche Aussöhnung zwischen Philipp und Georg statt.³ — Nachdem aber so gemäß dem Kasseler Abschied Philipp den Rechtstag angesetzt, konnten Georg und Joachim mit einander nicht über den Modus des Verfahrens dabei zu einhelligem Beschluß kommen. Schon am 13. Februar hatte Georg seinen Räten bei Philipp geschrieben: der „Rechtfertigung“ halber wisse er noch nicht, welcher Gestalt sie vorzunehmen sei; dieselbe dürfe nicht nur auf Falsch oder Erdichtung angestellt werden.⁴ Am 18. April ließen Joachim und Georg durch die erwähnten Räte „peinlich Recht unvordinglich“ bei Philipp verlangen;⁵ am 29. Mai erklärte sich Joachim mit der Fassung einer weiteren Note an den Landgrafen einverstanden, verlangte aber, die Klage peinlich und nicht nur *de falso* anzustellen, sondern wegen *crimen laesae maiestatis* oder *super periurio*.⁶ Hiergegen erhob wieder Georg Bedenken; er schickte ein Gutachten seiner Juristen an Joachim, welche sich „noch täglich bekümmern und stehen in großem Zweifel“, da alle drei Punkte nicht die peinliche Frage erheischten.⁷ Das war am 8. Juni. Joachim und Georg ließen darauf die Rechtshandlung wegen Fälschung und Erdichtung des Bündnisses ablehnen.⁸ Man begreift es, daß nunmehr Philipp, überdrüssig der resultatlosen Vorschläge, Pack

¹ Ungedr.

² Phil. von Solms, Chr. v. Taubenheim, Sigmund v. Boineburg an Georg d. 13. Febr. 1529.

³ Georgs Billet bei Rommel II, 213, Philipps bei Schomburgk 199, A. 3.

⁴ Georg an die Räte d. 13. Febr. 1529. (Ungedr.)

⁵ (Pistoris) an dies. d. 18. April 1528. (Ungedr.)

⁶ Joachim an G. (Ungedr.)

⁷ In großem Zweifel stehe, „ob es für ein peincl. Falsch anzuziehen, weil weder Kopie noch Original, das gefälscht wäre, vorhanden; des *crimen laes. mai.* halben werde ihm begegnet, daß Pack während der Kriegsunruhen nicht beim Landgraf gewesen, das *periurium infid.* werde nur Lehensentziehung nach sich ziehen“ . . . Georg an Joachim 8. Juni 1529. Aus dem eigentlichen Gutachten giebt Schomburgk 200 A. 1 ein Excerpt. Dies Gutachten bezieht sich also keineswegs auf unzulängliche Zugeständnisse Philipps (Schomburgk l. c.), sondern auf nicht befriedigende Vorschläge Joachims.

⁸ Sigmund v. Boyneburg u. Solms an Bunau und Taubenheim d. 17. Juni 1529. (Ungedr.)

nach Empfang jenes Abschreibens frei gab (17. Juni¹). „Anders habe er nicht gekonnt,“ schrieb Philipp am 8. Juli an seine Schwester,² nachdem Georg und Joachim wegen der Erdichtung des Bündnisses Pack nicht mit Recht vorzunehmen geneigt . . .³

Die Behauptung von Ehses, daß keiner der katholischen Fürsten „daran dachte, von dem Anerbieten Gebrauch zu machen, das Philipp an seinen Bescheid geknüpft,“ ist also gänzlich erfunden; hinzuerfunden hat dann Ehses eine ganze Reihe von Motiven. Ebenso erfunden sind die Motive, welche er Philipp bei Packs Entlassung unterschiebt.⁴

Wie aber geschah diese Entlassung?

Sie konnte in Huld erfolgen unter Zusicherung eines anderweitigen Lebensunterhalts oder wenigstens unter Sicherstellung vor den Verfolgungen der katholischen Fürsten, und sie konnte geschehen in Ungnade und Zorn. Nach Ehses' ganzer Darstellung muß man den ersten Fall erwarten; unmöglich konnte Philipp, der, wie Ehses sagt (p. 106), „gewiß nicht wenig auf die Makellosigkeit seines guten Leumundes“ gab, den Mann, der seine Ehre vor Mit- und Nachwelt in Händen hatte, ohne weiteres in ein „beinahe unentrinnbares Verderben“ (E. 207) hinausstoßen und ihn so geradezu zwingen, zur eigenen Rechtfertigung den guten Leumund Philipps zu vernichten. Und was thut Philipp? „Um die Wahrheit zu sagen — ruft Ehses p. 173 aus — er hat ihn weniger entlassen, als fortgejagt . . Er entließ ihn in größter Armut und Dürftigkeit, wie einen Bettler, ohne Reisegeld, ohne irgend eine Anweisung für ein sicheres Unterkommen, er entließ ihn eben, um ihn los zu werden.“

Den schreienden Widerspruch dieser Thatsachen mit seinen gesamten Deduktionen merkt Ehses nicht entfernt: unbehindert ergießt er seine volle Entrüstung über ein solches Benehmen gegen den armen Pack.⁵

Wohin sich von nun an Pack wenden mochte, dahin folgten ihm Georgs und Joachims Nachstellungen. Nach allen Richtungen sandte Georg Botschaft, ihn gefangen zu nehmen. Zum Kurfürst von Sachsen,

¹ Vgl. dens. Brief. ² Phil. an Elisabeth Dornstag Ulrici 1529 (8. Juli).

³ Georg schrieb darüber an Joachim, Schellenb. 14. Sept. 1529: er wolle sich wegen der Loslassung Packs nicht in weitere Schriften einlassen, die nur Unwillen gebären würden, die Räte sollten eine Antwort geben, in der sie die Sache auf sich beruhen ließen.

⁴ Ebensowenig trifft Rommel das richtige Motiv der Freigebung Packs (I, 231): „weil ihn der Landgraf als ein Hindernis der Aussöhnung mit jenen Fürsten nicht länger beherbergen konnte.“

⁵ Ehses 173. 206 f. — Schon Planck (Prot. Lehrbegr. II, 428 u. A. 130) sieht mit Recht in dieser Entlassung Packs den sichern Beweis der Schuldlosigkeit Philipps.

nach Hamburg, Köln, Holstein, ja nach England und Dänemark: wo nur immer eine Spur von Pack aufzutauchen schien, folgten ihr Georgs und Joachims Boten oder Briefe.¹

Doch ward Pack erst 1536 zu Gravelingen in den Niederlanden gefangen genommen, und zwar nicht auf Georgs Nachstellungen, sondern mit Botschaftern des englischen Königs, die bei deutschen Fürsten gewesen und auf der Heimreise, als Kaufleute verkleidet, angehalten worden waren.² Auf dem Schlosse Vilvorde fand nach langen Bemühungen Georgs³ am 16. September das erste Verhör in dieser Sache statt, in dem Pack unter den Qualen der Folter die uns bekannten Aussagen machte.⁴ Infolge derselben wurde er nach zwei weitem Verhören durch Urteilsspruch der Königin Maria vom 8. Februar 1537 des *crimen falsi, seditionis et prodicionis* überführt erklärt und zum Tod durch Enthauptung verurteilt.⁵ Der Spruch wurde sofort vollzogen, der Körper gevierteilt und auf den Stadttoren ausgestellt.⁶

Die volle Nichtigkeit jenes Bekenntnisses in den wesentlichen Punkten haben wir bereits gezeigt.⁷ Als Lüge erwies sich jetzt auch der auf Wurisin bezügliche Teil der Aussage. Wurisin konnte klar erweisen, daß er am 15. Februar, wo er nach Packs Behauptung nachts zu Dresden jene Kopie geschrieben haben sollte,⁸ gar nicht in Dresden, sondern fern in der Lausitz gewesen.⁹

¹ Zahlreiche Briefe aus den Jahren 1529—1534.

² Dies schreibt Kurfürst Joachim II. an Georg d. d. Tangermünde 6. Mai 1536.

³ Über den Gang der Verhandlungen, für welche die interessanten Aufzeichnungen Joachims von der Heyden, des auch mit Joachims II. Kredenz versehenen Gesandten Georgs vorliegen, vgl. Schomburgk 201—203. Es fanden drei Verhöre statt: das erste (peinliche) am 16. Sept., das zweite am 22. Dez. 1536, das dritte im Januar 1537.

⁴ Abgedruckt bei Gudenus IV, 636—639.

⁵ Urteil bei Gropp, *Collectio nov. scriptorum et rerum Wirceb.* I, 273—274.

⁶ id. 474. Schomburgk 203 A. 3.

⁷ Die entgegengesetzte Ansicht Schomburgks p. 203 ist darum ebenfalls zu verwerfen. Von solchen Ausdeutungen des Folterbekenntnisses, wie sie E. versucht, ist freilich Sch. weit entfernt; er gelangt vielmehr bezüglich der Schuldfrage zu derselben Ansicht, wie sie sich uns im vorhergehenden ergeben hat.

⁸ Pack sagt, daß er auf dem Wege von Kassel nach Dresden zu Kreuzberg „inceptit illius foederis minutam conscribere, quam Dresam veniens, perfecit et dedit illam *prima nocte* (15. Febr.) Warissin transcribendam.“

⁹ E. freilich unternimmt es, die volle Wahrheit der Folteraussagen in allen Punkten zu erweisen, indem er eine „Probe“ anstellt, „ob dieselben in den Zusammenhang hineinpassen, den wir unabhängig von ihnen entwickelt haben.“ Die „Probe“ besteht also darin, daß E. p. 181—213 die unrichtigen Angaben des Folterbekenntnisses in seine eigenen ebenso unrichtigen Konstruktionen einpaßt.

II.

Luther und Melanchthon in den Pack'schen Händeln.

Eine umfangreiche Betrachtung läßt Ehses der Thätigkeit Luthers und Melanchthons angedeihen (p. 226—280). Er charakterisiert dieselbe dahin, daß bei Melanchthon „der leitende Gedanke unbedingte Rechtlichkeit und Gewissenhaftigkeit“ sei (p. 244), bei Luther dagegen „unbedingte Friedensliebe und eine unbezwingliche Abneigung gegen den Krieg“ (p. 253). Während ferner „sich Melanchthon bei allen Meinungsäußerungen über die obschwebende Frage durchaus konsequent“ geblieben sei (p. 241), wird es nach Ehses bei Luther „fast unmöglich zu glauben, daß diese beiderseitigen Schriftstücke (die Gutachten und die Privatbriefe) einen und denselben Mann zum Verfasser haben können.“

Von den acht vorhandenen Gutachten Luthers und Melanchthons stammt nur eines von Luther allein her, alle übrigen von ihm und Melanchthon gemeinsam. Die erste Ungehörigkeit des Ehses'schen Verfahrens besteht nun darin, daß er zwar Luthers Anteil richtig nach seinen Briefen und den Gutachten beurteilt, Melanchthons Stellung dagegen einzig aus dessen Briefen konstruiert, als habe Melanchthon mit den Gutachten nicht das mindeste zu thun. Von vornherein wird aber darüber jeder Zweifel ausgeschlossen sein, daß Melanchthon als Mitunterzeichner jedenfalls auch den Inhalt der Gutachten mit zu tragen hat. Wir werden finden, daß sein Einfluß dabei sogar in hervorragender Weise thätig gewesen ist.

Das erste Gutachten (de Wette III, 319 ff.) ist von Luther allein. Man kann geradezu behaupten, daß das alleinige Gesetz, welches durch das ganze Gutachten bei Luther maßgebend gewesen, das Gewissen ist. Jede Bestimmung und jeder Satz ist einzig davon beherrscht.

Soweit das Gewissen es zuläßt, fordert Luther mit Entschiedenheit ein energisches Vorgehen. In scharfen Worten äußert sich seine Entrüstung über die „Mordfürsten“, die „Rottenpaffen und Fürsten, als die Betrüger Kais. Maj. und des ganzen Reichs Aufrührer,“ deren Vorgehen „aus neidischem, aufrührischem, bösem Grund fließt“ und „als ein rechte Aufruhr und Rotterei wider das Reich und Kais. Maj. zu achten sei.“

1) Dafür, „daß mein gnädigster Herr ein sicher gut Gewissen habe gegen der widerwärtigen Fürsten Frevel, wo es Not sein würde sich zu wehren,“ führt Luther zunächst an, daß keiner der Fürsten

den Kurfürsten „zu strafen oder urteilen Recht und Macht habe, ohn allein Kais. Maj. selbs;“ zweitens sei der Kurfürst nach Gottes Wort „schuldig, seine Unterthanen wider solche Fürsten zu schützen;“ gegen den vorgewandten Befehl des Kaisers drittens sei „das Gewissen abermal also zu richten,“ daß der Kurfürst auf dem entgegengesetzten Kaiserwort, nichts wider ihn vorzunehmen ohne vorhergehende Einreden fest und treulich stehen müsse; auch wisse offenbar der Kaiser nichts von dem Vorgeben der Feinde, „dawider billig alle treue und fromme Kais. Maj. Glieder handeln sollen.“ Da ferner das Wormser Edikt ungültig sei, so soll „derhalben mit gutem Gewissen für Gott und der Welt aller Befehl, der auf solch nichtig Mandat mag ausbracht werden, für unrecht“ und das darauf gestützte Fürnehmen der Rottenfürsten als Aufruhr geachtet werden, „dem für Gott und der Welt... allerlei Widerstand erzeugt werde.“ Bei Appellatio und Protestatio verhehlt Luther nicht, daß „viel Wassers verlaufen“ werde.

2) Wie aber Luther an seinen Feinden zu Mainz scharf getadelt hatte, daß sie, „wie dann Verräter und Mörder zu thun pflegen, ohn öffentliche Warnunge, Vermahnunge oder Klage, wie nicht alleine christliche sondern auch heidnische und natürliche Rechte lehren,“ ihren Anschlag geplant,¹ ebenso verbietet er hier seinen Freunden den Angriff „ohn alles vorgehendes Recht,“ wodurch „öffentlich gestraft, ja frevelich angegriffen würden, die doch nichts öffentlich gethan hätten noch überzeugt wären.“ Das heiße „Gewalt für Recht gebraucht,“ bereite dem Evangelium die größte Schande und rufe einen Fürstenaufbruch hervor, bei dem die Evangelischen den Trutz und Trost der Notwehr verloren hätten und den der Satan gern sähe.

Dieser Inhalt besagt das Gegenteil der „unbezwinglichen Abneigung gegen den Krieg,“ die Ehses bei Luther finden will; sehr treffend vielmehr läßt er sich als „unbedingte Rechtlichkeit und Gewissenhaftigkeit“ bezeichnen, also gerade mit den Eigenschaften, die Ehses Luther abspricht. Ebenso wenig verrät es eine „unbezwingliche Abneigung gegen den Krieg,“ wenn mit Luthers Rat am 16. April der Kurfürst dem Landgrafen antwortete, er wolle sich bis zu weiterer Besprechung „der Weimarischen Abrede gemäß halten.“²

Gleichzeitig mit dem ersten Gutachten findet sich das Bündnis in einem Privatbrief Luthers an Link vom 28. März³ erwähnt. „Episcopi bella et caedes spirare dicuntur,“ schreibt er. Auch hier sieht Luther

¹ Seidemann, Mainzer Ratschlag p. 665.

² Burkhardt, Pack'sche Handel p. 591.

³ de Wette III, 296 f.

dann in dem Bündnis eine Einwirkung des Satan: „Tu populum ad orationes invitabis pro concione, ut Satanam conterat Christus: rugit enim ut leo saevus et esuriens in nostrum sanguinem,“ fährt er nach kurzer Erwähnung des Meißener Bischofs fort.¹

Melanchthon nimmt zuerst an den vom 28. April ab zu Weimar stattfindenden Beratungen teil. Wir wissen, daß es Philipp gelang, die Übereinstimmung der Theologen in ihrem dort erfolgten Gutachten mit den Bedingungen zu erzielen, welche er am 11. April als Basis der Verhandlungen vorgeschlagen hatte.²

Bald nach der Heimkehr der Theologen, 5.—12. Mai bereits folgt ein neues Gutachten von Luther, Melanchthon und Bugenhagen gemeinsam. Aber der Inhalt ist ein ganz anderer, als ihn die Weimarer Beratungen erwarten lassen; eine fast bedingungslose Hineigung zum Frieden waltet vor.

Die Unterlassung des Angriffs voraussetzend, verlangt dies dritte Gutachten um des Friedens willen „aufs forderlichste eine Botschaft an Kais. Maj.,“ den Gegnern Stillstand zu gebieten. Daneben solle man „dieselbigen Mordfürsten ersuchen lassen und bitten, von solchem Furnehmen abzustehen;“ von der Kriegserklärung, die das vorige Gutachten gebot, falls die Gegner „nicht davon abstehe[n] wollten,“ ist keine Rede mehr. Auf's deutlichste zeigt sich vielmehr die Abneigung gegen den Krieg darin, daß gefordert wird, man solle zwar in Rüstung und Werbung fortfahren, aber die Rüstung nicht lassen zusammenkommen, man solle nur „handeln daß sie still blieben, und ist Hoffnung, darnach die Leute wären, sollte die Antwort geraten;“ dazu solle man die Sache auf dem Reichstag handeln. Während ferner das zweite Gutachten die Bundesfürsten schuldig zum Kostenersatz erachtete und den Theidingsherren nur von hartem Drängen darauf abriet, wird jetzt kategorisch verlangt: „Aber daß ja außen gelassen werde, die Kost zu erstatten.“ Verlangte endlich das vorige Gutachten feste Friedensbürgschaft, wenn die Feinde „mit umschweifenden Worten nicht richtig antworten,“ so sieht man jetzt auch davon ab: „Unserm Herr Gott befohl[n], wie man thun sollt, so sie steif, langsam, nichts antworten, quia discordia potest fieri inter responsiones.“³

Es liegt uns also ein Gutachten vor, welches in seinen Grundzügen,

¹ Die Stelle in Luthers Brief an Spalatin vom 12. April (de Wette III, 303 f.), in welcher L. wünscht, „ut Pontificum populi *deficiant* a suis tyrannis et accidat sine *caede* Episcopis, quod contigit cum *caede* Pontifici Romano,“ ist vielleicht auch hierhin zu ziehen.

² Vgl. p. 56—57 oben.

³ de Wette III, 314 f. Die Datierung ist oben p. 58 A. 3 begründet.

einer unbedingten Friedensliebe und Abneigung vor dem Krieg durchaus verschieden ist von den vorhergegangenen Gutachten sowohl als von den uns aus dem ersten Gutachten und einem Privatbrief bekannten Ansichten Luthers. Nun besitzen wir aber auch von Melanchthon gleichzeitige Privatbriefe, in denen von dem Bündnis die Rede ist. Das erste dieser Schreiben, welches ein festes Datum trägt, ist vom 7. Mai an Camerar,¹ also ungefähr gleichzeitig mit dem zuletzt analysierten Gutachten. Vergleicht man nun dies Schreiben, so findet sich, daß Melanchthon die Angelegenheit zwar summarisch, aber dem Sinne nach völlig übereinstimmend mit dem Gutachten behandelt. Direkt spricht auch Melanchthons Brief die Abneigung gegen das Zusammenziehen der Rüstung aus: „Ille Argivus² iam furit, conscribit exercitum et coelum territat armis. Nos quantum possumus hominem dehortamur a violentis consiliis.“ Die Abneigung gegen den Krieg und die Liebe zum Frieden, die schon in diesem Satz zu Tage tritt, findet sich ebenso in dem folgenden: „Omnia bene habitura essent, si istius posset ingenium vehemens καὶ ἀδαμαντῶν regi.“

Dieser Vergleich zeigt, daß das dritte Gutachten ganz in Melanchthons Sinne geschrieben ist, das Weimarer dagegen seiner Gesinnung durchaus entgegensteht.³ So findet nun auch sofort in obigem Brief die abgeneigte, ja feindselige Gesinnung gegen Philipp ihre Erklärung, dessen Eifer jene Antwort durchgesetzt hatte.

Am 14. Mai werden die beiden Reformatoren abermals vom Kurfürsten zu mündlicher Beratung berufen, deren Folge zwei weitere Gutachten sind, das eine an den Kurfürsten, das andere an den Kurprinzen gerichtet. Die Neigung zum Frieden tritt in ihnen noch deutlicher hervor.

1. „Erstlich“ — sagt das Gutachten an den Kurfürsten⁴ — „weil Gott uns solche gute Mittel und Ursachen fürlegt, den Frieden zu erhalten,“ solle man dieselben ja nicht versäumen und Botschaft an das Regiment und Ferdinand abfertigen.

2. „Zum andern, daß M. G. Herrn, dem Landgrafen, ja Einhalt geschehe, daß S. F. G. nicht zu sehr eile und solche göttliche Mittel nicht verjeuche und zurstreue.“

¹ C. Ref. I, 976 f. Über das Datum s. Bretschneiders Vorbemerkung.

² Landgraf Philipp.

³ Noch evidentere würde dies sein, wenn wir mit Ehses p. 42 annehmen dürften, daß Melanchthon schon vor der Weimarer Beratung (10. April) „ein mißbilligendes Urteil über die Absichten des Landgrafen ausgesprochen.“ Der Schlußsatz der von E. angezogenen Stelle (C. Ref. I, 953): „Nobilior iam probat nostra consilia, illius improbat,“ zeigt jedoch, daß die Stelle nicht auf unsere Sache Bezug hat (auch E. deutet dies l. c. A. 1 an), indem erst vom 28. April ab, wie p. 56 A. 4 gezeigt, Melanchthon an den Beratungen teil nimmt. ⁴ De Wette III, 334 f.

3. „Zum dritten, daß man auf die Kostung nicht so hart dringe.“

Das Schreiben an den Kurprinzen (de Wette III, 336) hat genau den gleichen Inhalt.

Die unverkennbare Ähnlichkeit von Punkt 2 des Gutachtens mit dem oben angezogenen Brief Melanchthons: „*Omnia bene habitura essent*“ etc. springt sofort in die Augen. Wir sehen also zunächst das, was Melanchthon am 7. Mai privatim als seine Ansicht dargelegt, eine Woche nachher in den Gutachten erscheinen. Dann aber haben wir von Melanchthon noch einen Privatbrief aus dem Mai,¹ der, obwohl er das Bündnis ebenfalls nur summarisch berührt, eine noch zweifellosere Übereinstimmung mit dem Gutachten zeigt:

1. „*Deus obtulit nobis pulcherrimas occasiones pacis faciendae.*“

2. „*Sed quidam ex nostris sociis non satis dextre utuntur illis, ut videri queant bellum quam pacem malle.*“

Der einzige Unterschied ist, wie man sieht, daß der Brief allgemeiner gehalten ist und die speziell für den Kurfürsten bestimmten Ratschläge nicht enthält.

Vollends entschieden, ja schroff tritt die Forderung des Friedens um jeden Preis in dem weiter folgenden Gutachten hervor, welches die beiden Reformatoren am Tage nach Eintreffen des Regimentsmandats, das allen Ständen gebot, den Landfrieden nicht zu schädigen, an den Kurfürsten richteten (de Wette III, 332 ff.).² Recht und Unrecht wird

¹ C. Ref. I, 974. Es kann natürlich unsern Beweis nur verstärken, wollten wir das Schreiben nach Bretschneiders Ordnung ganz Anfang Mai (vor den 7. Mai) ansetzen. Doch muß dasselbe zweifellos um einige Tage nach dem 7. Mai angesetzt werden, da erst damals die „*occasions pacis faciendae*“ angeboten wurden. Die Erwähnung von Dürers Tod († 6. April 1528) ändert nichts, da auch Luther denselben erst am 12. Mai erwähnt (d. W. III, 311).

² Es folge hier die Begründung der oben angenommenen chronologischen Ordnung der drei letzten Gutachten. — Offenbar setzt d. W. III, 334, wie der Eingang deutlich zeigt, die persönliche Anwesenheit der Reformatoren beim sächsischen Kurfürsten voraus, und ebenso offenbar ist d. W. III, 335 wegen des in allen Punkten gleichen Inhalts mit dem vorigen auf einen Tag anzusetzen. Diese persönliche Anwesenheit aber muß einige Tage vor dem 20. Mai stattgefunden haben. Denn in den beiden Gutachten wird die Absendung einer Botschaft an das Regiment zu Speier seitens des Kurfürsten gefordert; vom 20. Mai aber datiert bereits das in Folge jener Gesandtschaft von dem entfernten Speier aus ergangene Mandat an die angeblichen Bundesfürsten, ihr Bündnis aufzulösen. (Clarm. fol. 98^r–100). Nur die eine persönliche Anwesenheit der Reformatoren aber fällt bis zu dem angegebenen Zeitpunkt, zu der Luther am 14. Mai schleunigst nach Torgau berufen ward. Die entwickelten Gründe ergeben, daß wir unbedingt mit Burkhardt (Pack'sche Händel 591) die beiden erwähnten Gutachten

nicht mehr in Erwägung gezogen, der Krieg an und für sich als ein Unrecht erklärt. Um die Fürsten zur Botschaft ans Regiment zu

als aus dieser Beratung hervorgegangen ansehen müssen. Dagegen kann der Tag der Abfassung nicht, wie B. annimmt, der 16. Mai sein, — denn bereits vom 15. Mai ab ist Luther wieder in Wittenberg: de W. 312: 15. Mai, 313: 16. Mai, 322. 323: 18. Mai — sondern nur der 14. Mai selbst, oder der 15., wahrscheinlich der letztere Tag, da der Satz des Eingangs: „weil wir heut von hinnen zu Haus werden ziehen“ anzudeuten scheint, daß die Ankunft der Reformatoren nicht am selben Tage erfolgt sei. Der letztern Ansetzung widerspricht es keineswegs, daß wir vom gleichen Tage einen Brief Luthers aus Wittenberg haben. Denn da die Gutachten im Moment der Abreise der Reformatoren geschrieben sind („... zu Haus werden ziehen, und gleich eine Denkeddel hinter uns lassen“), so ist es keineswegs befremdend, daß Luther in dem nahegelegenen Wittenberg am selben Tage noch einen Brief schrieb. — Daß dagegen d. W. III, 314 nicht zu diesen beiden Gutachten zu ziehen ist, wie B. will, sondern notwendigerweise vor den 12. Mai anzusetzen ist, haben wir oben p. 58 A. 3 gezeigt. Der „Denkeddel“, den die Reformatoren, wie sie d. W. III, 334 im Eingang schreiben „gleich hinter sich lassen“, ist eben das dann folgende Gutachten selbst, nicht 314, wie B. sagt. Abgesehen von dem sehr verschiedenen Inhalt beider Stücke, ergibt sich der Beweis unserer Annahme evident dadurch, daß die Reformatoren am gleichen Tage (d. W. 336) dem Kurprinzen schreiben: „Wir haben E. F. G. Herrn und Vater . . eine Denkeddel zugeschickt,“ und als deren Inhalt 334 in allen Punkten aufs genaueste wiedergeben.

Das Gutachten 332 sodann ist, wie der Wortlaut besagt, abgefaßt einen Tag nach Eintreffen des Regimentsmandats „darin allen Ständen des Reichs Friede gebotten werde.“ Und zwar zweifellos des ersten Mandats, nicht — wie Burkhardt mit de Wette annimmt — des zweiten, das am 8. Juni in Weimar eintraf. Denn 1) wird in diesem zweiten Mandat nicht „allen Ständen des Reichs Friede gebotten,“ sondern nur den in der Kopie genannten, ihr Bündnis aufzulösen. (Clarm. I. c.); 2) wird in unserm Gutachten „eine stattliche Botschaft an das Regiment“ gefordert, deren Resultat, wie oben gesagt, bereits am 20. Mai erfolgt. — Das Datum dieses ersten Mandats ist nun nicht bekannt: am 20. Mai schreiben die Regimentsräte nur, sie hätten „neulich“ geboten etc. Aber in dem Brief Melanchthons vom 18. Mai (C. Ref. I, 979 Nr. 532) wird dies Mandat als bekannt angenommen. Jedenfalls ist also unser Gutachten nicht nach dem 18. Mai anzusetzen; ebensowenig aber auf den 18. Mai selbst. Denn von diesem Tage liegt uns ein weiteres Gutachten vor: d. W. III, 322. Und zwar ist in diesem Gutachten von der Forderung einer Gesandtschaft, welche in den vorhergehenden am dringendsten und schroffsten aufgestellt war, gar keine Rede mehr, dagegen zeigen sich die Reformatoren voll Freude und Dank über einen Brief des Kurfürsten, in dem sie die Erhörung ihres Gebetes erkennen. Die klare und einzig mögliche Erklärung dieser beiden Umstände liegt darin, daß der Kurfürst inzwischen den Theologen von der erfolgten Absendung der Botschaften Mitteilung gemacht hat. Wenn wir nun aber auch diese Beantwortung als umgehende annehmen, wie das dringende Schreiben der Theologen zu erheischen scheint, und hierfür die kürzeste Frist ansetzen, so werden wir das Schreiben (332) spätestens auf den 17. Mai setzen können. Zulässig jedoch ist chronologisch auch schon der 16. Mai; denn der Tag des Eintreffens des Mandats („gestern“), an dem die Theologen nicht

drängen „zu handeln umb Friede“ werden die stärksten Mittel, ja Drohungen angewendet.

Von dem Mandat glauben sie: „Gott erhore unser Gebet;“ sie betrachten dasselbe als einen freundlichen Gottesgruß; selbst wenn die Bundesfürsten es ausgewirkt hätten, dürfe man es nicht verachten:

1. „auf daß nicht Gott selbs darin, als der sich damit gnädiglich erzeiget zum Friede, veracht werde.“

2. „so ist je solch Mandat von unser ordentlicher von Gotteingesetzter Oberkeit kommen, welcher man Gehorsam schuldig ist,“ zumal nur gutes dadurch geboten werde. „Denn wir besorgen, wo solch Mandat wurde veracht oder in Wind geschlagen,“ daß die Gegner für sich großen Glimpf erlangen, auf die Evangelischen aber „den allergroßten Unglimpf für aller Welt treiben“ würden: Ungehorsam und Aufruhr.

3. Ferner würden sie beim Regiment die Acht erwirken, „und käme denn unsers Teils Sache dahin, daß sie für Gott kein gut Gewissen, für dem Reich kein Recht, für der Welt kein Glimpf behielt, welches gar schrecklich und grausam seyn sollt“: sie befürchten, der Satan wolle hierdurch „ganz Deutschland umkehren und damit das Evangelium ausrotten.“ Ja, wenn gleich alles wohl gerate, — „E. K. F. G. werden ohn Zweifel selbs wohl bedenken, wie ein unseliges Ding es seyn sollt .. so man ohn Not so viel Blutvergießens wider das Gewissen und Kais. Majestät begangen hätte.“

4. Sogar mit ihrem Weggang drohen die Theologen, falls ihrem Verlangen nicht Folge gegeben werde, „umb des Evangelii willen, auf daß nicht auf dasselbige unschuldige Wort Gottes aller solcher Unglimpf mit gutem Schein falle.“

Der Schluß des Gutachtens faßt die genannten Gründe zusammen,

mehr am Hofe anwesend waren, wäre alsdann in dem einen Falle der 16. Mai, in dem andern der 15. Beide Termine sind nach obigen Angaben (s. Absatz I) möglich.

Die chronologische Folge sämtlicher uns vorliegender Gutachten Luthers und Melanchthons, wie sie sich mir nach langmonatlicher Erwägung ergeben hat, ist demnach die folgende:

1.	De Wette III, 319.	(Luther): 26. März bis 2. April.
2.	„ 316.	(Luther, Melanchth. u. Bug.): 29. April ff.
3.	„ 314.	(Luther, Melanchth. u. Bug.): 5 bis 12. Mai.
4. 5.	„ 334. 335.	(Luther u. Melanchthon): 14. oder 15. Mai.
6.	„ 332.	(Luther u. Melanchthon): 16. oder 17. Mai.
7. 8.	„ 322. 323.	(Luther u. Melanchthon): 18. Mai.

um daraus die Notwendigkeit der Botschaft an das Regiment abzuleiten.

Gleich nach Empfang dieses Schreibens machte der Kurfürst den Theologen von der bereits geschehenen Erfüllung ihres Verlangens Mitteilung.¹

Das folgende Gutachten vom 18. Mai² giebt dann der Thätigkeit der Theologen den genau sich anfügenden Abschluß. „Unterthäniglich und mit Freuden“ haben sie des Kurfürsten Brief vernommen und hoffen danach nunmehr gar festiglich: „Christus unser Herr hab unser Gebet erhoret“ und werde es vollends erhören. Unbedingte Friedensliebe und Abneigung gegen den Krieg findet sich hier unverhüllt ausgesprochen: Gott wolle „Willen und Sinn geben, solche Mittel (zum Frieden) anzunehmen und in alle Wege den Krieg zu fliehen und meiden und Frieden zu suchen.“

Das gleichzeitige Schreiben an den nach Kassel gesandten Kurprinzen³ enthält ganz dieselben Gedanken. Über dessen Sendung, „Friede und Kriegshinderung bei unserm gnädigen Herrn dem Landgrafen zu fördern,“ sind sie „höchlich erfreuet und bitten, Gott wollte E. F. G. Gnade und Glück dazu geben, auf daß solche Mittel und Ursache des Friedens möchten ja mehr gelten, denn Brunst und Ursache zu kriegen.“

Melanchthon wandte sich außerdem noch mit einem Privatschreiben an den Kurfürsten⁴ und mit einem solchen an Brück.⁵ Beide Briefe sind gleichzeitig mit dem letzten Gutachten — am 18. Mai — geschrieben,⁶ also nachdem Melanchthon bereits von der in dem unmittelbar vorangehenden Bedenken so schroff geforderten Absendung der Gesandtschaft vergewissert war. Die Vorstellungen und Drohungen, welche in dem Bedenken vom 16. oder 17. Mai an die Unterlassung der Gesandtschaft geknüpft waren, kehren daher in Melanchthons Schreiben natürlich nicht wieder; alle Motive aber, aus denen dort der Friede gefordert wird, lassen sich sehr deutlich nachweisen:

1. In seinem Brief an den Kurfürsten sieht Melanchthon in dem Mandat ebenfalls Gottes Befehl: gegen das Edikt soll „kein Verbündnis angesehen werden; denn kein Verbündnis soll wider Gottes Wort gelten.“

2. „Mich bewegt auch nicht wenig das Kaiserliche Edikt, darin Frieden geboten, welches, so es ganz in Wind geschlagen würde, weiß ich nicht, wie man solches gegen Gott und die Welt

¹ Die Begründung s. vor. Anm. ² De Wette III, 322. ³ id. 323.

⁴ C. Ref. I, 979 f. ⁵ C. Ref. I, 978 f.

⁶ Auch der letztere gegen Bretschneiders Ansetzung.

verantworten wollte.“ Und an Brück schreibt Melanchthon: man dürfe keinen Krieg führen, „*cum Deus obtulerit occasiones pacis faciendae, praesertim cum etiam potestas superior principibus mandaverit pacem.*“

3) „Denn wo E. Ch. G. Krieg anfinde, so mans doch mit Gottes Gnade fliehen möchte, wäre ein solches dem Gewissen beschwerlich, nicht allein E. Ch. G., sondern auch allen frommen Leuten, so dazu sollten gebraucht werden. Ach, wie ein jämmerlich Ding wäre es, mit bösem Gewissen Seel und Leib, Land und Leute in solche Fahr führen, und nicht allein die Menschen, sondern auch Gott zum Feinde haben.“

4. „bedenke aber neben andern, was Schmach dem heiligen Evangelio daraus folgen würde, so E. Ch. G. anfinde zu kriegen und nicht vorhin andere Mittel und Wege, wie recht ist, zu Frieden suchte.“ (Ebenso im Brief an Brück: „*Hoc vehementius rogo vos propter gloriam Christi, quia certe in hac re gloria Evangelii periclitatur, ut quantum potestis, faciendae pacis vias quaeratis.*“)

Die Übereinstimmung mit den Gutachten vom gleichen Tage, wo also die äußeren Beziehungen dieselben sind, ist eine noch genauere, namentlich in dem Schreiben Melanchthons an Brück.

Melanchthon schreibt dies Gutachten vom 18. Mai Luther zu.¹ Wie sehr aber auch hier Melanchthons Gesinnungen ausgesprochen sind, zeigt sich sofort; völlig mit dem Gutachten übereinstimmend, beginnt Melanchthon: „*Maximas gratias agimus Illustrissimo Principi, quod significavit nobis sua diligentia de facienda pace;*“ — ebenso schreibt er dem Kurfürsten: „Ich danke E. Ch. G. ganz demütiglich, daß Ew. Ch. G. uns gnädiglich solchen Trost zugeschrieben hat.“ Ebenso übereinstimmend ist hier der Grundgedanke des Gutachtens vom 18. Mai ausgedrückt: „Ich bitte auch, E. Ch. G. wolle in dieser Sache . . . allewege Krieg zu fliehen suchen.“ Noch schärfer drückt M. diesen Gedanken im Schreiben an Brück aus, indem er gleich nach dem (Anm. 1) erwähnten Satz („*D. Martinus scribit*“ etc.) fortfährt:

¹ „*D. Martinus scribit ad Illustrissimum Principem iterumque eum hortatur, ut quoquo modo potius pacem faciat, quam bellum suscipiat.*“ Das Gutachten vom 18. Mai liegt zudem auch in Luthers Niederschrift vor, während die übrigen seit der Weim. Beratung an den Kurfürsten ergangenen von Melanchthon geschrieben, von Luther nur unterzeichnet sind. (d. W. III, 334. 332; vgl. Burkhardt, Luthers Briefwechsel p. 135; von d. W. III, 314 ist nur Kopie vorhanden vgl. B. 134.) Immerhin erscheint dieser äußere Umstand für Melanchthons hervorragendes Interesse bezeichnend, wenn auch natürlich nur dessen Einwirken auf Luthers Gesinnung behauptet wird und keineswegs Luthers Autorschaft bestritten werden soll, wie ja auch der Brief an den Kurprinzen (d. W. III, 335) von ihm stammt.

„*Ego ita judico, nullum bellum posse bona conscientia suscipi, cum Deus obtulerit occasiones pacis faciendae*“ . . .

Diese Anführungen zeigen, daß der Grundton in Melanchthons Briefen unbedingte Liebe zum Frieden und Abneigung gegen den Krieg ist. Namentlich in den beiden letzten Briefen bricht diese Friedensliebe in den beweglichsten Worten hervor.¹ Hand in Hand damit geht die Abneigung gegen den Kriegseifer des Landgrafen: „*Rogo igitur, ut Illustriss. Princeps respiciat se ac suam animam, deinde suos suavissimos liberos, postremo suas gentes et non pertrahat nos ad iniustum bellum propter Landgravii temeritatem.*“

In den zwei fernerer Briefen, die wir bis zu den Kasseler Verhandlungen von Melanchthon noch haben, hält er — trotz des Glaubens an die Wahrheit des Bündnisses — den charakterisierten Standpunkt fest: „*Summa vi obstitimus, ne inferretur bellum,*“ schreibt er am 15. Juni an Camerar;² „*Tu orabis Deum, ut propter Evangelii gloriam sedet hunc tumultum;*“ den bestehenden Frieden wünscht er dauernd; „*Nulla salus bello, pacem te poscimus omnes;*“ auch hier die feindliche Gesinnung gegen den Landgrafen: „*τῶν ἀνδρῶν consilium erat, statim indicere ac inferre bellum*“, heißt es in dem Original des Briefes unter ausdrücklichem Hinweis auf Philipp.³

Auch in dem Brief, den Melanchthon am 15. Juli schrieb,⁴ um sich gegen die von Camerar übermittelten Vorwürfe wegen seines Verhaltens zu verteidigen, finden sich jene Gesichtspunkte zusammengefaßt: „*Nos tamen summa contentione bellum dissuasimus,*“ erklärt er, „*tametsi intelligebamus, quorundam animos nostris sententiis mirabiliter offendi.*“ Diese uneingeschränkte Abneigung vor dem Krieg betont er noch stärker: „*Videbatur infinita caedes futura, et caetera mala omnia, quae in bellis civilibus accidunt, μεταβολαι ἀπασων τῶν πολιτειῶν, perturbatio religionum multo latior, direptio templorum, novae tabulae et alia innumera, ut etiamsi iustissima belli suscipiendi causa esset, tamen*

¹ Vgl. nach dem Brief an Johann besonders noch die Beilage an Brück. — Diesen wußte M. so seiner Ansicht, daß er das Schreiben nicht siegelte „*quia cupio, ut vos prius legatis, deinde, si videbitur, exhibeatis Principi. Nam si aliud videbitur, patiar, ut concerpatis.*“

² C. Ref. I, 982 f. Das Datum hat von Druffel „Die Melanchthon-Handschriften der Chigi-Bibliothek“ (Sitzungsber. der k. b. Akad. d. Wissensch. 1876) p. 497 gegen Camerars Angabe aus dem Original wiederhergestellt.

³ Statt „*τῶν ἀνδρῶν*“ (folgt ein unleserliches Wort im Orig.) hatte „Melanchthon zuerst ‚*alius*‘ geschrieben und damit auf den Landgrafen hingewiesen.“ Dem *τῶν* entsprechend änderte er den folgenden Satz: „*Sed Deus ab eo proposito mentem eius revocavit*“ um in „*mentes τῶν δυναστικῶν.*“ v. Druffel l. c.

⁴ C. Ref. I, 984 ff.

constanter aggredi conveniret.“ Hätten auch die ihren sich nur gewaffnet, um billige Friedensbedingungen zu erlangen: „cupiebamus hoc agi alio modo, cupiebamus impedire belli apparatus.“ Er legt Gewicht darauf zu zeigen, „quanta nostra fuerit diligentia in retrahendis a bello quibusdam cupidis hominibus.“ Jetzt nach Beendigung des Handels und nach Erwägung aller Umstände „tamen in hac sententia maneo, *pacem petendam fuisse*.“ Darum ist er voll Lobes über den Kurprinzen, der „suis consiliis suoque labore . . hanc qualemcunque *tranquillitatem* confecit, quam ut efficiat Christus perpetuam optare debemus,“ sowie über den Kurfürsten, den er gegen alle Vorwürfe in Schutz nimmt: „Quantum ego iudicare possum, horribile bellum fuit futurum, nisi Deus prohibuisset, ac mentem tantopere amantem pacis atque otii nostro principi dedisset. Proinde minime dignus est, cui isti, quos significas, maledicant, cum quodam ipsius beneficio hoc tempore pacem habeant,“ — voll Abneigung dagegen gegen die Kriegspartei, die er „cupidi homines“ nennt, vorab gegen des Landgrafen Handeln: „Alter sane odiose extorsit pecuniam nobis, valde dissuadentibus; *αἰδώς δ' οὐκ ἀγαθὴ κεχρημένῳ ἀνδρὶ*.¹

¹ Der Quellenwert dieses Briefes scheint mir bisher überschätzt worden zu sein. Unter den Gründen, mit denen sich Melanchthon gegen den Vorwurf verteidigen will „aut non fuisse ostendendum belli terrorem, aut etiam inferendum illud fuisse,“ bemerkt er: „Optarim et ipse, *non fuisse contractum exercitum*, aut ostensum belli terrorem. Sed hoc obtineri non potuit, *ὅψε γὰρ προσεκλήθη-μεν πρὸς ταύτας συμβουλίας*.“ Dies ist unrichtig; Melanchthon ward bereits vorher zugezogen: in dem Gutachten vom 5 - 12. Mai warnt er mit Luth. und Bugenh.: „Erstlich, ist nicht zu raten, daß man die Rustung lasse zusammen kommen.“ Wenn Mel. im Brief bedauernd fortfährt: „*καὶ πρὸ τοῦ ἐψηφισαντο οἱ ἀρχόντες ἀρᾶσθαι πόλεμον, καὶ τὰ ἐπιτηδεῖα παρασκευάζειν, καὶ τοὺς ξένους μισθώσασθαι, καὶ τὰς ξυμμαχίας μεταπεμπειν*“ — so werden in obigem Gutachten alle diese Maßregeln — also auch von Mel. — geradezu verlangt: „gleichwohl daneben das unser thun, in der Rustung sich schicken, ander Fürsten und Städte anregen und besuchen, wie uns Gott befohlen hat.“ Damit ist zugleich die weitere Äußerung gewürdigt: „cupiebamus impedire *belli apparatus*.“ Den Gegnern seiner Friedensliebe legt er verwerfliche Motive unter: „Multos odia certorum hominum ad bellum, multos certa victoriae ac *praedae* spes incitabat;“ sie sind ihm „homines cupidi,“ er behauptet: „Vellent, opinor, deletos esse *τοὺς ἀστυγείτονας ἐπισκοπούς*, ipsis otiose spectantibus tanquam in theatro fabulam aliquam, et alieno periculo ac, ut dici solet, de alieno tergo sibi partam esse *ἀσφαλειαν*;“ — alles ohne irgend eine Begründung; vor allem ist er, w. o. gezeigt, auch hier gegen Philipps Handeln feindselig eingenommen. Erwägt man diese Umstände, so wird man nicht umhin können, in Melanchthons Brief eine Parteischrift zu sehen, die im Eifer der Verteidigung den Thatbestand verschiebt und Licht und Schatten unrichtig verteilt, als Quelle demnach nur mit größter Vorsicht benützt werden darf.

So findet die Wandlung aus der energischen Entschiedenheit des ersten Gutachtens, welches Luther allein gegeben, bis zu der unbedingten Friedensliebe und Kriegsfurcht der letzten in Melanchthons Briefen ihr derart treues Spiegelbild, daß es wohl Melanchthons Einwirken gewesen ist, welches auch Luthers Gesinnung soweit beeinflußte, daß jene Stimmung in den gemeinsamen Gutachten in immer gesteigerterem Maße zu Tage tritt.

In Luthers Privatbriefen findet Ehses (p. 249) eine „schreiende Unverträglichkeit mit den Gutachten,“ deren „Standpunkt Luther ganz und gar verleugnet“ habe (p. 253).

Bis zum 12. Mai finden wir das Bündnis nur ein paarmal flüchtig angedeutet;¹ dann gedenkt Luther desselben längere Zeit in seinen Briefen gar nicht. Erst nachdem ihm Herzog Georgs Gegenausschreiben bekannt geworden, findet sich wieder eine Erwähnung des Bündnisses, zuerst in einem Brief an Amsdorf vom 8. Juni.² Auch in diesem Brief findet sich sowenig wie in den vorangegangenen ein Widerspruch mit den Gutachten; Luther betont im Gegenteil ausdrücklich den dortigen Standpunkt: „De Hessorum exercitu adhuc nihil habeo novi, *pacem oramus*.“ Dann knüpft er sofort an Georgs Entgegnung an und urteilt gleich hier gereizt und scharf: „Vidisti credo . . . Ducis Georgii epistolam excusatoriam bene frigidam lubricamque,“ — ein Punkt, von dem in den Gutachten natürlich noch keine Rede ist.

Betrachten wir nun den zweiten Brief an Amsdorf (13. Juni³), so zeigt sich auch hier der Standpunkt der Gutachten sofort entschieden aufrecht erhalten: „*Spero Christum orationibus nostris dare pacem, mi Amsdorfi*.“ Nach einer äußerlichen Anknüpfung an die Verhandlungen mit den Bischöfen kommt dann Luther sogleich wieder auf Georgs Ausschreiben, über welches er wiederum abfällig urteilt: „*Excusationes eorum, sicut et Ducis Georgii apud me nihil concludunt*.“ Als Grund für dies gereizte Urteil giebt Luther ausdrücklich die seitherigen Verfolgungen an: „*cum certum sit, animo, facto, edicto et omni studio eos hactenus egisse, agere voluisse et etiamnum velle, quod istud foedus multipliciter in se continet*.“ Diese Verfolgungen bestärken in ihm die Gewißheit des Bündnisses, und wie er den Herzog Georg als Haupturheber dieser Verfolgungen ansieht,⁴ so sieht er darum in ihm auch den Urheber des Bündnisses: „*Deinde non frustra gloriati et inflati sunt hactenus Papistae et tripudiaverunt, et multa alia valde, quae praesertim Ducem Georgium accusant et convincunt, huius sanguinarii foederis esse*

¹ An Justus Menius 1. Mai (d. W. III, 308), an Link 12. Mai (III, 311), an Abt Friedrich 12. Mai (III, 312.)

² III, 337. ³ III, 338.

⁴ Siehe auch Luthers Brief an Spalatin p. 152 Anm. 5 unten.

reum vel autorem.“ Luther ereifert sich darüber bis zu Drohungen, falls die Gegner abermals solche Pläne fassen würden: „Proinde et ego censeo, toties frustra monitos, frustra ipsos aliquid speraturos, si denuo aliquid moliti fuerint, ut prorsus absque misericordia pellantur, quia nolunt pacem ferre, sed sanguinem sitiunt: bibant ergo, quando ita volunt.“

In diesem Brief findet sich also ebenfalls 1) der Standpunkt der Gutachten: das Verlangen nach Frieden, ausdrücklich betont; 2) die Gewißheit des Bündnisses geradeso wie in allen Gutachten ausgesprochen. Zugeben aber müssen wir unfraglich, daß Luther in den an beide Punkte angeknüpften Folgerungen ungleich schroffer und maßloser in seinem Brief auftritt, als dies in den Gutachten der Fall ist. Behalten wir jedoch im Auge, daß dies aus dem Urteil über Georgs Entgegnung und dem Zorn über dessen früheres Verhalten gegen die Evangelischen erfließt.¹

Der Brief vom 14. Juni an Abt Friedrich² enthält abermals die scharf ausgesprochene Überzeugung von der Gewißheit des Bündnisses: „Landgravium non sine causa moveri, persuasissimus sum.“ Der folgende Satz: „Satan aliquid voluit, sed Christus misertus conculcat ipsum,“ findet sich dem Sinne nach gleich im ersten Gutachten Luthers sowohl, als in dessen erstem Briefe (s. p. 141) und kehrt alsdann fast regelmäßig in den Gutachten wieder: „denn wir uns trostlich besorgen, der Satan versuche uns mit dieser Anfechtung“ (d. W. 318; vgl. 321. 335. 333. 322); — Christus, unser Herr, zutrete den Satan unter E. F. G. Fuße balde, Amen“ (id. 336; aus Röm. XVI, 20 entnommen). Auch hier dann die eindringliche Mahnung zum Gebet: „Tantum oremus: non fallet nos exauditor ille“ etc.

Nehmen wir noch den Brief an Link vom selben Tage hinzu,³ um unser Urteil zum Abschluß zu bringen. Ehses (p. 247) sieht darin „die massivste Leistung dieser Art.“ Zunächst nun finden wir jedoch, daß Luther wiederum den Friedenswunsch mehrfach betont: „licet pacem offeramus, optemus, demus“ und weiter: „atque hactenus eis sit indultum.“⁴ Auch in diesem Brief geht Luther aus von Georgs Entgegnung, die ihn gerade bestärke im Glauben an das Bündnis: „ego Ducis Georgii frigidissimam excusationem fere *pro confessione* interpretor.“ Diesem Glauben giebt Luther wiederum apodiktischen Ausdruck: „Sed

¹ Ausdrücke wie „sanguinarium foedus,“ „sanguinem sitiunt“ sind keineswegs schärfer als die Bezeichnungen der Gegner in dem von Luther allein herührenden Gutachten I. Vgl. oben p. 139 f.

² de Wette III, 339. ³ id. 340.

⁴ Für den Ton („sanguisugae insatiabiles“ u. a.) sei auch hier auf I verwiesen.

negent, excusent, fingant, ego sciens scio, non esse foedus istud merum nihil aut chimaeram," und begründet dies ganz wie oben durch die seitherigen Verfolgungen: „Deinde orbis novit, illos animo, facto, edicto, studio pertinacissimo hactenus talia publice tentasse et fecisse, et adhuc facere.“ Daraus leitet sich der Angriff auf Georg her: „Deus confundet istum morotaton moron, qui sicut Moab plus audet, quam possit et non secundum vires suas superbit — aus dem nochmals wiederholten Grunde: *sicut semper fecit.*“ Dieselben Drohungen für den Wiederholungsfall folgen wie oben.

Diese Briefe bestätigen also unsere obige Charakteristik. Ein Verleugnen des Standpunktes der Gutachten findet nirgend statt; in allen Briefen aber geht Luthers schärferes und schrofferes Auftreten aus von Georgs Entgegnung und gründet sich auf dessen seitheriges Verhalten gegen die evangelische Lehre. Hier also müssen wir die Erklärung für dies Auftreten suchen.

Und hier ergibt sich in der That diese Erklärung genau.

Von den Gegnern Luthers war Herzog Georg der persönlich verschiedenste und der gefährlichste; die Feindschaft zwischen beiden hatte mehrfach zu erbitterter Polemik geführt. Neue Nahrung hatte diese Erbitterung erhalten, als Luther sich Ende 1525 bereden ließ,¹ seinen mächtigen Gegner in demütigem Briefe von der Verfolgung der neuen Lehre abziehen und ihn für dieselbe gewinnen zu wollen.² Von Georgs Seite war erklärlicherweise eine derbe und höhnische Zurechtweisung erfolgt.³ Luther antwortete dem Herzog nicht; seinen Zorn aber bekunden die Briefe an Link und Amsdorf Ende 1525 und Anfang 1526.⁴ In Georg war er nunmehr geneigt, den Urheber aller Anschläge wider das Evangelium zu suchen. Gleich an dem Mainzer Ratschlag glaubte er ihn als Hauptanstifter beteiligt: „Vix credis, quanta moliatur Satan *per Ducem Georgium* et Episcopos“, schrieb er an Spalatin.⁵ Daß Georg, der sich das Manuskript von Luthers Schrift wider diesen Ratschlag

¹ Vgl. „Auf des Königs in England Lästerschrift.“ Erl. Ausg. XXX, 7. Merkwürdigerweise war es — worauf zuerst Schomburgk p. 180 aufmerksam gemacht hat — Pack, der Luther hierzu beredete. (Lauterbachs Tageb. p. 69.)

² Brief bei de Wette III, 54 ff.

³ Bei Walch XIX, 611 ff.

⁴ An Link (Ende Dez. 1525): „Tam impotens et muliebris est istis tyrannis animus ac plane sordidus“ . . . An Amsdorf (3. Jan. 1526): „at ille mihi respondit pro suo ingenio insigniter stultas et spirantes *rusticam* illam ferocitatem, quae ei ingenta est ex Bohemico illo sanguine, planeque se dignas (litteras).“ Bei d. W. III, 58. 77. Vgl. besonders auch p. 153 A. 4.

⁵ d. W. III, 97. (27. März 1526.)

verschafft hatte, darauf eifrig seine Bestrafung vom Kurfürst Johann forderte (4. Juli bis 27. Nov. 1526¹), mußte Luthers Groll noch mehr reizen. Dazu kam im August 1527 Georgs Vorrede zu Emsers „Neuem Testament“,² voller Angriffe und Schmähungen wider Luther und sein Werk. Zwar hinderten Emsers Tod und Georgs Krankheit eine Entgegnung Luthers;³ wie sehr aber seine Erbitterung dadurch gewachsen sei, sagt Luther selbst: „ich hab auch bisher auf die schändliche, unchristliche Vorrede des Neuen Testaments, darnach auf sein unfürstlich und ungeschickte Antwort auf mein herzlich demütigs Schreiben nichts geantwortet, sondern mit hoher Geduld in mich gefressen.“⁴ Und erst vor wenigen Monaten war ein weiteres „Handeln des Tyrannen wider das Evangelium“, wie Luther es nennt,⁵ geschehen: Georgs Zwang wider die Herren von Einsiedel, worüber Luther schrieb: „Ist er zu bekehren, mein Herr Jesu Christe, so bekehre ihn doch: wo nicht, so wehre ihm doch bald. Was soll er die Deinen, dein Wort und Werk so lang hindern und lästern!“⁶ „Einstweilen blieb Luther, bemerkt Köstlin treffend,⁷ alles Bösen von Georg gewärtig.“ Nun trat Georg wieder auf mit jenem Ausschreiben, in welchem er, ohne irgend Gründe gegen das Bündnis zu erbringen, nur unter starken Worten gegen Philipps Leichtgläubigkeit loszog. Es ist ganz in Luthers Art, und Luther selbst sagt es uns ausdrücklich,⁸ daß er durch ein solches Auftreten des alten Gegners, dem er alles Schlimme zutraute, erst recht vom Gegenteil seiner Versicherungen überzeugt ward, ihn in Erinnerung an das Vergangene auch hier wieder für den Hauptanstifter hielt und seinen lange verbissenen Zorn nunmehr vollauf zum Ausbruch kommen ließ.

Dies zeigt auch der Brief an Joh. Heß,⁹ den Ehse mit Recht um Mitte Juni ansetzt.¹⁰ Georgs Entschuldigungen sind „glacie frigidiores, quibus nemo nisi illorum pars credit.“ Zur Begründung verwendet er hier an erster Stelle ein seltsames neues Motiv: aus der Existenz der Kopie, die ja natürlich nicht geleugnet werden konnte, macht Luther

¹ Bei Seidemann, Mainzer Ratschlag l. c. 686—695.

² Walch XIX, 596 ff. Vgl. Seidemann, Beiträge z. Refgesch. p. 97 ff.

³ An Jonas, 10. Dez. 1527 (d. W. III, 244).

⁴ schreibt Luther im Verlauf des Streites mit Georg Ende 1528 (Erl. Ausg. XXXI, p. 4). Dieselben Gründe: Georgs Vorr. zum N. T. und seine Antwort auf Luthers Brief führt L. genau so bereits in seinem Brief an Georg d. 31. Oct. 1528 an. (d. W. III, 397.)

⁵ d. W. III, 267 (5. Jan. 1528). ⁶ ibid. 268. ⁷ M. Luther II, 118.

⁸ d. W. III, 340: „Ducis Georgii frigidissimam excusationem fere pro confessione interpretor.“

⁹ d. W. III, 351.

¹⁰ Begründung bei E. p. 246 A. 4.

den wunderlichen Schluß: „Ducis Georgii Proceres plane fatentur, fuisse foedus hoc non omnino chimaeram, sed litteras et exemplum prae manibus haberi, quod nunc vellent falso Principum nomine et sigillo fictum videri.“ Pack habe sich wohl nur freiwillig in Haft begeben, „qua securus sit a tyrannide sui Phalaridis.“ Dann folgt die Überzeugung von der Wahrheit des Bündnisses: „mihi talia fingi posse ab hominibus non videtur possibile,“ wieder hergeleitet aus dem seitherigen Verfahren der Gegner: „deinde certum est, eos animo parato tale quid adhuc hodie libenter facturos esse, cum hactenus editis etc.“

In dem Brief an Link vom 14. Juli endlich¹ streift Luther nur ganz beiläufig das Bündnis. Er erwähnt, daß Pack eine ruhmvolle Verteidigung in Aussicht gestellt habe und schließt: „Faxit Christus, ut techna illa in caput rustici illius veniat, quem ego autorem esse cogito“ — aus dem klar angegebenen Grunde: „hoc est, nostri summi adversarii.“²

Durch Link wurde Luthers Brief vom 14. Juni weiter bekannt und verbreitet; auch in Herzog Georgs Hände gelangte eine Kopie desselben.³

Gewiß werden wir nun Ehses zugeben, daß Georg, durch das Vorangegangene „in einer zu gereizten Stimmung,“ von Luthers Äußerungen „auf das empfindlichste berührt werden“ mußte.⁴ Daß aber sein Schreiben vom 28. Oktober 1528 an Luther⁵ „ein Versuch friedlicher und privater Beilegung“ sei, wie Ehses, freilich

¹ d. W. III, 351 oben.

² Die Gründe, aus denen Ehses p. 249—255 die gar nicht vorhandene „schreiende Unverträglichkeit“ von Briefen und Gutachten erklären will, zerfallen demnach ohne weiteres. Deshalb lasse ich die Widerlegung derselben weg, die sich gerade hier besonders schlagend führen läßt, da die E.'sche „Erklärung“ ein fortlaufendes System von Irrtümern, Unrichtigkeiten und Selbstwidersprüchen ist.

³ Durch wen — non liquet. Zwar will E. p. 258 „die Frage mit genügender Sicherheit entscheiden,“ dahin daß „Willibald Pirkheimer eine Abschrift jenes Briefes dem Johann Cochläus nach Dresden übermittelte.“ Jedoch gerade die Stellen bei Soden 311. 314, welche E. als Quelle angiebt, lassen dies unwahrscheinlich erscheinen. Scheurl gab an: „sein Gevatter Benedict Zannig habe ihm gesagt, er habe von Link erfahren, Pirkheimer habe das mehrerwähnte Schreiben an Cochläus geschickt.“ Zannig bestritt, daß er dies von Link erfahren: „er habe nur von einem Prediger gesprochen und damit den von St. Gilgen, nicht aber jenen vom Spital gemeint.“ (Soden 311 f.) Pirkheimer vollends erklärte: „Scheurl habe ihm nicht allein Unrecht gethan, sondern ihn auch schändlich und bösllich verleumdet. Er, Scheurl, werde die ihm gemachte Beschuldigung nie beweisen können, denn er habe Luthers Brief nie gesehen, viel weniger abgeschrieben und dem Cochläus geschickt.“ (Soden 314.)

⁴ p. 259.

⁵ Bei Hortleder II, 9 p. 801.

ohne Begründung, behauptet, muß entschieden bestritten werden. Das Gegenteil ergibt sich 1) aus dem Inhalt des Briefes: nicht nach Entschuldigung oder Gründen wird gefragt, sondern nur, ob Luther den Brief geschrieben; 2) aus dem Ton desselben, den Schomburgk einen „kurzen befehlenden“ nennt,¹ den Luther selbst in seiner Antwort noch treffender bezeichnet, „als müßt ich gleich dem geringsten Verpflichten oder Gefangenen hie zu gewarten sitzen.“ Wenn darum Ehse Luthers Antwort (31. Okt. 1528)² „trotzig und verletzend“ findet, so mag das daher kommen, daß Luther den Ton der Anfrage ziemlich getreu wiedergibt. Dann aber dürfen wir die „gereizte Stimmung,“ die Ehse dem Herzog zuschreibt, doch wohl auch für Luther in Anspruch nehmen. Nach seiner festen Überzeugung war Georg einer der „Mordfürsten“, die ganz Deutschland in Krieg stürzen und das Evangelium vernichten wollten. Von diesem Standpunkt aus mußte Luther dem Herzog das Recht absprechen, ihn in solchem Tone anzufahren. Denn Luthers Worte wären richtige und verdiente gewesen, wenn Georg wirklich, wie Luther glaubte, an dem Bündnis beteiligt war.

Ebensowenig ist die Anfrage, welche Georg dann an Kurfürst Johann stellte, daraus hervorgegangen, daß Georg, statt das „Benehmen seines Gegners vor der ganzen Welt zu brandmarken,“ „an sich hielt, so lange sich eine andere Möglichkeit bot,“ weil er „den heillosen Skandal voraussah, der daraus entstehen mußte“ (Ehse 263). Eine solche Rücksichtnahme lag Georg so fern wie möglich; die Antwort sollte nur dazu dienen, Georgs weiterem Vorgehen gegen Luther die sichere Basis zu liefern. Denn schon am 29. Nov. 1528 schrieb Georg an Landgraf Philipp: „er habe in kurz vergangenen Tagen eine Kopie von Luthers Brief an Link erhalten; er wolle dazu nicht länger schweigen, sondern Luthers Bosheit in einer Schrift aufdecken und sich verantworten.“³ — Der Kurfürst erwiderte auf Georgs Ansuchen, „er werde Luthern das vorhalten lassen und dessen Antwort zuschicken.“⁴ Luthers Antwort (25. Nov.⁵) sandte Johann jedoch zunächst in etwas gemilderter Fassung an Luther zurück mit der Bitte, dieselbe eigenhändig umzuschreiben „und uns bei diesem Boten zu übersenden; wollen wir die alsdann unserm Vettern furder unverzuglich zufertigen und daneben schreiben lassen.“⁶ Am 11. Dez.⁷ ließ dann der Kurfürst

¹ p. 207. ² de Wette III, 397.

³ Seidemann, Erläuterungen z. Refgesch. 135.

⁴ id. 139.

⁵ de Wette III, 404. Über das Datum s. Burkhardt, Luthers Briefw. 150.

⁶ Burkhardt, Luthers Briefw. 151 f. ⁷ Seidemann, Erläuterungen 138.

diese Fassung Georg zukommen.¹ Luther berief sich darin auf den an Georg gerichteten Brief und bemerkte, daß er denselben auch jetzt noch gebührend finde. Daß er Georg zu gering achte, bei ihm um Antwort zu ersuchen, folge nicht daraus, ob Gott will. Wohl könne er auf Georgs Schreiben noch mehr antworten, ohne daß es ihm jemand verdenken dürfe; „ich will aber davor bitten.“² Ursprünglich enthielt Luthers Brief noch die Stelle: ihn dünke, Georg „selbst habe sich zu groß geachtet und nicht als Herzog George ihm geschrieben.“³

Die erwünschte Gewißheit hatte Georg inzwischen von anderer Seite erhalten, von Nürnberg, wohin er seinen Sekretär Thomas von der Heiden gesandt.⁴ Scheurl⁵ verschaffte diesem von Link (14. Nov.) das Original des Briefes, welches Heiden, allerdings nur privatim, vergleichen konnte. Die Bitte um eine beglaubigte Kopie schlug der Rat (17. Nov.) ab, da Link den Brief inzwischen verbrannt hatte; die Abschrift einer Erklärung Links, daß er den Brief von Luther erhalten, hatte der Rat Tags vorher gegeben.⁶

Noch mehr mußte Georgs Zorn gesteigert werden durch Luthers Schrift „Von beider Gestalt des Sakraments, auf Bischofs zu Meißen Mandat;“ auch hierin bezog Georg die Vorwürfe „verräterischer Anschläge

¹ Über das Verhalten des Kurfürsten gelangt Ehse zu folgenden harmonischen Resultaten: p. 264: „Und allerdings nahm sich der Kurfürst die Sache sehr zu Herzen; denn er mochte nicht durch Luthers maßlose Heftigkeit in unangenehme Zwistigkeiten mit seinem Dresdener Verwandten verwickelt werden.“ Eine Seite später sagt er mit fast denselben Worten genau das Gegenteil: p. 265: „Und zumal, daß der Kurfürst Johann die Sache so leicht nahm und sich für die fürstliche Ehre seines nächsten Verwandten so gleichgültig zeigte, das mußte den Herzog aufs empfindlichste berühren.“ — Schomburgk p. 207 findet, daß sich Johann der Sache „nur lässig“ annahm. Jedoch läßt sich dies wohl nicht behaupten, sowohl wenn man die Daten ins Auge faßt (25. Nov. Luthers Antwort, 2. Dez. Johanns Brief an Luther, 4. Dez. Schreiben Brücks, dazwischen Luthers Antwort; 11. Dez. Johanns Bote), als mit Bezug auf die obigen Worte Johanns, er wolle Luthers Antwort „further unverzüglich“ an Georg senden. In Erinnerung an die unerquickliche, weitläufige Korrespondenz, zu der Georg aus ähnlichem Anlaß seinen Bruder und ihn selbst genötigt (vgl. bez. des Trostbriefs an Hartmut von Kronberg Seidem. Erl. 63—70, über Luthers Mainzer Schrift Seidem. Mainzer Ratschl. I. c. 686—695) suchte Johann hier ähnlichem zuvorzukommen, wie er selbst schreibt: „damit gedachter vnser vetter derwegen zu weiterm schreiben vnd disputacion nit leichtlich möchte geursacht werden.“

² Walch XXI, 270; de Wette III, 404 A. 1.

³ de Wette III, 404. Urspr. Fassung. Vgl. über die Änderung Schomburgk 208 A. 1.

⁴ Soden 307.

⁵ Vgl. den Brief Georgs an ihn hierüber bei Seid. Erl. 143.

⁶ Soden 310. 309.

und Bündnis, der sie sich darnach selbst schämen müssen“¹ ebenfalls auf dies Bündnis,² und darum auf sich auch den scharfen Spott, welchen Luther über die katholischen „zornigen Junkerlin, die Fürsten“ ergoß.³

Am 19. Dez. gab dann Georg seine öffentliche Erwiderung heraus.⁴ Nachdem er die Veranlassung zu derselben, sowie die Feststellung von Luthers Autorschaft jenes Briefes erörtert, geht er zu einer umfassenden Widerlegung desselben über, wobei er eine Flut von Gründen für die Unechtheit der Bündnisurkunde vorbringt. Wenn aber Ehses zur Charakteristik der Schrift die Worte Plancks anführt (p. 269), der diese Verteidigung „eine gewiß nicht kalte, aber doch in einem solchen Ton geschrieben“ nennt, „dessen Würde nicht einmal durch ein einziges Schimpfwort gegen Luther verletzt war“ — so widerspricht dies Urteil doch der Wahrheit. „Wir seind aber Gott Lob des gewiß, heißt es über Luthers Schrift von beider Gestalt, daß solch Ausschreiben ein öffentlich Lügen ist,“ wofür Luther nicht den mindesten Schein beibringen könne. „Aber gleichwohl ist dieser evangelische Mann also kühne und unverschämt und darf eine solche überschwengliche Lügen nicht allein, als hätte er sie von Hörensagen, sondern über das, daß alle diejenigen, so solches Gedichts halben angezogen, sich mit Nein verantwortet, vor eine gewisse Wahrheit ausbreiten.“ Alle Wahrheit dagegen sehe Luther als Lüge an, „daraus ein jeder wohl hat zu spüren, wie viel dergleichen lügenhafter Deutung er in der Heiligen Schrift zuvoraus dem armen einfältigen Manne wird beibracht und eingebracht haben;“ höhnisch fügt er hinzu: „nachdem er sich jetzt auch hat lassen hören, er wolle *Ecclesiasticam historiam* schreiben von den Wunderwerken, so in seinem Evangelio geschehen, so mag er diese seine Lügen wohl mit darein setzen.“ Da Luther für seine Behauptung keine Beweise schaffen möge, so sage er „daß der abtrünnige Mönch uns anleugt als ein verzweifelter, ehrloser, meineidiger Bösewicht.“ Daß Georg die luth. Sekte heftig abgewehrt, sei kein Grund für das Bündnis: „So haben wir auch ihm selbst hiebevorn genugsam Ursach angezeigt, welcher halben wir seine verführische Lehr bisher nicht haben vor das rechte Evangelium,“ was „sein obangezeigte, öffentliche Lügen“ noch bekräftige; „denn wir haben bisher aus der Schrift nicht erfahren, daß

¹ Erl. Ausg. XXX, 377. 378. ² Vgl. seine Entgegnung, Hortleder II, 9 p. 800.

³ Gewiß trug zur Verschärfung der Erbitterung Georgs auch die im Oktober desselben Jahres erfolgte Flucht seiner Verwandten, Herzogin Ursula von Münsterberg aus dem Magdalenenkloster zu Freiberg bei, zumal Luther — an den sich Ursula schon früher gewandt (d. W. III, 343) — dieselbe jetzt in sein Haus aufnahm. (d. W. III, 390). Vgl. im allg. Seidemann, Erl. 105 ff.

⁴ Abdruck bei Hortleder II, 9. Walch XVI, 506 ff.

Christus unser Seligmacher einen also öffentlichen und vorsätzlichen Lügner zu seinem Apostel-Amt gebraucht und durch ihn das Evangelium hätte lassen verkünden“ u. s. f.

Luther sah sich hier als ehrlosen Bösewicht, als öffentlichen, schamlosen Lügner bezeichnet, seine Lehre als aufrührerisch, seine Bibel als lügenhaft, — die er als seinen Beruf noch unlängst so freudig betont, die Verkündigung des Evangeliums,¹ höhnisch verworfen. Man versteht es, daß hierdurch, wie Schomburgk p. 210 sagt, Luthers Zorn „augenscheinlich den Siedepunkt erreicht.“ So finden die Ausbrüche dieses Zornes in den Briefen an Link,² an den Kurfürsten,³ in der öffentlichen Replik ihre Erklärung, während dies alles nach Ehses' Charakteristik von Georgs Schrift unmotiviert dastände. Im Bewußtsein ihres Rechtes hatte sich jede Partei zu immer heftigerem Eifer, zu immer maßlosem Angriffen wider den Gegner verleiten lassen.

Zunächst äußerte Luther sein Urteil über diese Schrift, die er schon vor der öffentlichen Ausgabe sich verschafft hatte,⁴ in dem erwähnten Brief an Link (Ende Dez. 1528). Merkwürdigerweise wird dieser Brief, den Schomburgk zum Beweise anführt, daß „Luthers Zorn gegen Herzog Georg augenscheinlich den Siedepunkt erreicht,“ von Ehses verwertet, um zu zeigen, wie sehr Luther sich gefürchtet habe. „Daß sich aber Luther dennoch nicht wenig fürchtete und daß er sich nur in eine möglichst mutvolle Stimmung hineinzureden suchte, das ersieht man fast aus jedem Satze eben dieses Briefes,“ sagt E. 270. Außer Ehses wird jedermann das Gegenteil daraus ansehen: „Forte furia rumpetur et morietur miserrimus moros.“ „Te quaeso, ut cum Ecclesia tua ores contra furiosum istum homicidam sanguinariumque latronem, ut plane non ab uno daemone possessum, nihil nisi caedes et minas spirantem, ut Christus vel servet eum sicuti Paulum, vel de medio tollat“ etc.

¹ Gegenschrift wider den Mainzer Ratschlag: „Aber die weyll ich ym lebem bynn, Hat mich gott verordnett, ydermans diener zu sein, Bouill myr muglich ist, das ich leren, vnterrichten, warnen vnd vormanen soll, was nuczlich vnd seliglich ist, das, wen ich mich rhümen wolte, mochte ich mich yn gott woll der Aposteln vnd Evangelisten ynn deudschen lande einen rhumen wens gleich dem teuffel vnd allen seinen bischoffen vnd Tyrannen leidt were, Denn ich weys, das ich den glawben vnd die warheitt gelerntt habe“ — (Seidem. Mainzer Ratschl. l. c. 665.) Auch sonst sind in Georgs Pamphlet Beziehungen auf die Mainzer Gegenschrift unverkennbar.

² de Wette III, 409. ³ id. 410 ff.

⁴ „furtim exemplari accepto respondi,“ schreibt Luther an Link und kehrt so das Hauptargument, das er mit Vorliebe gegen seine Gegner verwendet, gegen sich selbst.

Dann folgen (31. Dez.) die Auslassungen über Georg in Luthers Brief an Kurfürst Johann, den er trösten will wegen Georgs „wustes, wildes Furnemens“ und bittet, „E. K. F. G. wollten meine Person ja getrost und frisch zu Recht bieten, wo er toben und pochen wurde;“ — und endlich die öffentliche Erwiderung: „Von heimlichen und gestolen Briefen,“¹ welche gleichzeitig mit Georgs Schrift ausgegeben ward. Sie enthält neue Angriffe wider Georg, ohne die frühern sachlich zu begründen: ihrem Inhalt nach schießt die Schrift weit neben das Ziel.

Es soll gewiß nicht der Zweck dieser Untersuchung sein, Luthers Behauptungen und seltsame Schlüsse zu retten: aber das allerdings sollte bewiesen werden, daß Luther bei seinem Vorgehen von demselben Bewußtsein des Rechtes durchdrungen war wie Georg und daß die im Verlauf des Streites immer maßloser werdenden Auslassungen beiden Teilen in gleicher Weise angehören. —

„Nach Veröffentlichung der Schrift von heimlich gestohlenen Sachen,“ fährt E. fort (p. 276), „mußte Herzog Georg erkennen, daß bei einer Fortsetzung des litterarischen Streites mit Luther keine Ehre einzulegen sei.“ Noch weitere Motive kennt E. hierfür. „Unter diesen Umständen, schließt er, würde sich Georg in seiner fürstlichen Stellung verächtlich gemacht haben, hätte er weiterhin bei dem Reformatoren an Taktgefühl und die Pflichten des gewöhnlichen gesellschaftlichen Anstandes appelliert.“ Wir sehen hier bei E. wieder die Gewandtheit, die wir schon mehrfach an ihm bewundert haben: Er erfindet frischweg eine Reihe Motive, die eine ebenfalls erfundene Behauptung stützen sollen. In Wirklichkeit hat nämlich Georg keineswegs geschwiegen; es war überhaupt seine Art nicht, dem Gegner das letzte Wort zu lassen. Schon am 13. Januar 1529 war seine Erwiderung fertig;² am 22. ward sie im Druck vollendet.³ Daß E. dieselbe nicht kennt, ist um so verwunderlicher, als oft genug darüber berichtet worden ist.⁴ Die Replik⁵ trug denselben Charakter wie Georgs frühere Schrift: „Alles was Luther in der vorigen Schrift behauptete, wird auf eine derbe Art zu entkräften gesucht. Übrigens aber werden Scheltworte mit Scheltworten vergolten,“ heißt es richtig darüber im Lit. Museum I, 75.

¹ Erl. Ausg. XXXI, 1 ff. Walch XIX, 621 ff.

² Schomburgk p. 211 A. 2.

³ Die Schrift trägt am Ende das Datum „geben zu Dreßden Freitags nach Fabiani vnd Sebastiani Ao. dom. 1529 (22. Januar).“

⁴ Lit. Museum I, 74 f., Seidemann, Erläuterungen 136 ff., Flathe, Georg von Sachsen. (Allg. D. Biogr. 8) p. 686.

⁵ „Ein kurtzer bericht, So wir Georg von Gots gnaden Hertzog zu Sachsen Landtgraff in Düringen“ etc. Titel bei Schomburgk p. 211 A. 2.

Diese Entgegnung bildet den Schluß des Streites. Noch ehe deren Druck fertig war, hatte auf eine Gesandtschaft Georgs,¹ die sich über Luthers Verhalten hoch beschwerte, der Kurfürst an Luther die Weisung am 18. Januar ergehen lassen „hinfuran nichts drucken zu lassen, gedachten unsern Vettern oder andere Fursten und Personen belangend, es sei uns dann von Euch zuvorn zugeschickt und von uns zu drucken gewilliget.“² Luther selbst versicherte wiederholt, er werde Georg nicht mehr antworten.³ Auch die Schrift des Cochläus in derselben Sache, welche vom Tage nach Georgs Schrift datiert,⁴ ließ Luther ohne Erwiderung.⁵

¹ Es waren Heinrich von Schleinitz und Wolf von Schonbergk. Ihre Instruktion d. d. Mittwoch nach Erhardi 1529 (13. Jan.) ungedruckt. (Vgl. Schomburgk 212 A. 1.) Das weitere bei Seidemann, Erl. 138 ff. Eine Bestrafung Luthers schlug der Kurfürst auf Grund des Schmalkaldener Vertrages ab.

² Burkhardt, Luthers Briefwechsel 156.

³ de Wette III, 422. 423. 426.

⁴ „Wie verkerlich widder den durchleuchtigen Hochgebornen Fürsten vnd Herrn, Herrn Georgen, Hertzogen zu Sachsen etc. Martin Luther den sibenden Psalm verdewtzscht vnd gemißbraucht.“ — Dreßden am 23. tag Januarij jm j. 1529.

⁵ Noch einmal tauchte das Breslauer Bündnis auf in dem Streite, der sich 1533 zwischen Georg und Luther entspann, als der erstere den Empfang des Abendmahls unter Einer Gestalt durch sein Land in scharfen Edikten befahl und darauf Luther an die hiervon bedrohten Leipziger eine Zuschrift gerichtet hatte (de Wette - Seidemann VI, 135). Auf Georgs Anklage beim Kurfürsten wegen jenes Briefes als einer aufrührerischen Schrift verteidigte sich Luther nach dem Verlangen seines Kurfürsten in öffentlicher „Verantwortung des aufgelegten Auf- ruhrs“ etc. (Erl. Ausg. XXXI, 227 ff. Walch XIX, 2278 ff.) Cochläus nahm daraus Veranlassung, in seiner unter Georgs Wappen ausgegangenen Erwiderung („Hertzog Georgens zu Sachsen Ehrlich vnd grundtliche entschuldigung wider Martin Luthers Auffrührerisch vnd verlogenne Brieff vnd Verantwortung.“ Dresden 1533) — obwohl Luther das Bündnis nicht erwähnt hatte — Georgs Schuldlosigkeit in dieser Sache ausführlich darzulegen. (Dieser Teil der Schrift abgedruckt bei Hortleder II, 10 p. 807 f.) Luthers Entgegnung („die kleine Antwort“ etc. Erl. Ausg. XXXI, 269 ff., Walch XIX, 2295 ff.) richtet sich unter scharfen Invektiven gegen Georg wesentlich dagegen „daß er mich meineidig und verlaufen Münch schilt;“ das Bündnis wird nur am Schluß erwähnt; auch jetzt noch zeigt sich Luther geneigt, die Wahrheit desselben nicht von der Hand zu weisen (Erl. Ausg. 305: „Demselben (Dessauer) Abschied nach folgete die sehr vermutliche und noch heutigs Tags nicht gar geläuterte Notel vom fürstlichen Bundniß“) unter Hinweis auf die Eßlinger Instruktion, den Dessauer Schied u. a.; im übrigen rechtfertigt Luther Kurfürst Johanns Handlungsweise sehr treffend. (Erl. Ausg. p. 305—306.) In Folge einer neuen Einigung mit Georg zu Grimma (d. W. - Seid. VI, 507) verbot Kurfürst Johann den Reformatoren, fernerhin den Frieden zu stören. Auf Cochläus zweite Schrift antwortete darauf Luther nicht.

Beilagen.

I.

Landgraf Philipp von Hessen an die Kurfürsten von Trier und Pfalz. Kassel den 16. Mai 1528.

(K. Kreis-Archiv Würzburg. Clarmann'sches Manuscript fol. 51—52^r. Kopie.)

Unser freuntlich dienst und was wir liebs und guts vermogen, zuvor, erwirdigster in got vater, hochgeporner furst, freuntliche liebe herren, freunt, vetter und gevatter! Ew. liebd. schreyben, darinnen uns un zweyvel auß freuntlicher, guter, treuer wolmaynung angezeygt, daß e. l. von den bayden bischoven Maintz und Wirtzburg angelangt, daß wir in rustung seyen und landtmanssage nach solt es uber sie gelten umb etlicher ursach willen, der sie sich doch frey und unschuldig wissen, und demnach tage unser beykunft für e. l. eygen person, in gleichnus der bischove uf schirsten montage nach exaudi gegem abent zu Geylnhausen einzukomen, ernent und erpoten haben, was sich für mengel zwischen den bemelten bischoven und unß halten soll, dieselben euers besten vermogens mit allem vleis undtersteen, uf pilliche hinlegung mittel und wege zuverhandeln, damit solch zuruttung des reychs und gros vermutlich plutvergiessen beneben anderm unrath verkomen und alles, das zu friede und ainigkheit dhint, treulich gefurdert werden mocht, haben wir mit anderm weytern inhalt, von e. l. gantz freuntlich und hoher, guter wolmaynung beschehen, vermerckt, — und wolten e. l. hierinne fur allen andern, als den sondern hochvertrauten freunden und verwandten, gern vervolgen und unß also erzaygen und halten, daß sie sehen solten, daß unser gemut und maynung gar nit, auch nie gewesen ist, einiche mutwillige bewerbung und den unfrieden zusuchen, wo unß und den unsern die sach fridlich hetten zusteen mogen. Dann wir konnen unß wol erinnern, was an solchen schweren sachen gelegen seyn will, und sind die ding nach gottes willen dahin gericht, daß auf eynen oder andern wege in diesem thun ein bestendiger gegrunter friedt soll und muß gesucht werden, woe anders nit das gantz reich in zuruttung und entlich verderben komen soll, darauf wir und andere auch unsere rethe ytzo beym bischove von Wirtzburgk haben und den frieden, woe er unß auf gleiche, pillige wege, wie ime furgehalten, ensteen moge, gern annemen wollen. Nachdem nun e. l. wissen, daß solchs eyn sach, die andere mitbetrifft, hindter denen wir nichts willigen konnen, und dann solch zeyt zu kurtz ist, sie dises e. l. erpitens und gutlichen furnemens zuverstendigen, so konnen wir den außgesetzten tage zu Geylnhausen nit besuchen; aber e. l. mogen uf den sonntag exaudi zu unß und anderen, so bey

Historische Studien. XIII.

uns seyn werden, gein Schmalkalden schicken: wollen wir e. l. gern der undterhandlung gestatten. Dann solten wir des orts für unß erscheynen und one der andern mitwissen nichts entlich schliessen, und unß ein solch groß anzal kriegsvolek von reysigen und knechten die zeit vergebenlich uberm hals ligen, können e. l. ermessen, was unkosten solchs bringen, und mit was unserm unüberwintlichem nachteil das geschehen must. Darumb so pitten wir e. l. hohes, freuntlichen, väterlich und treues fleis, unß dieses abschlags in ungut nit zuverdencken. Dann wir e. l. vor allen andern gern der gute vervolgen wollen, woe der sachen der gutlichen hinlegung dermas furgenommen mogen werden, daß es on langen aufhalt und grossen schaden geschehen und der friedt zu bestendigem grundt und bestandt vertaydingt werden moge; wie e. l. als die hochvernunftigen wol ermessen können, mit was versicherung und one unsern schaden unß solcher friedt anzunemen seyn will. Und damit e. l. nit dencken dorfen, solchs genug seyn, daß die bemelte bischove sagen wollen, daß sie sich der ursachen, wie e. l. wissen, unschuldig und frey wißen, so geben e. l. wir freuntlich zuverstehn, daß in [diesen]¹ sachen soviel wege und handlung furgelassen, daß sie mit solchem nainsagen nit werden besteen können, und mogen (will got) die sachen zu irer zeit clar dargethon werden; wie wir dann der keys. maj. furderlich auch wollen berichten lassen, der undterthenigen zuversicht, seyn keys. majestät werden gegen unß dieses furnemens und fridsuchens halben keyn ungnade schopfen. Solchs haben e. l., den wir zu aller freuntlichen dinstparkheit genaygt, getreuer, veterlicher, guter maynung hinwider nit verhalten wollen.

Datum Cassel am 16. tage may anno 1528.

Philips von gotes gnaden landtgrave zu Hessen etc.

II.

Friedensvertrag zu Schmalkalden (5. Juni 1528.)

A. Hauptvertrag.²

(K. Kreis-Archiv Würzburg. Clarmann'sches Mscr. fol. 166^r—170. Kopie.)

Von gottes gnaden wir Reyhard ertzbischove zu Trier, durch Gallien und das konigreich Arelat ertzkanzler und wir Ludwig pfaltzgrave bey Rheyn, hertzog in Bayern, des heyiligen romischen reychs ertztruchseß, bede churfursten etc.³

Nachdem sich etwas unfreuntschaft und widerwillen zwischen“ Kurfürst Johann von Sachsen und Landgraf Philipp von Hessen einerseits und den Bischöfen Weigand zu Bamberg⁴ und Conrad zu Würzburg anderseits erhoben wegen eines von ersteren angezeigten „contracts und verbuntus,“ wonach Bamberg und

¹ Vgl. p. 130 A. 1.

² Es mögen hier die Abweichungen folgen, welche der Friedensentwurf des Bischofs von Würzburg v. 3. Juni (Clarmann fol. 155^r—159^r) gegenüber der obigen Ausfertigung aufweist.

³ folgt: *bekennen*

⁴ Der Bamberger Bischof fehlt im Entwurf.

Würzburg „mit etlichen andern hohen stenden des heyiligen romischen reichs wider und gegen iren liebden, dieselben umb des gotsworts willen zu überziehen und von landen und leuthen zuverjagen, der anschlage und maynung gewesen seyn solte, in vermoge¹ eyner abschrift, die ire liebden zuhanden pracht, daneben ferner² muntlicher bericht und vermutung, die iren liebden zukomen und zu hoher beschwerung geraicht, auch sunst andern meher;³ darumb ire liebden zu rustung und in⁴ entborung sich umb⁵ kriegsvolek zu roß und fues zubewerben verursacht:⁶ dergestalt sich⁷ zur gegenwere — ire liebden und derselben landt und leuthe vor⁸ überfall und beschedigung, soviel moglichen zuverhuten — zu schicken und ainen frieden und sicherheit zusuchen, wie dann ire liebden sich desselbigen alles ferner schriftlich und muntlich vernemen lassen; — welchs obgemelten angezogen contracts aber unsere liebe freunde, die bischove zu Bamberg und Wirtzburg nit gestendig,⁹ mit weiter entschuldigung, daß es sich¹⁰ niemermerhe finden¹¹ solte, wie dann dasselbig alles* von iren liebden nach der lange genugsamlich vernomen; deshalben sich alletheyl und besonder unser herr, freund und vetter, der landtgrave zu den waffen des krigs zugreyfen geschickt gemacht,¹² in versamlung und anzuge gewesen,“ — haben sich Trier und Pfalz, „in bedencken, was unraths, christlichs plutvergiessen, verwüstung, ödigung und verderben landt und leuthe und besonderlich in den ytzigen gemainen, schweren, sorglichen leuften dem gantzen romischen reich zerthaylung und ungeschicklichkeit entstehn mocht,“ in die Ding geschlagen und nach vieler gütlicher Unterredung, schriftlicher und mündlicher Ansuchung und Handlung obgemelte Zwietracht in Güte geschlichtet wie folgt:

„Dieweyl obgemelte unsere liebe freunde, die bischove zu Bamberg und¹³ Wirtzburgk der obangezogen verainigung und bundtnus, so sie¹⁴ wider unsere vettern und freunde hertzog Johansen von Sachsen churfursten und den landtgraven eingangen seyn sollen, abredig und sich fur unschuldig dargeben, so haben wir mit benanten unsern freunden und vettern, dem churfursten von Sachsen und landtgraven soviel gehandelt und ire liebden vermocht, daß ire liebden des zufrieden.¹⁵ *Und damit sie, dero landt, leuth, ritterschaft und verwanten hinfurter

¹ Statt dieser zwei Worte: *lauth.*

² *bey handen haben, auch etzlicher*

³ *auch sunst andern meher fehlt.*

⁴ *in fehlt.* ⁵ *mit.*

⁶ *folgt: seyn sollen*

⁷ *sich fehlt.*

⁸ *von*

⁹ *contracts und bundtnus aber gedachter unser freunde von Wirtzburg gar nit g.*

¹⁰ *daß sich solchs.*

¹¹ *erfinden.*

¹² Von * ab dafür: *von seyner liebd. mit angeheftem volligem zu recht erpiethen genugsamlich u. nach lengs in schriften und muntlich, und nemlich: daß seyn liebe nichts liebers dann den frieden haben wolt, dargethon worden ist, derwegen dann bede theyl sich in kriegsrustung gegen einander begeben, auch . . .* Die veränderte Fassung ist lediglich durch den Hinzutritt des Bambergers veranlasst.

¹³ S. p. 162 A. 4.

¹⁴ *seyn l.*

¹⁵ *folgt: seyn wollen und sollen.* Von * bis † Text des Entwurfs: *Und damit zwischen beden obgenannten theylen, auch dero landt, leuth, undterthone und verwanten ein guter und bestendiger friede gemacht, und keyn theyl sich von dem andern hinfurter der obgenanten sachen wegen überzugs, ungutlicher, thätlicher handlung oder farhe zu besorgen, sonder des alles gegen einander sicher seyn und werden, so haben wir bey bedentheylen unß soviel bemuhet und erlangt, nemlich: daß unser freunde und vettern der churfurst von Sachsen und landtgrave zu Hessen*

der obgenanten sachen wegen fur uberzuge, ungutlicher thätlicher handlung und furnemens gesichert seyn und werden, so haben wir bey unsern freunden, den bischoven zu Bambergk und Wirtzburgk unß dergleichen auch bemühet und erlangt, daß ire liebden sich als bald fur sich selbst, dero thumbcapitel, landtschaft, gemaine undterhonen, ire nachkomen und erben gaistlichs und werntlichs stands bey iren furstlichen wurden, guten treuen und dem wort der warheit verpflichtet, versprochen und zugesagt haben: obangezeygter irrungen und sachen, auch dieser ytzigen empörung wegen gegen unsern freunden und vettern, dem churfursten von Sachsen und landtgraven, irer liebden ritterschaft, landt und leuthen in ungutem nichts ymmermere zuuben, noch ire liebden, dero landt, leuth, ritterschaft, undterthanen und verwanten von dem gots wort, dergleichen herwiderumb unsere freunde und vettern Sachsen und Hessen obgedacht unsere freunde die bischove Bambergk und Wirtzburgk sampt den iren nit zudringen undterstehn helfen oder rathen, † sonder die ding bey dem gemaynen abschiede uf dem reichstage zu Speyr gemacht, also daß ein ide obrigkheyt sich in demselbigen¹ biß zu eynem kunftigen concilio dermassen halten, wie er (!) solchs gegen got und key. mt. getrauet zuverantworten, bestehn ** und dem geleben, auch sich ydertheyl demselbigen gemeß erzeygen, den andern bey dem seynen in seynem furstenthumb und gepiethe in vermoge des key. landfriedens ruhig pleyben lassen und daruber in ungutem und mit der that nit furnemen. †† Und sollen hierauf obgemelte² unsere herren, freund und vettern zu allentheylen solcher mehrgemelten span und irrungen hiemit gentzlichen gericht, geschlicht, vertragen seyn, auch³ was sich darunter mit schriften, Worten, werken, rathen und thaten verlaufen, begeben und zugetragen hette, hiemit ufgehoben, tot, abe, alle vorderung und weyter anspruch erloschen seyn und pleiben,⁴ ainich theyl gegen dem andern, seinen helfern, rathgeben, furschiebern, dienern und verwanten hohen und nidern stands, were in diesem handel verwandt oder verdacht were oder seyn mochte, deßhalben niemermerhe in noch ausserhalb rechtens nicht furnemen, rechnen, effern, noch andern durch sich selbst noch yemant andern von irentwegen keinswegs. Und in sonderheit soll kein theyl uber diesen vertrage und deshalben, so vor und nach stet, bey ainicher gaistlicher und⁵ weltlicher obrickheit, auch dem schwebischen bundt oder sunst kein weyter nachrechnung suchen, ainige clage noch beschwerden ein-

fur sich, aller irer liebden erben, nachkomen, undterthon und verwante, dergleichen unser freunde von Wirtzburg fur sich selbst, seyner liebe thumbcapitel und alle dero nachkomen, undterthon und verwandte geystlichs und weltlichs stands bey iren churf. und furstlichen wurden, guten treuen . . . (w. o.) zugesagt haben: obangezeygter irrung und sachen halb, auch dieser ytzigen emporung wegen, gegen und wider eynander, auch derselben irer liebden landt und leuthe in ungutem nichts immermerhe zuuben, noch ein theyl den andern, noch desselben leuthe, undterthane und verwanten mit gewaltiger verpottener that und handlung von dem gotes wort zu dringen undterstehen, helfen oder rathen . .

¹ in dems. fehlt. Von ** bis †† Text des Entwurfs: *lassen, und ob sich kunftiglich zwischen obgemelten theylen irrung und geprechen von neuem zutruen, solle keyn theyl derwegen gegen dem andern unerclagt, unervolgt und unerlangt rechtens mit der that in ungutem gar nichts furnemen oder uben, noch yemands von seyntwegen zuthun gestatten, sonder in alwege des heyl. reichs aufgerichteten landtfrieden und obangeregtem zu Speyr gemachtem abschiede gemeß halten und daruber gar nit beschweren.*

² obgenante.

³ und.

⁴ folgt: auch.

⁵ oder.

furen, hilf, rath, beystandt oder anders, das wider den inhalt dieses gutlichen vertrags dhinlich seyn, dem¹ zerruttung oder ainichem theyl vermainlichen furstandt pringen mochte, begeren, und woe das auß aigner bewegnus furgenomen werden wolte, dareyn mit nichten zugehellen, willigen noch annemen, wie dann alle ire liebden dem also, wie vor und nachstet, fur sich, ire nachkomen und erben unverprochenlich zuhalten versprochen und zugesagt haben. Doch² sunst in anderm, ausserhalb diese obbestimpte sachen und emporung betreffend, was ydertheyl der romischen key. mt. und seynen bundts- und ainigungsverwanten schuldig und vor verschrieben ist zulaysten, solle ime hierin unbenomen seyn. Es sollen auch nach beschluß dits vertrags unsere freunde und vettern Sachsen und Hessen mit irem krigsvolck verschaffen, der obgemelten bischove furstenthumb zuverschonen und one schaden irer liebden und der iren abzuziehen und ytz nit gestatten, uber sie werben zulassen, aller ding ongeverde. Und woe hierinnen ainiger missverstandt in eynem oder mere puncten einfiele, das solle stehn zu unser taydingsleuthe, beder churfursten vorgedacht, erclerung: also was wir darinnen entschayden, dabey soll es pleiben und weyter nit gesucht werden.

Des zu urkunth“ untersiegeln Trier und Pfalz den Vertrag; die vier friedeschließenden Fürsten versprechen für sich und ihre Nachkommen, daran „stet, vest und onverprochenlich zu halten“ und begeben sich „aller gnaden, freyheit, absolution, restitution, behelfs und außzugs“ von geistl. oder weltl. Obrigkeit, sowie von Rechten und Satzungen, die den Vertrag hindern könnten. „Zu noch merer bestendigkeit“ stellt jeder der vier Fürsten acht namentlich angeführte, angesehene Bürgen, die sich „in dem nechsten monat nach dato dits briefes“ Bürgenbriefe zustellen und, sobald einer Partei wider den Inhalt des Vertrags ein „mangel begegnet“, sich auf deren Erfordern unverzüglich „in ein offen wirtshauß“ gegen Schadloshaltung ihres Fürsten einlagern sollen: für Sachsen nach Torgau, für Hessen nach Kassel, für Bamberg und Würzburg in diese Städte, bis des Mangels „sampt kosten und scheden ein gut genugen beschehen.“ Die vier Vertragsfürsten fügen darum ihre Siegel denen von Trier und Pfalz hinzu. Ebenso verpflichten sich „die probst, dechant und capitel der hohen thumbstieft zu Bamberg und Wirtzburgk und ein gantze clerisey“ an Eidesstatt auf den Vertrag gleichwie ihre Herren und hängen demselben ihre Stiftssiegel an.

„Geben und geschehen zu Schmalkalden, freitags nach dem heyiligen pfingstage, als man zalt nach Cristi unsers lieben herren gepurt 1528 jare.“

B. Verzicht des Kurfürsten Johann von Sachsen auf Ersatz seiner Kriegskosten.

(K. Kreis-Archiv Würzburg. Clarmann fol. 174 u. 174^r. Kopie.)

Von gottes gnaden wir Johanns hertzog zu Sachsen etc. Nachdem sich zwischen“ den Bischöfen von Bamberg und Würzburg einerseits, dem Landgrafen von Hessen „und unß anderntheils eyner angezogen bundtnus halben zwispalt und irrung zugetragen, derwegen obgemelter unser oeheym, schwager und

¹ fehlt.

² Von hier ab Text des Entwurfs: *soll solchs beydentheylen an allem dem-jhenigen, so sie vermoge der pflichten, damit sie iren obern zugethan und verwant seynt, auch wes sie vermoge der erbainigung und buntnussen, darinnen sie vor dato*

gevatter, der landtgrave zu Hessen, desgleichen wir verursacht worden, unß in rustung zubegeben; weyl aber dieselbig sach auß verleyhung gotlicher schickung durch“ die Kurfürsten von Trier und Pfalz „durch iren furgewandten vleis in der gute vertragen und zum frieden gericht: bekennen wir fur uns und unser erben und nachkomen hiemit gegen menniglich, daß wir gegen obgemelten unsern freunden, den bischoven von Bamberg und Wirtzburg, auch iren nachkomen der unkosten und scheden halben, darein wir neben unserm oeheymen dem landtgraven dieser sachen halben komen seyn, keyn vorderung thun, sonder unß der hiemit gentzlich wollen verziehen und begeben haben und ire liebden, noch derselben nachkomen ytzt noch kunftiglich darumb nit anziehen, alles getreulich und ungeverlich.

Zu urkunth mit unserm zuruck aufgetruckten secret besigelt und geben zu Schmalkalden am freitag in der pfingstwochen ao. dni. 1528.

C. Verschreibung der Bischöfe von Bamberg und Würzburg über Erstattung der Kriegskosten an Landgraf Philipp.

(K. Kreis-Archiv Würzburg. Clarmann fol. 171—172. Kopie.)

Von gots gnaden wir Weygand bischove zu Bambergk und wir Conrad bischove zu Wirtzburgk und hertzog zu Franken bekennen etc. Nachdem neben dem gutlichen vertrage durch die“ Kurfürsten von Trier und Pfalz zwischen Johann von Sachsen und Philipp von Hessen „an eynem und unß anderntheyls ufgericht, betaydingt worden ist, daß wir bemeltem unserm freundt, dem landtgraven, in den nechsten viermonaten sechzigtausent gulden, nemlichen funfundzwentzig tausent gulden schierst sontags nach corporis Cristi und die andern funfunddreyszig tausent gulden volgends Francisci, alles zu Schmalkalden, zu ergotzlicheit irer liebden unkostens entrichten sollen: — da gereden und versprechen wir fur unß und unser nachkomen bey furstlichen werden und dem wort der warheit, daß wir dem selbigen also one alle hindernus geleben, auch solchs gelts wegen, so wir das entricht haben, an seyn liebe oder dero erben niemermere wider fordern, noch erstattung begeren, suchen, noch furnemen mit, in, noch außershalb rechtens, unß des auch bey ainicher obrickheit nit beschweren, beclagen, dawider hilf nach (!) rath begeren, keynswegs, wie das beschehen mochte. Dann wir uns fur unß und unser nachkomen aller gnaden, freyheit, absolution, restitution, reclamation und aller behelfe und auszuge in beiden — gaistlichen und weltlichen — rechten verleypt, herwider zu geprauchten urthetlich verziehen und begeben haben, und thun das hiemit gegenwertig in kraft dits briefes, aller ding ongeverde.

Und des zu urkunth so haben wir unsere insigil heran gehalten.

Sodann diese verzeichnus, wie obsteth, mit unser pröpst, dechant und capiteln der stieft Bamberg und Wirtzburg gutem wissen und willen ergangen ist, so gereden und versprechen wir, das angensem, stet und vest zuhalten. Und des zu urkunth so haben wir unsers stiefts insigil auch daran gehalten.

Geben etc. freitags nach pfingsten nach Cristi unsers lieben herren gepurt 1528.

dits brives begrieffen, sich verschrieben und verpflichtet haben, jemants zu thun und zulaysten schuldig, gantz und gar unvergriffenlich seyn und daran keyn nachtheyl zugeperen haben, allerding on geverde. Alles weitere bis Des zu urkunth fehlt im Entwurf.

Berichtigung. S. 14 Z. 7 v. o. lies: „seit“ statt „bei“.

Eph. hist. 407 P

SLUB DRESDEN

3 1675457